

Landtag Mecklenburg-Vorpommern

15. Sitzung 5. Wahlperiode

Donnerstag, 29. März 2007, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel, Vizepräsident Andreas Bluhm und Vizepräsident Hans Kreher

Inhalt	Minister Henry Tesch 11
	Heike Polzin, SPD13
	Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS 13
Fragestunde	Ilka Lochner-Borst, CDU 15, 17
- Drucksache 5/358	Hans Kreher, FDP15
Birger Lüssow, NPD 4	Michael Andrejewski, NPD16
Minister Lorenz Caffier 4, 5, 6, 7, 8	Beschluss
Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS 4, 5	
Tino Müller, NPD	
Udo Pastörs, NPD 5, 6	Antrag der Faktionen der SPD und CDU:
Stefan Köster, NPD 6, 7, 8	Klimaschutz und Folgen des Klimawandels
Raimund Borrmann, NPD 8, 9	in Mecklenburg-Vorpommern - Drucksache 5/35218
Minister Dr. Till Backhaus 8, 9	
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS 9	Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS
Minister Jürgen Seidel	- Drucksache 5/387 18
Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS 9, 10	Dr. Gottfried Timm, SPD 18, 29
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS 10, 11	Minister Jürgen Seidel 19
Minister Henry Tesch 10, 11	Dr. Henning von Storch, CDU 21
	Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS 22
	Sigrun Reese, FDP 23
Antrag der Volksinitiative	Raimund Borrmann, NPD 24
gemäß Artikel 59 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern:	Minister Dr. Till Backhaus
"Für die Freiheit der Forschung und Lehre an	Matthias Lietz, CDU 27
der Universität Rostock – Gegen die Schließung des Studienganges Rechtswissenschaften"	Dr. Fritz Tack, Die Linkspartei.PDS
- Drucksache 5/380 11	Beschluss30

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS: Besteuerung von Flugbenzin und Stärkung des ÖPNV		Antrag der Fraktion der NPD: Verbot der Ausbringung von gentechnisch manipuliertem Saatgut	
- Drucksache 5/344		- Drucksache 5/348	
Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS	30	Raimund Borrmann, NPD	
Minister Jürgen Seidel	, 33	Dr. Fritz Tack, Die Linkspartei.PDS	
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS	33	Michael Andrejewski, NPD	
Rudolf Borchert, SPD	33	Beschluss	62
Michael Roolf, FDP	35		
Egbert Liskow, CDU	36	Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS:	
Birger Lüssow, NPD	37	Grundsätze für eine notwendige	
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS	38	Reform der Erbschaftsbesteuerung – Drucksache 5/345 –	62
Beschluss	39	Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD – Drucksache 5/391 –	63
		Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS 63, 72,	73
Antrag der Fraktionen der CDU und SPD:		Ministerin Sigrid Keler	64
Imagekampagne für die Freiwilligen Feuer-		Burkhard Lenz, CDU	66
wehren im Land Mecklenburg-Vorpommern - Drucksache 5/353	39	Michael Roolf, FDP67,	73
Änderungsantrag der Fraktion		Rudolf Borchert, SPD	68
der Linkspartei.PDS		Udo Pastörs, NPD	71
- Drucksache 5/388		Beschluss	73
Wolf-Dieter Ringguth, CDU			
Minister Lorenz Caffier 42	, 44	A NDD	
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS	44	Antrag der Fraktion der NPD: Ausarbeitung eines Schadensberichts und	
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS	44	eines Reparatur- und Ausbaukonzepts für die Deiche an den Binnenküsten	
Heinz Müller, SPD	46	in Mecklenburg-Vorpommern	
Gino Leonhard, FDP	48	- Drucksache 5/349	
Matthias Lietz, CDU	48	Michael Andrejewski, NPD	74
Udo Pastörs, NPD 49	, 50	Gino Leonhard, FDP	75
Beschluss	50	Tino Müller, NPD	75
		Beschluss	76
Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS: Mehr Sicherheit im Straßenverkehr – Drucksache 5/343(neu) –	50	Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS: Bürgernahe Polizei – Kennzeichnung von Polizeibeamtinnen und -beamten – Drucksache 5/346 –	76
Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS	50	Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS	
Minister Lorenz Caffier	52	Minister Lorenz Caffier	
Jochen Schulte, SPD	53	Dr. Norbert Nieszery, SPD	
Dr. Marianne Linke, Die Linkspartei.PDS	55	Vincent Kokert, CDU	
Peter Stein, CDU	56	Tino Müller, NPD	
Sigrun Reese, FDP	57	Gino Leonhard, FDP	
Tino Müller, NPD	58	Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS	
Beschluss	59	Beschluss	

Antrag der Fraktion der NPD: Freischaltung einer kostenfreien Auskunfts-Fernsprechnummer zum G 8-Gipfel in Heiligendamm	
- Drucksache 5/350	
Birger Lüssow, NPD	. 83
Dr. Norbert Nieszery, SPD	. 84
Udo Pastörs, NPD	. 85
Beschluss	. 86
Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS: Konzeption für ein Film- und Medienland Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 5/347 –	. 86
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS 86	6, 92
Minister Henry Tesch 87	7, 89
Jörg Vierkant, CDU 89	9, 91
Volker Schlotmann, SPD	. 89
Hans Kreher, FDP	. 90
Birger Lüssow, NPD	. 91
Beschluss	. 93
Nächste Sitzung Mittwoch, 9. Mai 2007	. 93

Beginn: 9.17 Uhr

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 15. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratungen vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 16**: Fragestunde. Die Fragen an die Landesregierung liegen Ihnen auf Drucksache 5/358 vor.

Fragestunde

- Drucksache 5/358 -

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Innenministers. Hierzu bitte ich zunächst den Abgeordneten Birger Lüssow, Fraktion der NPD, die **Fragen 1 und 2** zu stellen.

Birger Lüssow, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Am 15. März tagte der Innenausschuss des Landtages Mecklenburg-Vorpommern in Heiligendamm. Mein Fraktionskollege Raimund Borrmann stellte konkrete Fragen nach Umfang und Standorten nicht-polizeilicher Einsatzkräfte – insbesondere die Gewährleistung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung während des G8-Treffens. Diese Fragen wurden nicht hinreichend beantwortet.

 Welche medizinischen und anderen nicht-polizeilichen Einsatzkräfte werden an welchen Standorten, in welcher Höhe, mit welchen technischen Kapazitäten (Bettenplätze, ambulante Behandlungszahl) bereitgestellt?

Minister Lorenz Caffier: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die für die Gefahrenabwehr zuständigen Kommunen - hier die Hansestadt Rostock, der Landkreis Bad Doberan und der Landkreis Güstrow - haben für die Aufgaben Brandschutz, technische Hilfeleistung und Rettungsdienst eine gemeinsame Führungs- und Einsatzkonzeption erarbeitet. Auf dieser Grundlage sind insgesamt annähernd circa 2.100 Einsatzskräfte für die Brandbekämpfung, Unfallhilfe sowie die Rettungsmaßnahmen in insgesamt sechs örtlich definierten Einsatzabschnitten, die durch jeweils eine technische Einsatzleitung geführt werden, geplant. Für Rettungseinsätze werden drei stationäre und drei mobile Behandlungsplätze für die Verletztenversorgung geplant. Darüber hinaus ist ein mobiles Spezialkrankenhaus der Bundeswehr eingeplant und auf dem Weg der Amtshilfe angefordert. Nach rettungsdienstlichen Grundsätzen können hiermit annähernd 300 Verletzte, davon bis zu 50 Schwerstverletzte, kurzfristig, behandelt werden.

Durch das Sozialministerium Mecklenburg-Vorpommern wurde die Einbeziehung geeigneter Krankenhäuser beziehungsweise Universitätskliniken planerisch unterstützt. Darüber hinaus wird eine Vielzahl von Unfallhilfestellen für die Bürger eingerichtet. Das System der alltäglichen medizinischen Notfallversorgung bleibt darüber hinaus bestehen. Für die Bürger sind vor Ort alle Einheiten des Rettungsdienstes, der Feuerwehren, der Polizei, des Technischen Hilfswerkes, des DRK sowie der Bundeswehr Ansprechpartner in Notfällen.

Birger Lüssow, NPD: Eine Zusatzfrage dazu bitte: Entspricht es den Tatsachen, dass ...

(Minister Lorenz Caffier wendet sich vom Rednerpult ab und richtet eine Anfrage an die Präsidentin.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich verweise noch mal auf Paragraf 65 Absatz 4: "Der Fragesteller ist berechtigt, nach der Beantwortung jeder Frage bis zu 2 Zusatzfragen zu stellen. Die Zusatzfragen müssen in unmittelbarem Zusammenhang mit der Beantwortung stehen."

Birger Lüssow, NPD: Entspricht es den Tatsachen, dass das Krankenhaus Bad Doberan für die Bevölkerung gesperrt werden soll?

Minister Lorenz Caffier: Das entspricht nicht den Tatsachen.

Birger Lüssow, NPD:

 Werden Einsatzpläne und Standorte an die Bevölkerung bekannt gegeben und an öffentlichen Aushängen bzw. Litfasssäulen angeschlagen?

Minister Lorenz Caffier: Einsatzpläne werden der Bevölkerung nicht bekannt gegeben. Durch die Bereitstellung von als Rettungskräfte erkennbaren Einheiten an ausgewählten Einsatzorten sowie die ständige Erreichbarkeit der Notdienste unter Notruf 110 beziehungsweise 112 ist die Alarmierung für die Öffentlichkeit wie im Normalfall gesichert. Die Einbeziehung der Bevölkerung in die Sicherheitsmaßnahmen wird durch aktive Öffentlichkeitsarbeit in gemeinsamer Zusammenarbeit zwischen Innenministerium und den betroffenen Kommunen auch weiterhin gewährleistet und durchgeführt.

Birger Lüssow, NPD: Zusatzfragen haben sich erübrigt. – Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Ich darf nun die Abgeordnete Frau Měšťan, Fraktion der Linkspartei.PDS, bitten, ihre **Frage 3** zu stellen.

Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Herr Minister! Meine Frage betrifft die Berichterstattung zur Umsetzung des Verwaltungsmodernisierungsgesetzes.

Im Rahmen der Beratungen zum Verwaltungsmodernisierungsgesetz haben alle im Landtag der 4. Wahlperiode vertretenen Fraktionen intensiv an Entwürfen einer die Umsetzung dieses umfangreichen Gesetzes begleitenden Entschließung gearbeitet (ich erinnere Sie also an die Drucksache 4/2163) und damit auch zum Ausdruck gebracht, welche politische Bedeutung die Fraktionen der SPD, CDU und Linkspartei.PDS einem entsprechenden Auftrag an die Landesregierung beigemessen haben. Die im Ergebnis vom Landtag mehrheitlich beschlossene Entschließung enthält u. a. folgende Festlegung:

"10. Berichtspflicht

Der Landtag ersucht die Landesregierung, jeweils im I. Quartal 2007, 2008 und 2009 einen Bericht zum Stand der Umsetzung der Modernisierung der Verwaltung in Mecklenburg-Vorpommern vorzulegen."

Ich frage die Landesregierung:

3. Gedenkt die gegenwärtige von SPD und CDU getragene Landesregierung diesem juristisch nicht bindenden Auftrag des Gesetzgebers zu entsprechen oder welche Sachverhalte sprechen aus Sicht der Landesregierung gegebenenfalls dafür, sich dieser auch für den Landtag der 5. Wahlperiode politisch und praktisch wohl äußerst bedeutsamen Berichterstattung zu entziehen?

Minister Lorenz Caffier: Sehr geehrte Kollegin Měšťan, wie Sie wissen, hat auch der Innenausschuss bereits sein Interesse an einem solchen Bericht bekundet,

(Zuruf von Heinz Müller, SPD)

und als Geschäftsführerin wissen Sie besonders genau, dass solche Berichtsersuchen mit der Diskontinuität und dem Beenden der letzten Legislatur grundsätzlich ad acta gelegt worden sind. Aber gerade weil das umfangreiche Werk von allgemeinem politischen Interesse ist, möchte ich Ihre Frage dahin gehend positiv beantworten, und zwar im Sinne einer Berichterstattung der Landesregierung. Der Bericht ist bereits fertiggestellt und wird nach einer Ressortabstimmung dem Kabinett zugeleitet. Anschließend wird er umgehend der Landtagspräsidentin zugeleitet, sodass wir auch weiterhin die Berichtsform, so, wie in der letzten Legislatur vorgesehen, durchführen werden, um eine enge Zusammenarbeit zwischen Landtag, Landesregierung und Kommunen gewährleisten zu können.

Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Ich danke Ihnen.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Ich darf nun den Abgeordneten Tino Müller, Fraktion der NPD, bitten, seine **Fragen 4 und 5** zu stellen.

Tino Müller, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Im November 2006 referierte der Leiter der Abteilung 4 des Landeskriminalamts zum Thema "Organisierte Kriminalität" in Ueckermünde. Nach der Veranstaltung stand der Schweriner Fachmann für individuelle Gespräche zur Verfügung. Auf die Frage nach Gefährdungspotenzialen für die Zukunft in unserer Region riet er, die Szene der Deutsch-Russen in Torgelow sehr sorgfältig zu beobachten.

Meine Frage:

 Liegen der Landesregierung Informationen über den Zusammenhang zwischen den Deutsch-Russen in Torgelow und "Organisierter Kriminalität" vor?

Minister Lorenz Caffier: Sehr geehrter Herr Abgeordneter, ich erlaube mir, die Antwort zu Ihrer Frage 4 gleich mit der Frage 5 zu koppeln, weil die sich dann erübrigt.

Ich gehe davon aus, dass es sich bei den in Ihren Fragen als Deutsch-Russen Stigmatisierten um Menschen handelt, die Spätaussiedler und Deutsche im Sinne des Artikels 116 Absatz 1 des Grundgesetzes sind.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Spätaussiedler werden in polizeilichen Dateien demzufolge nicht als solche erfasst.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Und das ist gut so.)

Vor diesem Hintergrund ist eine Beantwortung der Frage in jeder Hinsicht nicht opportun.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter, Ihre zweite Frage?

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS, FDP und NPD)

Ach so, die hat er zusammen beantwortet.

Dann darf ich jetzt den Abgeordneten Herrn Udo Pastörs bitten, die **Fragen 6 und 7** zu stellen.

Udo Pastörs, NPD: Frau Präsidentin! Herr Caffier!

Der NPD-Abgeordnete Raimund Borrmann hat in Malchow ein Bürgerbüro angemietet. Hierzu äußerte sich der Bürgermeister von Malchow laut Nordkurier Müritz-Zeitung vom 17.03.2007 wie folgt: "Der Hauseigentümer möge sich überlegen, ob solch eine Vermietung an die NPD nicht auch für ihn unangenehme Konsequenzen haben könnte."

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Meine Frage:

6. Hat aus Sicht der Landesregierung der Bürgermeister dem Hauseigentümer gedroht und seine beamtenrechtliche Neutralitätspflicht in eklatanter Weise verletzt und wenn, was unternimmt die Landesregierung gegebenenfalls gegen diesen Bürgermeister?

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter! Wer den vom Abgeordneten Pastörs zitierten Artikel im "Nordkurier Müritz-Zeitung" vom 17. März 2007 aufmerksam liest, wird feststellen, dass der Bürgermeister Joachim Stein nur mit zwei Aussagen tatsächlich direkt zitiert wird, nämlich, ich zitiere: "Das wird für die Stadt enorme Auswirkungen haben", und neues Zitat: "Denn es handelt sich hier um einen gravierenden Eingriff ins öffentliche Leben." Insoweit geht die Vorbemerkung zur Frage des Abgeordneten Pastörs, der Bürgermeister von Malchow Joachim Stein habe sich wie folgt direkt geäußert: "Der Hauseigentümer möge sich überlegen", als direktes Zitat fehl, denn in dem Artikel wird diese Aussage in Wahrheit nur im Konjunktiv als eine zusammenfassende Äußerung durch den Zeitungsredakteur des Artikels wiedergegeben. Weder hat der Bürgermeister danach offen gedroht, noch ist eine Verletzung der beamtenrechtlichen Neutralitätsverpflichtung offenkundig. Im Übrigen erlaube ich mir zu erklären, dass die Landesregierung und die demokratischen Parteien alle Bürgerengagements auf allen Ebenen unterstützen, was diese Form betrifft.

> (Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP – Dr. Norbert Nieszery, SPD: Sehr gut, Herr Caffier.)

Udo Pastörs, NPD: Herr Caffier, meine Zusatzfrage:

Sind Sie in diesem Zusammenhang mit dem, was Sie gerade schilderten, mit den bisherigen Diskriminierungsergebnissen Ihres Anti-NPD-Erlasses zufrieden

(Heiterkeit bei Heike Polzin, SPD, Volker Schlotmann, SPD, Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS, und Michael Roolf, FDP)

oder gedenken Sie und wenn, was noch zusätzlich zu unternehmen, um die politische Opposition auch auf diesem Wege zu unterdrücken?

(Volker Schlotmann, SPD: Getroffene Hunde bellen. – Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Das hat mit der Frage nichts zu tun. – Volker Schlotmann, SPD, und Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Das hat nichts zu tun mit der Frage.)

Minister Lorenz Caffier: Da ich keinen Diskriminierungserlass kenne, erübrigt sich die Frage.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich werde aber auch weiterhin gemeinsam mit den demokratischen Parteien alles tun, damit Extremisten in diesem Land keine Möglichkeit haben, Fuß zu fassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Udo Pastörs, NPD: Meine nächste Frage:

7. Welche Auswirkungen hat nach Ansicht der Landesregierung der Erlass des Innenministers "Eintreten für die freiheitliche demokratische Grundordnung als Voraussetzung für die Ernennung zum und als Dienstpflicht des Beamten" auf Grund- und Hauseigentümer, welche Verträge mit demokratisch gewählten Abgeordneten der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands abschließen, Herr Minister?

Minister Lorenz Caffier: Herr Pastörs, der aufmerksame Leser meines Erlasses vom 28. Februar 2007 wird erkennen, dass darin die Voraussetzungen für die Ernennung zum Beamten und dessen Dienstpflichten, auch des Ehrenbeamten, Gegenstand sind. Insoweit sind Haus- und Grundstückseigentümer, die einen Mietvertrag abschließen wollen, nicht im Blickpunkt dieses Rundschreibens. Haus- und Grundeigentümer sind frei in der Wahl ihrer Vertragspartner. Insoweit greift hier der Grundsatz der Privatautonomie. Wenn aber auch Hausund Grundeigentümer sich durch mein Schreiben, das Sie als Caffier-Erlass bezeichnen, aufgerüttelt fühlen und sich bei ihren Entscheidungen, mit wem sie einen Vertrag schließen wollen, von dem Grundsatz des Eintretens für die freiheitlich-demokratische Grundordnung leiten lassen, so kann ich dies nur begrüßen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Letztlich funktioniert diese freiheitlich-demokratische Grundordnung doch nur durch engagiertes und couragiertes Eintreten der Einzelnen dafür.

Udo Pastörs, NPD: Herr Caffier, sehen Sie darin nicht einen krassen Widerspruch gegen Artikel 3 Absatz 3 Grundgesetz.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Das ist jetzt nicht mehr zulässig. – Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Das ist schon die dritte Frage.) in dem es heißt, keiner darf wegen seiner politischen Anschauung benachteiligt werden?

Minister Lorenz Caffier: Solange er sich auf dem Boden des Grundgesetzes befindet, ja.

(Beifall Hans Kreher, FDP)

Udo Pastörs, NPD: Er gilt für alle.

Minister Lorenz Caffier: Aber dafür habe ich meine erheblichen Zweifel.

Udo Pastörs, NPD: Er gilt für alle. Er gilt für alle. Wie stellen Sie sich dazu?

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Pastörs, Ihnen steht es nicht zu, hier Statements abzugeben. Sie haben die Möglichkeit, eine Zusatzfrage zu stellen, noch eine weitere Zusatzfrage zu formulieren, ...

Udo Pastörs, NPD: Das habe ich getan.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: ... aber nicht Statements hier abzugeben.

Udo Pastörs, NPD: Ich habe keine Antwort bekommen.

Minister Lorenz Caffier: Und ich hab sie beantwortet.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Pastörs, Sie haben meine Bemerkungen hier oben nicht zu kommentieren, Sie haben sie lediglich umzusetzen, sich an die Geschäftsordnung zu halten und darum bitte ich Sie ietzt.

(Michael Andrejewski, NPD: Befehl befolgen!)

Herr Abgeordneter Andrejewski, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf.

(Volker Schlotmann, SPD: Der hat schon wieder keine Lust. Der will nach Hause.)

Minister Lorenz Caffier: Herr Pastörs, ich habe Ihre Frage beantwortet. Wenn Sie noch eine Frage haben, ich bin bereit.

Udo Pastörs, NPD: Ich danke Ihnen.

(Volker Schlotmann, SPD: Das ist die einzige Chance, mit Geld nach Hause zu gehen.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich rufe auf den Geschäftsbereich der Justizministerin. Da Frau Kuder heute abwesend ist, wird Herr Innenminister Caffier die Fragen beantworten. Ich bitte den Abgeordneten Stefan Köster der Fraktion der NPD, die **Fragen 8 und 9** zu stellen.

Stefan Köster, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister!

Der sexuelle Missbrauch und die Ermordung des kleinen Mitja in Leipzig durch einen Wiederholungstäter hat die Republik aufgeschreckt.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Mich hat eher Ihr Verhalten aufgeschreckt.)

Mehrere Bundesländer wollen sich nicht mehr auf die Bundesregierung verlassen und kündigen den Aufbau einer eigenen Datenbank über Sexualstraftäter an. Der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern hat gegenüber den Medien erläutert, sich nur einer bundesweiten Lösung anzuschließen. Bislang werden Sexualstraftäter in Mecklenburg-Vorpom-

mern nicht gesondert erfasst, was auch eine Antwort des Justizministeriums auf eine Kleine Anfrage von mir ergab.

Meine erste Frage:

8. Aus welchen sachlichen Gründen erfolgt in Mecklenburg-Vorpommern keine Einrichtung eines Zentralregisters für Sexualstraftäter, vor dem Hintergrund, dass auch bei einer bundeseinheitlichen Regelung Mecklenburg-Vorpommern seine Hausaufgaben machen muss?

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter Köster, bereits heute werden im polizeilichen Informationssystem sämtliche polizeilich relevanten Angaben über Straftäter, somit auch Sexualstraftäter, erfasst. Damit ist gewährleistet, dass bei Abfragen in diesem System schnell und sicher erkannt wird, ob von der überprüften Person mögliche Gefahren hinsichtlich der Begehung von Sexualstraftaten ausgehen. Eine besondere Datenbank für Sexualstraftäter kann nur dann sinnvoll zum Schutz vor neuen Straftaten eingesetzt werden, wenn ihre Ausgestaltung und der Zugang dazu bundesweit einheitlich geregelt werden. Der damit bezweckte Schutz der Allgemeinheit vor schweren Straftaten erlaubt jedoch keine unbegrenzte Information für jedermann. Eine allgemeine und öffentlich zugängliche Sexualstraftäterdatei wäre wegen der damit verbundenen Prangerwirkung von Verfassungs wegen nicht erlaubt. Die Diskussion über den Aufbau einer gesonderten Datenbank für Sexualstraftäter hat im Kreis der Innen- und Justizminister gerade erst begonnen. Das Innenministerium lässt vor diesem Hintergrund prüfen, ob und welche Möglichkeiten für eine Verbesserung der datenmäßigen Erfassung von Sexualstraftätern bestehen.

Stefan Köster, NPD: Meine erste Zusatzfrage: Wie will die Landesregierung in Zukunft verhindern, dass Sexualstraftäter in Sportvereinen, bei den Jugendfeuerwehren und in anderen Organisationen, welche mit Kinder- und Jugendarbeit betraut sind, tätig werden können?

(Reinhard Dankert, SPD: Wie viele haben Sie denn in Ihren Reihen?)

Minister Lorenz Caffier: Also der Schritt dazu ist die allgemeine Prävention, in der wir alle Kräfte mit einbeziehen, sodass es nicht möglich wird

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

oder dass es weitestgehend ausgeschlossen wird, dass Sexualstraftäter die Möglichkeit haben, den Einfluss auf die von Ihnen angesprochenen Gruppierungen auszuüben.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Stefan Köster, NPD: Meine zweite Zusatzfrage: Welche Initiativen zur Verschärfung des Strafrechts auf Bundesratsebene und Einrichtung eines Zentralregisters auf Bundesebene hat die gegenwärtige Landesregierung bereits gestartet?

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter Köster, ich habe gerade ausgeführt, dass sowohl das Justizministerium als auch das Innenministerium mit seinen jeweiligen Ministerkollegen sich in Gesprächen und in Vorbereitung einer möglichen Vereinheitlichung einer Sexualstraftäterdatei und der damit bundesweit einheitlich möglichen Zugriffsverwaltung befinden. Insofern ist die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern aktiv dabei, genau

auf diesem durchaus sehr wichtigen Aufgabengebiet eine Vereinheitlichung im Vorgehen gegen solche Straftäter einzuräumen.

Stefan Köster, NPD:

Zu den wichtigsten Aufgaben des Staates gehört der Schutz unserer Kinder. Hierfür sind Vorsorgemaßnahmen zu treffen. Die verstärkte Nachsorge von Sexualstraftätern, wie sie von Sozialpädagogen und manchen Parteien gefordert wird, scheint gescheitert zu sein.

Meine Frage:

9. Wie beurteilt die Landesregierung den Erfolg der Resozialisierung von Sexualstraftätern in Bezug auf die Rückfallquote?

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter, die verstärkte Nachsorge von Sexualstraftätern ist nicht gescheitert. Vielmehr sind gerade im Rahmen der Nachsorge verstärkt Maßnahmen ergriffen worden, um die Rückfallquote bei Sexualstraftätern zu verringern.

Erstens. Die Zusammenarbeit zwischen Justizvollzug und Bewährungshilfe ist intensiviert worden. In der Führungsaufsicht und in der Bewährungshilfe wird bei entlassenen Strafgefangenen mit besonders hohem Gefährdungspotenzial die Kontrolldichte erhöht.

Zweitens. Die sozialtherapeutische Abteilung in der JVA Waldeck bietet ein qualitativ verbessertes Behandlungsangebot für Sexualstraftäter.

Drittens. Das neu geschaffene zentrale Einweisungs- und Diagnostikzentrum in der JVA Bützow verbessert die diagnostischen Möglichkeiten für die Risikoabwägung und die zielgerichtete Behandlung von Sexualstraftätern.

Eine abschließende Beurteilung des Erfolgs der Resozialisierung von Sexualstraftätern in Bezug auf die Rückfallquote ist nicht möglich, da die Rückfallquote statistisch nicht erfasst wird. Trotz aller Bemühungen wird die Resozialisierung von Sexualstraftätern immer mit Risiken behaftet bleiben. Man kann nur das fachlich Mögliche leisten. Bei dieser schwierigen Klientel kann ein positiver Verlauf eben leider nicht in jedem Fall garantiert werden.

Es sind jedoch auch in jüngster Zeit rechtliche Neuerungen auf Bundesebene geschaffen worden, die die Nachsorge bei Sexualstraftätern nach Strafverbüßung erleichtern und den Schutz der Bevölkerung vor erneuter Straffälligkeit dieser Tätergruppen verbessern. Der Deutsche Bundestag hat am 22. März 2007 das Gesetz zur Reform der Führungsaufsicht und zur Änderung der Vorschriften über die nachträgliche Sicherungsverwahrung verabschiedet. Der Bundesrat wird sich in seiner bevorstehenden Sitzung am 30. März 2007 damit befassen. Da nicht zu erwarten ist, dass der Vermittlungsausschuss angerufen wird, kann das Gesetz nach seiner Verkündung voraussichtlich noch im April 2007 in Kraft treten.

Mit diesem Gesetz wird eine effizientere praktische Handhabung der Regelungen zur Führungsaufsicht ermöglicht. Die rechtlichen Regelungen zur Führungsaufsicht werden vereinfacht und vereinheitlicht. Zum anderen wird ein Instrumentarium zur Krisenintervention geschaffen, mit dessen Hilfe kritische Entwicklungen bei Probanden noch besser als bisher frühzeitig erkannt werden, um ihnen so rechtzeitig begegnen zu können. Das Gesetz enthält ferner Rechtsänderungen, mit denen eine Lücke im Bereich der nachträglichen Sicherungsverwahrung in

den neuen Ländern geschlossen wird. Erfasst werden die in den neuen Bundesländern demnächst zur Entlassung anstehenden Täter, die bereits zum Zeitpunkt ihrer Verurteilung als gefährlich angesehen wurden, jedoch aufgrund des seinerzeit geltenden Rechts nicht in Sicherungsverwahrung untergebracht werden konnten.

Stefan Köster, NPD: Eine Zusatzfrage: Vor dem Hintergrund, dass der hessische Justizminister Jürgen Banzer festgestellt hat, dass 41 Prozent der wegen Vergewaltigung verurteilten Männer binnen vier Jahren Wiederholungstäter wurden,

(Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

steht es da nicht eher im Interesse der Landesregierung, den Schutz der Opfer in den Mittelpunkt zu stellen statt die Freiheit der Vergewaltiger, und sind da nicht endlich von der Landesregierung entsprechende Maßnahmen auf Bundesratsebene zu treffen?

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Minister Lorenz Caffier: Herr Abgeordneter Köster, ich weise mit Entschiedenheit zurück, dass wir den Schutz der Opfer in den Hintergrund stellen, und insofern ist das eine Frage, die ich nicht weiter beantworten will,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP – Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

weil die Landesregierung und die demokratischen Parteien in diesem Landtag alles dafür tun werden, dass solche Straftäter auch in Zukunft nicht solche schrecklichen Taten vollbringen können.

Stefan Köster, NPD: Ich danke Ihnen für Ihre Unfähigkeit, diese Frage zu beantworten.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Minister Lorenz Caffier: Wir können uns mal über die Kinderstube unterhalten.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Köster, ich habe aus gegebenem Anlass vor einigen Minuten auf die Geschäftsordnung des Landtages verwiesen, wie während der Fragestunde zu verfahren ist, welche Möglichkeiten die Abgeordneten haben und welche eben nicht. Wegen gröblicher Verletzung der Ordnung schließe ich Sie von der heutigen Sitzung aus und bitte Sie, den Saal sofort zu verlassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP – Heiterkeit bei Raimund Borrmann, NPD, und Stefan Köster, NPD)

Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz. Ich bitte den Abgeordneten Raimund Borrmann, Fraktion der NPD, die Fragen 10 und 11 zu stellen.

Raimund Borrmann, NPD: Herr Minister! Bürger des Landes!

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Frau Präsidentin! Ich hoffe, ich habe jetzt keinen Fehler gemacht.

Nach meiner Kenntnis wurden Sondergenehmigungen an Landwirte für das Ausbringen von "Reldan 22" und "Ultracid 40" durch staatliche Stellen des Landes Mecklenburg-Vorpommern erteilt. Diese Gifte sind ab 2008 verboten.

Erste Frage an den Minister:

10. Welche Gefährdung für Pflanzen, Tiere und Menschen geht von den genannten Pestiziden "Reldan 22" und "Ultracid 40", die zu den Organophosphaten gehören, aus?

Minister Dr. Till Backhaus: Herr Abgeordneter, ich will die Frage kurz beantworten: Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) hat gemäß Paragraf 11 Absatz 2 Pflanzenschutzgesetz eine Genehmigung für die Anwendung der Pflanzenschutzmittel "Reldan 22" und "Ultracid 40" gegen den Rapsglanzkäfer, mit dem wir im letzten Jahr erhebliche Probleme gehabt haben, erteilt. Etwa 50 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzflächen beim Rapsanbau waren davon betroffen, in den Jahren zuvor hat sich die Population massiv aufgebaut. Landesbehörden sind an dem Genehmigungsverfahren im Übrigen nicht beteiligt. Die Genehmigung gilt ausschließlich und ausdrücklich für 120 Tage, beginnend bei "Ultracid 40" am 15. Februar 2007 und bei "Reldan 22" am 22. beziehungsweise am 1. März 2007.

"Reldan 22" und "Ultracid 40" sind als bienengefährlich eingestuft worden. Das heißt, mit der Klasse B 1 bei bestimmungs- und sachgerechter Anwendung der beiden Pflanzenschutzmittel ergeben sich keine Gefahren für die Menschen, für die Tiere und für die Pflanzen. So dürfen beide Pflanzenschutzmittel nur vor – ich betone das noch mal ausdrücklich –, vor der Rapsblüte eingesetzt werden und auch nur dann, wenn keine blühenden Unkräuter vorhanden sind. Darüber hinaus ist festgelegt, dass sie nur in Resistenzgebieten, das heißt dort, wo mit anderen Mitteln der Rapsglanzkäfer nicht behandelt werden kann, zum Einsatz kommen dürfen.

Raimund Borrmann, NPD: Gemäß Geschäftsordnung möchte ich noch zwei Zusatzfragen stellen oder zumindest eine: Wie unterscheiden sich "Reldan 22" und "Ultracid 40" von den chemischen Kampfstoffen Soman, Sarin, Tabun und VX, die alle zur Gruppe der Organophosphate zählen?

Minister Dr. Till Backhaus: Es ist richtig, dass diese Pflanzenschutzmittel zu den Organophosphaten gehören, aber den Vergleich zu Kampfmitteln herzustellen, das ist für mich völlig abwegig. Ich habe Ihnen das versucht darzustellen: Ein unabhängiges Bundesinstitut, das BVL, das Bundesinstitut für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit, hat die Genehmigung erteilt. Sie können davon ausgehen, dass die Genehmigung nur erteilt wird im Einvernehmen zwischen dem Bundesminister für Landwirtschaft, Verbraucherschutz und dem Umweltminister. Und Sie können davon ausgehen, dass hier allerhöchste Sicherheitsanforderungen an Pflanzenschutzmittel gestellt worden sind.

Raimund Borrmann, NPD: Und die zweite Frage:

11. Wer übernimmt die politische Verantwortung für die Sondergenehmigung des Einsatzes der Organophosphate "Reldan 22" und "Ultracid 40"?

Da besteht für Ihr Haus keinerlei Verantwortungskompetenz, also Sie haben da keine Möglichkeiten einzugreifen beziehungsweise haben keine ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Borrmann, ich muss Sie darauf aufmerksam machen, ...

Raimund Borrmann, NPD: Entschuldigung.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: ... dass das eine unzulässige Erweiterung der Frage war. Das können Sie gegebenenfalls in einer Zusatzfrage machen.

Raimund Borrmann, NPD: Gut, danke.

Minister Dr. Till Backhaus: Ich habe Ihnen ja schon deutlich gemacht, zum Glück leben wir im Rechtsstaat und haben da gewisse Aufgabenteilungen. Selbstverständlich sind die Anweisungen des BVL in Mecklenburg-Vorpommern und das Pflanzenschutzgesetz der Bundesrepublik Deutschland zu beachten. Wir haben im Übrigen in den Winterschulungen mit den Landwirten ausdrücklich immer wieder darauf hingewiesen, wie mit den Mitteln umgegangen werden muss und wie sie einzusetzen sind. Gemäß Paragraf 11 Absatz 2 Pflanzenschutzgesetz obliegt die Genehmigung für das Inverkehrbringen oder die Einfuhr nicht zugelassener Pflanzenschutzmittel dem Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit und oberster Dienstvorgesetzter dieser Behörde ist der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz. Das BVL kann die Anwendung derartiger Pflanzenschutzmittel für einen Zeitraum von maximal 120 Tagen für die Bekämpfung bestimmter Schadorganismen bei Gefahr im Verzuge, in diesem Fall für den Rapsglanzkäfer, und dazu wird dieses Mittel eingesetzt, genehmigen. Die zuständige Behörde im Land kontrolliert die Vorgaben - das ist das Landespflanzenschutzamt in Rostock - des BVL.

Raimund Borrmann, NPD: Da hätte ich noch zwei Zusatzfragen: Ist es nach Ihrer Auffassung möglich, dass die Organophosphate "Reldan 22" und "Ultracid 40" aufgrund ihrer spezifischen Eigenschaften etwa während des G8-Treffens von Extremisten als chemische Kampfstoffe eingesetzt werden könnten?

Minister Dr. Till Backhaus: Also ich habe ja versucht, Ihnen deutlich zu machen, dass, wenn diese beiden Mittel eingesetzt werden, diese vor der Blüte einzusetzen sind, was im Übrigen nicht nur für den Raps gilt, sondern auch für Unkräuter, und damit ist davon auszugehen, dass die Rapsblüte abgeschlossen ist, wenn der G8-Gipfel stattfindet.

Raimund Borrmann, NPD: Gut, danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich rufe jetzt auf den Geschäftsbereich des Ministers für Verkehr, Bau und Landesentwicklung. Die Fragen wird beantworten der Wirtschaftsminister Herr Seidel. Ich bitte zunächst die Abgeordnete Frau Angelika Gramkow, Fraktion der Linkspartei.PDS, die Frage 12 zu stellen.

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Herr Minister Seidel!

Im Zusammenhang mit dem Kauf eines Grundstücks durch die IHK Schwerin zum Zweck eines Neubaus hat das Land Mecklenburg-Vorpommern einen Anspruch auf Zurverfügungstellung von 123 Parkplätzen erworben (Dienstbarkeit).

Ich frage Sie:

12. Wie will die Landesregierung angesichts der Entscheidung der IHK Schwerin zur Bebauung des Grundstücks mit diesem Anspruch umgehen?

Minister Jürgen Seidel: Frau Gramkow, das im städtischen Eigentum stehende Parkplatzgrundstück in der Graf-Schack-Allee ist von der Landeshauptstadt im Jahr 2004 an die IHK zu Schwerin verkauft worden. Wie Sie gerade eben selbst schon sagten, besteht an diesem Grundstück eine Dienstbarkeit zugunsten des Landes zum Abstellen von Kraftfahrzeugen. Diese Belastung ist von der IHK Schwerin vertragsgemäß auch übernommen worden. Die Art und der Umfang einer Nutzung der Kfz-Stellflächen auf dem Grundstück der Graf-Schack-Allee durch das Land hängen ganz wesentlich von den konkreten Bebauungsplänen der IHK ab. Die bleiben im Moment noch abzuwarten. Dem Land steht auf jeden Fall ein vertraglich gesicherter Anspruch auf die Nutzung von 123 Stellplätzen im Wege der schon angesprochenen Dienstbarkeit auf dem Grundstück zu.

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Gestatten Sie eine Nachfrage, Frau Präsidentin?

Minister Jürgen Seidel: Da muss ich Sie darauf hinweisen, das kann jetzt ein bisschen schwierig werden, weil es nicht mein Bereich ist.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Minister, darf ich erst noch mal auf die Geschäftsordnung hinweisen. Sie können zwei Zusatzfragen stellen. Sie brauchen dazu keine Genehmigung.

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Vorsichtshalber habe ich gefragt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU und Udo Pastörs, NPD)

Herr Minister Seidel, das ist mir klar, aber vielleicht darf ich die Frage stellen und Sie würden sie bitte weiterleiten, damit sie mir schriftlich beantwortet werden kann.

Minister Jürgen Seidel: Ja, natürlich.

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Nach meinem Kenntnisstand liegt der beschlossene Plan des Neubaus nur bei einer Kapazität von 60 Stellplätzen für die IHK Schwerin. Das bedeutet, dass die 123 Stellplätze an diesem Grundstück nicht realisiert werden können. Da sie einen realen Wert von etwa 2 Millionen Euro hätten, frage ich Sie, inwieweit diese Ausweichlösung dann realisiert werden kann und wie sie aussehen kann. Wenn Sie mir das schriftlich beantworten würden?

Minister Jürgen Seidel: Da würde ich gerne das Angebot in Anspruch nehmen.

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Vielen Dank.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich darf nun die Abgeordnete Frau Schwebs, Fraktion der Linkspartei.PDS, bitten, die **Fragen 13 und 14** zu stellen.

Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Herr Minister!

Einer Pressemeldung vom 20. März 2007 in der Ostseezeitung war zu entnehmen, dass der Landesregierung Anträge von Firmen vorliegen, den Einsatz von sogenannten Gigalinern auf den Straßen von Mecklenburg-Vorpommern zuzulassen.

Ich frage daher den Minister für Verkehr, Bau und Landesentwicklung:

13. Plant die Landesregierung eine Ausnahmegenehmigung oder straßenverkehrsrechtliche Erlaubnis nach § 29 Abs. 3 der Straßenverkehrsordnung für den Einsatz von 60-Tonnen-Lastzugkombinationen, den sogenannten Gigalinern, oder andere derartige modulare Fahrzeugkombinationen auf den Bundes- und Landesstraßen im Land? Und bitte begründen Sie Ihre Entscheidung.

Minister Jürgen Seidel: Ja, Frau Abgeordnete Schwebs, die Landesregierung plant nicht den generellen Einsatz von Gigalinern in Mecklenburg-Vorpommern und schon gar nicht den Einsatz von 60-Tonnen-Lastzugkombinationen. Der Entscheidungsprozess allerdings für den Einsatz derartiger Fahrzeugkombinationen ist generell nicht abgeschlossen. Der Landesregierung liegen zwei Anträge zur Durchführung eines Modellversuches, beschränkt auf den Einsatz eines überlangen Fahrzeuges, vor, wie er derzeit bereits in anderen Ländern durchgeführt wird. Über die Anträge ist nach einschlägigen Vorschriften und – das ist jetzt wichtig – nach Beteiligung der Betroffenen zu entscheiden. Dabei ist auch eine Gewichtsbeschränkung auf 40-Tonnen-Fahrzeuge mit maßgeblich.

Im Übrigen, darüber will ich Sie informieren, wird der Verkehrsministerkonferenz am 18./19. April 2007 voraussichtlich ein Beschlussvorschlag vorgelegt, mit dem eine Arbeitsgruppe eingesetzt werden soll, die die Voraussetzungen für Modellversuche, also eventuelle Ausnahmegenehmigungen erarbeiten soll.

Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Zweite Frage:

14. Welche Auswirkungen erwartet die Landesregierung vom Einsatz solcher überlangen und schweren Fahrzeuge auf die Verkehrssicherheit sowie den technischen Zustand der Straßen, Verkehrseinrichtungen und die Straßeninfrastruktur?

Minister Jürgen Seidel: Ja, gut, ich will es noch mal deutlich machen. Es handelt sich um einen begrenzten Modellversuch, der beantragt wurde, von dem die Landesregierung in erster Linie praktische Erfahrungen im Hinblick auf die Verkehrssicherheit und Straßeninfrastruktur für zukünftige Entscheidungsprozesse erwartet. Darüber hinaus geht es der Landesregierung natürlich auch um die Sicherung des Wirtschaftsstandortes. Aber das wird genau gegeneinander abzuwägen sein.

Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Darf ich eine Nachfrage stellen, Frau Präsidentin?

Ich würde trotzdem noch mal darauf zurückkommen: Welche Auswirkungen erwartet die Landesregierung auf den technischen Zustand der Straßen, auf die Verkehrseinrichtungen und auf die Straßeninfrastruktur? Das war eigentlich die Frage, nicht ob die Wirtschaft davon profitieren könnte oder nicht.

Minister Jürgen Seidel: Nein, das kann man eben detailliert bisher nicht abschätzen, weil, wie gesagt, es ist ein begrenzter Modellversuch, der hier beantragt wurde, und wenn, dann wird man das anhand praktischer Erkenntnisse wirklich zu ermitteln haben.

Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Danke.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Ich rufe auf den Geschäftsbereich des Ministers für Soziales und Gesundheit. Antworten wird der Bildungsminister Herr Tesch. Ich bitte den Abgeordneten Peter Ritter, Fraktion der Linkspartei.PDS, seine **Fragen 15 und 16** zu stellen.

Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister!

In der im Frühjahr 2006 von der Landesregierung beschlossenen "Konzeption zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten in Mecklenburg-Vorpommern" ist festgelegt, dass das Sozialministerium bis zum 31. März 2007 einen Beirat einrichten wird, der staatliche und nichtstaatliche Akteure aus allen gesellschaftlichen Bereichen zur Förderung der Integration auf Landesebene vereint. Pressemitteilungen zu Folge ist der Beirat eingerichtet.

Ich frage die Landesregierung:

15. Wer gehört zum Beirat und wie erfolgte die Auswahl der Beiratsmitglieder?

Minister Henry Tesch: Frau Präsidentin! Herr Abgeordneter Ritter! Auf der Grundlage der Landeskonzeption zur Förderung der Integration von Migrantinnen und Migranten in Mecklenburg-Vorpommern wurde am 14. März 2007 im Ministerium für Soziales und Gesundheit ein Beirat eingerichtet. In dem Beirat wurden Vertreterinnen und Vertreter des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur, der Gleichstellungsbeauftragten der Landesregierung, der Liga der Verbände der Freien Wohlfahrtspflege, der Vereinigung der Unternehmensverbände, der kommunalen Spitzenverbände, der Gewerkschaften, der Regionaldirektion Nord der Bundesagentur für Arbeit, der Universitäten im Lande, der Kirchen und Religionsgemeinschaften, der Migranten, des Sprecherrates der kommunalen Integrationsbeauftragten, des Neurologischen Rehabilitationszentrums Greifswald, der Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultur, des Flüchtlingsrates Mecklenburg-Vorpommern, der regionalen Arbeitsstellen für Jugendhilfe, Schul- und interkulturelle Arbeit Mecklenburg-Vorpommern, des Vereins Diên Hông, des Verbundes für soziale Projekte Schwerin berufen. Das Sozialministerium hat damit wichtige staatliche und nichtstaatliche Akteure aus unterschiedlichen Bereichen auf Landesebene ausgewählt, die sich mit dem Thema Integration und den Belangen von Migrantinnen und Migranten befassen. Den Vorsitz des Landesbeirates übernimmt der Minister für Soziales und Gesundheit, die Geschäftsführung des Landesbeirates ist im Fachreferat Zuwanderung und Integration angesiedelt.

Die Universitäten Rostock und Greifswald sowie der Landesverband der Jüdischen Gemeinden haben an der ersten Zusammenkunft des Beirates am 14. März 2007 nicht teilgenommen, aber angekündigt, dass großes Interesse an der Mitarbeit im Beirat besteht und Vertreter noch benannt werden. Die Migrantenvertretungen, der Sprecherrat, die Wohlfahrtsverbände, die Vereinigung der Unternehmensverbände und das MRZ haben bereits in der vorangegangenen Legislaturperiode ihre Vertreter für die Mitarbeit im Landesbeirat benannt. Alle weiteren Stellen wurden mit einem Schreiben des Ministers für Soziales und Gesundheit gebeten, unter Beachtung des Paragrafen 10 Gleichstellungsgesetz ihre Vertreter,

die mit der Integration von Migrantinnen und Migranten vertraut sind, für die Mitarbeit im Landesbeirat zu benennen.

Dieser Beirat für die Integration von Migrantinnen und Migranten soll durch beratende Tätigkeit in allen migrations- und integrationsspezifischen Fragen die Gestaltung der Integrationsstrukturen und der Integrationsförderung unterstützen. Für die Integrationsförderung auf Landesebene sind zwar alle Ressorts der Landesregierung zuständig. Schwerpunkt der Aufgaben der Integration sind jedoch die zentralen Fragen des Erwerbs von Sprachkompetenz sowie die Verbesserung der Zugänge zu Bildung, Ausbildung und Beruf. Der Landesbeirat soll durch regelmäßige Arbeitskontakte mit den für die einzelnen Handlungsfelder verantwortlichen Fachbereichen und Akteuren vor Ort die Umsetzung der Zielstellung der Konzeption im Detail begleiten und befördern. Er wird zweimal im Jahr zusammenkommen, um die Umsetzung der Aufgaben in den einzelnen Handlungsfeldern der Konzeption kontinuierlich zu beraten. Ansonsten erfolgt die Arbeit in Arbeitsgruppen unter Beteiligung einzelner Mitglieder des Beirates. Folgende Arbeitsgruppen nehmen in Kürze ihre Arbeit auf:

- die Arbeitsgruppe 1: Vorschulische Bildung
- die Arbeitsgruppe 2: Schule
- die Arbeitsgruppe 3: Übergang Schule und Beruf und
- die Arbeitsgruppe 4: Berufliche Integration

Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Danke schön. Zweite Frage:

16. Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Integration von Migrantinnen und Migranten sind im Rahmen des Europäischen Sozialfonds (ESF) für die Förderperiode 2007 bis 2013 angemeldet und wurden oder werden diese Maßnahmen mit dem Beirat beim Sozialministerium abgestimmt?

Minister Henry Tesch: Herr Abgeordneter Ritter, unter dem spezifischen Ziel C 1, arbeitslosen Frauen und Männern den Zugang zur Beschäftigung erleichtern, werden Migrantinnen und Migranten sowie Personen mit Migrationshintergrund gefördert. Migrantinnen und Migranten können weiterhin über das spezifische Ziel C 2, also Erhöhung und Erhaltung der Beschäftigungsfähigkeit von besonderen Zielgruppen, gefördert werden. Im Rahmen der spezifischen Zielgruppe C 3, Abbau der geschlechtsspezifischen horizontalen und vertikalen Segregation am Arbeitsplatz, werden ebenfalls Migrantinnen und Migranten gefördert. Im Operationellen Programm des ESF 2007 bis 2013 sind für spezifische Maßnahmen zur Förderung der Teilnahme von Migranten am Erwerbsleben und dadurch zur Förderung ihrer sozialen Eingliederung 3 Millionen Euro eingeplant.

(Zuruf von Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

Zu den bereits angelaufenen Maßnahmen zur Integration von Migrantinnen und Migranten liegt eine Anlage vor, die dem Fragesteller bei Bedarf auch zur Verfügung gestellt werden kann.

Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Das wäre sehr nett. Danke schön.

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Wir sind damit am Ende der Fragestunde. Weitere Fragen liegen nicht vor.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 22**: Beratung des Antrages der Volksinitiative gemäß Artikel 59 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern – "Für die Freiheit der Forschung und Lehre an der Universität Rostock – Gegen die Schließung des Studienganges Rechtswissenschaften", auf Drucksache 5/380.

Antrag der Volksinitiative gemäß Artikel 59 der Verfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern: "Für die Freiheit der Forschung und Lehre an der Universität Rostock – Gegen die Schließung des Studienganges Rechtswissenschaften" – Drucksache 5/380 –

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Tesch.

Minister Henry Tesch: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Ihnen vorliegende Antrag der Volksinitiative "Für die Freiheit der Forschung und Lehre an der Universität Rostock – Gegen die Schließung des Studienganges Rechtswissenschaften" geht auf eine Initiative aus dem letzten Sommer zurück. Damals standen sich die Landesregierung und die Universität Rostock in einem offenbar unlösbaren Konflikt gegenüber. Heute ist die Lage so, dass der damalige Konflikt beigelegt werden konnte, sodass sich das ursprüngliche grundsätzliche Anliegen des Antrags im Ergebnis aus meiner Sicht erledigt hat.

Lassen Sie mich das wie folgt begründen: Wie Ihnen allen bekannt ist, konnte sich das Bildungsministerium mit der Universität Rostock bereits nach dreimonatigen Verhandlungen am 20. Februar 2007 auf eine einvernehmliche Lösung einigen. Der Charakter der Zielvorgabe hat sich damit von einer zunächst einseitigen Vorgabe durch das Bildungsministerium in eine auf gleicher Augenhöhe verhandelten Vereinbarung gewandelt. Diese Vereinbarung ist dann zum Gegenstand eines Vergleichs geworden, mit dem die Universität Rostock und das Bildungsministerium den Rechtsstreit über die Zielvorgabe einvernehmlich beigelegt haben. Dabei möchte ich betonen, dass nicht nur die Hochschulleitung, voran der Rektor Herr Professor Strothotte, hinter dem gefundenen Kompromiss steht, sondern auch der Senat der Universität Rostock sich mit einer breiten Mehrheit für diesen gerichtlichen Vergleich ausgesprochen hat. Er hat am 28. Februar 2007 anlässlich einer Sondersitzung nach ausführlicher Diskussion mit 16 gegen 4 Stimmen bei 4 Enthaltungen seine Zustimmung erklärt und damit deutlich gemacht, dass der weit überwiegende Teil der Universität Rostock die mit diesem Vergleich verbundene Zukunftskonzeption ihres Rektors mitträgt.

Es stellt sich für mich an dieser Stelle die Frage, ob diese Volksinitiative – zugegeben, unter anderen Vorzeichen gestartet – mit ihrem jetzt eingereichten Antrag nicht schon als abgeschlossen angesehen werden kann. Sie richtet sich im Endeffekt nicht nur gegen die Entscheidung des Landtages aus dem Mai 2006, sondern auch gegen die aktuelle Entscheidung des Senats der Univer-

sität Rostock von vor erst vier Wochen. Würde der Landtag also beschließen, dem Antrag der Volksinitiative zu folgen und die Zielvorgabe aufzuheben, würde er sich im Ergebnis gegen eine autonome Entscheidung der Universität Rostock und ihrer gewählten Vertreter, insbesondere den Rektor und den Senat der Universität wenden. Das mit der Volksinitiative verfolgte Ziel, der Hochschulautonomie Geltung zu verschaffen, würde genau in das Gegenteil verkehrt werden.

Ich halte das Mittel der Volksinitiative für ein wichtiges basisdemokratisches Element, das für das politische Zusammenleben wertvoll ist. Ich habe großes Verständnis und Respekt davor, dass sich die Initiatoren im Sommer 2006 für ihre Universität Rostock eingesetzt haben und um den Erhalt eines Studienganges kämpften. Inzwischen ist diese Frage aber geklärt. Die Verhandlungen der letzten Monate sind sehr konstruktiv verlaufen. Damit wurde eine Basis geschaffen, auf der sich die nächsten Jahre erfolgreich arbeiten lässt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich in der gebotenen Kürze rekapitulieren, was das Bildungsministerium seit Oktober 2006 unternommen hat, um eine Einigung mit der Universität Rostock über die Zielvorgabe zu erreichen. Unser prioritäres Ziel war es, einen Kompromiss zu finden, der einerseits der Universität Rostock ausreichend Raum bietet, um die erforderlichen Entscheidungen für ihre künftige Entwicklung selbst verantwortlich zu treffen, andererseits dabei aber den Rahmen, der durch das Land notwendigerweise vorgegebenen Eckpunkte der Hochschulplanung zu beachten. Dieses Ziel haben wir erreicht. Bereits am 13. November 2006 wurde durch Beschluss des Verwaltungsgerichtes Schwerin ein Mediationsverfahren eingeleitet, nachdem beide Parteien, also das Bildungsministerium und die Universität Rostock, ihre Zustimmung dazu erklärt haben. Nach intensiver Vorbereitung haben wir im Dezember 2006 sowie im Januar und im Februar dieses Jahres mehrere konstruktive Verhandlungsrunden absolviert, die in einem Vergleich mündeten. Dieser fand am 28. Februar 2007 die Zustimmung des Senates der Universität Rostock. Das Kabinett der Landesregierung hat ihn am 13. März 2007 zur Kenntnis genommen und dem Landtag zur Information zugeleitet.

Lassen Sie mich nun, bevor ich zum Inhalt der Vereinbarung komme, ein paar Worte über die grundsätzliche Bedeutung dieser unserer Vereinbarung sagen. Die konstruktiven Verhandlungen mit der Universität Rostock haben nicht nur zur deutlichen Verbesserung des Arbeitsklimas zwischen der Universität und dem Bildungsministerium beigetragen – dies ist eher eine positive Begleiterscheinung –, vielmehr ist es gelungen, die Hochschulplanung des Landes bis zum Jahr 2010 abzurunden

(Beifall Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

und für alle Hochschulen eine landesweit abgestimmte Planungsgrundlage zu schaffen. Die Vereinbarung mit der Universität Rostock bildet quasi den notwendigen Schlussstein der Hochschulplanung des Landes. Ich denke, das ist ein beachtlicher Erfolg aller Beteiligten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Was wurde im Einzelnen erreicht? Es bleibt dabei, dass in den Studiengang Rechtswissenschaften künftig, allerdings erst ab dem nächsten Jahr, keine Studenten mehr eingeschrieben werden. Im Ergebnis wurde von der Zielvorgabe nicht abgewichen, allerdings wurde dieses Ziel nunmehr auf dem Verhandlungswege erreicht und hat somit aus meiner Sicht eine ganz neue Qualität. Im Gegenzug haben wir uns über die Eckpunkte zur Einrichtung eines neuen Studienganges auf dem Gebiet Wirtschaftsrecht, und zwar im Rahmen der vorhandenen Ressourcen entschieden und geeinigt. Dabei bleibt es der Universität vorbehalten, den Studiengang so zu konzipieren, dass er bis zu 50 Prozent rechtswissenschaftliche Ausbildungsinhalte enthält. Diese verbleibenden rechtswissenschaftlichen Module können so konfiguriert werden, dass sie von anderen Universitäten auf ein klassisches Jurastudium anrechenbar sind. Im Übrigen wurde in die inhaltliche Gestaltung des Studienganges nicht eingegriffen. Die Hochschulautonomie bleibt also gewahrt. Es wurde weiter vereinbart, dass im Zuge der Neugestaltung die Zahl der Juraprofessoren von bislang 15 auf 6 Professoren reduziert wird. Die Juristen und Betriebswissenschaftler sollen sich nach den Vorstellungen der Universität Rostock künftig zusammen in dem neuen Studiengang engagieren und somit die klassische Ausbildung zum Volljuristen ablösen. Damit will die Universität Rostock einen neuen, sehr innovativen Weg beschreiten.

Der Studiengang Rechtswissenschaften ist natürlich nicht allein Gegenstand der Verhandlungen gewesen. Allein aus diesem Grund verbietet es sich, den Fokus nur auf den Studiengang Rechtswissenschaften zu legen. Im Bereich der Zahnmedizin halten wir den Status quo aufrecht. Der Vertrag zwischen dem Bildungsministerium und der Universität Rostock wird also nicht gekündigt. Das Sparkonzept der Medizinischen Fakultät wird akzeptiert. Trotzdem sind die Regelungen über die Einhaltung der Kostenneutralität der Zahnmedizin weiterhin zu beachten. Um den Weiterbetrieb des Studienganges zu gewährleisten, wurde die Besetzung der anstehenden drei Professuren vereinbart.

Darüber hinaus haben wir Teile aus dem Entwurf der Zielvereinbarung mit Stand April 2006, über die bis auf wenige Punkte bereits weitgehendes Einvernehmen bestand, weiterverhandelt, aktualisiert und in die Vereinbarung mit einbezogen. Im Ergebnis konnte so einvernehmlich unter anderem die Einrichtung eines Pools von circa 30 Stellen vereinbart werden, mit dem landespolitisch wichtige Bereiche ausgebaut werden. Circa 15 Stellen aus diesem Pool werden so für die verbesserungswürdige Betreuung der Studenten in den besonders stark ausgelasteten Bachelorstudiengängen eingesetzt. Ein weiterer Teil der Stellen fließt in die Optimierung der Lehrerausbildung, insbesondere in die Erziehungswissenschaften und die Fachdidaktik.

(Beifall Heike Polzin, SPD)

In diesem Zusammenhang möchte ich auf einen anderen wichtigen Punkt der Vereinbarung hinweisen, nämlich die Einrichtung des Lehrerbildungszentrums, das in Zusammenarbeit mit der Hochschule für Musik und Theater Rostock und der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald einen wesentlichen Beitrag zur Verbesserung der Lehrerausbildung im Land leisten wird. Das Gesamtpaket wird schließlich durch ein Bündel von Einzelregelungen abgerundet, von denen ich exemplarisch nur ein

paar nennen möchte. Dazu zählen als zentraler Punkt für die Universität natürlich die dringend notwendigen Baumaßnahmen, deren Umsetzung in den nächsten Jahren angegangen werden soll, aber auch weitere Projekte wie etwa ScanBalt-Campus, das IT-Science-Center Rügen sowie die Unterstützung der Patentverwertungsagentur und die Wissenschaftsstiftung.

An dieser Stelle sei mir gestattet, noch einmal auf die Unterschiedlichkeit der beiden Volksinitiativen Zahnmedizin und Jura hinzuweisen. Diese liegt eindeutig darin, dass eine Mehrheit des Senats für die Zahnmedizin stimmte und sich jetzt eine sichere Mehrheit gegen den Zweig der Jura aussprach. Das zahlenmäßige Stimmenverhältnis hatte ich zu Beginn meiner Ausführungen dargestellt.

Lassen Sie mich abschließend sagen, dieses mit der Universität Rostock vereinbarte Gesamtpaket, zu dem zentral natürlich auch die wesentlichen Inhalte der Zielvorgabe gehören, wird mit dem Antrag der Volksinitiative insgesamt infrage gestellt. Das Anliegen, den Bestand des Studienganges Rechtswissenschaften zu sichern, lässt sich aber nicht ohne die übrigen oben bereits angerissenen Problemfelder diskutieren. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Polzin von der Fraktion der SPD.

Heike Polzin, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nach den ausführlichen Darstellungen des Ministers kann ich in gebotener Kürze sagen: zur Initiative "Pro Jura" zweimal Pro und einmal Kontra.

Zum ersten Pro: Es ist den Initiatoren gelungen, die erforderliche Anzahl an Unterschriften nicht nur anzukündigen, sondern auch zu erbringen. Wie wir seit Kurzem wissen, ist das keine Selbstverständlichkeit.

(Beifall Volker Schlotmann, SPD, und Hans Kreher, FDP – Reinhard Dankert, SPD, und Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Ja.)

In dem Sinne werden wir uns natürlich auch mit der Initiative befassen. Wir werden sie im vorgeschriebenen Zeitraum der Dreimonatsfrist fachlich behandeln. Wir werden eine Anhörung durchführen, wir werden uns inhaltlich mit dem Thema auseinandersetzen. So weit das erste Pro.

Das Kontra hat der Minister, denke ich, ziemlich deutlich gemacht. Es ist ein Anliegen der Gegner der Zielvorgabe im Bereich Jura gewesen, an zwei Fronten zum Ziel zu kommen – einmal über die Unterschriftensammlung und zum Zweiten über die Klage. Manchmal scheint es sich herauszustellen, dass das eine Instrument das andere überholt und neutralisieren kann. Ich bin sehr froh dar-über, dass das Mediationsverfahren durch die Landesregierung und die Beteiligten an der Universität Rostock sachlich so gut ausgehandelt wurde, dass es zu einem solchen Ergebnis kam, und meine Fraktion ist natürlich sehr zufrieden mit diesem Mediationsergebnis und sieht keinerlei Veranlassung, das noch einmal infrage zu stellen.

(Beifall Reinhard Dankert, SPD, Volker Schlotmann, SPD, und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS) Zum zweiten Pro, wie versprochen: Wir beantragen die Überweisung in den Bildungsausschuss zwecks sachgemäßer Behandlung dieser Volksinitiative. – Damit bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Polzin.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete und Vizepräsident Bluhm von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der vorliegende Antrag ist ein Ausdruck der Wahrnehmung demokratischer Interessen von Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes. Meine Fraktion und meine Partei waren und sind für eine intensive politische Mitwirkung von Bürgerinnen und Bürgern, Verbänden und Vereinen. Das gilt auch, wenn sich Initiativen, wie Volksinitiativen oder Volksbegehren, gegen Entscheidungen richten, die wir als Fraktion mitgetragen haben. Der vorliegende Antrag der Volksinitiative wurde vom Landeswahlleiter zugelassen und wird nunmehr im Landtag gemäß dem geltenden Recht, nämlich der Landesverfassung und dem Gesetz über Initiativen aus dem Volk, behandelt. Nach Artikel 59 Absatz 2 sind die Initiatorinnen und Initiatoren anzuhören und darum ist die Überweisung des Antrages in den Bildungsausschuss nicht nur folgerichtig, sondern auch rechtskonform.

Zur inhaltlichen Seite des Themas: Es gab natürlich zur Schließung der Juristischen Fakultät in Rostock bereits umfängliche Diskussionen mit sehr unterschiedlichen Positionen, auch zwischen den demokratischen Parteien in der letzten Legislaturperiode. Ich bedauere nach wie vor, dass es im Frühsommer 2006 mit der Universität Rostock nicht zu einer Zielvereinbarung wie mit allen anderen fünf Hochschulen gekommen ist. Die damals vom Parlament mit Mehrheit bestätigte und damit rechtsgültige Zielvorgabe zeigt, dass zum damaligen Zeitpunkt kein Konsens mit der Universität möglich war. Die Ergebnisse der Mediationsgespräche zwischen der Universität und der Landesregierung - und dafür, dass das hier so ausführlich dargestellt wurde, danke ich dem Minister - haben nicht zu der von der Volksinitiative erhofften Lösung, nämlich der Abwendung der Schließung des Studienganges Rechtswissenschaften in Rostock geführt. Wir sind aber trotzdem auf die Anhörung und die Diskussion im Bildungsausschuss gespannt, welche neuen Aspekte durch die Initiatoren dargelegt werden können. Und es wird sicherlich auch interessant sein und gestatten Sie mir, meine Damen und Herren von CDU, dass ich das hier so deutlich formuliere -, wie die CDU sich in diesen Fragen verhalten wird,

> (Beifall Ralf Grabow, FDP, und Michael Roolf, FDP – Zuruf von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

und zwar deswegen, weil die CDU im Wahlkampf natürlich diese Volksinitiative sehr massiv unterstützt hat.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: So ist es. – Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Ich zitiere die Internetseite des Norddeutschen Rundfunks vom 6. Juli 2006:

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

"Der CDU-Spitzenkandidat bei den Landtagswahlen im September, Jürgen Seidel, erklärte am Donnerstag in Rostock, im Falle eines Wahlsieges die Autonomie der Universitäten zu wahren."

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

"Das vom jetzigen Bildungsminister Hans-Robert Metelmann (parteilos) durchgesetzte Instrument der Zielvorgabe würde dann aus dem Hochschulgesetz gestrichen werden."

(Beifall Michael Roolf, FDP)

"Seidel unterzeichnete ebenso wie der FDP-Spitzenkandidat Michael Roolf"

(Zurufe von Vincent Kokert, CDU, Jörg Vierkant, CDU, und Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

"einen Aufruf zur Wahrung der Freiheit von Lehre und Forschung."

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Bei diesem erwähnten Aufruf handelt es sich eben genau um diese Volksinitiative.

(Michael Roolf, FDP: Genau so.)

In einer großen Zeitung mit den vier Buchstaben vom 14. Juni 2006

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

antwortete der Spitzenkandidat und Landesvorsitzende der CDU Jürgen Seidel

(Zurufe von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU, und Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

auf die Frage: "Was würde der CDU-Chef bei einem Wahlsieg alles anders machen?" zum Stichwort "Sparen", Zitat: "Wir wollen weniger Ministerien und Minister!"

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Wo sind sie denn?)

"Jetzt sind es neun, wir wollen nur noch sechs Ressorts."

(Beifall

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS – Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Wo sind sie denn?)

Ich zitiere weiter zum Stichwort "Uni": "Sie müssen sparen. Aber eine Schließung der Juristischen Fakultät in Rostock gibt's mit uns aber nicht." Ende des Zitats.

(Heiterkeit und Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Sie haben es mit dem Bildungsminister besprochen. Das war 'ne Luftnummer!)

Nun, ist doch in Ordnung. Die CDU ist an der Regierung beteiligt

(Beifall Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS – Heiterkeit bei

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

und hat sich offensichtlich in den Koalitionsverhandlungen ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Meine sehr geehrten Damen und Herren, soweit mir bekannt ist, haben die Fraktionen noch Redezeit. Ich würde Sie dringend bitten, jetzt dem Redner zuzuhören und die Ihnen zustehende Redezeit für Ihre Bemerkungen zum Thema zu nutzen.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Wenn er doch die Wahrheit sprechen würde!)

Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Nun hat sich die CDU offensichtlich bei den Koalitionsverhandlungen entschlossen, die Politik der rot-roten Landesregierung fortzuführen.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP – Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Wenn ich die Ergebnisse der Mediationsgespräche richtig interpretiere,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

dann wird die Juristische Fakultät in der Tat geschlos-

(Dr. Armin Jäger, CDU: Aber es ist unterhaltsam.)

Die Zuordnung der Wirtschaftsjuristen als Teil des BWL ändert daran nichts.

Wir als Fraktion der Linkspartei.PDS haben in der letzten Legislaturperiode die Entscheidungen zur Änderung des Landeshochschulgesetzes zu den Zielvereinbarungen und den Zielvorgaben mehrheitlich mitgetragen. Ich will es deutlich sagen: Wir sehen auch gegenwärtig keinen Grund, diese Position zu ändern.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS, Heike Polzin, SPD, und Volker Schlotmann, SPD)

Meine Fraktion und ich können mit dem Kompromiss der Mediation leben, und das schon deshalb, weil er die Konfrontation und teilweise entstandene Sprachlosigkeit zwischen der Universitätsleitung und dem Bildungsministerium beendet hat

> (Harry Glawe, CDU: Das hätten Sie doch gleich sagen können. Dann hätten wir die ganze Unruhe hier vermieden.)

und damit auch wieder eine geordnete Geschäftsgrundlage bei der Zusammenarbeit gegeben ist und in die Zukunft weist.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, möglicherweise aber legt uns die CDU noch einen angekündigten Gesetzentwurf zur Abschaffung des Instruments der Zielvorgabe und einer uneingeschränkten Autonomie vor.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Warum schimpfen Sie eigentlich immer nur mit uns?!)

Ich halte es da mit den Worten des Ministers: Die Hochschulautonomie wurde mit dem Mediationsverfahren umgesetzt. Eine weise Feststellung! – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Bluhm.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Lochner-Borst von der Fraktion der CDU.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Erkläre es ihm doch mal!)

Ilka Lochner-Borst, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! "Zwei Seelen wohnen, ach, in meiner Brust."

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Treffender als Goethes "Faust" kann man das Spannungsfeld, in dem wir uns zu diesem Tagesordnungspunkt bewegen, wohl kaum beschreiben. Uns liegt auf der einen Seite der Antrag der Volksinitiative "Für die Freiheit der Forschung und Lehre an der Universität Rostock – Gegen die Schließung des Studienganges Rechtswissenschaften" vor, auf der anderen Seiten wissen wir jedoch, dass Ministerium und Universität sich im Mediationsverfahren geeignet und die zuständigen Gremien der Hochschulen das Ergebnis der Mediation mehrheitlich angenommen haben.

(Heike Polzin, SPD: Das haben sie gut gemacht. – Dr. Armin Jäger, CDU: Wenigstens haben sie es gemacht.)

Das Anliegen der Volksinitiative hat sich also zwischenzeitlich überholt.

Ich will an dieser Stelle aber nicht verschweigen, dass man mit dem Ergebnis des Verfahrens nicht unbedingt glücklich sein muss. Aber es wurde deutlich, dass es gut ist, wenn man miteinander und nicht übereinander spricht.

> (Beifall bei Abgeordneten der CDU – Harry Glawe, CDU, Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU, und Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Sehr richtig. –

Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Hat das vielleicht mit handelnden Personen zu tun?)

Ministerium und Hochschulleitung ist es gelungen, einen Kompromiss zu erarbeiten,

(Zurufe von Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

mit dem beide Seiten leben können, mehr oder weniger, wie das bei Kompromissen eben so ist. Dieser neue Stil im Umgang miteinander stimmt mich jedoch im Hinblick auf die nächste Runde der Zielvereinbarungen optimistisch

Doch zurück zur Volksinitiative: Selbstverständlich werden wir uns in diesem Landtag gemäß dem Gesetz zur Ausführung von Initiativen aus dem Volk, Volksbegehren und Volksentscheid in Mecklenburg-Vorpommern mit dem vorliegenden Antrag befassen. Wir werden die Vertreter der Initiative im Bildungsausschuss anhören und wir werden auch weitere Personen in diese Anhörung einbeziehen, sofern dies beantragt wird. Hier geht es nämlich nicht darum, wie die NPD glauben machen will, ob wir mit oder gegen die Braunen abstimmen, sondern hier gibt es ein klares vorgeschriebenes Verfahren, an das sich die Demokraten in diesem Landtag halten werden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Meine Damen und Herren! Herr Bluhm! Es wird auch künftig eine Juristische Fakultät in Rostock geben, aber, und auch das will ich nicht verschweigen, in einem völlig anderen Umfang als bisher. Ob die Verzahnung mit der Betriebwirtschaftslehre die interdisziplinäre Arbeit befördert, wird sich zeigen.

Die CDU-Fraktion hat am Ende der vergangenen Legislaturperiode den abgeschlossenen Zielvereinbarungen zugestimmt. Die Begründung gilt auch heute. Nach einem langen steinigen Weg liegen Ergebnisse vor, die aufgrund von Diskussionsprozessen und Gremienbeschlüssen entstanden sind. So betrachten wir auch das Mediationsverfahren. Natürlich wird die Universität nicht in Gänze von den Ergebnissen begeistert sein, aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung gemacht. Ich wünsche mir, dass aus den nächsten Verhandlungsrunden dann alle Hochschulen unseres Landes mit Zielvereinbarungen hervorgehen. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Lochner-Borst.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete und Vizepräsident Herr Kreher von der Fraktion der FDP.

Hans Kreher, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der ehemalige Bundeskanzler Willy Brandt hatte seine Regierungserklärung damals unter das Motto gestellt: "Mehr Demokratie wagen". Insofern ist diese Volksinitiative ein Beispiel für mehr Demokratie.

(Beifall Ralf Grabow, FDP, und Michael Roolf, FDP)

Deshalb, meine Damen und Herren, auch von den beiden Koalitionsparteien, möchte ich Sie sehr bitten, wenn Sie dieses Motto "Mehr Demokratie wagen" ernst nehmen, dann nehmen Sie bitte auch diese Volksinitiative ernst. Es ist wichtig, dass wir sie in die Ausschüsse bringen und wirklich sehr genau darüber sprechen. Insofern unterstützen wir den Antrag, es in den Bildungsausschuss zu nehmen mit den entsprechenden Anhörungen. Aber dies ist ein Problem, das nicht nur Bildung interessiert, sondern es hat auch Auswirkungen im wirtschaftlichen Bereich.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Deshalb sollten wir auf jeden Fall auch den Wirtschaftsausschuss mit einbeziehen. Und da natürlich alles finanzielle Auswirkungen hat, sollten wir auf jeden Fall auch den Finanzausschuss mit einbeziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Nein!)

Das beantragen wir, Frau Gramkow, ob es Ihnen passt oder nicht.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Entschuldigung! – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und Linkspartei.PDS)

Die Bundeskanzlerin hat ihre Rede zur Eröffnung der jetzigen Legislaturperiode unter das Motto gestellt: "Mehr Freiheit wagen". Meine Damen und Herren, das ist ein Thema für die Liberalen und das ist ein Thema an den Universitäten, wenn es um Autonomie der Hochschulen geht. Diese Autonomie nehmen wir sehr ernst. Wir werden deshalb auch nicht in jetzige Senatsbeschlüsse

eingreifen. Das wäre unsererseits ein Eingriff in die Autonomie.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So sehe ich das auch.)

Das müssen wir klar sagen, aber wir müssen auch fragen: Unter welchen Bedingungen ist dieser jetzige Senatsbeschluss zustande gekommen?

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und auf der Zuschauertribüne)

Wir wollen nichts unterstellen, aber das ganze Ablaufverfahren hat natürlich einen gewissen Druck eröffnet. Unter solch einem Druck kann auch etwas zustande kommen, was nicht gut ist. Deshalb möchten wir das in den entsprechenden Ausschüssen hinterfragen, wie das Ganze zustande gekommen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, es sind dabei auch andere Dinge zu beachten, wofür wir Politiker durchaus verantwortlich sind. Wenn wir nämlich den Bologna-Prozess ernst nehmen, dann heißt das, Bachelorabschlüsse, Masterabschlüsse.

(Ministerin Sigrid Keler: Exzellenzinitiative.)

Und wenn an der Juristischen Fakultät keine richtigen Staatexamen mehr abgeschlossen werden können, dann ist das natürlich eine Auswirkung für die Leute, die dort studieren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Gino Leonhard, FDP: Jawohl!)

Deshalb müssen wir auch von der Politik her klären, wie wir in Zukunft mit solchen Abschlüssen umgehen. Wenn man in Rostock kein entsprechendes Examen mehr durchführen kann, dann hat das Auswirkungen insgesamt für die jetzt Studierenden und für die später Studierenden. Das genau, meine Damen und Herren, müssen wir in den Ausschüssen hinterfragen, welche Auswirkungen das hat, und dann die entsprechenden Schlussfolgerungen ziehen. Das muss man noch einmal genau sehen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Ich glaube, das ist geklärt, Herr Kreher.)

Ich glaube nämlich, es würde nicht so viel Unsicherheit bei den Studenten geben, ...

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Hans Kreher, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, ich werde mich daran halten, ich bin auch fertig. Ich glaube, unser entsprechender Antrag wird von Ihnen wohlwollend aufgenommen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Vizepräsident.Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Andrejewski von der Fraktion der NPD.

Michael Andrejewski, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dass es in Rostock bald nicht mehr möglich sein soll, das erste juristische Staatsexamen abzulegen, läuft auf die Verschärfung eines Kardinalfehlers der Einheit hinaus, eines von vielen Kardinalfehlern.

Damals wurden die Positionen in der Justiz der auf dem Gebiet der untergegangenen DDR entstandenen Bundesländer auf Dauer mit Juristen aus Westdeutschland besetzt, weit über das notwendige und vernünftige Maß hinaus.

(Heiterkeit bei Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Das sieht man an Ihnen.)

Während meines Referendariates in Stendal ...

Die Dosis macht das Gift.

... habe ich ganz selten einmal einen einheimischen Richter am Landgericht gesehen. Dort waren Einheimische Exoten. Der Normalfall waren Westdeutsche, wohin man blickte, und das noch im Jahr 2002. Ähnlich sah es in den Amtsgerichten oder bei der Staatsanwaltschaft aus.

(Reinhard Dankert, SPD: Und bei der NPD-Fraktion.)

Und solche Verhältnisse ...

Bei uns sieht es besser aus.

(Reinhard Dankert, SPD:
Das sieht man. – Heiterkeit bei
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Ja, ja, ja.)

... herrschen nicht nur in der Altmark. Es handelt sich um einen in weiten Gebieten der sogenannten neuen Länder anzutreffenden Tatbestand. Wenn die Einheit vollendet wäre, dürfte es keine Rolle mehr spielen, aus welchem Landesteil ein Richter stammt. Aber die Einheit kann nicht vollendet werden, wenn ein so wichtiger Bereich wie die Justiz in einem Landesteil von einem anderen Landesteil dominiert wird. Das wird von der Bevölkerung als Kolonialismus wahrgenommen und es hat auch Züge von Kolonialismus.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Wissen Sie, wie viele Juristen wir ausbilden?)

Zu wenig.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Zu wenig.)

Man hätte in den Jahren nach 1990 in viel stärkerem Maße, als dies geschah, auf pensionierte westdeutsche Richter als Aufbauhelfer für einige Jahre zurückgreifen und gleichzeitig ebenfalls damals für eine Übergangszeit beschleunigte Studiengänge stärker als üblich verschult, vielleicht in der Art von Internaten in Mitteldeutschland etablieren müssen,

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Ja damals! Aber jetzt, Herr Andrejewski?!)

um einen angemessenen Anteil von einheimischen ...

Ich komme gleich zur Gegenwart.

... Richtern zu erreichen. Diese Fehlentwicklung wurde nicht etwa korrigiert, sie setzt sich jetzt fort, denn die Ausbildung zum Assessor, hin zum zweiten Staatsexamen findet in Bundesländern wie Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern in immer geringerem Maße statt. Aus unerfindlichen Gründen prüfen hier Justizprüfungsämter viel schärfer als in westdeutschen Ländern.

Die Durchfallerquoten sind viel höher: 40 Prozent Sachsen-Anhalt, 20 Prozent Hamburg. Also gibt es in den hiesigen Gerichten immer weniger Referendare.

Und jetzt soll nicht einmal mehr eine Ausbildung zum ersten Examen in Rostock erfolgen. Getreu der üblichen Salamitaktik ist dann auch bald Greifswald an der Reihe, auch wenn es jetzt noch Schwüre gibt, dass Greifswald sicher wäre als Uni und als Rechtsfakultät. Mecklenburg-Vorpommern ist dann juristisches Entwicklungsland und Kolonialgebiet. So wird es nie etwas mit der inneren Einheit. Man muss sich wirklich fragen, welche Zukunftsvisionen solchen Entscheidungen zugrunde liegen. Alles, was Kultur und Zivilisation ausmacht, wird abgebaut.

(Beifall Raimund Borrmann, NPD)

Dafür entstehen in unserem zunehmend menschenleer werdenden Land lauter Anlagen, die man anderswo nicht haben will: Steinkohlekraftwerke, gigantische, perverserweise so bezeichnete Schweineproduktionsstätten, die Landschaft verschandelnde Windräderparks. All dies läuft darauf hinaus, Mecklenburg-Vorpommern nach und nach absterben zu lassen. Genauso sieht die Wahrheit aus und nicht so wie in Herrn Ringstorffs Regierungserklärung aus Fantasialand. Deswegen unterstützen wir die Initiative.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank.

Seitens der Fraktion der CDU ist signalisiert worden, dass Frau Lochner-Borst noch einmal sprechen möchte. Bitte schön.

Ilka Lochner-Borst, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Kreher, vielleicht noch ein, zwei Sätze zu Ihren Ausführungen, damit das auch in der Öffentlichkeit klargestellt ist. Für die jetzigen Studierenden hat es keine Auswirkungen, was an Veränderungen eingeführt wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. – Michael Roolf, FDP: Das ist falsch. – Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

Das ist nicht falsch. Für die jetzigen Studierenden ...

(Michael Roolf, FDP: Es geht um die Anerkennung ihrer Ausbildung. Wenn Sie ihre Ausbildung an der Uni machen, hat das Auswirkungen auf die jetzigen Studenten. Aber ganz genau! – Dr. Armin Jäger, CDU: Nein. – Zuruf von Ralf Grabow, FDP)

Nein. Wer heute sein Studium begonnen hat, wird es nach der entsprechenden Studienordnung, nach der er das Studium begonnen hat,

(Zuruf von Michael Roolf, FDP)

auch beenden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das, so ist das.)

Das ist immer so.

 (Michael Roolf, FDP: Ja, von wegen! – Heiterkeit bei Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:
 Das steht auch im Landeshochschulgesetz. – Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU:
 Genauso ist das. Da hast du mal wieder recht.) Und dann erst gibt es eine Umstellung und man kann sicherlich auch Fragen diskutieren, wie Abschlüsse anerkannt werden. Da bin ich sogar teilweise bei Ihnen. Aber wer jetzt und heute studiert,

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

studiert nach der heute geltenden Studienordnung.

(Michael Roolf, FDP: So ist das. Das ist unstrittig.)

Ja, aber das wurde eben anders dargestellt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Ein zweiter Punkt ist die Anerkennung der Hochschulautonomie durch die CDU-Fraktion.

Auch noch einmal ein Satz zu Herrn Bluhm, ich habe es am Ende meiner Rede vorhin schon angedeutet: Die CDU-Fraktion hat sich in der letzten Legislaturperiode sehr schwer getan, den Zielvereinbarungen zuzustimmen, aber weil es freie Entscheidungen innerhalb der Hochschulgremien waren, haben wir damals zugestimmt. Und genauso sehen wir das auch jetzt mit dem Mediationsverfahren.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Das am Ende noch einmal zur Klarstellung für meine Fraktion. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heike Polzin, SPD: Ausschuss!)

Entschuldigung, ich habe noch einen kurzen Moment.

Herr Kreher, Ihren Vorschlag, das Ganze auch im Wirtschaftsausschuss zu behandeln, werden wir natürlich gern mittragen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und FDP – Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Nee.)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Frau Lochner-Borst.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe also die Aussprache.

Im Ältestenrat wurde vorgeschlagen, die Volksinitiative "Für die Freiheit der Forschung und Lehre an der Universität Rostock – Gegen die Schließung des Studienganges Rechtswissenschaften" auf Drucksache 5/380 zur Beratung an den Bildungsausschuss zu überweisen. Während der Debatte ist zusätzlich beantragt worden, den Antrag auf Drucksache 5/380 zur Mitberatung an den Wirtschafts- und an den Finanzausschuss zu überweisen. Seitens der SPD-Fraktion ist darum gebeten worden, diese Überweisungsvorschläge einzeln abzustimmen.

Wir beginnen also mit der ersten Abstimmung darüber, ob die Volksinitiative an den Bildungsausschuss überwiesen werden soll. Wer für die Überweisung an den Bildungsausschuss ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist diesem Antrag einstimmig gefolgt.

Wer ist dafür, diese Drucksache zur Mitberatung an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen? – Wer stimmt dagegen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist dem Antrag gefolgt bei Zustimmung der Fraktionen der SPD, CDU, FDP und NPD sowie einigen Gegenstimmen und

einigen Stimmenthaltungen aus der Fraktion der Linkspartei.PDS.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung, ob die Drucksache auch zur Mitberatung an den Finanzausschuss überwiesen werden soll. Wer also diesem Antrag folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gibt es Gegenstimmen? – Gibt es Stimmenthaltungen? – Damit ist diesem Überweisungsvorschlag mehrheitlich nicht zugestimmt worden

Wir sind damit am Ende des Tagesordnungspunktes 22.

Ich rufe jetzt auf den **Tagesordnungspunkt 17**: Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU – Klimaschutz und Folgen des Klimawandels in Mecklenburg-Vorpommern, auf Drucksache 5/352. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/387 vor.

Antrag der Fraktionen der SPD und CDU: Klimaschutz und Folgen des Klimawandels in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 5/352 –

Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS – Drucksache 5/387 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Dr. Gottfried Timm von der Fraktion der SPD.

Dr. Gottfried Timm, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Klimaschutz – ein Begriff, der seit zwei Monaten in aller Munde ist. Die Vereinten Nationen haben Ende Januar ihre neuen wissenschaftlichen Daten herausgegeben zur Veränderung des Klimas auf der Erde. Neu an der Debatte, die wir jetzt führen, ist an sich nur die Tatsache, dass sie stattfindet, inhaltlich ist so sehr vieles nicht neu.

Seit langer Zeit spricht man zum Beispiel über den im Pazifik gelegenen Inselstaat Tuvalu,

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Wie heißt der, Herr Timm?)

der im Zuge des Klimawandels, Herr Methling, in den Fluten des Ozeans langsam verschwindet

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Ach so, ja.)

und dessen Präsident vor den Vereinten Nationen eine eindringliche Rede für den konsequenten Klimaschutz gehalten hat, allerdings schon vor zwei Jahren. Dieser Inselstaat ist weit weg. Manche belächeln das.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Ich kannte ihn nicht.)

Das mag ja sein, aber die Frage ist, was geschieht mit unseren Inseln hier in Mecklenburg-Vorpommern, wenn der Ostseespiegel bis zum Ende dieses Jahrhunderts um mehr als 59 Zentimeter ansteigt, so, wie es die wissenschaftlichen Erkenntnisse der UNO uns mitteilen. Wie sieht dann der Küstenverlauf auf Hiddensee aus, auf dem Darß und an der Wohlenberger Wiek? Wie sehen die Flussniederungen von Peene, Recknitz und Warnow aus?

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

Wie können Sturmfluten verlaufen? Diese Untersuchung ist Gegenstand unseres Antrages. Wenn wir bei Immobilienmaklern von Grundstücken in Meeresnähe oder mit weitem Ostsseeblick lesen oder hören, dann, meine ich, sollten die Kaufinteressenten wissen, wo dieses Grundstück liegt, wenn ihre Kinder oder Enkel dieses dann hoffentlich schuldenfrei erben werden.

Meine verehrten Damen und Herren, auf der Düsseldorfer Umweltministerkonferenz in der letzten Woche, die eine sehr gute öffentliche Tagung abgehalten hat zu diesem Thema – da waren unter anderem auch Landtagsabgeordnete eingeladen –, fand ich zweierlei bemerkenswert:

Erstens vertritt die dort anwesende Wissenschaft die Auffassung, dass die Szenarien, die die UNO herausgegeben hat, äußerst vorsichtig seien. Die tatsächlichen klimatischen Veränderungen verlaufen weitaus gravierender, als der wissenschaftliche Kompromiss von Paris dieses dokumentiert.

Zweitens – das ist die gute Nachricht – ist man der Auffassung, dass die technologischen Innovationen zur Verfügung stehen, um auch unseren Kindern und Enkelkindern ein Leben in Sicherheit, Gesundheit und Wohlergehen zu ermöglichen.

Meine Damen und Herren, wenn man sich auf der Straße mit den Leuten unterhält, dann trifft man drei verschiedene Gruppen an. Man trifft auf Fatalisten, die meinen, dass man sowieso nichts gegen den Klimawandel tun kann, weil bei den anderen die globale Vernunft für eine Veränderung nicht vorhanden ist. Man trifft auf Ignoranten, die sagen, dass es schon immer einen Wandel des Klimas gegeben hat, schon seit Millionen von Jahren verändert sich das Klima, dagegen kann der Mensch nichts tun. Und man trifft auf Realisten, die in Sorge um die Zukunft auf Veränderungen setzen und alle Möglichkeiten mobilisieren helfen, die zu einer veränderten Wirtschafts- und Lebensweise führen. Ich selbst zähle mich zur letzten Gruppe.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Und das ist gut so.)

Die britische Regierung, Herr Kollege Methling, hat bei Nicolas Stern, dem ehemaligen Chefökonomen der Weltbank, eine Studie in Auftrag gegeben. Ziel der Studie war es, die ökonomischen Folgen eines ungebremsten Klimawandels für die Weltwirtschaft zu ermitteln. Stern kommt zu dem fatalen Ergebnis, dass es zu wirtschaftlichen Verlusten von weltweit 20 Prozent des Bruttoinlandsproduktes kommen wird. Er vergleicht die Lage, vor der wir stehen, mit der Zeit vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges – er, nicht ich etwa. Diese verheerenden Entwicklungen können verhindert werden mit – ökonomisch gesprochen – einem Betrag von einem Prozent des Bruttoinlandsproduktes als Investition in aktiven Klimaschutz, vor allem in Energieeffizienz und erneuerbare Energieträger.

Heruntergebrochen auf unser Bundesland Mecklenburg-Vorpommern sehen diese Zahlen wie folgt aus: Bei einem Bruttoinlandsprodukt von 32 Milliarden Euro würden wir einen Verlust von 6 Milliarden Euro jährlich hinnehmen müssen, wenn es uns nicht gelingt, ein Prozent des Bruttoinlandsproduktes – das sind 300 Millionen Euro – im Gebiet unseres Landes für den Klimaschutz zu investieren. Selbstverständlich ist damit nicht der Landeshaushalt allein gemeint, aber ich denke, diese Zahlen helfen uns zu verdeutlichen, vor welcher großen Aufgabe

wir real stehen, wenn wir nachhaltige Politik zum Wohle unserer nachwachsenden Generationen machen wollen. Für die gesamte Bundesrepublik sehen die Zahlen natürlich schon ganz anders aus. Wenn wir das Bruttoinlandsprodukt von 2.300 Milliarden Euro als Basis nehmen, dann ist inzwischen ein Prozent mit 23 Milliarden Euro eine sehr große Summe.

Letztlich geht es beim erforderlichen Reformbedarf also um das Erreichen des Klimaschutzzieles, das die Bundeskanzlerin gemeinsam mit Herrn Bundesumweltminister Gabriel auf ein Anwachsen der Temperatur auf zwei Prozent festgelegt hat für die Europäische Union.

> (Minister Dr. Till Backhaus: Zwei Grad, zwei Grad! – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Sehr aufmerksam.)

Entschuldigung, zwei Grad für die Europäische Union.

Allerdings sind die anderen Gebiete der Welt damit leider noch nicht angesprochen. Darum – ein Prozent des Bruttoinlandsproduktes weltweit in aktiven Klimaschutz zu investieren, McKinsey hat soeben ausgerechnet, dass dies sogar mit Gewinnen für die Unternehmen und mit Einsparungen für die privaten und öffentlichen Haushalte verbunden ist.

Unser Antrag, meine Damen und Herren, will also eine wissenschaftliche Analyse auf den Weg bringen, die bezogen auf unser Landesgebiet die Grundlagen schaffen soll für eine an den Klimaschutzzielen ausgerichtete aktive Energie- und Wirtschaftspolitik, Landesentwicklung und Raumordnung, Agrar- und Forstwirtschaft, für Küstenschutz und Gesundheitsvorsorge. In Düsseldorf bei der Konferenz in der letzten Woche hat Nordrhein-Westfalen für jedes Bundesland die für das dortige Land gerade fertiggestellte Studie präsentiert. Diese führte bei manchen Betrachtern dort zu langen Gesichtern. Mir ist bekannt, dass viele Daten innerhalb des Landes und außerhalb des Landes für dieses Szenarium, um das es hier geht, für unsere Studie vorhanden sind. Die Aufgabe besteht darin, diese solide zusammenzuführen und ein geschlossenes Konzept mit Bennennung der notwendigen Immissionsanteile und Instrumentarien zu deren Minimierung zusammenzutragen.

(Beifall Rudolf Borchert, SPD, und Heinz Müller, SPD)

Meine Damen und Herren, für unser Bundesland ist an und für sich das Thema Klimaschutz auch insofern ein Zukunftsthema, weil wir aufgrund unserer geopolitischen Lage sehr gute Voraussetzungen auch für Technologieexport im Bereich der Bioenergie und Windenergie haben. Deswegen bin ich der festen Überzeugung, dass dann, wenn die Bundesregierung sowie die Europäische Union es mit ihren Klimaschutzzielen ernst meinen, wir im Grunde genommen mit dem Thema und den Technologien, die damit verbunden sind, auch einen Exportartikel für Mecklenburg-Vorpommern rekrutieren können.

Im föderalen Deutschland sind und haben die Länder eine eigene politische Kraft. Andere Bundesländer sind im Blick auf diese Studie und deren Folgen bereits einen Schritt weiter als wir. Ich selbst bin optimistisch, dass wir aus Mecklenburg-Vorpommern die angestrebten Klimaschutzziele erreichen helfen können. Warum? Erstens liegen die wissenschaftlichen Erkenntnisse vor, zweitens stehen die technologischen Verfahren zur Verfügung

und drittens hat seit einigen Monaten ein öffentlicher Bewusstseinswandel bei diesem Thema eingesetzt. Umweltpolitik ist kein Randthema mehr. Inzwischen rückt es immer mehr in die Kernthemen der politischen Debatte ein. Diesen letzten Punkt vor allem, der öffentliche Bewusstseinswandel, an dem die Medien auch einen positiven Anteil haben, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sollten wir nutzen, um die notwendigen politischen Entscheidungen zu treffen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS, und Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Dr. Timm.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Ums Wort gebeten hat zunächst der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus, Herr Seidel.

Minister Jürgen Seidel: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Klimaschutz und Klimawandel, wie gerade dargestellt, sind Themen, die die Menschen landesweit derzeit sehr stark bewegen. Die Zeichen für einen Klimawandel sind auch inzwischen überall sichtbar und erkennbar. Damit will ich jetzt nicht unbedingt meinen, dass wir im Moment schon blühende Obstbäume finden, sondern ich meine die Vielzahl der Meldungen, die uns bewegen, also das wärmste Jahr, der wärmste Sommer oder der wärmste Herbst. Und ich will noch einmal betonen, dass ich es als eine der wichtigsten Aufgaben ansehe, Klimaschutz und Klimawandel in meiner Amtszeit voranzubringen im Wissen, dass dies eine über die Ministerien übergreifende Aufgabe der gesamten Landesregierung ist und wir aufgerufen sind, die positiven Effekte, die sich für Mecklenburg-Vorpommern ergeben können, zu nutzen und gleichzeitig natürlich auch Vorsorge zu treffen für zu erwartende negative Auswirkungen.

Meine Damen und Herren, deswegen halte ich es trotzdem für wichtig, auch festzustellen, dass Mecklenburg-Vorpommern im Bereich Klimaschutz und Klimawandel einiges erreicht hat, aber zugegebenermaßen längst nicht alle Potenziale ausgeschöpft sind. Mir ist es schon wichtig, dass sich bereits seit 1997 die Landesregierung dieses Landes zum Klimaschutz bekannt hat und auch dort ein Klimaschutzkonzept erstellt wurde. Aufgrund der Struktur unseres Landes haben wir immerhin einen bundesweit einmaligen Anteil der erneuerbaren Energie an der Nettostromerzeugung von round about 34 Prozent. Kohlendioxidbilanzen werden bei uns kontinuierlich erstellt. Die Fortentwicklung des Aktionsplans zum Klimaschutz steht im Zusammenhang mit der Strategie "Energieland 2020" in unserem Lande.

Richtig ist, wir müssen handeln, wir müssen auch schnell handeln, damit wir den Anschluss an die nationalen und internationalen Entwicklungen nicht verpassen.

> (Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Und vor allen Dingen richtig.)

Ich setze voraus, dass zumindest das Bemühen immer da ist, richtig zu handeln.

In meinen Augen ist Klimaschutzpolitik auch Zukunftspolitik und wer sich heute im Klimaschutz engagiert, der investiert in langfristig innovative Technologien und trägt natürlich zur Sicherung der Energieversorgung bei.

Für die jungen Technologien besteht aktuell und in absehbarer Zukunft - das ist im Normalfall dann immer die Situation - ein hoher Forschungs- und Entwicklungsbedarf. Die intensive und breite Anwendung und damit die technologische Weiterentwicklung begann erst so richtig in den letzten zwei Jahren. Ich will hier als Beispiel in diesem Zusammenhang das in Neustadt-Glewe angewandte ORC-Verfahren erwähnen, eine Frage der Energiegewinnung durch Verdampfung von Flüssigkeiten in Verbindung mit geothermischer Nutzung. Die Windenergienutzung zur Stromerzeugung war vor 20 Jahren genauso wie die Sonnenenergienutzung nur in Nischen angesiedelt. Inzwischen haben wir im Lande an die 2.000 Arbeitsplätze allein im Bereich der Windenergie. In jedem Fall ist es notwendig, innovative Ideen und Entwicklungen schnell in die Praxis zu überführen und die Rentabilität zu verbessern, Kostenminderungspotenziale auszuschöpfen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

Zur Unterstützung der Entwicklung und Anwendung innovativer Energien stehen Fördermöglichkeiten zur Verfügung, die auch in der aktuellen Strukturfondsperiode weiter ausgebaut werden. Der Bedarf an Klimaschutztechnologien wird in weiterer Zukunft zunehmen. Das ist inzwischen eine anerkannte Erfahrung. Es ist aber auch absehbar, dass sich die weltweite Situation weiter verschärfen wird, da insbesondere die Ölreserven in politisch brisanten oder klimatisch anspruchsvollen Regionen liegen. Wenn wir es als Land schaffen, die Abhängigkeit von Energie- und Rohstoffimporten zu senken, dann kann das natürlich auch die Versorgungssicherheit und die Bezahlbarkeit von Energie positiv beeinflussen und gleichzeitig - auch das muss man erwähnen - erhöht sich regionale Wertschöpfung, denn die Einnahmen aus der Energieerzeugung, die dann jeder von uns zahlt, verbleiben in diesem Fall in der Region. Und zudem werden dauerhafte innovative Arbeitsplätze geschaffen. Das gilt auch für die Klimaschutzaktivitäten.

Klimaschutzprojekte haben also den großen Vorteil, dass sie neben direkten Beschäftigungseffekten auch zur Minderung von Betriebskosten beitragen. Klimaschutzmaßnahmen lassen sich in nahezu allen Bereichen realisieren

Ich will drei wesentliche Beispiele erwähnen, in denen wir Potenziale sehen, die in Mecklenburg-Vorpommern auch effektiver genutzt werden können:

- der Bereich der Energieeinsparung, also alles, was mit Abschalten unnötiger Wärmeerzeugung oder wie gesagt mit Geräten und so weiter und so fort – das kennen Sie aus dem eigenen Haushalt – zu tun hat
- die Steigerung der Energieeffizienz, zum Beispiel in die Optimierung von Heizungsanlagen, die Nutzung von Abwärme zu Heiz- und Kühlzwecken, effektive Lichtsysteme und Anlagentechnik in Unternehmen
- die Nutzung erneuerbarer Energien, die Integration in Planung von Gebäuden, die Einbeziehung in die

Gebäudetechnik, Solarthermie, Photovoltaik, geothermische Nutzung, Biomassenutzung, um nur verschiedene Bereiche hier zu erwähnen

Zur Förderung von Klimaschutzmaßnahmen in kleinen und mittleren Unternehmen, Kommunen, Vereinen und Verbänden wurden für die Strukturfondsperiode 2007 bis 2013 insgesamt 25 Millionen Euro in den Haushalt eingestellt.

Meine Damen und Herren, natürlich müssen auch Unternehmer, Handwerker, Planer sich den neuen Aufgaben stellen. Wir alle kennen noch solche Beispiele – das ist uns gar nicht fremd –, bei denen auch durch Sanitär- und Heizungsinstallateure Beratungen gelaufen sind, bei denen man eher sagt: Na ja, überleg dir das genau, ob du erneuerbare Energien nimmst, weil es vielleicht tatsächlich im Moment noch etwas teurer wird. Es gibt aber auch, das muss man erwähnen, schlechte Beratungen, wo Planer überdimensionierte Anlagen veranlasst haben, die dann wieder zu gegenteiligen Effekten beim Nutzer führen. Insofern glaube ich, dass wir in der ganzen Breite aufgerufen sind, entsprechend tätig zu werden.

Lassen Sie mich zum Klimawandel zurückkommen. Oberflächlich betrachtet könnte man die Klimaänderung bis zum Ende des Jahrhunderts in Mecklenburg-Vorpommern vielleicht in folgenden Aussagen zusammenfassen: Im Jahresmittel wird sich der Niederschlag kaum ändern. Die Temperatur steigt um durchschnittlich 2,3 Grad Celsius an. Sieht man sich die Ergebnisse der Modellrechnungen aber im Detail an, so ergeben sich wirklich besorgniserregende Veränderungen. Natürlich kann man auch diese Veränderungen wieder positiv auslegen, was hier und da auch getan wird, indem man zum Beispiel feststellt, dass sich die Saisonverlängerung im Tourismus vielleicht ein bisschen freundlicher darstellen könnte, dass es vielleicht einen sinkenden Heizbedarf, wie wir gerade dieses Jahr spüren, geben könnte. Dennoch muss uns ganz klar sein, die negativen Auswirkungen sind absehbar und sie überwiegen auch deutlich.

Meine Damen und Herren, die systematische Bewertung der regionalen Klimafolgen erfolgt derzeit in meinem Hause. Hierzu wurden nach einem Interessenbekundungsverfahren im Juni 2006 insgesamt sieben Facharbeitsgremien gebildet. Ihnen gehören Vertreter wissenschaftlicher Einrichtungen des Landes, Vertreter der Landesbehörden und interessierte Ingenieurbüros an. Es sind Hauptuntersuchungsgebiete in folgenden Bereichen: Energie, Verkehr, Ostseeküstenschutz, Wasserwirtschaft, Gesundheit, Biodiversität, Naturschutz, Land- und Forstwirtschaft, Regionalentwicklung und Tourismus. Ziel der Aufträge ist es, potenzielle positive und negative Auswirkungen des Klimawandels zu erkennen, um der Landesregierung daraus Handlungsempfehlungen vorzuschlagen. Wir erwarten die Berichte zum Ende des Jahres 2007. Nach einer bisher erfolgten internen Bewertung erhalten alle, die daran interessiert und davon betroffen sind, solche Vorschläge. Damit sollen die Voraussetzungen geschaffen werden, rechtzeitig Vorsorgemaßnahmen zur Anpassung der sich verändernden klimatischen Bedingungen einzuleiten. Nur so sind die mit dem Klimawandel verbundenen Kosten zu minimieren.

Ich begrüße dementsprechend auch den Antrag, der hier heute vorliegt, einen aktualisierten Aktionsplan für den Klimaschutz bis zum Dezember 2008 zu erarbeiten. Er wird auf die geänderten Klimaschutzrahmenbedingungen

eingehen und die Treibhausgasbilanz des Landes aktualisieren. Ebenso soll er Minderungsvorschläge für die einzelnen Sektoren beinhalten, so zum Beispiel auch die wesentlichen Punkte, die wir in der Konzeption "Energieland 2020" untersuchen. Zudem werden dort die Auswirkungen des Klimawandels erläutert. Ich werde auch alle Betroffenen einladen, sich an der Überarbeitung zu beteiligen, denn Klimaschutz und Klimawandel erfordern, wie ich bereits sagte, ein interdisziplinäres Herangehen. Die Begleitung dieses Themas erfolgt ressortübergreifend, auch über eine interministerielle Arbeitsgruppe. Also ich glaube, wir haben die richtigen Formen und Methoden. Wir müssen uns allerdings, das will ich gern zugeben, intensiv in die Spur begeben und hier an den Dingen weiterarbeiten, damit wir die hier gestellten Termine wirklich einhalten können. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Präsidentin Sylvia Bretschneider: Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr von Storch von der Fraktion der CDU.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Was ist denn das für eine Reihenfolge? –
Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,
und Egbert Liskow, CDU –
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Eigentlich ist doch die Opposition zuerst dran.
Herr Storch ist selber überrascht, wie ich sehe.)

Dr. Henning von Storch, CDU: Nein, so weit können Sie nicht gucken.

(Heiterkeit bei

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS –
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:
Er wusste das. – Dr. Armin Jäger, CDU:
Er hält sich an das, was die Präsidentin sagt.
Das ist doch in Ordnung. – Zuruf von
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Sowohl Herr Kollege Dr. Timm als auch Herr Minister Seidel haben eigentlich das Wesentliche gesagt, sodass ich das, was ich hätte sagen wollen, kurzfassen kann, um noch einmal auf einige wenige Gesichtspunkte hinzuweisen.

Wir wissen, dass es unserer Bundeskanzlerin in der EU-Politik gelungen ist, die Staats- und Regierungschefs der EU auf ein gemeinsames Klimahandlungskonzept einzuschwören. Und das ist der erste ernsthafte Handlungsrahmen hierfür bei uns in Europa.

Auf die Studie der Vereinten Nationen ist bereits hinreichend eingegangen worden. Wir wissen aber auch, dass aus dem noch nicht veröffentlichten Teil der UN-Studie der Menschheit nicht einmal mehr 15 Jahre bleiben, um durch Klimaschutzmaßnahmen unumkehrbare Prozesse zu verhindern. Und ich unterstelle, dass die Aussagen im Kyoto-Protokoll uns allen bekannt sind.

Ich hatte gerade Gelegenheit, meine Kolleginnen und Kollegen, an einer Tagung in Potsdam zum Thema Klimawandel unter Federführung des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung teilzunehmen. Dort ist sehr eingehend auch all das gesagt worden, was hier Gegenstand unserer Diskussion ist. Der Chefökonom dieses

namhaften Instituts in Potsdam hat allerdings vor übertriebenem Dirigismus gewarnt. Er sagte, die Politik muss den Menschen nicht vorschreiben, welche Autos sie kaufen, welchen Sprit sie tanken sollen. Ihre Aufgabe ist es, klar zu signalisieren, dass die Immissionen gesenkt werden müssen, und sie muss die Marktkräfte für den Klimaschutz mobilisieren.

(Beifall Hans Kreher, FDP – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Das wird wohl nicht reichen.)

Meine Damen und Herren, das ist eine Warnung, dass wir uns nicht in engmaschigem Dirigismus verstricken sollten. Wir glauben, dass mit unserem Antrag ein wichtiger und guter Beitrag für die Bewertung des Klimaschutzes und für das, was wir tun sollen, in unserem Land getan wird. Eine wissenschaftlich fundierte Studie dient der Versachlichung der Diskussion. Und wir müssen in unserem Land darüber nachdenken, wie wir mit der Grundlagenforschung für den Klimaschutz umgehen.

Meine Damen und Herren, da gab es vor 14 Tagen in einer überregionalen Zeitung einen Hinweis darauf, dass die Deutsche Forschungsgemeinschaft den Leibniz-Preis, den höchstdotierten Wissenschaftspreis in Deutschland, mit 2,5 Millionen Euro an den Klimaforscher Gerald Haug vom Geoforschungszentrum Potsdam verliehen hat. Dieser hohe Preis steht für Forschungszwecke in Deutschland zur Verfügung. Mit diesem Preis hat die DFG neben der Würdigung des Forschers der Bedeutung des Klimaschutzes Rechnung getragen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Preisgeld bleibt in Deutschland, der Forscher geht ins Ausland - wieder ein Forscher, der im Ausland bessere Bedingungen für die Grundlagenforschung findet. Der Preisträger Haug ist zu dem Ergebnis gekommen, dass er seine Kreativität für die Klimagrundlagenforschung besser in der Schweiz verwirklichen kann. Er geht zur ETH nach Zürich,

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Gute Adresse.)

die ihm ein interessantes Angebot gemacht hat, sodass er sogar daraufhin den Ruf an eine amerikanische Eliteuniversität ausgeschlagen hat. Er hat wörtlich in einem Presseinterview gesagt: ",Ich habe mich bewusst für Europa entschieden.' ... Nicht gegen Deutschland, aber gegen einige deutsche Zustände." Er beschreibt die Zustände in unserer Forschungslandschaft mit "Unfreiheit" und sagt wörtlich: "Um wirklich als Grundlagenforscher gut arbeiten zu können, braucht man viel Freiheit.' ... Doch gerade daran mangle es heute in der ... Forschungsorganisation, ... Genügend Geld zu bekommen, um Geräte und Mitarbeiter zu bezahlen, sei das Eine, noch wichtiger sei es aber, nicht ständig ,in einer irrwitzigen Relevanzdebatte gegängelt zu werden. Typisch deutschen Dirigismus' erlebe er fast jeden Tag. Die Forschungsbürokratie, sagt er, verschlingt einen wesentlichen Teil seiner Arbeitszeit. Bis zu siebzig Prozent jedes Tages gehen mit Berichten, Gremiensitzungen, Formularen drauf. Wer das nicht von innen kenne, könne es kaum glauben."

(Vizepräsidentin Renate Holznagel übernimmt den Vorsitz.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wieder ein Aderlass für die deutsche Forschung, diesmal in dem so wichtigen Bereich der bereits diskutierten Klimagrundlagenforschung. Dieser Fall, meine ich, muss uns besonders nachdenklich machen. Wir werden uns im Bereich der

Forschung fragen müssen, ob wir genügend tun, um auch in der Klimaforschung exzellente Forscher in Deutschland zu erhalten.

Meine Damen und Herren, es liegt uns ein Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS vor. Wir sind der Auffassung, dass wir diesem Änderungsantrag nicht zustimmen können. Das, was wir mit unserem Antrag wollen, ist inhaltlich voll zum Ausdruck gebracht worden. Wir halten den Änderungsantrag für überflüssig.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Na, na, na!)

Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr von Storch.

Das Wort hat jetzt der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der Linkspartei.PDS Herr Professor Methling.

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich stimme Kollegen Timm fast wörtlich in seinen Ausführungen zu, trotzdem habe ich erhebliche Kritiken an Ihrem Antrag. Im Unterschied zu Herrn Dr. von Storch bin ich der Auffassung, dass eben gerade Ihr Antrag nicht den Anforderungen entspricht.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ihr Antrag ist in der jetzigen Form überflüssig, weil das, was Sie fordern, bereits getan wird.

Von Ihrem Antrag gehen zwei sehr unterschiedliche Botschaften aus. Eine gute: Die Koalitionsfraktionen nehmen sich endlich des Themas Klimaschutz an, denn in der Koalitionsvereinbarung habe ich selbst beim dritten Durchlesen diesen Begriff nicht gefunden.

(Zurufe von Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS, und Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Die schlechte Nachricht, die schlechte Botschaft, die mit Ihrem Antrag verbunden ist, ist, dass Sie offensichtlich nicht verstanden haben, was wirklich notwendig ist.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Offensichtlich wissen Sie nicht, welche Vorarbeiten bereits vorliegen. Ich weiß nicht, welche Ursachen es dafür gibt.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Das ist der Diskontinuität anheimgefallen.)

Dann kann man nur spekulieren:

Entweder ist es eine fehlende Kommunikation mit Ihrer eigenen Landesregierung. Die Ausführungen von Herrn Seidel haben deutlich gemacht, was bereits vorliegt und was in Auftrag gegeben ist durch das Ministerium, durch die Arbeitsgruppe. Offensichtlich war Ihnen das so nicht bekannt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Doch. – Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Na dann hätte der Nachtrag anders aussehen müssen.)

Und wenn Sie eine wissenschaftliche Studie fordern, will ich darauf hinweisen, dass es davon en masse gibt.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Natürlich muss man immer weiter untersetzen, aber Ihr Antrag geht so in diese Richtung, lasst uns mal wissenschaftliche Studien machen, damit wir wissen, was wir tun müssen. Über einen solchen Zustand sind wir längst hinaus.

Oder es ist Ignoranz, dass Sie ganz einfach nicht wahrnehmen wollen, welche Ergebnisse in der Verantwortung eines PDS-Ministers vorher erzielt worden sind. Vielleicht ist das auch der Grund.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Oh, oh, das war mager, das war wirklich mager. – Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Manche Absicht ist mager.)

Ja, ich muss das so deuten, sonst kann man doch nicht ignorieren, was vorliegt, was in Ihrem eigenen Hause vorliegt.

Was Sie beschließen wollen, ist aus meiner Sicht ganz einfach nicht zielführend.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir brauchen ein konkretes Handlungskonzept.)

Wir brauchen sicherlich auch in Zukunft vertiefende Studien. Niemand hat etwas dagegen, aber Ihr Antrag suggeriert es so, als ob wir das brauchen, um zu wissen, was wir tun sollen.

Auch die Fortschreibung des Aktionsplanes "Klimaschutz" ist eine sehr richtige Forderung.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Allerdings hat die Landesregierung das bereits beschlossen, als sie den Aktionsplan "Klimaschutz" im Jahre 2005 vorgelegt und verabschiedet hat.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Es ist so was von selbstverständlich, dass das als eine ständige Aufgabe wahrzunehmen ist.

Sie sollten schnellstmöglich zur Kenntnis nehmen, welche wissenschaftlichen Studien bereits vorliegen. In meiner Amtszeit, aber selbst in der Amtszeit meiner Vorgängerin, sind solche Arbeiten vorgelegt worden. Aus dem letzten Jahr gibt es eine Studie einer Ad-hoc-Arbeitsgruppe des wissenschaftlichen Beirates des Umweltministeriums. Danach hat es eine Delphi-Studie gegeben, die jetzt vorgelegt wurde.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Es gibt Studien des Potsdamer Institutes, des Hamburger Institutes für Klimafolgenforschung beziehungsweise Meteorologie. Es gibt eine Studie des Institutes für Ostseeforschung Warnemünde, also zahlreiche Studien. Sie haben weitere erwähnt. Es gibt also bereits weitreichende Grundlagen für die Festlegung von sinnvollen Anpassungsstrategien, für konkrete Maßnahmen im Aktionsplan "Klimaschutz".

Das Wichtigste, meine Damen und Herren, vermissen wir, nämlich sofort zu handeln. Und das ist die Schizophrenie der Politik im Moment in Deutschland und auch in Mecklenburg-Vorpommern!

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und Udo Pastörs, NPD)

Alle sagen, was zu tun ist, aber sie tun es nicht. Es muss endlich gehandelt werden! Man muss zusätzliche CO₂-Emissionen vermeiden. Man muss zusätzliche Klimakiller vermeiden. Und dann muss man wirklich ernst die Frage stellen: Was ist mit dem Steinkohlekraftwerk in Lubmin?

(Beifall Udo Pastörs, NPD – Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Sehr richtig, sehr richtig.)

Sieben Millionen Tonnen CO₂ sollen emittiert werden. Wissen Sie, wie wenig wir im Vergleich in der Vergangenheit eingespart haben? Sieben Millionen Tonnen werfen uns zurück in eine schlimme Vergangenheit der CO₂-Emissionen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Wir müssen die gegenwärtigen CO₂-Emissionen reduzieren. Ich will das Moorschutzprogramm erwähnen, was Sie nicht fortführen wollen. Wir müssen den Energieverbrauch senken. Sehr richtig. Wir müssen den Ausbau erneuerbarer Energie befördern. Wir müssen Technologieentwicklung unterstützen, und das mit Mitteln des Landes Mecklenburg-Vorpommern geeint mit Bundesund europäischen Mitteln.

Ich ziehe das Fazit, meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie können weiterhin Studien und Analysen erarbeiten. Das mag im Einzelfall auch hilfreich sein. Sie müssen den Aktionsplan "Klimaschutz" fortschreiben. Sie sollten aber nicht ignorieren, was bereits an Erkenntnissen und Plänen vorliegt, und vor allen Dingen müssen Sie endlich konsequent und sofort handeln.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Deswegen haben wir den Änderungsantrag vorgelegt, der aus unserer Sicht notwendig ist, damit Ihr Antrag eine entsprechende Qualität bekommt. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Professor Methling.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Reese von der Fraktion der FDP.

Sigrun Reese, FDP: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kollegen Abgeordnete! Ich beginne meine Ausführungen mit einem Blick in die "WirtschaftsWoche" vom 19.03.2007. Dort sagte Stefan Baron über das grassierende CO₂-Fieber, Zitat: "Nach dem "Mega-Thema" Kinder und Karriere (Erinnern Sie sich noch?) steht derzeit nichts Geringeres als die Rettung der Welt vor dem Klimakollaps auf der Agenda. Politiker aller Parteien überschlagen sich geradezu mit ihren Vorschlägen … Und die Medien spielen munter mit." Und am 26.03.2007: "Der Kampf gegen die weltweite CO₂-Produktion und Klimaapokalypse, die uns angeblich bedroht, hat im öffentlichen Diskurs dieses Landes offenbar den Status einer Religion erlangt."

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Angeheizt von Unheil verheißenden Schlagzeilen wie "Wir haben noch 13 Jahre, um die Erde zu retten." sind plötzlich alle "grün".

Nun hat das CO₂-Fieber auch Mecklenburg-Vorpommern erreicht. Nachdem Sie, meine Damen und Herren der Regierungsparteien, durch den neuen Zuschnitt der

Ministerien die Wertigkeit des Klimaschutzes nach hinten gesetzt haben,

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS, FDP und Udo Pastörs, NPD – Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Da haben Sie recht. – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

holen Sie ihn nun, da es auch für Ihr Image schick erscheint, wieder auf die Tagesordnung.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Sehr richtig, Frau Reese.)

Und um das klar zu sagen: Auch wir Liberalen sind nicht gegen Klimaschutz.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Klimaschutz und Klimawandel sind aber nicht erst seit Kurzem bekannt. Der Mensch verändert und beeinflusst seine Umwelt seit seiner Entwicklung und natürlich besteht akuter politischer Zeitverzug bei der Behandlung dieses Themas. Wir wollen allerdings vor blindem Aktionismus warnen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Natürlich stimmen wir den Antragstellern zu, dass jedes Bundesland, aber auch jeder Bürger zur Minderung von Treibhausgasemissionen beitragen kann und sollte. Allerdings in Bezug auf den globalen Klimawandel haben wir wahrscheinlich nur sehr bedingt Einfluss. Hier müssen transkontinentale Lösungen geschaffen werden.

(Beifall Michael Roolf, FDP – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Jeder kehre vor seiner Tür.)

Doch denken wir an den G8-Gipfel in Heiligendamm. Klimaschutz ist das wichtigste Thema des diesjährigen Gipfels. Wir Liberalen stehen Ihrer hier geforderten Studie grundsätzlich positiv gegenüber. Allerdings fordern wir Sie auf, gezielt Augenmerk auf die Kosten und die Vergabe fortführender Studien zu legen. Bisherige bereits gewonnene Erkenntnisse – und da stimme ich Ihnen, Professor Methling, voll zu – zur Situation unseres Landes sind mit einzuarbeiten. Das Rad sollte an dieser Stelle nicht zweimal erfunden werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

Diesbezüglich unterstützen wir die Forderung im Änderungsantrag der Linkspartei.PDS.

Auch die Fortschreibung des Aktionsplanes, welcher nun auch schon eine beachtliche Historie aufweist, wird von uns begrüßt.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: So alt ist er nicht, von 2005.)

1997 als Klimaschutzkonzept entstanden

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

und in 2005 in den Aktionsplan umgewandelt mit der Zielstellung, erstmals nach zwei Jahren – also in diesem Jahr – eine erste Auswertung zur Umsetzung des Aktionsplanes vorzustellen. Ich hätte es für sinnvoll erachtet, von Ihnen zuerst über die bislang vorliegenden Ergebnisse informiert zu werden,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

um dann selbstverständlich an einer Fortschreibung dieses Aktionsplanes aufgrund der Langfristigkeit der zu erzielenden Ergebnisse auf jeden Fall festzuhalten, in der Hoffnung, dass dann bis zum 31.12.2007, wie in dem Antrag der Linkspartei.PDS gefordert, auch wirklich ein mit konkreten Maßnahmen umrissener weiterer Aktionsplan vorliegt.

Zusammenfassend: Die Fraktion der FDP setzt sich für eine aktive Begleitung des Klimaschutzes ein. Wir sollten aber nicht nur die Horrorszenarien vor uns haben, sondern vor allem sollten wir die Chancen ergreifen,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Marktchancen, die der Wandel für unsere Wirtschaft mit sich bringt und die durch eine zielführende Förderpolitik begleitet werden müssen. Lassen Sie uns die umweltgetriebene neue Phase des Strukturwandels dahin gehend nutzen, dass unser Land in jeder Hinsicht auf der Gewinnerseite sitzt,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

die Inseln Mecklenburg-Vorpommerns letztendlich nicht in der Ostsee versinken und zusätzlich im Bereich der Umwelttechnologien weitere neue Arbeitsplätze entstehen können.

Die Fraktion der FDP schließt sich dem Änderungsantrag der Linkspartei an. – Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und FDP Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Danke schön.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Resse

Das Wort für die Fraktion der NPD hat jetzt der Abgeordnete Herr Borrmann.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Oh!)

Raimund Borrmann, NPD: Bürger des Landes!

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Ich möchte den Standpunkt meiner Fraktion zur Drucksache 5/352

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Erstens.)

wie folgt begründen:

(Dr. Klaus-Michael Körner, SPD: Fangen Sie doch mal mit "Letztens" an!)

Erstens. Der von der Wissenschaft konstatierte und von vielen Menschen gespürte Klimawandel stellt eine Dynamik dar, die im Grunde ein ständiger Begleiter der Erdgeschichte war.

Zweitens. Auch die Menschheitsgeschichte kennt den Wechsel des Klimas. Erinnert sei daran, dass sich in Libyen einst Kornfelder im Winde wiegten. Die schwarzen Hunnen sahen sich durch die Klimaveränderung genötigt, neue Nahrungsquellen zu suchen, und lösten damit die große Völkerwanderung aus. Ein Grund für den Untergang des Imperium Romanum.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Die Schwarzen?!)

Drittens. Die entscheidende Frage unserer Zivilisation ist nicht, ob sich das Klima ändert, sondern wie wir selbst durch unser Eingreifen in die Natur eine Veränderung herbeiführen und ob und wie wir befähigt sind, uns diesen Veränderungen anzupassen.

Viertens. Die sich von England ausbreitende kapitalistische Produktionsweise – von Karl Marx beschrieben in der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals –

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Jetzt muss alles herhalten.)

zeichnete sich durch eine Akkumulationsautomatik aus, die den einzelnen Kapitalisten bei Strafe seines Untergangs zu einem permanenten Profitstreben, zu permanentem Fortschritt zwang. Er musste einer Wachstumsphilosophie folgen, die eine ständige Erhöhung des stofflichen Umsatzes bedingte. Die menschliche Gesellschaft hat seit dem Eintritt in das Zeitalter der kapitalistischen Industrialisierung einen Ressourcenverbrauch betrieben, der sich zunehmend beschleunigte und heute in einigen Bereichen, etwa der Ölförderung, der Abfischung, der Abholzung von Wäldern, zweifellos seinen Höhepunkt erreicht hat.

Fünftens. Die etablierten Parteien im Lande haben eine gespaltene Einstellung und handeln widersprüchlich. Sie denken und handeln oft monokausal, schwärmen vom Wachstum ohne Vernichtung unserer Lebensgrundlagen, sie preisen den Wohlstand für alle und können mit dem bestehenden System keine nachhaltig wirksamen Maßnahmen gegen die Verarmung durchsetzen. Im Gegenteil, durch die Politik der etablierten Oligarchien sind weltweit agierende Wirtschaftsstrukturen entstanden. Diese Unternehmensnetze, letztlich an keine staatlichen Vorgaben gebunden, sind zu Vagabunden des Globus mit radikaler Gewinnerzielung transformiert. Gegen diese Netzwerke nehmen sich die Erkenntnisse des politischen Systems über Klimaveränderungen und Maßnahmen zum Klimaschutz nur wie ein Sandkastenspiel innerhalb der Betonarchitektur aus.

Sechstens. Die Politik der etablierten Parteien in Deutschland führt zu keinem wirksamen Abbruch der Tendenzen, die uns in eine Katastrophe führen werden. Wie im Großen so im Kleinen. Ein Beispiel: Während Agrar- und Umweltminister Till Backhaus auf dem letzten Weltverbrauchertag in Stralsund in Anwesenheit des Agrarausschusses strahlend verkündet, regional ist erste Wahl, hören die Mitglieder in der nächsten Sitzung von Ministerialbeamten des Bundes über die steuerliche Förderung der Ausfuhr von Negerküssen in das Baltikum, stoffliche Mohrenküsse wohlgemerkt und nicht der Export der Herstellungstechnologie. So zuckeln denn Rohstoffe, Halbfabrikate und Fertigerzeugnisse quer durch Europa und verbrauchen Treibstoff, Straßen und Lebensenergie.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Achtens. Die Forderung der Nationaldemokraten geht von folgenden Grundsätzen aus:

- a) Oberstes Gebot sind die Regionalisierung der Wirtschaft und die Sicherung der Ökonomie des Landes, wenn es sein muss, auch mit Schutzzöllen. So viel regional wie möglich, so wenig überregional wie nötig. Wir treten für eine raumorientierte, Rohstoff sparende Wirtschaft ein.
- b) Wir müssen uns auf eine neue Epoche von Völkerwanderung einrichten. Der Klimawandel wird die Flächen nutzbaren Agrarlandes verringern und ganze Völkerstämme werden sich nach neuen Nahrungsquellen aufmachen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Die begrüßen Sie sicher alle. – Zurufe von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS, und Hans Kreher, FDP)

 Wir müssen unsere Bevölkerung auf die Auswirkungen klimatischer Veränderungen vorbereiten und ihre Lebensgrundlagen schützen.

Neuntens. Wir Nationaldemokraten lehnen die vorliegende Beschlussvorlage als Unsinn ab. Wir brauchen keine wissenschaftlichen Gutachten. Die Erkenntnisse sind bekannt und verfügbar. Statt eines professoralen Arbeitsbeschaffungsprogramms legen Sie lieber ein neues Deichschutzprogramm, insbesondere für die Binnendeiche, auf.

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Hier sind die Mittel besser aufgehoben und dringender denn je.

Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Abgeordneter Borrmann, ich weise das Wort "Unsinn" in diesem Falle als unparlamentarisch zurück.

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Das Wort hat jetzt der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz Herr Dr. Backhaus.

Minister Dr. Till Backhaus: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Klimaschutz, Klimaentwicklung, Artenvielfalt, das sind Themen, die uns in den letzten Monaten, ich sage es ganz bewusst, in den letzten Jahren hier im Hohen Hause immer wieder beschäftigt haben. Aus meiner Sicht, um das gleich voranzustellen, sind aktiver Klimaschutz, aktive Artenvielfalt und Ökologie soziale Verantwortung und Friedenspolitik in einem. Und es ist gut, dass wir uns diesem Thema widmen. Ich begrüße insofern diesen Antrag noch einmal ausdrücklich.

Herr Methling, ich will nur kurz auf das, was Sie gesagt haben, eingehen. Selbstverständlich ist es so, dass wir in der letzten Legislaturperiode viele Dinge sehr vernünftig auf den Weg gebracht haben.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Ja, das ist doch in Ordnung.)

Das will ich ausdrücklich hier unterstreichen. Aber es ist auch richtig und notwendig, dass Wege weiterverfolgt werden. Ich bin der festen Überzeugung, dass es richtig und notwendig ist, die Studien – auch die, die Sie in Ihrer Amtszeit haben anfertigen lassen –, innerhalb des Landes deutlich herunterzubrechen. Hier gibt es Nachholbedarf, darüber sind wir uns, denke ich, einig.

Ich glaube, wenn wir uns die Themen, die jetzt sehr aktuell durch die Medien, insbesondere durch den vierten UN-Bericht, vorgelegt wurden, anschauen, wird deutlich, dass die Menschen auf dieser Erde, insbesondere in Europa, erkennen, es ist nicht mehr fünf vor zwölf, es ist bereits fünf nach zwölf. Dazu kann ich nur Folgendes feststellen: Wenn Deutschland die ökonomischen Schäden durch den Klimawandel, so, wie sie dargestellt worden sind, in Richtung 2050 auf 800 Milliarden Euro beziffert und die jährliche Wachstumsrate damit um ein Prozent zurückgeht und dieses auch Auswirkungen hat auf den globalen Entwicklungsprozess, dann müssen wir handeln. Mecklenburg-Vorpommern, das darf man an dieser Stelle auch mal sagen, ist es in den letzten Jahren, was den Klimaschutz, den Klimawandel anbetrifft, gelungen, entscheidende Weichen zur Reduzierung zu stellen. Herr Seidel ist darauf eingegangen. Die erneuerbaren Energien liegen heute schon bei 35 Prozent. Wir haben viel getan, wenn ich allein die Biogasanlagen sehe. Wir liegen heute bei 150 Biogasanlagen in unserem Bundesland. Oder wenn man das Waldaufforstungsprogramm betrachtet, dann darf man an dieser Stelle auch einmal sagen, wir haben in Mecklenburg-Vorpommern in etwa einen Emissionswert von 13 Millionen Tonnen CO₂. Auch diese Zahl ist ganz interessant.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Sieben sollen dazukommen.)

Und wenn ich das betrachte, was unser Wald aufnimmt, dann sind wir fast CO₂-neutral. Hier sind wir gut vorangekommen. Ich glaube, das ist eine Botschaft dafür, dass Mecklenburg-Vorpommern auf einem guten Weg ist und wir sicherlich gerade in Bezug auf Technologie, Technologieentwicklungen sehr viel mehr an Aktivitäten auslösen wollen und müssen.

Ich darf hier heute an dieser Stelle auch sagen, dass ich mich gestern sehr gefreut habe und glaube, dass es ein gutes Signal ist, dass der Begleitausschuss zum ELER – da sind die Themen auch mit aufgegriffen worden – einstimmig zugestimmt hat.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Na, dann können wir ja den Haushalt jetzt auch beschließen. Danke schön, Herr Minister.)

Das heißt, dann können wir den Haushalt jetzt auch beschließen.

Die Diskussionen, die es hier öffentlich gegeben hat, sind damit ein Stückchen zu relativieren. Wir werden insbesondere im Bereich der Technologieentwicklung und der Anwendung neuester Technologien, aber auch der Unterstützung der Innovation in Mecklenburg-Vorpommern weitere Möglichkeiten haben.

Ich will an dieser Stelle deutlich machen, wo wir eigentlich liegen. Wenn wir in Deutschland einen Ausstoß pro Einwohner von etwa 10 Tonnen haben, müssen wir uns vor Augen halten, dass in Amerika pro Einwohner 22 Tonnen, dass in China pro Einwohner 2,7 Tonnen CO₂ freigesetzt werden oder in Indien pro Einwohner nur 0,7 Tonnen. Dann wird deutlich, vor welcher Herausforderung wir stehen. Energieeffizienz, Energieeinsparung sind das Gebot der Stunde. Deutschland gehört nun mal zu den größten Emittenten in Europa. Wir müssen in eine Vorrei-

terrolle kommen, um deutlich zu machen, welche Verantwortung wir nicht nur in Deutschland, sondern in Europa insgesamt haben. Ich begrüße ausdrücklich das, was die Bundeskanzlerin und auch der Bundesumweltminister erreicht haben, nämlich die Reduktion von 20 Prozent, und, wenn irgend möglich, auch auf 30 Prozent zu kommen. In Deutschland haben sich die Umweltminister des Bundes und der Länder verpflichtet, 30 Prozent Reduktion vorzunehmen.

Im Übrigen weise ich ausdrücklich und gerne darauf hin, dass wir gerade im Technologiebereich die Chance haben, in Deutschland zusätzlich neue Arbeitsplätze zu schaffen. Wenn man allein die letzten zwei Jahre betrachtet, haben wir 200.000 neue Arbeitsplätze in Deutschland in diesem Bereich neu schaffen können.

Energieeffizienz ist für mich das ganze Thema Kraft-Wärme-Kopplung,

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

und dieses über die gesamten Bereiche hinweg. Ob das die Biomassen sind oder ob das andere Kraftwerksentwicklungen sind, wir müssen hier weitere Maßstäbe setzen.

Ich glaube aber auch, dass eine Effizienzinitiative in Richtung des Mittelstandes, den wir im Wesentlichen in Mecklenburg-Vorpommern haben, richtig und notwendig ist. Da werden wir auch die Umweltallianz nutzen, um hier zu weiteren Entwicklungen zu kommen, und wir werden das unterstützen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Sehr gut.)

Die Erreichung dynamischer Mindestnormen unter den Toprunnern ist ein Ansatz, der zu unterstützen ist. Aber auch im privaten Bereich muss es uns gelingen, insbesondere in der Mobilität, aber auch im Bereich der häuslichen Energieanwendung, zu massiven Energieeinsparungsmaßnahmen zu kommen. Die Forderung ist klar. Ich denke, dass es ein Gebot der Stunde ist, an den Bund den Appell zu richten, die Energieeinsparung insbesondere im häuslichen Bereich und in öffentlichen Gebäuden weiter zu erhöhen.

(Beifall

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Hier sind 4 Milliarden Euro eingesetzt. Ich denke, ein Beitrag wäre in dem Zusammenhang, weil hier die größten Potenziale liegen, diesen Betrag wenigstens auf 8 Milliarden Euro zu verdoppeln.

Das Landwirtschafts-, Umwelt- und Verbraucherschutzministerium will den Klimaschutz, die Klimafolgenabschätzung und die Energieeffizienzerhöhung als deutliches Zeichen weiter setzen. Dabei ist die unterzeichnete
Düsseldorfer Erklärung das Programm, wonach wir in
den nächsten Jahren zu arbeiten haben. Sie ist für uns
Richtschnur. Ich bin jedoch auch der Meinung, dass wir
die Herausforderungen des Klimawandels nicht allein mit
technischen Lösungen umsetzen können. Wir haben vor
allen Dingen die Menschen weiterzubilden, sie zu qualifizieren. Ich denke, hier kommt der Gesellschaft insgesamt eine große Bedeutung zu. Wir werden versuchen,
die Menschen zu überzeugen, diese Bildung anzunehmen und damit einen Beitrag für weitere Aktivitäten auszulösen, um eine seriöse Begleitung dieser Prozesse zu

erreichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Zuständigkeitsbereich unseres Hauses ist in ganz besonderer Weise vom Thema "Klimaschutz und Klimawandel" betroffen, sowohl was Risiken als auch was Chancen anbetrifft. Ich begrüße es ausdrücklich, dass wir im Rahmen des G8-Gipfels zu einer Studie kommen werden, nicht nur was den Klimawandel/Klimaschutz anbetrifft, sondern auch, um die Fragen, was ist unter anderem mit der Artenvielfalt, in welche Kategorien geht die zurück, weltweit zu klären, weil dieses ebenfalls eine aktive Entwicklung in Richtung Ressourcenschonung mit zum Ausdruck bringen wird.

Wir leben zum Glück in Mecklenburg-Vorpommern in einer gemäßigten Klimazone. Das wird sich nach allen Voraussagen durch den Klimawandel in den nächsten Jahren nicht dramatisch verändern. Auch das darf man einmal sagen. Wenn wir erkennen, dass seit der Industrialisierung der Anstieg bei zwei Grad Celsius liegt – es muss ja das Ziel sein, bis 2100 dieses zu begrenzen –, dann ist in Europa noch sehr viel zu tun. Ich glaube, dass wir die Katastrophenszenarien, die Glaubwürdigkeit des Umweltschutzes in diesem Zusammenhang deutlich herausarbeiten müssen. Daher wird der Begriff der nachhaltigen Entwicklung als solches in eine zusätzliche neue Dimension geführt.

Die Forstwirtschaft, darauf habe ich hingewiesen, hat dabei ebenfalls eine hohe Verantwortung. Ich glaube, wir sollten hier zusammenstehen und deutlich machen, es kann in Europa nicht sein, dass wir nach wie vor etwa zehn Prozent der Flächen stilllegen und diese Biomasse an sich gar nicht in sinnvoller Weise nutzen. Das ist auch ein Ziel, das wir weiter umsetzen werden: Weg mit der Flächenstilllegung, hin zu sinnvoller Nutzung der Biomasse!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Ich glaube auch, dass wir in dem Zusammenhang die Klimafolgen für die ländliche Entwicklung und die Landwirtschaft deutlich machen müssen. Das geht aus dem Antrag hervor. Es ist aus meiner Sicht in dem Zusammenhang darauf hinzuweisen, dass, wenn die stoffliche Verwertung der nachwachsenden Rohstoffe betrachtet wird, weltweit etwa 1,4 Milliarden Tonnen nachwachsende Rohstoffe heute schon angewandt werden. Das ist mehr, als Stahl auf dieser Erde oder alle Kunststoffe, die verarbeitet werden, angewandt werden. Es ist also ein positives Zeichen, hier mehr in Wissenschaft, Forschung und Entwicklung hineinzustecken. Auch dieses muss ein Ziel sein.

Als Küstenland wird Mecklenburg-Vorpommern durch den steigenden Meeresspiegel die Wasserentwicklung deutlich machen müssen. Der vorausgesagte Anstieg von bis zu 58 Zentimetern in diesem Jahrhundert scheint auf den ersten Blick recht gering. Vor dem Hintergrund der zu erwartenden Wetterextreme wie starke Stürme und Orkane ist das mehr als zu bedenken.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Manche Landschaften sind nicht mehr zu sehen bei uns.)

Wer das im Herbst oder auch im Frühjahr mitbekommen hat, der wird wissen, womit wir uns auseinandersetzen müssen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:

Die Peene fließt rückwärts.)

Wir werden unsere Küstenschutzmaßnahmen darauf einstellen müssen. Die Deiche sind zu erhöhen, aber alle Küstenbereiche werden sich dennoch mit erhöhtem Aufwand nicht halten lassen. Auch das gehört zur ganzen Wahrheit. Diese "Hohe Deichpolitik" erinnert ein wenig an "Hohe Schornsteinpolitik".

(Beifall Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

Das hilft uns nicht weiter. Sie kostet viel Geld und trägt letzten Endes nicht zu der eigentlichen Problemlösung Klimawandel bei. Dennoch sind hier natürlich verlässliche Prognosen absolut notwendig, um angemessen reagieren zu können.

Die Reduzierung der Niederschläge im Sommer sowie das Absinken der Wasserverfügbarkeit gegebenenfalls im Sommer führen bei uns zu Auswirkungen, denn die Nachfrage gerade im Tourismusland Nummer eins ist für uns von größter Bedeutung. Wir werden uns auch dieses Themas annehmen müssen, um hier eine klare Versorgungssicherheit zu gewährleisten.

Auch der Naturschutz und der Schutz der Biodiversität werden durch Klimafolgen berührt. Darauf habe ich hingewiesen. Die hier lebenden Arten sind natürlich optimal an unser Klima angepasst. Was passiert hier mit dem Wandel? Experten sind sich einig, dass diese Frage nicht pauschal beantwortet werden kann. Nach einer Untersuchung der wissenschaftlichen Einrichtung der Universität Göttingen könnten, legt man die derzeitigen Prognosen zum Klimawandel zugrunde, 5 bis 30 Prozent der heimischen Tierarten aussterben. Die Studie sollte Antwort finden auf die Fragen nach einem zeitgemäßen konservierenden Naturschutz. Dieses halte ich ebenfalls für dringend notwendig.

Auch dem Verbraucherschutz, das wird hier angesprochen, kommen vor dem Hintergrund des Klimawandels neue Aufgaben zu, wie zum Beispiel Veröffentlichungen zur Sonneneinstrahlungsintensität. In den Mittelmeerländern gibt es so etwas seit längerer Zeit. Stärker sehe ich hier noch die Möglichkeit der Beratung zu den Themen "Energieeinsparung", "Erhöhung der Energieeffizienz" sowie weitere Aspekte der Verbraucheraufklärung.

Ich hoffe, ich habe Ihnen deutlich machen können, wie wichtig es ist, dieses Thema weiterhin intensiv durch dieses Hohe Haus begleiten zu lassen und immer, wo möglich, auch zu qualifizieren, runtergebrochen auf unser Land. Es sollte keine weiteren Studien geben, um der Studien willen.

(Beifall Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Sehr richtig.)

sondern – das ist hier gemeint mit dem Antrag – es sollten bereits auf den verschiedenen Ebenen bekannte Daten aufgenommen, ausgewertet und dann auf das Land heruntergebrochen werden. Dann sehe ich in der weiteren Entwicklung einen Mosaikstein für nachhaltige und vorausschauende Entwicklungen in unserem Bundesland.

Da das im Übrigen auch in der öffentlichen Darstellung eine Rolle gespielt hat, will ich hier noch einmal ein Beispiel der Landwirtschaft andeuten. Wenn wir uns überlegen, wir haben den Rinderbestand, weil die Methandiskussion in Mecklenburg-Vorpommern eine große Rolle gespielt hat, und wenn man sich die Leistungen der Tierproduktion in Mecklenburg-Vorpommern in diesem Bereich anschaut, würde ich mir wünschen, dass die gesamte Industrie Deutschlands diesen Weg bereits gegangen wäre, in Mecklenburg-Vorpommern halbiert und haben die Leistung der Milchkühe verdoppelt. Das heißt, wir haben den Methanausstoß bei den Rindern, bei den Milchkühen in Mecklenburg-Vorpommern um 50 Prozent abgesenkt. Wenn wir dieses auf das Prinzip der deutschen Wirtschaft transferieren würden, hätten wir bald kein Problem mehr mit dem Klimaschutz. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister.

Unsere Geschäftsordnung regelt in Paragraf 85, wenn ein Mitglied der Landesregierung die im Ältestenrat angemeldete Redezeit überschreitet, steht der über die vereinbarte Redezeit hinausgehende Zeitraum den Oppositionsfraktionen zusätzlich zur Verfügung. Das heißt, die Opposition erhält fünf Minuten zusätzliche Redezeit.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Lietz von der Fraktion der CDU.

Matthias Lietz, CDU: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin dem Einbringer am heutigen Tage, dem Dr. Gottfried Timm sehr dankbar für die ausführliche Begründung dieses Antrages, insbesondere mit dem Hinweis auf die ökonomischen und technologischen Auswirkungen dieses Vorschlages des Herangehens in unserem Aktionsplan im Handeln für den Klimaschutz.

Meine Damen und Herren, es ist von vielen bereits im Vorfeld erläutert worden die Notwendigkeit, die Tiefgründigkeit des Vorschlages. Lassen Sie mich einen Punkt, er ist auch schon ein wenig angerissen worden, nämlich die Wahrnehmung im öffentlichen Bewusstsein ansprechen. Sie können mir glauben, ich sage das aus Überzeugung, da ich seit 1989 an einem Industriestandort, konkret an einem Energiestandort die Frage begleite, welche Auswirkungen eine politische Entscheidung zur Energieversorgung eines Landes letztendlich bedeutet. Und ich kann Sie nur bitten, gemeinsam den Weg zu gehen, dass wir über die Fragen der Bildung, die Fragen der Ausbildung und der Information die Menschen unseres Landes in diesem Prozess mitnehmen.

Frau Reese, Sie haben es angedeutet, dass es nicht genügt, in einem Fieber, in einem aufmüpfigen Verhalten zu gipfeln, sondern es muss in Richtung Kontinuität gehen. Und, Herr Professor Methling, Sie haben zu Recht gefordert, darauf hinzuweisen, was ist in den letzten Jahren passiert. Sie können es mir glauben, in der Vorbereitung für diesen Tag habe ich natürlich gesucht, wie lange beschäftigt sich dieses Haus schon mit diesem Thema. Und ich kann es nur unterstreichen für alle, die es noch nicht bemerkt haben: Sehr lange schon beschäftigt sich dieses Haus mit dem Thema "Klimaschutz/Klimawandel" und daraus resultierend mit Aufgaben für das Land Mecklenburg-Vorpommern.

Und wenn wir ein sofortiges Handeln fordern, dann sehe ich für mich – und ich glaube, auch im Namen meiner Fraktion sprechen zu können – in dem gemeinsamen Handeln, in dem sofortigen Handeln den Ansatz, den Minister Backhaus beschrieben hat, in der Zusammen-

führung dieses Ministeriums, dass wir also Landwirtschaft und Umwelt und Verbraucherschutz in einem Haus behandeln und gründlich beraten, gründlich bearbeiten. Und hier sehe ich auch eine Verpflichtung für uns als Mitglieder dieses Hauses, diese Diskussion im Parlament zu führen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Und es ist auch gut, dass wir zwei Klimaschutzminister haben.)

Richtig, Herr Professor Methling.

Und ein Weiteres möchte ich Ihnen sagen: Wir kennen uns aus den Gesprächen, aus den Arbeiten lange Jahre, gerade an dem Standort, an dem Energiestandort in Lubmin. Ich würde Sie bitten, mit uns gemeinsam auf der Grundlage des Klimaschutzkonzeptes dieser Landesregierung und aufbauend auf unserer heutigen Beschlussvorlage das Gespräch zu suchen, die Information zu finden für die Einwohner, dass wir ein globales Ziel, was letztendlich vor uns allen steht, auch global beraten und besprechen. Und meine Aufforderung in Richtung der Landesregierung, auch an Sie, Herr Minister Seidel, geht dahin, dass wir mit unseren Kollegen in den Nachbarländern, und ich spreche ganz speziell auch das Bundesland Brandenburg an, dass wir mit ihnen und den Ländern im sogenannten Nordverbund gemeinsam an diesen Lösungen arbeiten.

Meine Damen und Herren, es ist heute viel zu diesem Thema gesprochen worden. Ich möchte Sie bitten, dem Antrag unserer Fraktion, unserer gemeinsamen Koalition zuzustimmen. – Ich danke Ihnen.

> (Beifall bei Abgeordneten der CDU und Rudolf Borchert, SPD – Zuruf von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Lietz.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Professor Tack von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

Dr. Fritz Tack, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist in der bisherigen Aussprache völlig klar geworden, dass der Klimawandel bei uns im Lande bereits Realität ist. Es verbleibt, auch das war Gegenstand der bisherigen Debatte, nur noch wenig Zeit, etwas zu tun, und da stimmen wir völlig überein. Deshalb besteht jetzt vorrangig die Aufgabe darin, Klimaschutz und Klimafolgenanpassung nachhaltig und langfristig miteinander zu verbinden.

Es ist darüber gesprochen worden, welche wissenschaftlichen Erkenntnisse vorliegen, und das hat uns veranlasst, neben den bereits vorliegenden Erkenntnissen aufgrund der Dringlichkeit von Anpassungsmaßnahmen einen Änderungsantrag vorzulegen. Wir meinen, die vorliegenden Ergebnisse der wissenschaftlichen Bearbeitung der Thematik reichen aus, um jetzt mit weiteren Arbeiten zu beginnen. Herr Minister Backhaus hat darauf hingewiesen, dass es darum geht, das bis auf die Regionen herunterzubrechen. Genauso sehen wir das auch.

(Zuruf von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Wir müssen nicht auf das Ergebnis einer neuen Studie bis Ende 2008 warten.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

Wir können und wir sollten gemeinsam sofort beginnen. Und darum haben wir gesagt, wir tun dies auf der Grundlage der vorliegenden Schwerpunkte für die weitere wissenschaftliche Bearbeitung der Folgen des Klimawandels sowie der Anpassungsmaßnahmen auf den verschiedenen Handlungsfeldern. Diese Handlungsfelder hat Herr Minister Seidel hier angesprochen. Genau diese Handlungsfelder sind durch die Arbeitsgruppe "Klimafolgen" des wissenschaftlichen Beirates im vergangenen Jahr erarbeitet worden und wie ich jetzt eben gehört habe, wird das weitergeführt werden.

Es geht also darum, kurzfristig eine Detailbearbeitung für die Folgen in den einzelnen Bereichen zu veranlassen und zu fördern, die Arbeit durch den Beirat fortzuführen und die Bearbeitung vorrangig durch wissenschaftliche Einrichtungen unseres Landes durchführen zu lassen. Dabei wissen wir natürlich, dass wir aufbauen auf den umfangreichen Daten, die renommierte Institute wie das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung und das Max-Planck-Institut für Meteorologie in Hamburg als Ausgangsbasis liefern. Auch dazu hat Minister Dr. Backhaus etwas gesagt. Wenn wir also in Punkt 2 sagen, wir wollen die Aktualisierung, die Fortschreibung des Aktionsplanes nicht zum 31. Dezember des nächsten Jahres haben, sondern wir wollen die Fortschreibung vorliegen haben aufgrund der wissenschaftlichen Erkenntnisse zum 31. Dezember diesen Jahres, so ist das die logische Konsequenz. Damit sparen wir im Interesse unseres Landes ein ganzes Jahr ein und wir haben wenig Zeit für die Bearbeitung.

Die Vorsorgepolitik der Europäischen Union, des Bundes und unseres Landes muss sich vor allem darauf richten, die Verminderung der Emissionen an klimarelevanten Gasen zu fördern, die Einsparung von Energie und die Erhöhung des Wirkungsgrades bei der Energieträgerwandlung vorzunehmen. Dr. Backhaus hat gesprochen von der weiteren Durchsetzung der Kraft-Wärme-Kopplung. Ja, das ist einer der Schritte, den wir gehen müssen. Es muss der Anteil von erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch der Bundesrepublik Deutschland gesteigert werden und hier haben wir einen guten Stand erreicht, das ist völlig klar. Es geht darum, die Verbesserung der Energiebilanzen bei der Produktion zu erreichen und eine nachhaltige Realisierung von Maßnahmen zur Bewältigung der Klimafolgen in unserem Lande auszuarbeiten.

Bei den Untersuchungen des Instituts in Potsdam ist vor allen Dingen darauf hingewiesen worden, dass der Klimawandel im norddeutschen Tiefland eine besondere Auswirkung hat, eine besonders hohe Anfälligkeit. Darauf wird für diesen Bereich aufmerksam gemacht. Und Sie wissen, dass es um die Erhöhung der Jahresmitteltemperatur geht, dass es um eine Verminderung der Niederschlagstätigkeit geht. Aber vor allen Dingen geht es auch um eine Häufung der Extremereignisse und auf diese Dinge haben wir uns mit geeigneten Maßnahmen einzustellen.

Minister Seidel hat darauf aufmerksam gemacht, welche Bereiche unserer Gesellschaft und in unserem Lande besonders betroffen sind. Ich will das hier nicht wiederholen. Primär werden besonders die Land- und Forstwirtschaft, der Küstenbereich, die Ostsee und die

Wasserwirtschaft betroffen sein. Und zwischen diesen Bereichen - und das zeigen ja die ersten Untersuchungen, die vorliegen - gibt es auch die engsten Wechselwirkungen, die auch die Delphi-Studie, die im Dezember des vergangenen Jahres fertig geworden ist, untermauerte. Mit dem Ansteigen der Jahresmitteltemperaturen ist mit einer Verbreitung von Kulturpflanzen – und das könnte eine positive Seite sein – mit einem höheren Wärmebedarf zu rechnen. Auch das haben wir zu berücksichtigen. Wir wissen aber, dass möglicherweise andere Schaderreger und Krankheiten auftreten werden. Die Aufwendungen für die Konservierung dürften ebenso steigen wie die Gehalte an Inhaltstoffen in einigen Pflanzen. Es wird veränderte Aufwendungen bei der Gestaltung von Produktionsbauten und Ställen geben, damit einhergeht ein höherer Energiebedarf. Und hier geht es wieder darum, technologische Lösungen zu finden und anzuwenden, die den spezifischen Energieverbrauch senken werden.

Sie sehen also, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können auf vielen Grundlagen aufbauen, die auf eine weitere Nutzung warten. Und ich will auch den Gedanken von Minister Backhaus aufgreifen, dass wir ausdrücklich die jüngste Düsseldorfer Erklärung der Umweltminister unterstützen und unser Angebot unterbreiten, hier an den Arbeiten mitzuwirken.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Ich bitte Sie sehr herzlich darum, unseren Änderungsantrag in die Debatte mit einzubeziehen, weil er eine Vertiefung, eine Vervollständigung darstellt. Wir würden damit einen Beitrag leisten für die Lösung des Klimafolgenproblems für unser Land. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Professor Tack.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Timm von der Fraktion der SPD.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Jetzt bin ich aber gespannt.)

Dr. Gottfried Timm, SPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ganz kurz möchte ich auf drei Punkte eingehen, die in der Debatte angesprochen worden sind. Mir scheint es so zu sein, dass die Aufgabe, vor der wir bei der Frage Klimafolgenabschätzung und Klimaschutz stehen, größer ist, als sie manchem erscheint. Aber mir scheint es auch so zu sein, dass die Aufgabe leistbar ist, sie zu erledigen leistbar ist, auch anders, als sie vielleicht manchem erscheint.

Warum sage ich das? Der Bundeswirtschaftsminister Glos, bekanntlich der CSU angehörig, hat zum Energiegipfel, der am 3. April 2006 unter der Leitung der Bundeskanzlerin stattgefunden hat, eine Studie, eine Untersuchung vorgelegt, aus der hervorgeht, dass in Deutschland 85 Prozent der gesamten Strombereitstellung aus erneuerbaren Energien erfolgen kann, heute haben wir 10 Prozent, Wärmebereitstellung 60 Prozent, Kraftstoffbereitstellung 10 Prozent, da sind es heute 3 Prozent. Das heißt, wir haben insbesondere in unserem Bundesland unendliche Potenziale, die wir nutzen können und die auch im Zuge der europäischen und der Bundespolitik erschlossen werden müssen, um dieses Problem zu bewältigen. Wie gesagt, deswegen bin ich

guten Mutes, dass wir für unser Bundesland a) den richtigen Weg beschritten haben, aber b) auch so etwas wie einen Technologietransfer als Exportartikel des Bundeslandes Mecklenburg-Vorpommern mit diesem Thema verbinden können.

Zweiter Punkt, Zeitplan. Herr Kollege Methling, Sie haben gesagt, wir müssen jetzt irgendwie schneller sein und noch mehr und schneller machen. Ich bin da anderer Meinung.

(Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS, und Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:

Das ist schade.)

Herr Kollege Lietz hat es auch schon gesagt. Wir dürfen bei diesem Thema nicht ins Stolpern kommen. Hier geht es darum, bildlich gesprochen, einem Tanker einen neuen Kurs zu geben.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Oh!)

Sie haben in Ihrer Amtszeit einiges eingeleitet,

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Ja.)

aber wenn ich mir den Aktionsplan ansehe, in dem eine ganze Reihe wichtiger Themen in richtiger Weise angesprochen sind, müssen wir jetzt diese Themen mit Emissionskennzahlen und mit Instrumentarien, wie Treibhausgase vermieden werden können, untersetzen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Sehr gut.)

Das ist eine Aufgabe, bei der wir der Landesregierung ein Jahr mehr Zeit geben, als es im Aktionsplan selber vorgesehen ist. Wir sagen, Ende 2008 soll dieses vorliegen und nicht schon Ende 2007. Nach unserer Überzeugung brauchen wir diese Zeit, um uns die Grundlagen selber zu geben für eine nachhaltige Klimaschutzpolitik in diesem Bundesland.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, Rudolf Borchert, SPD, und Heike Polzin, SPD – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Es kommt darauf an, wie man die Prioritäten setzt.)

Ein dritter Aspekt, Herr Kollege Methling, ist die Frage, ob wir überhaupt eine Studie dazu brauchen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

Mir ist natürlich auch bekannt, dass wir eine ganze Reihe wissenschaftlicher Daten zur Verfügung haben. Die wurden extern erhoben, die wurden teilweise auch durch Ihr Haus und teilweise, das darf ich auch sagen, durch das Innenministerium im Sommer letzten Jahres erhoben.

(Heiterkeit und Unruhe bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Ach, was haben Sie denn da gemacht?!)

Die Dinge liegen vor. Aber zum Beispiel hat das Innenministerium eine Untersuchung angestellt, wie der Küstenverlauf bei einem Anstieg des Meeresspiegels um einen halben Meter aussieht und bei einem Anstieg des Meeresspiegels um einen Meter.

(Heiterkeit bei Ministerin Sigrid Keler: Da hat er immer gesagt, da ist unser Land drunter.)

Aber - nun kommt das Aber -

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Dann wissen Sie doch jetzt alles.)

untersucht werden konnten nur zwei schmale Küstenabschnitte, weil wir nicht mehr Daten zur Verfügung hatten.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Wir haben im STAUN in Rostock jede Menge Daten.)

Wenn Sie das alles haben, dann legen Sie es auf den Tisch! Ich habe bisher nichts gesehen.

(Heiterkeit und Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Also mit anderen Worten, wir brauchen diese Zusammenführung, eine solide Zusammenführung aller Erkenntnisse, um in einem Bild, in einer Studie diese zur Grundlage einer geordneten Klimaschutzpolitik für dieses Land zu machen. Dafür brauchen wir die Zeit und deswegen bitte ich darum, dass wir dem Koalitionsantrag zustimmen und den PDS-Antrag ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:

Das ist ja sehr bedauerlich.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Dr. Timm.

Gibt es noch weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 5/352.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/387 abstimmen. Wer diesem zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? –

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Das ist aber schade.)

Danke. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/387 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU und der Fraktion der NPD abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der Linkspartei.PDS und der Fraktion der FDP.

Wer dem Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 5/352 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 5/352 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP bei Gegenstimmen der Fraktionen der Linkspartei.PDS und NPD angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 18**: Beratung des Antrages der Fraktion der Linkspartei.PDS – Besteuerung von Flugbenzin und Stärkung des ÖPNV, Drucksache 5/344.

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS: Besteuerung von Flugbenzin und Stärkung des ÖPNV – Drucksache 5/344 –

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Schwebs von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir kommen jetzt zum praktischen Teil des Klimaschutzes.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

Nach unseren Anträgen im März 1995 und im März 2005 fordert die Linkspartei.PDS zum dritten Mal die Landesregierung auf, sich für eine Besteuerung von Flugbenzin für den innerdeutschen und europäischen Flugverkehr einzusetzen. Wir sind der Auffassung, dass dieser Schritt längst überfällig ist, wenn es um faire Wettbewerbsbedingungen für alle Verkehrsträger und um die Stärkung des ÖPNV geht

(Beifall Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS, und Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS)

und natürlich, wenn es um Klimaschutz geht. Denn nach wie vor trägt der Verkehr mit circa 20 Prozent zum Ausstoß von klimaschädlichen Gasen bei und der Luftverkehr gilt dabei als der Hauptverursacher mit besonders dramatischen Folgen und leider auch mit großen Steigerungsraten. So hat der Ausstoß klimaschädlicher Gase durch den Flugverkehr allein in Europa von 1990 bis 2003 um 86 Prozent zugenommen. Er hat sich also fast verdoppelt.

Noch vor Kurzem, meine Damen und Herren, war hier im Landtag vom damaligen CDU-Wirtschaftsexperten Dr. Born zu hören, eine derartige unsinnige zusätzliche Steuer würde die Wirtschaft mehr als doppelt und dreifach belasten. Gemeint war damit die Steuer auf Flugbenzin. Nun, die Zeiten ändern sich und unser Anliegen wird mittlerweile sogar von Teilen der CDU – namentlich sei hier Wirtschaftsminister Seidel genannt – aufgenommen. Eine so große Lernfähigkeit hätte ich der CDU eigentlich nicht zugetraut. Ich freue mich nichtsdestotrotz darüber.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und CDU – Beifall Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS – Vincent Kokert, CDU: Das enttäuscht, das enttäuscht wirklich.)

Allerdings befürchte ich, dass die entsprechende Meinungsäußerung von Herrn Seidel sich am Ende dieser Abstimmung als heiße Luft erweisen wird. Denn wenn man sich das tatsächliche Handeln von Bund und Land anschaut, so kann ich außer schönen Worten keinerlei Aktivitäten erkennen, die praktisch in die Richtung einer Kerosinsteuer gehen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Leider.)

Im Gegenteil, der Flugverkehr wird nach wie vor privilegiert, und zwar mehrfach.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Es entwickelt sich, das Flugwesen.)

Der innerdeutsche Flugverkehr ist mineralölsteuerbefreit, die internationalen Flugtickets sind auch weiterhin umsatzsteuerbefreit – deshalb nun unser erneuter Antrag.

Durch den UN-Klimabericht, durch aktuelle Studien und konkret erlebbare Auswirkungen der Erderwärmung ist der Klimaschutz mittlerweile in aller Munde. So haben wir eben den weltweit wärmsten Winter seit Beginn der Temperaturmessungen erlebt und Politiker aller Parteien überschlagen sich jetzt mit Vorschlägen zur Kohlendi-

oxidreduzierung. Mittlerweile ist es unbestritten, dass der derzeitig stattfindende Klimawandel zum großen Teil durch menschliches Handeln verursacht ist. Der Minister für Landwirtschaft und Umwelt Herr Dr. Backhaus hat es ja hier ausgeführt. Und selbst bei Präsident Bush und der chinesischen Staatsführung scheint die Erkenntnis zu reifen, dass die Zeit des Aussitzens allmählich knapp wird. Eine derartige Einigkeit und so viel Bewegung in Sachen Klimaschutz und Verminderung der klimaschädlichen Emissionen hat es in der Geschichte noch nie gegeben. Und so erhöht sich auch der Druck, die Privilegierung des Flugverkehrs aufzuheben und ihn seinem Schadstoffausstoß entsprechend bei den Reduktionszielen zu berücksichtigen.

Kerosinsteuer oder die Einbeziehung der kommerziellen Fliegerei in den Emissionshandel sind von verschiedener Seite vorgeschlagen worden. Auch der ehemalige Bundesumweltminister und Exdirektor des UNO-Umweltprogramms UNEP Klaus Töpfer fordert schon lange, Flugreisen zu verteuern. Er ist der Auffassung, der Flugverkehr dürfe beim Kampf gegen den Klimawandel nicht ausgenommen werden, da er der am schnellsten wachsende Verkehrssektor sei. Die Subventionierung müsse daher beendet werden. Er schlug vor, eine Kerosinsteuer einzuführen oder die Airlines in den Emissionshandel einzubeziehen, und seine Worte sind: "Die EU sollte dabei im Alleingang vorangehen." Das Warten und Verweisen auf eine globale Lösung dauert seiner Meinung nach viel zu lange.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Richtig, Recht hat er.)

Meine Damen und Herren, Sie wissen es besser als ich, Herr Töpfer ist nicht gerade bekannt dafür, heimlich mit der Linkspartei.PDS zu sympathisieren oder unrealistischen Zielen nachzuhängen. Deshalb nehme ich an, dass er in seinen Ausführungen einen allgemeinen Erkenntnisprozess auf den Punkt gebracht hat, und der Punkt lautet: Wenn die Bundesrepublik und Europa noch länger zögern, werden die Ziele bei der Reduzierung der Treibhausgasemission nicht zu erreichen sein. So lobte Herr Töpfer das französische Modell der seit 2006 erhobenen Ticketabgabe, die in Umwelt- und Entwicklungsprojekte fließt und vor allem Afrika zugutekommt. Auch die Niederlande, ich habe es hier schon mal erklärt, haben 2005 eine Kerosinsteuer auf Flüge innerhalb des Landes eingeführt. Selbst Bundesverkehrsminister Tiefensee hat angekündigt, die Fluggesellschaften in den Klimaschutz einzubinden. Im März sagte er in der Tageszeitung "Die Welt": "Wir werden künftig die Landegebühren nach Emissionen staffeln." Auch das halte ich für einen Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Bis zum Jahresende, so verkündete Minister Tiefensee, werde sein Ministerium entsprechende Schadstoffeckwerte erarbeiten. Geplant sei dann ein dreijähriger Feldversuch mit Fluglinien auf freiwilliger Basis. Wer in diesem Falle aber auf Freiwilligkeit setzt, der irrt. Wir werden damit genauso eine Bruchlandung erleben wie bei der freiwilligen Verpflichtung der Autoindustrie zur CO_2 -Reduzierung.

(Beifall Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Hier ist nicht weniger, sondern mehr Staat und vor allem Europa gefragt. Der CO₂-Ausstoß des Flugverkehrs muss

auf ein klimaverträgliches Maß reduziert werden, sonst wird er zum Klimakiller Nummer eins. Wege dorthin gibt es viele: moderne, kraftstoffsparende Triebwerkstechnologien, die Verringerung von Starts und Landungen und ein fairer Wettbewerb mit anderen Verkehrsmitteln um Passagiere, vor allem mit der Bahn auf den innerdeutschen Strecken. Und die Kerosinsteuer gehört dazu. Denn jeder Umweltverbrauch, meine Damen und Herren, muss adäquat bezahlt werden. Die rechtlichen Grundlagen dafür sind gegeben. Das Chicagoer Abkommen wurde 2004, 60 Jahre nach seiner Unterzeichnung, so modifiziert, dass Staatenverbünde wie die EU eine Steuer auf Flugbenzin erheben können. Die EU erlaubt es ihren Mitgliedsstaaten ebenfalls, den innerstaatlichen Flugverkehr zu besteuern.

Zu den Subventionen, meine Damen und Herren, die der Flugverkehr ohnehin schon erhält, kommt bei uns im Land eine weitere direkte Subvention der Fluglinie Rostock-Laage-München hinzu. Wie der Verkehrsminister im Verkehrsausschuss erläuterte, ist sie weder von hoher touristischer Bedeutung noch ist sie überhaupt unabdingbar für den Verkehr in unserem Bundesland. Trotzdem soll jedes Flugticket mit 50 Prozent reinem Landesgeld gefördert werden. Ich frage Sie, meine Damen und Herren: Kennen Sie eine derartige Förderung für Vorhaben des Klimaschutzes oder für ein umweltschonendes öffentliches Verkehrsmittel, das in dieser Höhe gefördert wird? Gleichzeitig leidet der ÖPNV in unserem Land unter der Kürzung der Regionalisierungsmittel durch die rotschwarze Bundesregierung, sodass dringend notwendige Investitionen in eine ungewisse Zukunft verlagert werden müssen. Wenn die Wirtschaft unbedingt nach Fluglinien ruft, dann soll sie sich auch an den Kosten

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Neubrandenburg und Usedom zeigen, wie das geht und dass es geht. Dort sind die Unternehmen in die Flugverkehrsförderung eingestiegen, weil sie es für sich als notwendig erachten. Ich bin der Auffassung, das können Rostocker Unternehmen auch. Für mich und meine Partei ist es absolut unverständlich, wieso wir in Zeiten knapper öffentlicher Kassen Flugtickets für einige wenige sponsern und gleichzeitig die Bedingungen für den ÖPNV oder den SPNV für viele verschlechtern.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Das ist offensichtlich das Verständnis der SPD als sozial gerechte Partei, das immer wieder beschworen wird. Letztlich ist das nichts anderes als privilegierte Wirtschaftsförderung. Ökonomisch und ökologisch sinnvoller wäre es, das so in die Luft geblasene Geld zu nutzen, um die Kürzungen der Regionalisierungsmittel in unserem Lande weiter auszugleichen. Deshalb, meine Damen und Herren, fordere ich Sie auf, unseren Antrag zu unterstützen und ihm zuzustimmen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Schwebs.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus in Vertretung für den Minister für Verkehr, Bau und Landesentwicklung. Bitte, Herr Seidel.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Das trifft sich gut. Sonst macht er es umgekehrt.)

Minister Jürgen Seidel: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich trage Ihnen jetzt die Rede in Vertretung des Verkehrsministers vor. Und ich bleibe Ihnen auch nicht meine persönliche Antwort auf das Thema Kerosinbesteuerung schuldig.

Die Fraktion der Linkspartei der PDS will mit ihrem Antrag allen Ernstes die Landesregierung auffordern, sich im Bundesrat für die Besteuerung von Flugbenzin im innerdeutschen Luftverkehr und für eine europaweite Regelung einer Flugbenzinbesteuerung einzusetzen. Da eine EU-weite Lösung derzeit nicht machbar ist, solle Deutschland seine Verantwortung im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft wahrnehmen und mit gutem Beispiel vorangehen.

Meine Damen und Herren, man muss mit allem Nachdruck vor solchen nationalen Alleingängen warnen. An den durch Menschen verursachten Emissionen ist die globale Luftfahrt mit 3,5 Prozent beteiligt. Ich muss sagen, die Zahlen differierten jetzt erheblich, wenn ich mir da den Vortrag angeschaut habe. Ich gebe diese Zahlen hier wieder. Der Anteil der gesamten europäischen Luftfahrt liegt bei 0,5 Prozent, der geringe Anteil der deutschen Luftfahrt ist demzufolge schon fast, wenn man das mal betrachtet, zu vernachlässigen. Insofern ist fraglich, ob mit der faktisch beabsichtigten Reduktion von Luftfahrtaktivitäten in Deutschland überhaupt ein spürbarer Beitrag zur Erreichung des umweltpolitischen Ziels beim Klimaschutz geleistet werden kann, um den es hier geht.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Schaun wir mal, was die anderen machen! – Zuruf von Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Aufgrund der internationalen Verflechtungen im Luftverkehr kann eine aus Umweltgründen gewünschte Kerosinsteuer ohnehin nur international sinnvoll realisiert werden. Nationale Symbolpolitik führt hier nicht zum Ziel, sondern benachteiligt einseitig die deutsche Luftverkehrswirtschaft. Eine deutsche Kerosinsteuer würde der internationalen Konkurrenz einen erheblichen Wettbewerbsvorteil verschaffen, das ist eine Milchmädchenrechnung, und hätte auch deshalb für den Klimaschutz praktisch kaum Effekte.

Meine Damen und Herren, die Förderung der Fluglinie Rostock-Laage-München durch das Land wurde aus wirtschaftspolitischen Gründen eingeführt und ist zumindest in den kommenden Jahren auch weiterhin erforderlich. Die Kritik der Fraktion der Linkspartei.PDS teile ich nicht. Die Länge der Linie zwischen Rostock und München beträgt circa 650 Kilometer, die mit dem auf dieser Fluglinie eingesetzten Flugzeugtyp in einer Stunde und 50 Minuten bewältigt wird. Um diese Strecke von Rostock aus mit der Bahn zurückzulegen, benötigt man durchschnittlich 8 Stunden und 30 Minuten

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Und warum?)

und damit etwa die 4,5-fache Zeit. Die Fluglinie Rostock-München mit zwei Abflügen in Rostock und München an jedem Werktag ermöglicht Geschäftsreisen innerhalb eines Tages. Wochenendtägliche Flugverbindungen in den Tagesrandzeiten, wie sie hier angeboten werden, sind insbesondere für die überregional tätigen Unternehmen ein unerlässlicher Standortvorteil, sei es aufgrund von beratungsintensiven Produkten oder wegen der Vernetzung mit anderen Unternehmensteilen, Kooperationspartnern, Kunden und Lieferanten. Der Bedarf an schnellen und zuverlässigen Verkehrsverbindungen von und nach Mecklenburg-Vorpommern ist ein unverzichtbarer Bestandteil einer sich entwickelnden Wirtschaft. Das Land Mecklenburg-Vorpommern muss dies besonders berücksichtigen, weil es mit seiner geografischen Lage im äußersten Nordosten Deutschlands zwangsläufig auf eine schnelle verkehrliche Anbindung angewiesen ist, um gegenüber anderen Regionen konkurrenzfähig zu sein. Tägliche Flugverbindungen zu weiter entfernten Wirtschaftsregionen sind für Wachstum und Beschäftigung sowie für die Entwicklung eines leistungsfähigen Forschungs- und Wirtschaftsraumes unverzichtbar. Und das gilt gleichermaßen auch für die Weiterentwicklung des Tourismusstandortes Mecklenburg-Vorpommern. Insofern muss ich das ein bisschen korrigieren, was vorhin gesagt wurde. Das hat mit Sicherheit nicht der Minister berichtet, sondern Sie haben ihn so interpretiert. So habe ich das verstanden.

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Gucken wir mal ins Protokoll!)

Die Fluglinie ist gefragt. Die derzeitige Entwicklung zeigt, dass die Fluglinie zunehmend von Geschäftsreisenden sowie von Unternehmen des Landes genutzt wird. Dennoch ist derzeit eine weitere Unterstützung durch das Land zum Erhalt der Fluglinie erforderlich.

Meine Damen und Herren, die von den Antragstellern vorgeschlagene Verknüpfung mit den vom Bund bereitgestellten Regionalisierungsmitteln ist nicht sachgerecht. Schienenpersonennahverkehr und ÖPNV werden auf anderem Wege gesichert. Das Land Mecklenburg-Vorpommern ist sich dabei seiner Verantwortung bewusst, die Mobilität der Bürger weiterhin zu gewährleisten, und dies auch in allen Regionen. Über die Bedeutung des öffentlichen Verkehrs gibt es sicherlich keinen grundlegenden Dissens zwischen der Regierungskoalition und der Linkspartei. Mecklenburg-Vorpommern muss per Bahn, Straße, Schiff und auch per Flugzeug erreichbar sein.

(Zuruf von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur sichert die Entwicklung und den wirtschaftlichen Erfolg des Landes. Aber es wäre für meine Begriffe ein großer Fehler, ein Verkehrsmittel gegen das andere auszuspielen.

Meine Damen und Herren, aus diesen Gründen ist der Antrag problematisch. Und jetzt will ich Ihnen meine persönliche Meinung auch sagen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Ja.)

Ich bleibe dabei, ich bin nach wie vor noch aus einem ganz anderen Grund für eine Kerosinbesteuerung.

(Beifall Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Sehr gut.)

Aber genauso wende ich mich gegen das von Ihnen hier vorgeschlagene Mittel, nämlich diesen Alleingang, den

wir so nicht machen können. Wir müssen andere Wege finden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. Genauso ist das.)

Und dazu brauchen wir nun wirklich Ihren Vorschlag nicht.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Herr Professor Methling, da können Sie ganz sicher sein, dass ich die Möglichkeiten nutze, um mich genau für dieses Thema einzusetzen. Die erste Möglichkeit habe ich heute Abend.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Wir brauchen keine Insellösung, Herr Methling.)

Insofern will ich noch ein Wort sagen, warum ich dies so sehe. Es ist so, dass tatsächlich die Billigfliegerei nur dadurch möglich ist, weil keine Besteuerung von Kerosin erfolgt. Die Billigfliegerei ist, wie ich finde, eine totale Wettbewerbsverzerrung – eine der schärfsten –

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Ja, Verzerrung. – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Richtig. – Zuruf von Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

gegenüber dem Tourismus in Mecklenburg-Vorpommern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und das ist für mich neben der Klimaschutzproblematik mindestens ein starkes Argument, was man ins Feld führen muss. Aber wie gesagt, die Mittel, die Sie hier vorschlagen, sind nicht sachgerecht. Und insofern kann man dem Weg, so leid es mir tut, nicht folgen.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Ritter?

Minister Jürgen Seidel: Aber natürlich, ja.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Bitte, Herr Ritter.

Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Herr Minister, Sie führten aus, dass Sie nach wie vor für die Einführung einer Kerosinsteuer sind. Ich will an dieser Stelle nicht darauf eingehen, welche Position Sie hatten, als Sie damals Minister für Bau und Umwelt waren, sondern die Frage stellen, wie Sie zur Positionierung des von mir geschätzten ehemaligen Landtagsabgeordneten Dr. Ulrich Born stehen, der vor nicht allzu langer Zeit hier im Hohen Haus eine ganz klare Absage für die CDU zur Kerosinsteuer gegeben hat. Was ist denn nun die Position der CDU?

Minister Jürgen Seidel: Das kann ich Ihnen ganz klar sagen, Herr Ritter. Die CDU ist im Gegensatz zur Links... – oder wie sagen Sie jetzt? – Linkspartei.PDS

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Na, wie heißen sie denn jetzt?)

eine große Volkspartei. Und sie gestattet es durchaus, dass einzelne Mitglieder der CDU Meinungen haben, die Sie auch persönlich äußern. (Dr. Armin Jäger, CDU:
Da sind wir auch stolz drauf. –
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Das gibt's auch bei uns, Herr Jäger.)

Und das Recht nehme ich mir heraus.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU, und Egbert Liskow, CDU)

Es gibt auch andere Meinungen. Das will ich überhaupt nicht verhehlen. Ich habe Ihnen meine Auffassung dargestellt, bei der bleibe ich auch, sage aber noch einmal, dass das Mittel, was Sie vorschlagen, leider Gottes kein praktikables ist.

Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Darf ich noch einmal nachfragen? Das war also jetzt Ihre persönliche Auffassung und nicht die Auffassung der CDU-Fraktion, weil Dr. Ulrich Born damals für die Fraktion gesprochen hat. Insofern ist das, glaube ich, etwas undurchsichtig.

(Heiterkeit bei Methling, Die Linken

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Herr Born war ein Außenseiter. – Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD, Harry Glawe, CDU, und Egbert Liskow, CDU)

Minister Jürgen Seidel: Es mag sein, wie es will, ich kann nicht für eine Fraktion sprechen, die Sie jetzt für einen Zeitraum von einem Jahr oder so in Anspruch nehmen. Nein, das kann ich einfach nicht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Er spricht für uns.)

Ich habe Ihnen deutlich gesagt, dass ich meine persönliche Auffassung darstelle. Dabei bleibt es auch.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Danke schön.

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Minister

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Borchert von der Fraktion der SPD.

Rudolf Borchert, SPD: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir alle kennen aus den Anzeigen von einschlägigen Zeitungen diese Preisangebote in der Regel mit dem Slogan "Fliegen zum Taxipreis". Da kann man für 19 Euro von Frankfurt am Main nach Mallorca fliegen oder für 29 Euro von Berlin nach München. Hier stellt man sich schon die Frage, wie so etwas möglich ist. Dafür gibt es nur eine einzige Erklärung, nämlich dass das Flugbenzin einfach mit Abstand der billigste Treibstoff der Welt ist. Und das hängt mit folgenden Punkten zusammen: Es ist nicht nur die Befreiung von der Mineralölsteuer, die wurde hier schon genannt, das ist die Befreiung von der Ökosteuer und auch die Befreiung bei Auslandsflügen von der Mehrwertsteuer. Es gibt überhaupt keinen Wirtschaftsbereich – das muss man sich einmal vorstellen -, der dermaßen Steuerprivilegien genießt wie der gewerbliche Flugverkehr.

(Beifall Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Leider.)

Das ist eine Tatsache. Das ist auch nur eine Seite der Medaille. Die zweite ist folgende: Obwohl am stärksten steuerlich privilegiert, ist das Flugzeug gleichzeitig das mit Abstand klimaschädlichste Verkehrsmittel.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Ein Flug pro Person ist etwa zehnmal klimaschädlicher als die gleiche Strecke mit der Bahn. Im Verhältnis von Flugverkehr zum Straßenverkehr ist die Immission des Flugverkehrs etwa viermal klimaschädlicher als im Straßenverkehr. Und es kommt hinzu, dass die in großer Höhe abgestoßenen Abgase wenigstens dreimal so schädlich sind wie am Boden. Insofern, Frau Schwebs, ist nicht der Flugverkehr auf dem Weg, Klimakiller Nummer eins zu werden, sondern der Flugverkehr ist bereits Klimakiller Nummer eins.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Und das ist wirklich der absolute Anachronismus: Obwohl Klimakiller Nummer eins bekommt der gewerbliche Flugverkehr gleichzeitig als Belohnung sozusagen noch die größten Steuerprivilegien. Also einen größeren Unsinn – sollte das unparlamentarisch sein? – kann man sich nicht vorstellen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Sie haben doch gehört, was Ihr Wirtschaftsminister ausgeführt hat.)

Ich glaube, vieles, was da in der Vergangenheit war, wird natürlich heute bewusster in völligem Zusammenhang mit dem, was uns bekannt ist, mit Klimawandel und den Folgen des Klimawandels. Insofern gibt es einen Umdenkungsprozess bei vielen Politikern, bei vielen Parteien. Den kann ich nur begrüßen. Und es zeichnet sich hier ab – parteiübergreifend, nicht nur in Deutschland, sondern auch international –, dass die Besteuerung von Flugzeugbenzin, sprich die Kerosinsteuer, und natürlich die Aufnahme des Flugverkehrs in den Emissionshandel zunehmend Zustimmung finden und zu politischen Entscheidungen führen, die unerlässlich sind.

Ich möchte neben dem Aspekt Klimakiller Nummer eins natürlich hinzusetzen – das wird Sie nicht überraschen, weil ich das als Finanzpolitiker noch einmal deutlich sage –, der Staat verzichtet hier an einer Stelle auf eine Steuereinnahme in völlig unbegründeter Art und Weise.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

Es gibt Berechnungen des Bundesfinanzministeriums, dass man lediglich bei einem moderaten Steuersatz von 300 Euro pro Tonne Flugbenzin bei einer dann angenommenen Verteuerung des Flugtickets von 5 bis 10 Euro zu Mehreinnahmen in Deutschland pro Jahr von mindestens 600 Millionen Euro kommen könnte. 600 Millionen Euro! Dieses Geld könnte man sicherlich sinnvoll einsetzen, insbesondere für den Bereich Klimaschutz, für Maßnahmen infolge des Klimawandels und natürlich auch für Entwicklungen in der Flugzeugtechnologie, um die jetzt auftretenden CO₂-Emissionen zumindest zu minimieren. Gemessen an den Summen, die Dr. Gottfried Timm nannte, die als Anteil am BIP notwendig werden, um praktisch im Bereich Klimaschutz etwas zu tun, sind natürlich 600 Millionen Euro noch nicht der große Wurf. Allerdings möchte ich darauf verweisen, dass das nun auch ein Bereich wäre, der dringend als Einnahme für die genannten Zwecke erfolgen muss.

Bei den anderen beiden Gründen für die Kerosinsteuer kann ich es kurz machen. Die Benachteiligung gegenüber anderen Verkehrsträgern ist natürlich klar, insbesondere gegenüber der Bahn. Man muss sich vorstellen, ausgerechnet der Verkehrsträger, den wir aus Umweltgründen besonders fördern, wird hier klar benachteiligt, aber natürlich auch der Straßenverkehr. Wenn ich mir vorstelle, dass ein Flugticket von Berlin nach München wie gesagt beim Billigflieger vielleicht 29 Euro kostet und ein normales Bahnticket, also kein ermäßigtes, sicherlich 80 bis 90 Euro kostet, dann wird dieser Unsinn noch einmal richtig transparent.

Ich freue mich, wenn der Wirtschaftsminister darauf verweist, dass es ein weiteres Argument gibt – das habe ich so noch gar nicht gesehen, aber das ist natürlich richtig –, dass wir als Tourismusland Mecklenburg-Vorpommern unter dieser Wettbewerbsverzerrung leiden, weil durch andere Tourismusanbieter, gerade mit diesen Billigflügen, insgesamt ein Preiswettbewerb auf dem Tourismusmarkt entstanden ist, der von uns so nicht akzeptiert wird und auch nicht in unserem Interesse sein kann.

Ich möchte, meine sehr geehrten Damen und Herren, deutlich sagen, dass wir in diesen Fragen einen erheblichen Beratungsbedarf sehen. Deshalb wird es Sie nicht überraschen, wenn ich ankündige, dass wir gerade bezüglich Punkt 1 des Antrages der Linkspartei.PDS die Überweisung beantragen werden, weil es nicht so ist, wie Herr Dr. Ebnet deutlich gemacht hat – seine Rede wurde ja hier verlesen –, dass es absolut völlig ausgeschlossen ist. Zumindest wäre die innerdeutsche Besteuerung zu diskutieren, zu prüfen,

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS, und Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

weil wir in Europa zur Kenntnis nehmen müssen,

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Man darf nicht immer nur zu anderen gucken.)

weil man in Europa zur Kenntnis nehmen muss, dass wir solange, wie wir das Einstimmigkeitsprinzip haben, leider kaum in den nächsten Jahren realistische Chancen haben, zu einer europaweiten Besteuerung zu kommen, geschweige denn zu einer internationalen. Und da muss es legitim sein, darüber zu diskutieren, ob wir wirklich so lange warten können und wollen. Das muss legitim sein.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Wie gesagt, andere Länder gehen bereits den Weg und insofern ist es folgerichtig, dass – ich kündige es jetzt schon an – im mitberatenden Verkehrsausschuss insbesondere natürlich diese Fragen diskutiert werden müssen: Ist es wirklich für den Flugplatz Laage das beste Mittel als Flugplatz des Landes? Müssen wir ausgerechnet unser Geld dort einsetzen – reines Landesgeld zum Beispiel für die Subventionierung dieser Fluglinie? Das ist natürlich eine wichtige Frage.

Und was die innerdeutsche Besteuerung betrifft, da muss man natürlich auch sagen, die Auswirkung auf Arbeitsplätze im Flugverkehr und die Benachteiligung von deutschen Fluggesellschaften müssen wir abwägen, Pro und Kontra noch einmal miteinander diskutieren. Ich verweise darauf ganz klar – Stichwort "Globalisierung". Von reinen deutschen Fluggesellschaften zu sprechen ist, glaube ich, nicht mehr ganz zeitgemäß. Insofern ist bei dem Thema auch wirklich viel in Bewegung. Aber ich will zugeben, es gibt durchaus aus Sicht der Wirtschaftspolitiker ernstzunehmende Argumente. Möglicherweise ist es zu früh für eine innerdeutsche Besteuerung. Aber

das, wie gesagt, sollte man dann im Fachausschuss miteinander beraten und diskutieren.

Im Übrigen, wenn ich den Punkt 1 des PDS-Antrages lese, glaube ich schon, dass er einen gewissen Interpretationsspielraum lässt, dass es natürlich logischerweise einen Zusammenhang geben muss zwischen innerdeutscher Besteuerung und einer notwendigen europaweiten Regelung. Aber das sind Feinheiten, die wir im Ausschuss miteinander beraten können.

Jetzt zu Punkt 2 des PDS-Antrages. Hier geht es wie gesagt um die Fluglinienförderung. Ich habe schon einmal darauf Bezug genommen. Ich kann es hier kurz machen: Wir müssen im Finanzausschuss diskutieren und nicht nur im Rahmen des Nachtragshaushalts. Insofern passt der Antrag eigentlich. Welche Wirkungen hat denn die bisherige Anschubfinanzierung überhaupt erzielt?

(Heiterkeit bei Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Die Fluglinie ist pleitegegangen.)

Wir hatten ja schon die Anschubfinanzierung.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Sehr richtig.)

Das wollen wir sachgerecht im Ausschuss miteinander diskutieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Zuruf von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Zweitens stellt sich die Frage, ob wie gesagt diese Form der Subvention für den Flugplatz Laage wirklich das ist, was wir brauchen. Wir haben alle die Pressemitteilung zu den aktuellen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Flugplatzes Laage gelesen, wobei sie eigentlich in den Medien eher nur nach außen so aktuell sind. Ich glaube schon, dass es Insidern lange bekannt ist und dass es ein Problem ist, diesen Flugplatz aus öffentlicher Hand mit circa 1 Million Euro jedes Jahr zu subventionieren.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Das müssten wir für die Kitas ausgeben.)

Und wir werden die Frage diskutieren müssen, ob es wirklich realistisch ist, so, wie es auch das erklärte Ziel ist, zumindest meins, ab 2009/2010 aus eigener Kraft oder mit der sogenannten Unterstützung der einheimischen Wirtschaft diese Linie Laage-München beziehungsweise Laage-Köln wirtschaftlich zu betreiben, und zwar ohne Unterstützung des Landes. Das war eigentlich immer unser erklärtes Ziel, diese Fluglinienunterstützung nur als Anschubfinanzierung zu betrachten.

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Das geht aber nicht so einfach.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es gibt viele offene Fragen, die wir am besten sachgerecht in den entsprechenden Ausschüssen diskutieren sollten. Demzufolge beantrage ich namens der Koalitionsfraktionen die Überweisung federführend an den Finanzausschuss und mitberatend an den Verkehrsausschuss, Wirtschaftsausschuss sowie den Agrar- und Umweltausschuss. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS, und Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Sehr gut.)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön.

Das Wort hat jetzt für die Fraktion der FDP der Fraktionsvorsitzende Herr Roolf.

(Heiterkeit bei

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Na, der hält natürlich nichts davon, oder? –
Heiterkeit bei Abgeordneten
der CDU und Linkspartei.PDS –
Dr. Armin Jäger, CDU: Hellseher, ja?)

Michael Roolf, FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Herr Professor Methling, wir sind gegen eine Kerosinsteuer. Das sage ich hier an dieser Stelle ganz deutlich und ganz klar. Dass Sie, meine Damen und Herren von der Steuererhöhungskoalition,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nicht so unfreundlich! Das geht doch auch freundlich. – Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

sich in der Bundesrepublik Deutschland auf eine neue Steuer freuen, wo es wieder neue Mehreinnahmen im Steuersäckel geben kann, das ist für uns verständlich. Aber wir erkennen auch gemeinsam, dass die Einnahmen aus einer Steuer für einen ganz bestimmten Zweck noch nie für diesen Zweck wirklich eingesetzt wurden, denn die Ökosteuer ist nie für die Ökologie eingesetzt worden

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist wohl wahr. – Vincent Kokert, CDU: Das stimmt, das stimmt.)

und genauso wird eine Kerosinsteuer nichts für den Klimaschutz tun,

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

sondern Sie werden es weiterhin in den Haushalten des Landes versenken. Das dazu.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Steuern sind allgemeine Deckungsmittel. – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU – Glocke der Vizepräsidentin)

Wir sehen die Alternative dazu, dass wir den Flugverkehr einbinden in den CO_2 -Immissionshandel. Das scheint für uns der richtige Schritt zu sein. Wir sind also klar gegen eine Kerosinsteuer.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Beides.)

Nicht beides, nur die Einbindung.

Das, was wir aber auch sehen, ist, dass wir mal gucken, was wir selbst tun können, damit wir das Flugaufkommen ein bisschen strukturierter organisieren und ein Stückchen weniger Schadstoffausstoß, der damit verbunden ist, bekommen. Da ist europaweit seit 2004 eine Initiative auf dem Weg. Die sogenannten Warteschleifen, die wir über den Flugplätzen haben, wo Flugzeuge teilweise halbe Stunden, Dreiviertelstunden, Stunden durch die Gegend fliegen, können minimiert werden.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Die können ja alle nach Parchim fliegen, da ist so viel Platz. – Heiterkeit bei Irene Müller, Die Linkspartei.PDS) Wir müssen die Flugsicherheit besser organisieren, wir müssen eine bessere Koordinierung von Flügen haben. Allein mit diesem Weg können wir bis zu zwölf Prozent des Schadstoffausstoßes verringern und diese Möglichkeit sollten wir zuerst nutzen, bevor wir wieder an die Steuerschraube gehen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Das Zweite, lieber Herr Professor Methling, möchte ich auch in Ihre Richtung geben. Wer wieder an der Steuerschraube dreht, wer Flugverkehr verteuert, verteuert es vor allem zuerst für Menschen mit kleineren und mit geringeren Einkünften. Sie müssen es auch so deutlich sagen, dass der kleine Bürger dann weniger fliegen kann.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS – Beifall bei Abgeordneten der FDP – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Glauben Sie wirklich, dass die kleinen Leute am meisten fliegen?! – Rudolf Borchert, SPD: Auf die Straße, ja. – Zurufe von Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

Zur zweiten Sache Ihres etwas merkwürdig strukturierten Antrages, der sehr umfänglich ist und so viele Themen anbelangt, dass man gar nicht weiß, wo man ihn denn eigentlich zuordnen kann, das ist das Thema "Flugplatz Laage", die Fluglinie zwischen Laage und München. Wir haben uns da mal in die Unterlagen reingelesen.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Man kann das auch mal unter touristischem Aspekt sehen.)

Wir haben heute von den Rednern – sowohl von der SPD als auch von der PDS – gehört, dass sie sich wahlweise nicht daran erinnern können,

(Zuruf von Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

ob sie dafür zuständig gewesen sind oder ob es eigentlich nicht mehr gewollt ist.

(Zuruf von Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS)

Also seit 2002 leisten wir diese Unterstützung.

(Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD: Herr Roolf, das Problem haben Sie nicht. Das wissen wir ja.)

Ja, das mit dem Erinnern ist immer ein Problem.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Aber ich kann mich gut erinnern. – Volker Schlotmann, SPD: Ja, aber er doch nicht.)

Und wir haben ein Problem dabei. Das, denke ich, sollten wir bei diesem Thema sehr genau noch einmal diskutieren. Dieses Thema eignet sich auch ganz gut. Förderung ist eine Anschubförderung für eine Anschubfinanzierung.

(Zurufe von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS, und Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Wenn wir dauerhaft etwas fördern, was dauerhaft nicht wirtschaftlich ist, dann müssen wir uns irgendwann von der Förderung verabschieden.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Da sind wir uns einig, sehr richtig. – Zuruf von Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Es ist eine Anschubfinanzierung.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und Rudolf Borchert, SPD)

Wer nach fünf Jahren der Anschubfinanzierung heute noch von Anschubfinanzierung spricht, hat die Begrifflichkeit "Anschub" womöglich nicht ganz richtig verstanden.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

Dann kommen wir zum Thema ÖPNV und hier sollten wir erst einmal unsere eigenen Hausaufgaben machen. Wir haben in einer sehr geeigneten Kommission die Chance dazu, nämlich in der Enquetekommission. In der Enquetekommission haben wir die Chance, die sogenannte Stadt-Umland-Beziehung miteinander zu diskutieren.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

Und solange wir es uns in diesem Land noch leisten, dass zwischen den kreisfreien Städten und den Umlandregionen Busse im chaotischen System nebeneinander, aneinander, hintereinander fahren,

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Wo ist das? Wismar? In Wismar? – Zuruf von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

solange wir da nicht alle Optimierungen nutzen, sollten wir kein Horrorszenario aufbauen, dass der ÖPNV gefährdet ist. Auch da sind wir in der Enquetekommission gefordert, den ÖPNV so sicherzustellen, dass er für jeden erreichbar ist. Die Doppelbenutzung und die Doppelbezuschussung in diesem Bereich sollten wir dringlichst von der Tagesordnung nehmen.

Es ist eine Verweisung dieses, wie ich finde, sehr unstrukturierten Antrages andiskutiert worden. Eigentlich könnte man diesen Antrag an alle Ausschüsse des Parlaments verweisen, denn es betrifft alle Bereiche.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Sehr richtig.)

Ich als Wirtschaftsausschuss würde da ganz gern mitreden. Der Kollege Schulte ist leider nicht im Hause.

(Reinhard Dankert, SPD: Im Hause schon.)

Aber ich würde zusätzlich beantragen, das auch in den Wirtschaftsausschuss mit zu überweisen. – Vielen Dank.

(Beifall Hans Kreher, FDP)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Roolf.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Liskow für die Fraktion der CDU.

Egbert Liskow, CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben jetzt schon gemerkt, die Diskussion ist sehr emotional bei dem Thema.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Nein. – Heiterkeit bei Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS – Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Sie sollte, glaube ich, doch mehr rational geführt werden.

Herr Borchert hat schon für die CDU-Fraktion mitgesprochen, indem er gesagt hat, wir wollen dieses Thema, was wirklich sehr weiträumig betrachtet werden kann, noch einmal in den Fachausschüssen diskutieren. Ich glaube, diese Art und Weise der Diskussion in den Fachausschüssen ist die richtige. Ich möchte aber trotzdem noch einmal auf zwei, drei Punkte eingehen, die hier schon von den unterschiedlichen Rednern dargestellt worden sind.

Zum einen: Können wir in Mecklenburg-Vorpommern allein dafür sorgen, dass wir eine innerdeutsche Besteuerung des Flugbenzins erreichen?

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Natürlich nicht! Natürlich nicht!)

Ich glaube, erst mal nicht. Natürlich ist es im Bundesrat richtig aufgehoben. Und ich glaube auch, dass diese innerdeutsche Lösung, auch wenn sie rechtlich möglich ist – sie ist ja heute rechtlich möglich –, höchstwahrscheinlich aus wettbewerbstechnischer Sicht nicht die ideale ist. Wir müssen uns einfach im europäischen Maßstab einbringen und mindestens eine europäische Besteuerung des Flugbenzins erreichen. Meiner Meinung nach ist es viel wichtiger, eine globale Lösung zu finden, aber ich glaube, diese globale Lösung wird in der nächsten Zukunft erst mal nicht möglich sein. Wir wären zu illusionistisch, wenn wir daran denken würden. Aber im europäischen Einklang hätten wir dann eine richtige Sache.

Jetzt zu dem zweiten Punkt, der eigentlich so richtig gar nicht in den Antrag hineinpasst.

(Heiterkeit bei Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Der passt exzellent. – Heiterkeit bei Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Sie erwecken den Eindruck, Frau Gramkow, dass er sehr gut hineinpasst, indem man die Verbindungen bringt,

> (Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Das ist Auffassungssache. Der eine sagt so, der andere so. – Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

aber ich glaube, irgendwie passt er nicht zusammen.

(Zuruf von Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Und wenn wir uns einfach erinnern, dass die PDS auch in der letzten Legislatur die Fluglinienförderung mitgetragen hat.

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU, und Marc Reinhardt, CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ja.)

das muss man so eindeutig sagen, hat sich diesmal die Koalition dafür entschieden, die Fluglinie von Rostock-Laage nach München aus unterschiedlichen Gesichtspunkten zu fördern. Für uns ist diese Fluglinie ein weicher Wirtschaftsfaktor

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Genau.)

und wir sind der Meinung, dass wir diesen Wirtschaftsfaktor hier in Mecklenburg-Vorpommern brauchen.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Da hab ich Herrn Borchert aber anders verstanden. – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Herr Borchert hat das doch anders gesagt. – Das ist ein Bermudadreieck. – Heiterkeit und Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS – Heiterkeit bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Bei uns war das genauso.)

Herr Borchert sagt, man kann darüber reden. Aber im Moment sehen wir es so als CDU und wir wollen eine Anschubfinanzierung für diese Fluglinie unterstützen.

> (Zurufe von Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS, und Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Wir werden nach drei Jahren entscheiden, ob wir noch mehr Geld in diese Fluglinie geben müssen oder nicht. Aber aus heutiger Sicht ist es erst mal auf drei Jahre angelegt.

(Zuruf von Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

Ich denke, wir sollten mit dieser Art und Weise des Zwischenrufs vielleicht gar nicht so umgehen. Aber, Herr Bluhm, wir können es, glaube ich, in den Ausschüssen nachher ganz vernünftig diskutieren. Ich denke mal, die Argumente sind sehr vielfältig und man kann sie immer von allen Seiten betrachten. Ich meine, wenn wir das in den Fachausschüssen nachher gesittet und vernünftig machen, werden wir auch eine vernünftige Lösung finden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eben.)

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich schon auf eine anregende Diskussion im Verkehrsausschuss, aber vielleicht auch im Finanzausschuss.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Wir freuen uns auch.)

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und Rudolf Borchert, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Liskow.

Für die Fraktion der NPD hat jetzt das Wort Herr Lüssow.

Birger Lüssow, NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Den Ausführungen des Ministers Seidel beziehungsweise des Verkehrsministers Ebnet kann ich mich größtenteils anschließen.

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Oha!)

Zu Punkt 1 des Antrages der Fraktion der Linkspartei.PDS ist zu sagen, dass es prinzipiell in Ordnung ist, wenn eine Kerosinsteuer erhoben werden soll, denn warum sollte der Autofahrer bezahlen und die Luftfahrt nicht? Allerdings halten wir das Vorhaben für zurzeit nicht umsetzbar, da es kein wettbewerbsneutrales System gibt. Würde ein solches bestehen, was in der heutigen

Zeit ziemlich unvorstellbar ist, könnte man dem Antrag teilweise zustimmen.

Ein Alleingang des innerdeutschen Flugverkehrs beziehungsweise des europäischen Flugverkehrs würde den Fluglinien schaden und wieder einmal Arbeitsplätze kosten. Und ob eine Kerosinsteuer den CO₂-Ausstoß reduziert, ist auch sehr fraglich, da bekanntlich nicht nur Personen, sondern auch Güter transportiert werden. Letztendlich ist der Verbraucher wieder einmal der Leidtragende und muss die Zeche für die verfehlte Steuerpolitik zahlen.

Zu Punkt 2 ist zu sagen, dass die Förderung der Fluglinie Rostock-Laage-München unbedingt beizubehalten ist, da sie wichtiger Bestandteil für wichtige Unternehmen, Gastronomen und so weiter geworden ist, wie wir das heute schon oft genug hier gehört haben. Nimmt man die Angaben des Geschäftsführers des Flughafens Laage zur Finanzsituation als Grundlage, so muss ein Verzicht auf Fördermittel unweigerlich zur Insolvenz des Flughafens führen, und Arbeitsplatzvernichtung und Unattraktivität sind nicht im Interesse des Volkes. Deshalb lehnen wir den Antrag der PDS ab.

(Zuruf von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Einer Überweisung in die zuständigen Ausschüsse würden wir aber zustimmen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Lüssow.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Gramkow von der Linkspartei.PDS.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Jetzt ist Herr Roolf leider nicht mehr da, ist egal, ich wollte ihn gern fragen, wann er das letzte Mal Bus gefahren ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Bei uns fährt man Straßenbahn.)

Herr Seidel, ich schätze Sie eigentlich, aber ein Brummkreisel sollten Sie nicht sein. In der Rede, die wir gehört haben, klang durch, was wir seit zehn Jahren immer wieder in diesem Parlament hören, insbesondere von Dr. Ebnet: Wettbewerbsverzerrung, wir dürfen keinen Weg alleine gehen, um Gottes willen, das kostet Arbeitsplätze. Aber nach dem Motto "Hannemann, geh du voran!" können wir bei dieser Frage nicht mehr zugucken.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Die Niederlande haben längst eine Kerosinsteuer eingeführt, nachdem es die Europäische Union zum 01.01.2004 ermöglicht hat, dass Mitgliedsstaaten eigenständig handeln. Gucken wir doch mal in die Niederlande: Wird da nicht mehr geflogen? Hat das Arbeitsplätze gekostet oder welche Auswirkungen hat das?

(Zuruf von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Wir drehen uns bei der Frage der Besteuerung von Kerosin nämlich im Kreis. Und fast alle Parlamente haben über die Grenzen hinweg immer mal wieder gesagt, das finden

wir eigentlich ganz chic, warten wir mal ab.

(Rudolf Borchert, SPD: Bis auf die FDP.)

Angesichts der jetzigen Debatte um den Klimaschutz ist aber Abwarten nicht mehr möglich.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Ich möchte darauf verweisen, dass bereits die Enquetekommission des Bundestages 1995 in ihrem Bericht "Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre" mit Minderheitenvotum diese Besteuerung als machbare Möglichkeit auf den Tisch gelegt hat. Und wenn ich dann höre, wenn wir das alleine machen, haben wir ungleiche Wettbewerbsbedingungen, dann würde ich dazu ganz gerne mal ein bisschen näher ausführen, dass das Flugwesen, das sich entwickelt.

> (Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU, Wolf-Dieter Ringguth, CDU, und Hans Kreher, FDP)

stark subventioniert wird dadurch, dass wir bei internationalen Flügen die Mehrwertsteuer nicht erheben,

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

keinerlei Besteuerung des Flugbenzins haben, aber eine sehr starke Subventionierung von Fluglinien und Fluggesellschaften und weltweit ein enormes Investieren in die Fluginfrastruktur. Wir haben bei uns im Land seit 1991 102 Millionen Euro an öffentlichen Geldern, insgesamt 122 Millionen Euro, in die Infrastruktur zur Verbesserung von Flughäfen gesteckt.

(Marc Reinhardt, CDU: Wieder mal mit der Postkutsche fahren.)

Vom Verlustausgleich, der jedes Jahr gefahren wird von Kommunen, ob im Landkreis Ostvorpommern oder Rostock, will ich an dieser Stelle überhaupt nicht reden. Aber gleichzeitig müssen wir doch hinzufügen, dass die Bahn und der ÖPNV mit Stromsteuer belegt werden,

(Zuruf von Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

mit Ökosteuer belegt werden, mit Mineralölsteuer und mit Mehrwertsteuer. Was ist das für eine Wettbewerbsverzerrung? Die müssen wir korrigieren

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und Rudolf Borchert, SPD)

und nicht die, dass wir keine Steuern erheben.

Wir sagen einerseits, wir wollen den CO₂-Ausstoß vermindern. Ich darf einmal auf Folgendes verweisen: Leider gibt es keine Aussage zur Flugverbindung Rostock-Laage nach München, aber es gibt eine von Hamburg nach München. Bei einem Flug mit dem Flugzeug von Hamburg nach München beträgt der CO₂-Ausstoß circa 280 Kilo pro Person. Für die gleiche Bahnstrecke würde das 30 Kilo pro Person bedeuten.

(Vincent Kokert, CDU: Ist der mit dem Flugzeug allein geflogen oder was?! – Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Das sind die Fragen zum Klimaschutz, die man stellen muss.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Wir haben eine unwahrscheinliche Subvention. Allein im Bundeshaushalt nimmt der Luftbereich einen der größ-

ten Subventionstatbestände ein. Herr Borchert hat eine Zahl genannt, die errechnet worden ist. Ich will mich auf den Subventionsbericht der Bundesregierung von 2003 beziehen. Da heißt es, dass eine Kerosinsteuereinnahme von mindestens 373 Millionen Euro pro Jahr generiert würde. Gut, der Bundeshaushalt muss uns nicht viel interessieren. Schauen wir in den Landeshaushalt und genau da ist der Punkt. Ich kann nicht auf der einen Seite halbgewalkt und noch ein bisschen zickig sagen,

(Harry Glawe, CDU: Genau. – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

okay, wir müssen besteuern und wir müssen den CO_o-Ausstoß minimieren, und gleichzeitig dabei bleiben, dass wir eine Fluglinie subventionieren, was wir 2000 begonnen haben als Anschubfinanzierung und wo Sie mir jetzt sagen, Sie waren dabei. Klar, ich kann nur sagen, es hat sich auch immer gelohnt in der Auseinandersetzung, dass ein Partner die Fluglinie haben wollte und ein anderer nicht. Sie werden in diese Auseinandersetzung auch noch kommen. Aber es war immer eine Anschubfinanzierung und aus dieser Anschubfinanzierung ist geworden, dass die Fluglinie inzwischen pleite war, dass wir neu ausgeschrieben haben, dass wir neue Ausschreibungsmodalitäten haben und wir jetzt gesagt haben, machen wir eine weitere Subventionierung bis zum Jahr 2009. Das ist eine Dauersubventionierung mit Mitteln des Landes - es sind unsere ureigensten Steuereinnahmen -, die sich am Ende nicht rechnet. Die gegenwärtige Auslastung dieser Fluglinie liegt bei 50 Prozent.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Zurufe von Vincent Kokert, CDU, und Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Wo ist da aus Ihrer Sicht die Notwendigkeit?

Es ist hier gesagt worden, Neubrandenburg und Heringsdorf machen es vor. Da, wo Unternehmen Interesse haben und Fluglinien für ihre Angestellten benötigen, sind sie beteiligt, und das muss in Rostock-Laage meiner Ansicht nach auch gehen. Es wird uns nicht helfen, dass Sie im Wirtschaftsausschuss längst den Antrag zum Streichen der Erhöhung der Fluglinienförderung abgelehnt haben und dass das Ministerium gesagt hat, wir haben noch einen draufbekommen für die Subventionierung. Wir fliegen nicht nur nach München, nein, die Fluglinie fliegt auch freiwillig nach Köln. Ich sage Ihnen, das ist ein Ausdruck von Unehrlichkeit im Umgang mit Klimaschutz und Subventionen in Mecklenburg-Vorpommern, und das werden wir nicht dulden.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Frau Gramkow.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Debatte.

Während der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/344 zur federführenden Beratung an den Finanzausschuss und zur Mitberatung an den Verkehrsausschuss, an den Agrarausschuss und an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag einstimmig angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 19**: Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Imagekampagne für die Freiwilligen Feuerwehren im Land Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 5/353. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/388 vor.

Antrag der Fraktionen der CDU und SPD: Imagekampagne für die Freiwilligen Feuerwehren im Land Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 5/353 –

Änderungsantrag der Fraktion der Linkspartei.PDS

- Drucksache 5/388 -

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Ringguth von der Fraktion der CDU.

Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Der neue Chef des Landesfeuerwehrverbandes hat es bei der ersten Landespressekonferenz, bei der er gesprochen hat, sofort auf den Punkt gebracht: Es brennt bei den Freiwilligen Feuerwehren in unserem Land.

(Raimund Borrmann, NPD: Nicht nur da.)

Das ist kein Erkenntnisprozess, der eben eingesetzt hat, aber es ist sehr wohl sein Verdienst gewesen, dass er sehr deutlich gemacht hat, welcher Erosionsvorgang bereits im Gange ist bei einem der wichtigsten Bereiche des Ehrenamtes überhaupt in unserem Land.

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Na, na, na, es gibt noch anderes Ehrenamt!)

Und, meine Damen und Herren, die Folgen dieses Erosionsprozesses wären unabsehbar, sowohl für unser Land, für die Kommunen, für die Bürgerinnen und Bürger. Da gibt es schon heute gerade im ländlichen Raum, und ich weiß als Bürgermeister, wovon ich spreche, ganz akute Personalnöte, die die Einsatzfähigkeit gefährden. Es ist heute schon Usus, dass die Leitstellen oft genug zwei oder drei Feuerwehren gleichzeitig alarmieren, damit am Einsatzort dann auch die notwendige Personalstärke vorhanden ist.

Meine Damen und Herren, die Zahlen, die er ansonsten gebracht hat, klangen erst einmal unglaublich gut. In Mecklenburg-Vorpommern gibt es 1.100 Freiwillige Feuerwehren. Es gibt ungefähr 36.000 organisierte Mitglieder, davon 6.000 Frauen. Und, meine Damen und Herren, es gibt 28.300 Männer und Frauen, die zur aktiven Wehr gehören. Die Zahlen für das Jahr 2005, die bereits da waren, sind ebenfalls beeindruckend. Zum Beispiel rückten die Freiwilligen Feuerwehren im Land zu 2.152 Einsätzen bei Bränden und zu 3.454 Hilfeleistungen im technischen Bereich aus. Das sind unter anderem Einsätze bei schweren und schwersten Verkehrsunfällen, zum Beispiel das Freischneiden eingeklemmter Personen. Es gibt aber auch Einsätze, die zu verschiedensten Sachoder Elementarschäden erforderlich geworden sind.

Im Bereich der Jugendfeuerwehr, meine Damen und Herren, gibt es ebenfalls eine beeindruckende Zahl, nämlich die Zahl der aktiven Mitglieder in den Jugendfeuerwehren. Das sind immerhin 7.500 Jugendliche bei uns im Land und diese Jugendlichen sind in 744 Gruppen organisiert.

Meine Damen und Herren, diese Zahlen mögen auf den ersten Blick keinen Anlass zur Sorge geben, aber sowohl im Jugend- als auch im Erwachsenenbereich sank die Zahl der Mitglieder in den vergangenen Jahren erheblich. Allein die Jugendfeuerwehren verzeichneten in einem Jahr einen Mitgliederschwund von ungefähr 1.000 Mitgliedern. Erinnern Sie sich an die Zahl 7.500? 1.000 in einem Jahr weniger. Die Gründe hierfür sind natürlich vielschichtig. Ein Grund sind die gesunkenen Geburtenzahlen. Bei diesen gesunkenen Geburtenzahlen kommt es zu vermehrter Konkurrenz. Auch das ist logisch. Da gibt es ganz andere Freizeitangebote, übrigens sogar im ländlichen Raum, und das sind Konkurrenzen zum Beispiel zu Sportvereinen, Musikschulen, andere Freizeiteinrichtungen und so weiter. Aber damit ist der Grundstein für zurückgehende Mitgliederzahlen im Erwachsenenbereich gelegt, denn geringe Mitgliederzahlen im Jugendbereich führen zwangsläufig zu weniger Mitgliedern im Erwachsenenbereich.

Im Übrigen sei an der Stelle Folgendes angemerkt: Viele Feuerwehren in den Altbundesländern bedanken sich ganz herzlich für hervorragend ausgebildete junge Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner, die aus unserem Land kommen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das stimmt, ja.)

und ihre Ausbildung hier bei den Jugendfeuerwehren genossen haben.

Meine Damen und Herren, kommt es dann noch zu einem Mitgliederschwund bei den Erwachsenenaktiven, spitzt sich diese negative Entwicklung geradezu dramatisch zu. Dieser zuletzt von mir angesprochene Mitgliederschwund hat zum Teil Ursachen, die eine Gesellschaft, die auf ehrenamtliches Engagement setzen muss, nicht akzeptieren kann. Zum einen sind da - im ländlichen Raum ist das Problem wieder besonders schwierig - die Berufspendler. Es ist einfach so, dass sie aufgrund der großen Entfernung zwischen Arbeitsstätte und Wohnort oft genug in der Woche und am Tage für Einsätze nicht zur Verfügung stehen können. Da sind aber auch Kameradinnen und Kameraden, die sehr wohl vor Ort einen Arbeitsplatz haben, aber aus Angst um ihren Job eine Teilnahme an Einsätzen, an Übungen, aber auch an Ausbildungen, absagen oder absagen müssen, und das trotz gesetzlich geregelter Freistellungspflicht für aktive Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren. Und deswegen heißt es häufig, entweder Job oder Feuerwehr.

Diese Einstellung existiert bedauerlicherweise nicht nur bei vielen privaten Arbeitgebern, sondern längst darüber hinaus, auch beim öffentlichen Dienst. Auch dort gibt es Schwierigkeiten mit der Freistellung von Feuerwehrleuten für Einsätze und Lehrgänge. Es ist schon ein schlimmes Alarmzeichen, wenn der vorhin von mir zitierte neue Landesbrandmeister Heino Kalkschies sich genötigt sieht, sich mit einem Appell an die zuständigen Bürgermeister zu richten und ihnen zu sagen, dass sie für ihre ehrenamtlichen Einsatzkräfte und für die Nachwuchsgewinnung doch endlich mehr einsetzen möchten. Ja, und im schlimmsten Fall bleibt den ehrenamtlichen Rettern nur der Verzicht auf eine aktive Mitarbeit in der Feuerwehr.

Meine Damen und Herren, diese Entwicklung muss schnellstens beendet werden. Die Kinder und Jugendlichen müssen wieder mehr für die Arbeit in den Freiwilligen Feuerwehren interessiert werden. Gerade im frühen Kindesalter lassen sich Jungen und Mädchen für die Arbeit bei der Feuerwehr begeistern. Diese Begeisterung muss aufgefangen und muss gefestigt werden.

Den älteren Jugendlichen muss vor Augen geführt werden, dass das Leben sich nicht in einer wie auch immer gearteten Spaßgesellschaft erschöpft, sondern dass es darum geht, im besten Bürgersinne Verantwortung für andere zu übernehmen. Das kann zum Beispiel an Tagen der offenen Tür, bei Schnupperkursaktionen in Schulen und so weiter geschehen.

(Zuruf von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Dabei müssen die Aufgaben der Freiwilligen Feuerwehren ganz praktisch dargestellt werden. Es muss den Kindern Spaß machen. Nur so können Kinder und Jugendliche die Bedeutung dieser Arbeit für die Allgemeinheit erkennen

Die öffentlichen und privaten Arbeitgeber müssen eindringlich auf ihre Freistellungspflicht hingewiesen werden. Das wirtschaftliche Interesse des Arbeitsgebers, meine Damen und Herren, muss hinter das öffentliche Interesse einer effektiven Brand- und Katastrophenabwehr zurücktreten. Auch in Zukunft muss gewährleistet sein, dass gut ausgebildete Feuerwehren in 15 Minuten am Brand- oder am Unfallort sein können. Und wenn wir dieses Ziel erreichen wollen, dann wird es in dieser Legislaturperiode um ein ganzes Bündel von Maßnahmen und Initiativen gehen. Ich erinnere daran, wir haben gerade in der letzten Sitzung des Innenausschusses im Zusammenhang mit dem Nachtrag auch über die Verbesserung der Ausbildungssituation zum Beispiel an der Landesfeuerwehrschule in Malchow gemeinsam diskutiert. Da geht es um diese A12-Stellen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Auf die sich die A10er bewerben werden.)

Da geht es darum, dass der Stau gerade bei der Ausbildung von Führungskräften in den Feuerwehren unbedingt aufgehoben werden muss.

Es geht aber noch um ganz andere Dinge, die wir anpacken müssen, zum Beispiel die Anpassung der aus dem Jahr 2000 stammenden Entschädigungsverordnung, zum Beispiel für die Amtswehrführer. Wir alle wissen, dass die Amtsgebiete um vieles größer geworden sind und die Aufgaben, die solche Amtswehrführer zu erledigen haben, und nicht nur die Entfernungen, haben sich erheblich entwickelt. Auch dort gibt es Anpassungsbedarf. Wir werden gemeinsam darüber nachdenken müssen, dass wir noch in dieser Legislaturperiode das Landesbrandschutzgesetz novellieren müssen.

Aber, meine Damen und Herren, ganz bewusst am Anfang wollen wir mit und über die Menschen sprechen, die Männer und Frauen, die bei uns im Land freiwillig und im Ehrenamt zu einem Synonym geworden sind, nämlich für Schnelligkeit, für Mut, für einen selbstlosen Einsatz für andere Menschen. Deshalb lassen Sie uns bitte gemeinsam mit dem Landesfeuerwehrverband, mit den Trägern des Brandschutzes, den Kommunen, mit den Kreisbrandmeistern, mit den Kameradinnen und Kameraden der Wehren vor Ort nach Wegen suchen, wie es gelingen kann, dass es für die Leistung unserer Wehren für unser Gemeinwesen endlich mehr Wertschätzung im wahrsten Wortsinne in unserem Land gibt.

Und auch wenn mein Kollege Müller nachher etwas zu Ihrem Antrag sagen wird, meine Damen und Herren von der Linkspartei, haben wir da einen völlig unterschiedlichen Ansatz. Wenn Sie zum Beispiel unter Punkt 1

schreiben, dass die Landesregierung aufgefordert werden soll, "für die Freiwilligen Feuerwehren ... eine Imagekampagne vorzubereiten und durchzuführen", meine Damen und Herren, sehen wir das völlig anders. Nicht die Landesregierung macht etwas für die Feuerwehren, sondern wir müssen es gemeinsam mit den Kameradinnen und Kameraden tun.

(Unruhe bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Zurufe von Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS, und Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Wenn Sie dann noch ...

Herr Ritter, das Wort "für" steht hier drin.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Das ist ja spitzfindig!)

Lesen Sie Ihren eigenen Änderungsantrag mal eben durch.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Und wenn Sie sich dann noch überlegen, dass Sie in diesem Antrag zum Beispiel den Landesfeuerwehrverband vollkommen vergessen haben, dann denken Sie bitte daran, dieser Landesfeuerwehrverband ist kein Appendix der Landesregierung oder des Innenministeriums, sondern das ist sehr wohl ein Verband, der für sich selbst spricht und der vor allen Dingen für die Feuerwehren im Lande spricht.

(Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Ja, wir haben mit denen gesprochen.)

Und diesen Verband wollen wir natürlich unbedingt in dem Prozess dabei haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und Linkspartei.PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das ist richtig.)

Meine Damen und Herren, ich sage es ganz deutlich, jetzt ist leider Frau Keler gerade nicht da, aber ich sage ganz deutlich: Es wird auch um Geld gehen müssen dabei.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Da auch, das ist richtig.)

Meine Damen und Herren, wir haben in den vergangenen Jahren erheblich investiert in Feuerwehrgerätehäuser, in Feuerwehrtechnik. Wir haben in unglaublich kurzer Zeit einen Rückstand aufgeholt und das ist wirklich aller Ehren wert. Dieser oder jener von Ihnen mag sagen, manchmal ist man bei Investitionen hier und da auch ein wenig über das Ziel hinausgeschossen, auch das mag gelten. Aber, meine Damen und Herren, wir sind jetzt an einem Punkt, wo es nicht mehr darum geht, in Technik zu investieren, sondern in Köpfe

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Ach ja?!)

und in die Menschen, die diese Arbeit im Ehrenamt für uns machen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

Und wenn man bedenkt, dass ein einfaches Tanklöschfahrzeug für eine Stützpunktfeuerwehr ungefähr 250.000 Euro kostet, dann darf uns die Investition in Köpfe doch wohl dieses Geld bitte auch wert sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, Heinz Müller, SPD, und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, letztlich, und dieser Punkt liegt mir ganz besonders am Herzen, ...

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Dann haben wir wieder eine Finanzrelevanz und dann muss er in den Ausschuss.)

Natürlich, dahin wollen wir ihn haben, in die Ausschüsse wollen wir ihn haben.

Letztlich, meine Damen und Herren, und das liegt mir wirklich ganz besonders am Herzen, muss es uns gelingen, dass in einer breiten Öffentlichkeit viel mehr, als es bisher anerkannt wird, präsent ist, was diese ehrenamtlichen Retter täglich für das Wohlergehen aller Menschen in diesem Land tun. Sie alle wissen, wie schnell zum Beispiel in den Medien darauf reagiert wird, wenn es nur ein schwarzes Schaf gibt,

(Heiterkeit bei Vincent Kokert, CDU)

irgendwo ein Feuerwehrmann zum Beispiel Brandstifter geworden ist. Aber auf diese tausend kleinen Heldentaten, die dort vollbracht werden, wird fast gar nicht reagiert, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig, genau das.)

Deswegen bietet diese Imagekampagne, die wir gerne haben wollen, die Möglichkeit, allen aktiven Kameradinnen und Kameraden in unserem Land für ihre tägliche, aber eben nicht selbstverständliche Arbeit, für ihren Einsatz ganz herzlich zu danken.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Und, meine Damen und Herren, ich habe jetzt eine große Bitte an Sie: Setzen Sie bitte auch an dieser Stelle einfach mal ein Zeichen. Ich bitte Sie, mit einem Beifall all den Ehrenämtlern ganz herzlich zu danken, die für uns da stehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS, FDP und NPD – Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Danke schön.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Ich gehe davon aus, dass Sie den Antrag der CDU und der SPD selbstverständlich unterstützen werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und Heinz Müller, SPD)

Vizepräsidentin Renate Holznagel: Danke schön, Herr Ringguth.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Innenminister. Bitte, Herr Caffier.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
 Das ist ja so eine rote Mappe. So eine rote
 Mappe hat Rot-Rot gar nicht gehabt. –
 Heiterkeit bei Abgeordneten der
 SPD, CDU, Linkspartei.PDS, FDP und NPD)

Minister Lorenz Caffier: Ja, siehste, so ändern sich die Zeiten.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordneten! Den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU und SPD, mit dem die Landesregierung aufgefordert werden soll, für die Freiwilligen Feuerwehren im Land Mecklenburg-Vorpommern eine Imagekampagne durchzuführen,

(Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

nehme ich mit großem Interesse zur Kenntnis, unterstützt er doch genau die Handlungsfelder, die nach meiner festen Überzeugung zwingend notwendig sind, um das ehrenamtliche Engagement unter anderem in der Frei-willigen Feuerwehr zu fördern und dafür in allen demokratischen und gesellschaftlichen Gruppen zu werben. Neben einer Vielzahl von Maßnahmen ist bereits eine Imagekampagne für die Freiwilligen Feuerwehren vorgesehen.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Aha!)

Den Landesfeuerwehrverband, der diese Kampagne in Kürze initiieren will, unterstütze ich hierbei nach allen Kräften. Das sollten wir gemeinsam tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und Heinz Müller, SPD – Dr. Armin Jäger, CDU: Jawohl, richtig.)

Es ist unterm Strich der Landesfeuerwehrverband, der dies durchführen wird, und das ist auch gut so, weil er ein eigenständiger Verband ist und weil wir nicht dafür Rechnung tragen dürfen, dass zum Schluss der Landesminister X für das DRK eine Imagekampagne macht, der Nächste für dieses. Also ich glaube, da sind wir uns auch einig.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das, richtig. – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Ja.)

Es ist nicht ausschließlich, Kollege Ringguth, eine Frage des Geldes. Ich bin natürlich immer froh, wenn man das Angebot bekommt.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Einschließlich Bürgermeister.)

Aber ich habe in der Frage auch schon Gespräche mit Unternehmen geführt, die grundsätzlich bereit sind, so eine Kampagne mit zu begleiten. Ich glaube, das ist auch der richtige Ansatz. Wenn wir Unternehmen dazu bewegen können, so eine Aufgabe mitzubefördern, dann haben wir an und für sich die mit erreicht, die wir erreichen wollen.

Mir ist die Situation der Freiwilligen Feuerwehren in unserem Land durchaus bekannt. Sie werden getragen von ehrenamtlichen Helfern, Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes, die sich in ihrer Freizeit für das Allgemeinwohl, unser aller Wohl engagieren, die Tag und Nacht bereitstehen, um Brände zu löschen, Verletzte oder gar Tote zu bergen und rasch im Notfall zur Stelle zu sein. Wir können uns freuen und sollten als verantwortliche Politiker denen Respekt und Anerkennung zollen, die nicht nur in der Freiwilligen Feuerwehr, sondern auch in anderen

Organisationen des Bevölkerungsschutzes ehrenamtlich tätig sind. Es darf nicht unerwähnt bleiben, dass wir alle gemeinsam auf dieses Ehrenamt und auf dieses engagierte Durchführen dieser Aufgaben angewiesen sind.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, Heinz Müller, SPD, und Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Sehr richtig.)

Damit im Notfall immer eine ausreichende Mannschaftsstärke zur Gefahrenabwehr bereitstehen kann, aber auch die notwendigen Aus- und Fortbildungsmaßnahmen mit den ehrenamtlichen Feuerwehrleuten durchgeführt werden können, habe ich kürzlich die Arbeitgebervereinigungen der privaten Arbeitgeber, aber auch die öffentlichen Arbeitgeber des Landes angeschrieben und sie um die aktive Unterstützung bei der gesetzlich vorgeschriebenen Freistellung ihrer Mitarbeiter gebeten. Gerade auch aus Anlass des vor uns liegenden Weltwirtschaftsgipfels der G8-Staaten im Ostseebad Heiligendamm ist es mir ein besonderes Anliegen, das ehrenamtliche Engagement besonders herauszustellen. Nach meiner festen Überzeugung wäre ohne diese ehrenamtliche Mithilfe die Sicherstellung der sogenannten nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr überhaupt nicht möglich. Dieses müssen vor allem auch die jeweiligen Arbeitgeber der Mitglieder unserer Freiwilligen Feuerwehren bei ihren Entscheidungen berücksichtigen.

Leider müssen wir aber, auch dies wurde schon ansatzweise ausgeführt, zur Kenntnis nehmen, dass die Anzahl der ehrenamtlichen Mitglieder in hierarchisch gegliederten Organisationen wie zum Beispiel der Freiwilligen Feuerwehren zurückgeht. Die Gründe für diese Entwicklung werden unter anderem in der demografischen Entwicklung gesehen. Hinzu kommen veränderte Rahmenbedingungen in der Arbeitswelt. Um dieser Entwicklung in den Organisationen im Bevölkerungsschutz – und dazu zählt die Feuerwehr als eine tragende Säule – mit Entschiedenheit entgegenzuwirken, bedarf es erheblicher Anstrengungen aller gesellschaftlichen Gruppen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in diesem Zusammenhang sollte ehrenamtliches Engagement von unserer Gesellschaft auch so gefördert werden, dass dieses als erstrebenswert und nicht als Last empfunden wird. Wir sollten durch unser eigenes gelebtes ehrenamtliches Engagement in den jeweiligen Organisationen davon überzeugen, dass es sich auch für jeden Einzelnen persönlich lohnt, sich beispielsweise in der Freiwilligen Feuerwehr ehrenamtlich zu engagieren. Vor diesem Hintergrund genügt es nicht mehr, dass die ehrenamtlichen Organisationen allein für die Tätigkeit in ihren Organisationen werben.

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Gilt das für jedes Ehrenamt? Das ist ja prima.)

Insofern geht der Antrag der Regierungsfraktionen aus meiner Sicht in die richtige Richtung. Es muss und wird der Landesregierung gemeinsam mit dem Landesfeuerwehrverband gelingen, mit einer gezielten Kampagne für die Freiwilligen Feuerwehren zu erreichen, dass sich bei Arbeitgebern und Dienstherren ein besonderes Verständnis dafür entwickelt, Mitarbeiter, die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr sind, für Einsätze, aber auch für Aus- und Fortbildung im Sinne der bestehenden Gesetze freizustellen. Den Arbeitgebern sei an dieser Stelle

gesagt, die ersten Helfer vor Ort – das sind Fälle, die wir uns nie wünschen – sind im Zweifelsfall in ihrem Betrieb in der Regel die Freiwilligen Feuerwehren, die dafür sorgen, dass Brände verhindert werden können. Deswegen ist es notwendig, dass alle im Vorfeld darüber nachdenken, dass die Freistellung der Mitarbeiter für solche Einsätze nicht irgendein Einfall ist, sondern eine Notwendigkeit im gesamtgesellschaftlichen Prozess.

Alle Maßnahmen im oben genannten Sinne werden jedoch leerlaufen, wenn es über bestimmte Grundwerte wie gesellschaftliches Engagement für das Gemeinwohl keinen gemeinsamen Konsens mehr gibt.

(Beifall Wolf-Dieter Ringguth, CDU – Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Das gilt nicht für jedes Ehrenamt, nur für die Feuerwehr.)

Ein gesellschaftlicher Konsens über die Grundwerte ist insofern notwendig, als landesweit Entwicklungen bei Kindern und Jugendlichen erkennbar sind, bei denen die große Sorge besteht, dass sie infolge fehlender persönlicher Perspektiven Opfer der Aktivitäten extremistischer Parteien werden. Vor diesem Hintergrund bin ich dem Landesfeuerwehrverband außerordentlich dankbar, dass er unsere Initiative "Wehrhafte Demokratie" unterstützt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und Heinz Müller, SPD – Dr. Armin Jäger, CDU: Sehr gut.)

Wir werden gemeinsam mit aller Entschiedenheit dem Vordringen extremistischer Kräfte in ehrenamtliche Strukturen entgegentreten.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Raimund Borrmann, NPD)

Nach meiner tiefen Überzeugung dürfen Ehrenämter in der Freiwilligen Feuerwehr nicht den Feinden von Demokratie, Grundgesetz und Landesverfassung in die Hände gegeben werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, Detlef Müller, SPD, Heinz Müller, SPD, und Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Dies ist gerade deswegen von herausragender Bedeutung, weil es ein weiteres Ziel der von mir unterstützten Imagekampagne sein wird, verstärkt bei Jugendlichen für eine Mitgliedschaft in der Freiwilligen Feuerwehr zu werben. Dies gelingt jedoch nur dann, wenn wir sicherstellen, dass extremistisches Gedankengut dort keinen Platz findet.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jawohl.)

Wichtig ist aber, dass aus der vorgeschlagenen Imagekampagne eine langfristige Strategie wird, mit der vor allem in erster Linie junge Menschen und damit der Nachwuchs erreicht werden können. Sie sind nach meiner inneren Überzeugung nicht nur unsere Zukunft, sondern auch Garanten für ein funktionierendes demokratisches Gemeinwesen.

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Bei ihnen müssen deswegen das Demokratieverständnis und das Verständnis für die Bedeutung der wichtigen Freiwilligendienste und der Hilfsorganisationen im Bevölkerungsschutz gestärkt werden. Es kommt darauf an, die Leistungsfähigkeit dieser Organisationen nachhaltig

zu sichern. Vor dem Hintergrund der Einbindung des Tätigkeitsbereiches der Feuerwehren und des Katastrophenschutzes in die Planung zum G8-Weltwirtschaftsgipfel lässt sich die Bedeutung dieses Bereiches sehr gut darstellen. Das werde ich in meinem Haus konzeptionell für die Kampagne nutzbar machen, um junge Menschen zielgerichtet anzusprechen und für ein Miteinander zu begeistern.

Hierfür bedarf es neben grundsätzlicher Überlegungen natürlich gegebenenfalls auch der einen oder anderen haushalterischen Überlegung, über deren Unterstützung wir uns dann an anderer Stelle gemeinsam unterhalten müssen. Aber noch einmal: Es ist eben nicht nur eine Frage des Geldes und wir sollten draußen viele dafür gewinnen, sich an so einer Kampagne zu beteiligen.

Zum Antrag der PDS, zum Ergänzungsantrag, gestatten Sie mir zwei kurze Anmerkungen: Zum Absatz 1 wurde schon von Herrn Ringguth ansatzweise erwähnt, dass wir nicht die Vorgesetzten des Landesfeuerwehrverbandes sind, und deswegen sollten wir auch nicht den Eindruck erzeugen,

(Zuruf von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

dass wir das aufoktroyieren, wie das zu erfolgen hat, sondern wir sollten das als eine eigenständige Initiative des Landesfeuerwehrverbandes positiv begleiten.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Davon steht aber wieder nichts in eurem Antrag. Dann müsst ihr die Anträge anders schreiben.)

Zur Frage der Strukturen, der Landesfeuerwehrschule und der weiteren Entwicklung: Die Vertreter des Innenausschusses wissen, dass wir über diesen Punkt vor Kurzem diskutiert haben und der Zustand, was die Ausbildungsplatzangebote innerhalb der Landesfeuerwehrschule zum jetzigen Zeitpunkt betrifft, alle hier in diesem Hause nicht befriedigen kann.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist so.)

Der Landtag, auch der vorhergehende Landtag, hat allerdings dafür gesorgt, dass die Voraussetzungen, um eine bessere Ausbildung gewährleisten zu können, sich derzeit verbessern, indem das viel diskutierte Feld um mögliche Lehrkräfteeinstellung nun dahin gehend geregelt ist, dass die Ausschreibungen derzeit laufen und wir damit absichern können, dass ein vernünftiger Ausbildungspool vor Ort ist. Auch mich befriedigt das Angebot an Ausbildungsnormativen derzeit nicht und wir werden gemeinsam daran arbeiten, hier eine langfristige Struktur zu entwickeln.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Ich bitte aber zu berücksichtigen – es ist einfach jetzt eine Bitte von der Stelle –, dass wir aufpassen müssen, dass wir vieles nicht zweimal hintereinander machen, denn auch vor dem Hintergrund der Verwaltungsmodernisierung ist die Ausbildung der Feuerwehr in ihrer Dreigliedrigkeit demnächst zumindest neu zu diskutieren. Ich sage hier bewusst nicht "festlegen", weil das eine Aufgabe ist, über die wir gemeinsam reden müssen, und das heißt auch, dass der Ausbildungsumfang auf Landesebene für Führungskräfte und Spezialisten gerade im Verhältnis zur Kreisbildung gegebenenfalls neu ausgerichtet werden muss.

(Zuruf von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Und deswegen ist eine solche Konzeption auch darauf auszurichten, dass genau die neuen Aufgabenfelder, die wir erhalten und die wir nicht allein als Landesregierung, als Landtag vorschreiben, in einem gemeinsamen Engagement mit der Landesfeuerwehr besprochen und entwickelt werden müssen. Sie müssen in eine solche Gesamtkonzeption mit Einfluss nehmen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Sehr richtig.)

Meines Erachtens gehören zur Imagekampagne auch die Fragen wie Anerkennung im Ehrenamt, soziale Absicherung des Feuerwehrdienstens, Finanzierungsfragen, Feuerwehrstrukturen, Frauen- und Jugendarbeit und Ähnliches, also ein großer Katalog, und ich würde mich freuen, wenn wir gemeinsam darüber mit dem Landesfeuerwehrverband diskutieren und letztendlich auch Entscheidungen treffen könnten, um hier das Ziel, was alle gemeinsam mittragen, positiv zu entwickeln. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und Heinz Müller, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Methling? (Zustimmung)

Bitte schön, Herr Methling.

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Herr Minister, halten Sie es für redlich, den Änderungsantrag unserer Fraktion zu kritisieren, weil wir dort nur die Landesregierung aufgenommen haben und nicht den Landesfeuerwehrverband, wenn gleichzeitig Ihre Fraktionen, die regierungstragenden Fraktionen das genauso gemacht haben? Dort steht nämlich:

"Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird um die Durchführung einer Imagekampagne für die Freiwilligen Feuerwehren im Land Mecklenburg-Vorpommern gebeten."

Ich sehe dort nichts vom Feuerwehrverband.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: So ist es. – Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Stehenbleiben!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Methling, bleiben Sie bitte am Mikrofon.

Minister Lorenz Caffier: Geschätzter Herr Kollege Methling, ich werde mir nicht anmaßen, die Anträge der jeweiligen Fraktionen zu kritisieren.

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und Linkspartei.PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Sehr lobenswert, Herr Minister.)

Ich habe mir nur erlaubt, eine Feststellung dazu zu machen. Und letztendlich ist derjenige souverän, der in einer Abstimmung entscheidet. Insofern werde ich eine weitere Beurteilung hier nicht vornehmen. Da bitte ich um Verständnis.

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Dann darf ich vielleicht anmerken, dass ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Nein, Herr Methling, Sie dürfen nichts anmerken.

(Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Minister Lorenz Caffier: Ich habe ja noch Redezeit.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Eine Frage hätten Sie stellen können, aber nichts anmerken.

Danke schön, Herr Minister.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der Linkspartei.PDS der Abgeordnete Herr Ritter. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Lieber Kollege Ringguth, ich halte von einem parteipolitischen Streit unter den demokratischen Fraktionen im Zusammenhang mit der Freiwilligen Feuerwehr überhaupt nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Deswegen machen wir es ja auch nicht.)

Und deswegen muss ich Ihnen sagen, dass die Versuche, unseren Antrag abzulehnen, dann aber genau in die Richtung gehen.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Oh nee!)

Mein Fraktionsvorsitzender hat in der Fragestellung eben darauf hingewiesen. In Ihrem Antrag steht nicht drin, dass Sie eine Imagekampagne mit der Freiwilligen Feuerwehr erarbeiten wollen. Da steht ganz klar, Sie bitten die Landesregierung, diese Imagekampagne für die Freiwillige Feuerwehr zu erarbeiten, und von einer Zusammenarbeit mit dem Landesfeuerwehrverband, der für mich selbstverständlich an der Stelle ist, steht in Ihrem Antrag auch nichts.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Aber dafür haben sie uns kritisiert.)

Also sollten wir diese Versuche unterlassen, etwas abzulehnen, was eigentlich nicht abzulehnen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Freiwilligen Feuerwehren, das ist in den bisherigen Redebeiträgen doch deutlich geworden, leisten in der Tat neben den Berufsfeuerwehren in unserem Land einen bedeutenden und unverzichtbaren Beitrag zum Brandschutz und zur Sicherheit in Mecklenburg-Vorpommern. Die Mitglieder Freiwilliger Feuerwehren üben ihre Tätigkeit häufig ehrenamtlich neben einer Berufstätigkeit aus, wofür ihnen ausdrücklich Dank und Anerkennung des Hohen Hauses gebührt.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Ebenso ausdrücklich möchte ich an dieser Stelle das kommunalpolitische Ehrenamt insgesamt in Erinnerung rufen. Wenn zum Beispiel ein Herr "Peter Praeger, seit 1990 Bürgermeister von Holdorf", in der "Schweriner Volkszeitung" vom 17. März dieses Jahres den Standpunkt vertritt, dass "es für Landesvater Harald Ringstorff an der Zeit" sei, so sagte er, "darüber nachzudenken, was es heißt, ehrenamtlicher Bürgermeister zu sein",

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

dann deutet das doch auch darauf hin, dass es mit Bitten an die Landesregierung allein nicht mehr getan ist,

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

denn die Lage ist zu ernst, auch im Bereich der Freiwilligen Feuerwehren. Punkt 1 unseres Änderungsantrages will dem Rechnung tragen und fordert die Landesregierung daher zum Handeln auf, natürlich in Zusammenarbeit mit den Feuerwehren des Landes.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, zur Gewährleistung der Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger im Brand- und Hilfeleistungsfall obliegen den Gemeinden und Landkreisen als Aufgaben des eigenen Wirkungskreises der abwehrende Brandschutz und die technische Hilfeleistung, wofür sie unter anderem leistungsfähige Feuerwehren aufzustellen, auszurüsten, zu unterhalten und einzusetzen haben. Diese Aufgabenstellung, meine sehr verehrten Damen und Herren, bereitet offenkundig zunehmend größere Probleme, ich komme darauf zurück.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Die von CDU und SPD mit ihrem Antrag geforderte Imagekampagne, also im eigentlichen Sinne des Wortes eine größere Aktion zum Ansehen beziehungsweise zum Leitbild der Freiwilligen Feuerwehr, kann möglicherweise ehrenamtliches Engagement und Aktivitäten im Nachwuchsbereich der Feuerwehren befördern. Eine Imagekampagne kann auch rechtliche Verpflichtungen öffentlicher und privater Arbeitgeber wieder stärker ins Bewusstsein rufen. Allein lösen kann sie die Probleme der Feuerwehr allerdings nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, um auch künftig einen flächendeckenden Brandschutz, die allgemeine Gefahrenabwehr, die technische Hilfeleistung oder die Mitwirkung im Rettungs- und Umweltbereich zu garantieren, sind für den Bereich der Freiwilligen Feuerwehren letztendlich konzeptionelle Aussagen erforderlich, die nachhaltig Perspektiven eröffnen und gewährleisten. Genau hier setzt die Forderung der Feuerwehren in unserem Land an, langfristige konzeptionelle und nachhaltige Perspektiven zu eröffnen. Der Änderungsantrag zielt deshalb darauf, eine sinnvolle Imagekampagne mit aussagefähigen Analysen, tragfähigen Konzepten und praktikablen Lösungswegen zu untersetzen, anders gesagt, den Gebrauchswert einer solchen Kampagne für die Freiwilligen Feuerwehren nachhaltig zu erhöhen. Eine Personal- und Ausbildungskonzeption an die geänderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen könnte hierbei ein erster nützlicher Schritt sein - nicht mehr, aber auch nicht weniger. Deshalb geht es darum, die veränderten Interessenstrukturen, das deutlich geänderte Freizeitverhalten und berufsperspektivisch gebotene Mobilitäten zu berücksichtigen, denn diese rütteln heftig an den hergebrachten Strukturen des ehrenamtlichen Engagements in Mecklenburg-Vorpommern, auch und vor allem bei den Freiwilligen Feuerwehren.

Wird es also in strukturschwachen ländlichen Gebieten in Zukunft überhaupt noch möglich sein, ehrenamtliche Strukturen, und dazu gehört die feuerwehrtechnische Infrastruktur, in bisher gewohntem und – wichtiger noch –

gebotenem Umfang aufrechtzuerhalten? Oder ist vor dem Hintergrund von Demografie, von Mobilität und Finanzen möglicherweise ein anderes Neben- und Miteinander von Freiwilligen Feuerwehren und Berufswehren erforderlich? Wie steht es denn um unsere Ausbildungskonzepte, wenn im Ergebnis die zunehmenden Besetzungsprobleme bei der Funktion der Gruppenführer beklagt werden? Sind zum Beispiel Sommerlehrgänge an der Landesschule für Brand- und Katastrophenschutz in einem weitgehend landwirtschaftlich geprägten Land letztendlich nicht praxisfern?

(Der Abgeordnete Marc Reinhardt bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Ich vermute, was Sie mich fragen wollen. Ich komme darauf zurück, Herr Reinhardt.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU)

Und wie verhält es sich denn insgesamt ...

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Abgeordneter Ritter, ...

Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Nein, jetzt nicht! Ich weiß doch, was er fragen will. Wir haben doch die Auseinandersetzungen in der lokalen Presse schon miteinander geführt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wollen Sie es auch beantworten?)

Und wie verhält sich ein insgesamt städtischer Aufgabenzuwachs zu einer ständigen Personalabnahme?

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist ja wohl ein Umgang miteinander!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist natürlich zu begrüßen, wenn der Innenminister auf unsere Anfrage hin im Innenausschuss des Landtages im Rahmen des Nachtragshaushaltes darüber informiert, dass sich im Ausbildungsbereich derzeit vieles in einem Klärungsprozess befindet, beziehungsweise, dass die Problemkette von Personalausbildung und Konzeption, wie er sagte, step by step angegangen werde. Aber von einer langfristigen Struktur ist hier nichts zu erkennen und ich wiederhole mich: Genau das fordert die Landesfeuerwehr.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Denn wie sehen die Realitäten bei uns im Land aus, meine sehr verehrten Damen und Herren? Die zwei ausgeschriebenen Stellen decken bei Weitem nicht den Bedarf. Wir wissen alle, eine weitere Stelle ist an der Landesschule unbesetzt. Wir wissen, der Direktor der Landesschule geht demnächst in den wohlverdienten Ruhestand. Das Brandübungshaus kann nicht vollständig ausgelastet werden. Das sind die Realitäten, denen wir mit den jetzt zwei ausgeschriebenen Stellen nicht begegnen können.

(Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Genau.)

Der Kreisjugendwehrführer des Landkreises Demmin, der jüngst auf meine Einladung hin Gast im Jugendhilfeausschuss war, berichtete, dass auch die Ausbildung von Jugendfeuerwehrführern nicht den Bedarf abdecken kann. Und in dieser Beratung ist auch beschrieben worden, dass die Kinder in unserem Bundesland laut Gesetz erst ab zehn Jahren Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr werden können,

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja, das ist so.)

es im Sport aber schon Angebote für Dreijährige gibt. Nun will ich nicht, dass die Dreijährigen schon zur Feuerwehr kommen,

> (Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und Linkspartei.PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Ich wollte gerade sagen, das ist, glaube ich, ein Unterschied.)

aber Bestandteil einer Imagekampagne sollte es schon sein, darüber nachzudenken,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja eben.)

wie bereits in der Kita oder in den Grundschulen stärker das Interesse für die Arbeit der Feuerwehr geweckt werden kann.

(Beifall Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS – Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Feuerwehr Felicitas. – Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Ja, das denken Sie, Herr Dr. Jäger, denn ich habe Sie ja in den vielen Jahren als ausgewiesenen Praktiker hier kennengelernt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ich war Mitglied.)

Ich sage nur, dass in meinem Jugendhilfeausschuss zum Beispiel der Kreisjugendwehrführer auf meine Einladung hin zu Gast war und ich gemeinsam mit ihm gesprochen habe. Ganz so blöd, wie Sie mich hier darstellen, bin ich nun wirklich nicht.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und Raimund Borrmann, NPD – Zurufe von der CDU: Na!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, und wenn, Herr Innenminister, die zwei zusätzlich geschaffenen Stellen bereits bei ihrer Einrichtung lediglich drittmittelfinanziert und befristet werden, zeigt mir das, dass der Landtag den Minister bei seinen Bemühungen nicht allein lassen darf. Das gilt uneingeschränkt auch für die in Rede stehende Imagekampagne.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, lassen Sie uns also neben aller notwendigen Würdigung, neben allem Werten und Erläutern

- die gegenwärtige Situation konkret analysieren, und zwar unter aktiver Einbeziehung der Feuerwehrverbände auf Kreis- und Landesebene,
- absehbare Entwicklungen Stichwort Demografie, Stichwort Finanzen und erkennbare Probleme, Stichwort Ehrenamt und Mobilität – lösungsorientiert strukturieren und definieren und
- schließlich Lösungen finden sowie Lösungswege festschreiben, die Imagekampagnen unter anderem für Freiwillige Feuerwehren künftig hier nicht notwendig machen.

Meine Damen und Herren, ein Gesetz über Rahmenbedingungen ehramtlicher Tätigkeit in Mecklenburg-Vorpommern wäre ein möglicher Ansatz. Das geht allerdings über den Feuerwehrbereich hinaus und ist ein anderes Thema. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Ritter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Müller. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Heinz Müller, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn man eine Rede im Landtag zum Thema Feuerwehren halten soll, dann stellt man sich zunächst in der Vorbereitung die Frage, ob es nicht sinnvoll wäre, hier einmal die Bandbreite der Leistungen unserer Feuerwehren darzustellen. Ich weiß, bei vielen von Ihnen würde ich damit Eulen nach Athen tragen, andererseits besteht, wenn man sich mit diesem Thema auseinandersetzt, dann natürlich ein großer Reiz, denn wir haben schon in den Zahlen, die Kollege Ringguth uns bei seiner Einbringung gesagt hat, feststellen können, dass das Thema "Brände löschen" eigentlich nur noch die Minderheit der tatsächlichen Einsätze unserer Feuerwehren darstellt.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, richtig.)

Wir haben es mittlerweile mit einer Organisation zu tun, die auch Feuer bekämpft, die aber weit darüber hinaus eine Organisation ist, die insgesamt für die Bekämpfung von Notsituationen, in die Menschen oder wesentliche Sachwerte geraten, zuständig ist und hier Hervorragendes leistet.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Ich will das gar nicht in epischer Breite alles einzeln darstellen, sondern ich will Sie bitten, ein kleines Gedankenexperiment mit mir zu machen.

(Vincent Kokert, CDU: Oh!)

Stellen Sie sich bitte einmal für ein paar Sekunden vor, wir hätten diese gesamte Organisation der Freiwilligen Feuerwehren in diesem Land komplett nicht!

(Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Sie werden bei kurzer Überlegung sehr schnell feststellen – egal, welche Ebene der öffentlichen Hand dafür nun zuständig ist, ob die Ebene des Landes, die Ebene der Kreise, der kreisangehörigen Städte und Gemeinden –, wir hätten für die öffentliche Hand ein Aufgabenvolumen vor uns, das für uns überhaupt nicht leistbar ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, richtig.)

Wir können eigentlich nur zu dem Ergebnis kommen, ohne diese Organisation, ohne diese Freiwilligen Feuerwehren in unserem Land, wäre dieses Land in einer ausgesprochen schlimmen Situation.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Und deswegen, meine Damen und Herren, haben wir selbst in einem wohlverstandenen Eigeninteresse ein Interesse daran, dass die Organisation Freiwillige Feuerwehr in diesem Land gut und schlagkräftig funktioniert.

Nun haben meine Vorredner sehr eindringlich darauf hingewiesen, dass es eine Reihe von Problemen gibt, Probleme insbesondere im Bereich der Nachwuchsgewinnung. Demografie ist ein wesentlicher Aspekt, aber er ist nicht alles. Wesentliche Probleme gibt es im Bereich der Freistellungen für den Dienst in der Feuerwehr.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Meine Damen und Herren, ich halte es schlicht gesagt für einen Skandal, wenn Feuerwehrleute ihren Jahresurlaub nehmen müssen, um einen Kurs als Gruppenführer zu belegen,

> (Beifall bei Abgeordneten der CDU, Linkspartei.PDS, FDP, und Dr. Margret Seemann, SPD)

damit sie in die Lage versetzt werden, für unsere Gesellschaft etwas zu tun, sie aber gleichzeitig um ihren Arbeitsplatz fürchten müssen. Da kann ich dem Arbeitgeber nur sagen: Aber wenn deine Bude brennt, dann möchtest du, dass die Feuerwehr ganz schnell da ist, und zwar ganz qualifiziert da ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und Dr. Margret Seemann, SPD – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Das ist doch eine unhaltbare Situation!

Bei der Nachwuchsförderung, meine Damen und Herren, denke ich, müssen wir hier unseren Blick nicht ausschließlich, aber auch auf den Bereich der Schulen richten. Brandschutzerziehung ist etwas, was in unseren Schulen in dieser Form im Augenblick nur ganz rudimentär, wenn überhaupt, stattfindet, und ich glaube, hier könnten wir einiges leisten. Keine Sorge, Herr Tesch, ich will kein neues Schulfach einführen.

(Heiterkeit bei Hans Kreher, FDP: Ich dachte schon.)

aber ich glaube, wir können im Bereich von Arbeitsgemeinschaften, wir können in Form von Projekttagen und in vielen anderen Formen

(Hans Kreher, FDP: Ganztagsschulen.)

sehr viel für die Brandschutzerziehung unserer Kinder und Jugendlichen tun.

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Und ich will Ihnen noch etwas sagen: Ich glaube, dass eine solche Erziehung auch etwas zu tun hat mit einer ganz übergeordneten Ebene von Erziehung, nämlich der Frage von Werten. Welche Werte werden in unserer Erziehung, welche Werte werden in unseren Bildungseinrichtungen vermittelt? Ich meine, dass Brandschutzerziehung sehr viel mit der Vermittlung von Werten zu tun hat, und denke, dabei haben wir einen großen Nachholbedarf.

(Beifall Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Sehr richtig.)

Nun, meine Damen und Herren, ich will der Linkspartei.PDS und anderen Vorrednern gegenüber gern zugeben – auch der Kollege Ringguth hat es angesprochen –, dass wir im Bereich der Feuerwehren noch erheblichen darüber hinausgehenden Handlungsbedarf haben. Kollege Ringguth hat eine Novelle des Brandschutzgesetzes angesprochen. Ich kann dazu nur sagen, das steht zwar nicht in der Koalitionsvereinbarung, aber man kann selbstverständlich über das, was in der Koalitionsvereinbarung steht, hinausgehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU, und Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Ja.)

Ich sehe meinerseits eine Reihe von Punkten, die ich auch im Brandschutzgesetz gern verändern möchte. Das hat auch etwas mit kommunalen Strukturen zu tun. Die Entschädigung der Amtswehrführer ist angesprochen worden, aber wir haben im Moment eine Situation, in der der Amtswehrführer eine Kannbestimmung ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. Vollkommen richtig.)

Ich glaube, es wäre sehr sinnvoll, wenn wir diese Institution des Amtswehrführers als obligatorische Einrichtung in den Feuerwehren etablieren würden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, FDP und Norbert Baunach, SPD)

Neben der Entschädigung der Amtswehrführer, zu der ich gar keine andere Auffassung habe als Kollege Ringguth, sollten wir auch in anderen Fragen mal auf Entschädigungsprobleme gucken. Wir haben zum Beispiel das Problem, wie wir mit dem Verdienstausfall von Selbstständigen in unseren Feuerwehren vernünftig umgehen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Auch hier sehe ich Handlungsbedarf. Also die Imagekampagne ist nicht alles. Und, Herr Ritter, wenn Sie sagen, so eine Imagekampagne löst nicht alle Probleme,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Na, sicher nicht.)

richtig. Aber wer hat denn das behauptet?

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU, und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Wir behaupten doch nicht, dass wir mit dieser Imagekampagne alle Probleme lösen. Ich will mit Ihnen gern auch über die Probleme der Feuerwehrschule in Malchow reden. Wie bereits gesagt, das haben wir im Innenausschuss schon getan und wir werden es auch in Zukunft tun. Aber wir sollten doch bitte nicht, wenn jemand einen vernünftigen Antrag bringt, aus Ärger darüber, dass man den selbst nicht mitverfasst hat, sagen, ich habe auch noch etwas Vernünftiges, das bringe ich jetzt mit da rein.

> (Beifall bei Abgeordneten der CDU – Marc Reinhardt, CDU: Genau. – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. – Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Wir leben in der Zeit von Änderungsanträgen.)

Also lassen Sie uns bei diesem Antrag über eine Imagekampagne für die Feuerwehren reden, und nicht über alles andere, was sonst noch mit Feuerwehr zu tun hat.

> (Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. – Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Man kann aber auch vernünftig Dinge von anderen aufnehmen.)

Ich glaube, dann bleibt dieser Antrag in seiner vernünftigen Form, wie er ist, und ist auf ein Ziel gerichtet. Sie können ja gern einen Antrag zum Thema "Landesfeuerwehrschule in Malchow" hier in dieses Hohe Haus einbringen.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Ich lach mich kaputt, Herr Müller!)

Lachen Sie sich nicht kaputt! Das ist gesundheitsschädlich.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU, Michael Andrejewski, NPD, und Raimund Borrmann, NPD)

Meine Damen und Herren, heitere Bemerkungen mache ich bekanntlich gern, aber ich glaube, ich muss noch ein sehr ernstes Thema ansprechen, das mir auf der Seele brennt.

(Zuruf von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Beim Innenminister klang das auch schon durch. Der Innenminister hat auf das Thema "Feuerwehren und politische Meinungen" hingewiesen und viele von Ihnen, ich auch, haben eine Einladung des Landesfeuerwehrverbandes für die Veranstaltung "Feuerwehren für Demokratie und Toleranz" bekommen.

(Michael Andrejewski, NPD: Komischerweise wir nicht.)

Ich weiß nicht, ob das so komisch ist, meine Herren von der NPD, denn wenn Feuerwehren ausrücken und löschen, bergen, retten, Verkehrsunfallopfer aus Trümmerfahrzeugen freischneiden, dann fragen sie vorher nicht das Opfer, ob es vielleicht Jude oder Türke ist,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

sondern wenn jemand von der Feuerwehr kommt, rettet, löscht und Menschen hilft, dann geschieht das völlig selbstverständlich

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

ohne jede Frage über Rasse, Nationalität, Glaube oder sonst irgendetwas.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, FDP und Irene Müller, Die Linkspartei.PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: So muss das auch sein.)

Sie retten jeden und fragen nicht vorher. Da gilt ein Satz, der von Albert Einstein stammt: "Rasse? Ein Mensch."

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Und das ist die Philosophie, die hier zugrunde liegt, meine Damen und Herren. Ich halte das für eine wunderbare Philosophie. Ich glaube, diese Philosophie muss erhalten werden, und diejenigen, die diese Philosophie oftmals, ohne darüber groß nachzudenken, ganz einfach in ihrem tagtäglichen Handeln praktizieren, sollten unser aller Unterstützung verdienen. Das gilt für die Freiwilligen Feuerwehren, aber ich will gern einräumen, dass es auch eine Reihe anderer ehrenamtlich und hauptamtlich tätiger Organisationen gibt, die so handeln.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns gemeinsam mit dem Landesfeuerwehrverband – und das will ich unterstreichen – eine solche Imagekampagne entwickeln und durchführen. Deswegen bitte ich Sie, diesen Antrag jetzt und heute nicht zu beschließen, sondern ihn in den Innenausschuss zu überweisen, damit wir dort gemeinsam – und wir werden natürlich den Landesfeuerwehrverband und auch ein paar andere Beteiligte, ich denke an die Kommunalen Spitzenverbände, dazu einladen – diesen Antrag tatsächlich mit Leben erfüllen können, dann wieder hierherkommen und für unser Land sowie für unsere Feuerwehren etwas Vernünftiges tun. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Hans Kreher, FDP, und Gino Leonhard, FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Müller.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Herr Leonhard. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Gino Leonhard, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen!

Lieber Kollege Müller, Sie haben mir jetzt den Antrag vorweggenommen. Ich wollte dieser Argumentation von Für und Wider ein wenig Entschärfung beibringen. Unsere Fraktion hätte sowieso den Antrag eingebracht, diesen Antrag der SPD und CDU in den Innenausschuss zu überweisen, weil wir ihn vom Grundsatz her – das will ich hier deutlich sagen – völlig unterstützen.

Lieber Kollege Ringguth, Sie haben hier in für meine Begriffe eindrucksvoller Weise alle Pros für die Feuerwehr vorgetragen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, FDP und Heinz Müller, SPD)

Als ehemaliger Bürgermeister kann ich das nur unterstützen. Auch wir wollen alles dafür tun als FDP-Fraktion, zukünftig den Brand- und Katastrophenschutz im Land zu unterstützen. Ich bitte Sie daher auch, diesen Antrag von Herrn Müller, befürwortet durch die FDP-Fraktion, zu unterstützen. Wir wollen unsere aktive Diskussion im Innenausschuss beibringen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Leonhard.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Lietz.

Matthias Lietz, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es bleibt mir an dieser Stelle, wie bereits beim vorhergehenden Tagesordnungspunkt, nur noch einmal, darauf hinzuweisen, dass die Einbringer dieses Antrages in eindringlicher Weise die Problematik dargestellt haben.

Lassen Sie mich an einem Beispiel, da ich auch in der kommunalen Ebene erlebt habe, was es bedeutet, ein Ehrenamt gerade im speziellen Bereich der Freiwilligen Feuerwehren auszuüben, erläutern, dass mich vor allen Dingen die Frage des Umganges, die Arbeit mit dem Nachwuchs, mit den Jüngsten in den Reihen der Freiwilligen Feuerwehr interessiert. Ich möchte all denjenigen den Dank und die Anerkennung aussprechen, die sich um diese Arbeit so aufopferungsvoll bemühen. Auch ich möchte unterstreichen, dass es extrem wichtig ist für uns, die wir hier in diesem Hause sitzen, diese Arbeit vor Ort zu begleiten.

Ich möchte an einem Beispiel in meiner Gemeinde deutlich machen – wir haben es versucht, in einem Verein Freunde der Freiwilligen Feuerwehr zu organisieren –, dass wir gerade dieses ehrenamtliche Engagement unterstützen. Und ich denke, auch Sie, Herr Müller, haben es deutlich gesagt, dass für die Firmen vor Ort, für die Gewerbetreibenden in unseren Gemeinden es eine Selbstverständlichkeit ist, dort tätig zu werden. Wir müssen daran appellieren, was die Frage der Unterstützung bei der Arbeit, bei der Wahrnehmung in Form von Frei-

stellungen betrifft. Auch ich möchte unterstreichen, dass wir künftig unter Beachtung veränderter kommunaler Strukturen weiterarbeiten müssen, das heißt Überweisung in die Ausschüsse. Dort sehe ich auch den Innenausschuss federführend, weil er die künftigen Strukturen in der nächsten Zeit in der Bearbeitung begleiten wird.

Und, Herr Ritter, Sie haben die Analyse der derzeitigen Entwicklungen angesprochen. Auch da stehe ich bei Ihnen, dass wir das in die Arbeit im Ausschuss einbringen müssen, um vor allen Dingen im öffentlichen Bereich tätig zu werden, denn dort sehe ich es so, dass der, der einen Arbeitsplatz zum Beispiel als Hausmeister in einer Schule genießt, mit gutem Beispiel vorangehen und die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehr unterstützen sollte.

Meine Damen und Herren, ich unterstütze namens unserer Fraktion die Überweisung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und Heinz Müller, SPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Fraktionsvorsitzende Herr Pastörs. Bitte schön, Herr Abgeordneter

Udo Pastörs, NPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe nur selten etwas gelesen, was derart heuchlerisch

(Dr. Armin Jäger, CDU: Hej! Hej!)

und den freiwillig engagierten Mitgliedern der Feuerwehren so unangemessen tief gestapelt ist.

Sie möchten eine Imagekampagne für die Freiwilligen Feuerwehren im Land Mecklenburg-Vorpommern. Was bewegt Sie dazu? Das schlechte Gewissen, weil innerhalb eines Jahres etwa 1.000 Mitglieder der Jungfeuerwehren von dannen gezogen sind? Bei den Erwachsenen gibt es etwa 26 Mitglieder pro Feuerwehr, bei den Jugendfeuerwehren hingegen nur 10 pro Organisation.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Die Alten sterben ihnen weg, die mittleren Alters wenden sich enttäuscht und verärgert ab. Und die jungen Leute? Die jungen Menschen erreichen Sie doch schon lange nicht mehr.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Stattdessen spielen CDU und SPD jetzt SED und setzen sich für Gesinnungstests bei den Jungfeuerwehrleuten ein. Diese sollen ans Licht bringen, welcher engagierte junge Bursche

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

neben seiner ehrenamtlichen Tätigkeit für die Gemeinschaft noch etwas für sein Vaterland übrig hat. Wissen Sie, warum die 1.000 jungen Bürger ihren freiwilligen Einsatz aufgegeben haben? Wegen Ihnen und dem maroden System, das Sie verkörpern, meine Damen und Herren.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Beifall Michael Andrejewski, NPD, und Raimund Borrmann, NPD)

Was glauben Sie eigentlich, warum so viele national gesinnte junge Menschen in solchen Organisationen sind? Ich kann es Ihnen sagen: Weil wir Nationalen etwas für Gemeinschaft, Miteinander, uneigennützige Tätigkeit und Hilfe für andere übrighaben. Ich begrüße es, wie Sie die Leistungen der Feuerwehr in Ihrer Antragsbegründung hervorheben. Auch wenn ich Ihnen Ihre zur Schau gestellten Wertschätzungen so nicht abkaufe, denn Ihr Antrag hat nur zwei Gründe:

Erstens. Nach der Wahl ist vor der Wahl und etwa 28.300 Mitglieder der Feuerwehren sind ja auch nicht wenig. Da wollen Sie mal wieder gut ankommen.

(Heiterkeit und Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Vincent Kokert, CDU: Das System hat sich bewährt. – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Zweitens. Es stört Sie, dass junge nationale Burschen als das wahrgenommen werden, was sie sind: gruppenfähige und hilfsbereite junge Männer, die in der Mitte unseres Volkes fester verwurzelt sind,

(Zuruf von Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

als Sie es jemals sein werden.

(Zuruf von Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Und siehe da, Sie sprechen den Paragrafen 11 Brandschutz- und Hilfeleistungsgesetz an. Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren dürfen von ihrem Arbeitgeber nicht benachteiligt werden. Für die Zeit ihrer Abwesenheit zu Einsätzen sind sie normal zu entlohnen. Warum erwähnen Sie das hier so explizit? Sind Ihnen etwa so viele Fälle bekannt, in denen Arbeitgeber sich nicht an dieses Gesetz halten? Das kann ich mir nicht vorstellen. Was haben Sie denn bisher, sollten Ihnen überhaupt solche Fälle in größerer Zahl zur Kenntnis gelangt sein, unternommen, um die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehren zu schützen, außer wie wir von Herrn Caffier gehört haben, zu betteln, man möge doch bitte dem Gesetz Rechnung tragen und die Leute freistellen? Herr Innenminster, armselig, was Sie hier vorgetragen haben!

Meine Damen und Herren, eine Imagekampagne brauchen wir nicht.

(Heiterkeit bei Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Was wir brauchen, ist eine ehrliche und werteorientierte Förderung ehrenamtlich tätiger Männer und Frauen, für die Gemeinwohl nicht nur eine Worthülse ist. Solange Sie Gesinnungstests in SED-Manier nicht einstellen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das sitzt aber tief!)

und sich eines anderen Umgangs mit idealistisch gesinnten jungen Menschen befleißigen, wird das Fortlaufen vor Ihnen lustig weitergehen. Im Übrigen heißt es: Führen durch Vorbild.

> (Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU und Linkspartei.PDS – Dr. Norbert Nieszery, SPD: So wie Herr Köster oder?!)

Es würde schon viel helfen, wenn Sie einmal mit gutem Beispiel vorangehen würden. Tun Sie doch auch mal etwas Ehrenamtliches, Sie wissen schon, ganz ohne Bezahlung.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Oh, Herr Pastörs, jetzt erzählen Sie aber was hier!)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Pastörs, kommen Sie bitte zum Schluss, die Redezeit ist abgelaufen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Udo Pastörs, NPD: Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

(Wolf-Dieter Ringguth, CDU: Machen Sie mal!)

Aus den hier genannten Gründen lehnen wir aus grundsätzlichen Erwägungen den Antrag ab. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Herr Präsident, ich hätte gerne noch eine Anmerkung gemacht zur Behandlung des Herrn Borrmann durch die Frau Vizepräsidentin, die Herrn Borrmann einen Ordnungsruf erteilt hat und danach einem Redner keinen Ordnungsruf erteilt hat, obwohl er dasselbe Wort benutzt hat.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das geht nicht. – Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Das gehört nicht zum Thema.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: In dem Zusammenhang, Herr Pastörs, bitte ich Sie, das über die normalen parlamentarischen Wege in den Ältestenrat zu tragen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

und einen Widerspruch des Abgeordneten Borrmann einzureichen. Das ist hier nicht der Ort, an dem eine solche Debatte stattfinden kann. Es tut mir leid in diesem Fall, aber es geht eben nicht.

Udo Pastörs, NPD: Ich danke Ihnen.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Wir sind, da mir weitere Wortmeldungen nicht vorliegen, am Schluss der Debatte und kommen zur Abstimmung.

Im Ältestenrat wurde vorgeschlagen, den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/353 zur federführenden Beratung an den Innenausschuss zu überweisen. Während der Debatte ist zusätzlich beantragt worden, den Antrag auf Drucksache 5/353 zur Mitberatung an den Finanzausschuss zu überweisen. Kann ich davon ausgehen, dass auch der Änderungsantrag auf Drucksache 5/388 an die entsprechenden Ausschüsse überwiesen werden soll und dass wir bei der Abstimmung ein einheitliches Verfahren machen, oder soll getrennt abgestimmt werden?

(Dr. Armin Jäger, CDU, und Vincent Kokert, CDU: Getrennt.)

Dann wird jetzt getrennt abgestimmt.

Wir stimmen zuerst ab über die Überweisung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/353 zur federführenden Beratung an den Innenausschuss und zur Mitberatung an den Finanzausschuss. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? –

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: So, wie man in den Wald reinruft, kommt es auch wieder raus.)

Damit ist der Überweisungsvorschlag für den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/353 bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU und FDP, Gegenstimmen durch die Fraktionen der Linkspartei.PDS und NPD sowie zwei Stimmenthaltungen der Fraktion der Linkspartei.PDS angenommen.

Ich lasse jetzt abstimmen über den vorliegenden Änderungsantrag auf der Drucksache 5/388. Wer für die Überweisung des Antrages auf der Drucksache 5/388 an den federführenden Innenausschuss und an den mitberatenden Finanzausschuss ist, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisung des Änderungsantrages der Fraktion der Linkspartei.PDS auf der Drucksache 5/388 bei Gegenstimmen durch die Fraktionen der SPD, CDU und NPD, Zustimmung durch die Fraktion der Linkspartei.PDS und Stimmenthaltungen der Fraktion der FDP nicht gefolgt.

Ich rufe nunmehr auf den **Tagesordnungspunkt 20**: Beratung des Antrages der Fraktion der Linkspartei.PDS – Mehr Sicherheit im Straßenverkehr, Drucksache 5/343(neu).

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS: Mehr Sicherheit im Straßenverkehr – Drucksache 5/343(neu) –

Das Wort zur Begründung hat für die Fraktion der Linkspartei.PDS die Abgeordnete Frau Schwebs. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der "Fuldaer Zeitung" vom 1. März dieses Jahres war Folgendes zu lesen, ich zitiere: "Gegen 21.50 war es am Dienstagabend auf der B 40 bei Neuhof zu einem Unfall gekommen. ... Weil der Unfallfahrer nach Alkohol roch, unterzogen die Beamten ihn einem Test und ordneten schließlich eine Blutentnahme an. Weil der Mann getrunken hatte, wurden die Fahrzeugschlüssel und sein Führerschein einbehalten. Mitarbeiter eines Abschleppunternehmens stellten den Lkw auf einen Parkplatz bei Dorfborn. Dem Rostocker, der zugesagt hatte, am nächsten Morgen mit dem Zug nach Hause zu fahren, wurde erlaubt, in der Kabine des Führerhauses zu übernachten. Am Mittwoch gegen sieben Uhr alarmierte ein Arbeiter die Polizei: Er hatte durch die teilweise offene Plane den Leichnam des Fahrers gesehen, der sich im Anhänger des Lastwagens erhängt hatte."

Diese zufällig gefundene Meldung, meine Damen und Herren, war der Anlass für mich, den jetzt zu behandelnden Antrag zu formulieren. Fahren unter Alkohol ist eine der häufigsten Ursachen für Verkehrsunfälle unabhängig von der individuellen Fahrpraxis und jahrelanger Erfahrung am Steuer. Alkoholgenuss schränkt die Fahrtüchtigkeit ein. Das weiß jeder Fahranfänger, bevor er sich überhaupt das erste Mal hinter das Steuer des Fahrschulwagens setzen darf. Und eigentlich ist Fahren unter Alkoholeinfluss auch verboten, zu Recht, meine ich,

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS, und Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS)

gerade weil Alkohol einer der wichtigsten Risikofaktoren im Straßenverkehr ist. Mehr als 50.000 Unfälle jährlich, davon 22.000 mit Personenschaden, belegen diese Aussage. Auch sind die Folgen von Verkehrsunfällen, die unter Alkoholeinfluss geschehen, überdurchschnittlich schwer. Auf 1.000 Verkehrsunfälle mit Personenschaden werden in der Regel 16 Menschen getötet. Analysiert man die Unfälle, die unter Beteiligung von Kraftfahrern, die getrunken haben, passieren, kommt man auf

die erschreckende Zahl von 27 Opfern je 1.000 Unfälle. Das, meine Damen und Herren, sollte uns zu denken geben und wir sollten uns bemühen, hier endlich klare Regelungen zu schaffen ohne Wenn und Aber und der unsinnigen Hin-und-Herrechnung von einem oder zwei Gläsern Bier oder Wein, die angeblich unbedingt zum Essen dazugehören. Die Entscheidung kann nur heißen: entweder fahren oder trinken.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS, und Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Die Linkspartei.PDS fordert seit Langem eine generelle 0,0-Promille-Grenze. So gab es bereits in diesem Landtag vor zehn Jahren, im Oktober 1997, auf Initiative der PDS-Fraktion einen fraktionsübergreifenden Antrag, der ein absolutes Alkoholverbot im Straßenverkehr forderte. Dieses war damals auf Bundesebene nicht mehrheitsfähig.

Inzwischen, meine Damen und Herren, wissen wir es genauer: Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden im Zusammenhang mit Rauschmitteln hat sich zwischen 1997 und 2005 mehr als verdoppelt. Da ist es unverständlich, wenn Verkehrsminister Tiefensee die Einführung eines Alkoholverbots nur auf diejenigen Gruppen konzentrieren will, bei denen während der Fahrt ein besonderes Risiko besteht, wie etwa bei den Führern von Gefahrguttransportern oder bei Fahranfängern, wenn sich Unerfahrenheit am Steuer und Alkohol treffen. Mehrere tausend Unfallopfer jährlich sind eine Schreckensbilanz, die eigentlich keiner weiteren Handlungsaufforderung bedarf.

Ich persönlich halte es für fahrlässig, öffentlich darzustellen, dass eine längere individuelle Fahrpraxis die Wirkung von geringen Mengen Alkohol auf die Fahrtüchtigkeit kompensieren könnte. Seit 1995 wird in der Politik, in den Lobbyverbänden und auch am Stammtisch in regelmäßigen Abständen darüber debattiert, ob und welche Auswirkungen Alkohol am Steuer hat. Die Linkspartei.PDS stimmt an dieser Stelle dem Ministerpräsidenten zu, der sich öffentlich für ein absolutes Alkoholverbot für diejenigen, die am Steuer sitzen, ausgesprochen hat.

(Beifall

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS, und Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Damit, meine Damen und Herren, komme ich zum zweiten Punkt unseres Antrages. Auch dieser reizt überzeugte und ambitionierte Autofahrer und natürlich -fahrerinnen zum Abwiegeln und zum Widerspruch. Persönlich kann ich das auch durchaus nachvollziehen, dennoch bleibt der Fakt, in allen europäischen Ländern gibt es Geschwindigkeitsbegrenzungen, nur in Deutschland heißt es immer noch: freie Fahrt für freie Bürger. Ein generelles Tempolimit auf deutschen Autobahnen ist aber zeitgemäß, notwendig und es entspricht der derzeit gefühlten Praxis des alltäglichen Fahrens auf der Autobahn, denn die durchschnittliche Geschwindigkeit liegt heute bei circa 132 Kilometer pro Stunde. Betrachtet man die Entwicklung der mit dem PKW auf Autobahnen gefahrenen Geschwindigkeiten in den letzten Jahren, so ist ein Trend zu höheren Geschwindigkeiten unverkennbar, aber leider: Aktuelle Untersuchungen zu Ursachen und Folgen des immer schnelleren Fahrens gibt es aus dem zuständigen Verkehrsministerium nicht. Ein Schelm, wer Arges dabei denkt, finde ich.

Da der Kraftstoffverbrauch mit der Erhöhung der Geschwindigkeit überproportional steigt, kann ein allgemeines Tempolimit auch zu einer deutlichen Reduzierung von Emissionen beitragen, merkte das Umweltbundesamt vor wenigen Wochen an. Gleichzeitig trägt eine Geschwindigkeitsbegrenzung auf 130 Kilometer pro Stunde zu einer Reduzierung des Unfallgeschehens bei. Insbesondere die Zahl der Verletzten könnte sinken. Das zeigt sich wie beispielsweise in Brandenburg an den Stellen, an denen die Anordnung der Höchstgeschwindigkeit als Maßnahme zur Entschärfung von Unfallhäufungsstellen durchgesetzt wurde. Ein generelles Tempolimit ermöglicht nachhaltig flüssigen Verkehr, weil weniger Brems- beziehungsweise Beschleunigungsvorgänge notwendig wären, und auch die Lärmbelastung der Anwohner von Autobahnen würde zurückgehen.

Und, meine Damen und Herren, ein weiteres Argument spricht für die Einführung einer allgemeinen Geschwindigkeitsbeschränkung: Gegenwärtig ist Deutschland das einzige Land innerhalb der EU, in dem keine solche Geschwindigkeitsbegrenzung gilt. Aber, und wir alle finden das in Ordnung, im Zuge der Ausdehnung der EU wird Deutschland immer mehr zu einem Transitland. Das bedeutet für Kraftfahrer aus anderen Mitgliedsstaaten, dass sie in Deutschland auf für sie ungewohnte Verkehrsverhältnisse mit extremen Spitzengeschwindigkeiten treffen, wodurch sich erhebliche Verkehrsrisiken ergeben. Insoweit könnte die Einführung einer allgemeinen Geschwindigkeitsbeschränkung auf deutschen Autobahnen zu einer Harmonisierung der europaweiten Verkehrsverhältnisse und damit zu mehr Verkehrssicherheit beitragen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

Aus all den aufgezählten Gründen, die man sicher noch vertiefen kann, sind wir der Auffassung, dass es möglich sein sollte, die derzeit bestehende Richtgeschwindigkeit von 130 Kilometern pro Stunde in eine allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen umzuwandeln.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Wie in Schweden.)

Auch zum letzten Punkt des Antrages möchte ich noch einige kurze Bemerkungen machen. Das Hineinwachsen in den Straßenverkehr ist ein langwieriger Lernprozess, der mit vielfältigen Maßnahmen jeweils zum richtigen Zeitpunkt begleitet werden muss. Die Vorbereitung in der Schule, die Fahrausbildung, das begleitete Fahren ab 17 und nicht zu vergessen die zweite freiwillige Ausbildungsphase und viele weitere Fortbildungsmöglichkeiten theoretische und auch praktische - gehören dazu. Die aktive Teilnahme am Straßenverkehr muss man genauso erlernen wie das Laufen und auch sicheres Verhalten im Straßenverkehr kann man erlernen und trainieren. Verkehrssicherheit ist aber nicht nur ein Problem des einzelnen Individuums, sie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Gerade die Politik muss die Voraussetzungen schaffen, dass Verkehrssicherheit möglich ist, und der Staat muss hier auch Grenzen setzen. Ich bitte Sie deshalb darum, dem Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS zuzustimmen.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS, und Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Abgeordnete.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat ums Wort gebeten der Innenminister des Landes Herr Caffier. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

Minister Lorenz Caffier: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der vorliegende Antrag der Linkspartei.PDS für mehr Sicherheit im Straßenverkehr, den wir heute hier behandeln wollen, trifft zeitlich zusammen mit der Veröffentlichung der Verkehrsunfallstatistiken für das Jahr 2006. Die vollständige Statistik werde ich am kommenden Montag der Öffentlichkeit vorstellen. Als Einführung in die Thematik – insofern bedanke ich mich außerordentlich bei Ihnen für den Antrag –

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Oh!)

erlauben Sie mir daher bitte, Ihnen vorab nur ein paar wenige Zahlen aus diesen aktuellen Statistiken zu präsentieren. Nun ist leider der Kollege Ritter nicht anwesend.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Er kommt gleich wieder.)

Ich möchte hier nur noch einmal ausdrücklich darauf hinweisen, bevor er die nächste Pressemitteilung zu dem Thema "Der Innenminister schmückt sich mit falschen Lorbeeren" macht, wie es bei der Vorstellung der Kriminalstatistik war: Ich kann und werde mich nirgendwo dafür entschuldigen, dass ich die Aufgabe habe, die jeweiligen Statistiken vorzustellen.

(Heiterkeit bei Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Seien Sie doch nicht so empfindlich!)

Ich habe immer gesagt, das will ich in diesem Haus noch einmal ganz deutlich ...

Ich bin überhaupt nicht empfindlich.

Ich bedanke mich außerordentlich bei den Polizistinnen und Polizisten, bei den Kommunen, die diese Aufgaben mit durchführen, und auch bei meinen Vorgängern, die mit ihrer Arbeit dazu beigetragen haben, dass wir in diesem Bereich einen erfreulichen Rückgang haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Das ist anständig.)

Die Verkehrsunfallstatistik für das Jahr 2006 zeigt in allen Positionen leichte bis deutliche Rückgänge. Die Gesamtzahl der Unfälle sank im Vergleich zum Jahr 2005 um 2,2 Prozent auf 57.474 Unfälle. Bei Unfällen mit Personenschaden ist ein sehr deutlicher Rückgang um 7,5 Prozent zu verzeichnen. Im Jahr 2006 verunglückten in unserem Land 186 Verkehrsteilnehmer tödlich. Das, sehr geehrte Damen und Herren, sind immer noch viel zu viele Menschen, die auf unseren Straßen tödlich verunglücken. Aber es zeigt sich doch, dass die Landesregierung mit ihren Kampagnen, vor allem die Landespolizei mit ihrem aus meiner Sicht guten Mix aus Aufklärung, Prävention, aber auch Repression, erfolgreich dazu beiträgt, dass sich die Zahl der tödlich verunfallten Menschen im Straßenverkehr Mecklenburg-Vorpommerns weiter verrin-

gert. Gegenüber dem Jahr 2005 kamen im Jahr 2006 zwölf Personen weniger auf unseren Straßen in Mecklenburg-Vorpommern zu Tode.

Bei diesen Zahlen müssen wir uns immer wieder fragen: Was sind die wesentlichen Unfallursachen für rund 57.000 Verkehrsunfälle in einem Jahr und was müssen wir, die Landesregierung und die demokratischen Parteien im Landtag, auf den Weg bringen, damit sich letztlich weniger Verkehrsunfälle ereignen? Bei Unfällen mit Personenschäden zählt das Fahren unter Alkoholeinfluss nach wie vor zu den Hauptunfallursachen. Weitere wesentliche Ursachen sind erhöhte oder nicht angepasste Geschwindigkeit, Nichtbeachten von Vorfahrtsregeln sowie Nichteinhalten eines angemessenen Sicherheitsabstandes. In den zurückliegenden fünf Jahren waren sechs bis acht Prozent der Verkehrsunfälle durch Fahren unter Alkoholeinfluss verursacht.

Sehr geehrte Damen und Herren, vor diesem Hintergrund wird und muss sich die Landesregierung auch weiterhin im Bundesrat für eine Einführung der 0,0-Promille-Grenze im Straßenverkehr einsetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: Sehr gut.)

Hierzu gibt es nach meiner festen Überzeugung - und der Ministerpräsident hat es ja neulich auch ausgeführt keine vernünftige Alternative. Wenn Kampagnen, Aufklärung und Kontrollen nicht den notwendigen Erfolg zeigen und offensichtlich vor allem bei jungen Fahrern die Einsicht nicht in ausreichendem Maße vorhanden ist, dann müssen wir die 0,0-Promille-Grenze im Straßenverkehr unmissverständlich vertreten. Insoweit steht auch die neue Koalitionsregierung zum Verkehrssicherheitskonzept von 2004 bis 2008, was hier im Landtag diskutiert wurde, und in dem es heißt, ich zitiere: "Landtag und Landesregierung Mecklenburg-Vorpommerns hatten sich im Zuge der Änderung des Straßenverkehrsgesetzes 1997 für ein absolutes Alkoholverbot im Straßenverkehr -0,0-Promille - ausgesprochen. Diese Forderung fand bundesweit keine Mehrheit, sollte aber angesichts der positiven Auswirkungen der Herabsetzung der Promillegrenze grundsätzlich aufrecht erhalten werden."

Deshalb, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, wird auch die jetzige Landesregierung im Rahmen der Vertretung des Landes Mecklenburg-Vorpommern in den zuständigen Bund-Länder-Gremien sowie bei der Abgabe von Stellungnahmen für die Behandlung des Themas im Bundesrat durch mein Ministerium mit großer Deutlichkeit dafür werben, dass die 0,0-Promille-Grenze durch eine entsprechende Bundesgesetzgebung umgesetzt wird.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Sehr gut.)

Dem aktuellsten Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Alkoholverbots für Fahranfängerinnen und Fahranfänger in der 852. Sitzung des Bundesratsinnenausschusses am 15. März 2007 haben wir in diesem Sinne zugestimmt. Das sieht die 0,0-Promille-Grenze vor.

Meine Damen und Herren, der Antrag der Oppositionsfraktion Linkspartei.PDS, den wir hier behandeln, fordert weiter den Einsatz der Landesregierung im Bundesrat für ein generelles Tempolimit von 130 Kilometer pro Stunde auf Bundesautobahnen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Da wird's schwierig, ne?! – Heiterkeit bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Sehr richtig.

Diese Frage wird gegenwärtig in den Medien, in Politik und in Wirtschaft konträr diskutiert. Ich bin mit Ihnen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, einig hinsichtlich der 0,0-Promille-Grenze, jedoch bei einem generellen Tempolimit auf den Autobahnen kann ich Ihnen nicht folgen. Aber warum sollen wir auch etwas verordnen, was eine vorausschauende Landesregierung aus grundsätzlichen Erwägungen heraus und aus verkehrspolizeilichen Gesichtspunkten bisher nicht schlüssig begründen kann?

Im Übrigen darf ich Sie darauf hinweisen, dass bereits heute ein nicht unerheblicher Teil unserer Autobahnen dauerhaft mit einer Tempobeschränkung belegt ist. Wo Unfallhäufigkeiten, gefährliche Abschnitte oder stauanfällige Strecken sind, gelten bereits Tempolimits, und dort werden wir auch im Interesse der Verkehrssicherheit weiter mit Tempolimits arbeiten oder noch zusätzliche einführen. Die meisten Verkehrsunfälle mit getöteten oder schwer verletzten Personen ereignen sich aber nach wie vor gerade nicht auf Bundesautobahnen, sondern auf unseren Landstraßen außerhalb der geschlossenen Ortschaften.

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS: 80 Kilometer pro Stunde. – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Ja. – Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Auch die von Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren der Opposition, in diesem Zusammenhang gebrachte Frage des Umweltschutzes muss meines Erachtens in eine andere Richtung verfolgt werden. Der von der Europäischen Union und der Bundesregierung favorisierte Weg, mit gesetzlichen Grenzwerten für den CO₂-Ausstoß bei Kraftfahrzeugen auf die Automobilhersteller einzuwirken, endlich schadstoffarme Autos zu bauen, ist nach meiner Überzeugung der richtige Weg.

(Zuruf von Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Auch der Landtag Mecklenburg-Vorpommern sollte sich diesem Weg anschließen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Technisch ist alles klar.)

Meine Damen und Herren, neben den bereits erwähnten Unfallursachen ist vor allem die Altersgruppe der 16bis 25-jährigen Verkehrsteilnehmer überproportional an Straßenverkehrsunfällen beteiligt beziehungsweise verursacht diese sogar. Ich werde insofern auch in Zukunft die erforderlichen speziellen Präventions- und Repressionsmaßnahmen zielgruppenorientiert initiieren und mit der Landespolizei und weiteren Partnern umsetzen. Diese Partner in der Verkehrssicherheitskommission, die vom Verkehrsministerium geleitet wird, sind das Bildungs- sowie das Sozialministerium und darüber hinaus der Fahrlehrerverband, die Unfallkasse, die Landesverkehrswacht und beratend das für die Umsetzung der polizeilichen Prävention zuständige Landeskriminalamt. Die Verkehrssicherheitskommission entscheidet unter anderem, welche Projekte zur Verkehrssicherheit im Land Mecklenburg-Vorpommern gefördert und mit öffentlichen Mitteln unterstützt werden. Beraten werden Anträge, die von verschiedenen Projektträgern eingereicht werden. Neben der weiteren Realisierung von Verkehrsübungsplätzen müssen wir uns auch intensiv der Verkehrserziehung und dem Verkehrssicherheitstraining für die in Rede stehenden Altersgruppen widmen.

In diesem Zusammenhang möchte ich Sie, sehr geehrte Damen und Herren, auf drei besonders geförderte Projekte aufmerksam machen: Lehrgänge zur Erhöhung der Sicherheit für junge Fahrerinnen und Fahrer zum richtigen Verhalten im Straßenverkehr der Verkehrswacht, das Motorradsicherheitstraining des Fahrlehrerverbandes sowie die Fahrsicherheitsrallye der Landespolizei. Darüber hinaus wird durch den Modellversuch des begleiteten Fahrens ab 17 Jahre seit November 2006 auch in Mecklenburg-Vorpommern für Fahranfänger ein Verkehrssicherheitstraining in der Verkehrsrealität ermöglicht. Das Prinzip des lebenslangen Lernens - darüber besteht kein Zweifel - endet nicht nach der Grundschule. Insofern stimme ich der Notwendigkeit nach attraktiven Verkehrssicherheitsaktionen für alle Altersgruppen, speziell für die Altersgruppen der jungen Fahrerinnen und Fahrer, uneingeschränkt zu. Die Möglichkeit der Förderung von Fahrsicherheitstraining und Übungsplätzen sollte insofern durch die Träger der Verkehrssicherheit nochmals überprüft werden.

Sehr geehrte Damen und Herren, das Thema "Mehr Sicherheit im Straßenverkehr" hat viele Facetten. Es muss unsere gemeinsame Verpflichtung sein, die notwendigen Maßnahmen aus Prävention, aber auch Repression zu ergreifen, damit wir zukünftig möglichst wenig über schwere Verkehrsunfälle mit Toten und Schwerverletzten zu berichten haben. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Abgeordnete Herr Schulte. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Jochen Schulte, SPD: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen!

Sehr geehrte Frau Kollegin Schwebs, nur ganz kurz zu dem ersten Teil Ihres Antrages, der Einführung einer allgemeinen 0,0-Promille-Grenze im Straßenverkehr. Ich glaube, wir sind uns einig, und der Innenminister hat es auch deutlich gesagt: Nicht nur, dass jeder Verkehrstote ein Verkehrstoter zu viel ist, gerade das Problem des Alkohols im Straßenverkehr ist eins der wesentlichen Probleme. Ich denke – ich weiß nicht, ob wir das alle so sehen hier in diesem Plenum –, eine große Mehrheit in diesem Land ist sicherlich auch der Meinung, Alkohol hat im Straßenverkehr nichts zu suchen. Daran sollten wir alle gemeinsam arbeiten.

Es ist sicherlich nur der erste Schritt, aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung, wenn die Bundesregierung und der Bundesminister Tiefensee zumindest für die Fahranfänger die Einführung einer 0,0-Promille-Grenze beschließen wollen für die Dauer der Probezeit. Das ist sicherlich nicht das Ende der Fahnenstange, das hoffe ich jedenfalls, auch wenn ich ganz gern mal ein Glas Wein trinke, aber das hat mit dem Autofahren nichts zu tun. Wenn man heute Morgen die Nachrichten gehört hat und die Kommentare, die aus einigen Bundesländern gleich

gekommen sind, die sagen, also 0,0-Promille-Grenze bis 21 Jahre, aber das soll es doch dann bitte schön gewesen sein, dann ist das natürlich nicht nachvollziehbar. Da sind wir sicherlich im Konsens. Aber es ist offensichtlich bei einigen immer noch die Einstellung. Herr Innenminister Caffier hat es eben deutlich gemacht. Trotz der Bemühungen der Landesregierung in der Vergangenheit – auch der Landesregierung aus der letzten Wahlperiode – sind wir natürlich noch ein ganzes Stück davon weg. Ob eine neue Bundesratsinitiative in dem Zusammenhang aktuell ein anderes Ergebnis mit sich bringen würde, ist bedauerlicherweise zumindest zweifelhaft. Das muss man auch dazusagen.

Aber zu dem zweiten Punkt. Zur Ziffer 1 haben wir bei aller Gemeinsamkeit eine unterschiedliche Auffassung. Fakt ist, dass die Autobahnen bundesweit die sichersten Straßen sind. Obwohl auf ihnen rund 30 Prozent der Gesamtfahrleistung erbracht wird, ereignen sich weniger als 6,5 Prozent der Unfälle mit Personenschäden, im Jahr 2005 waren es genau 6,2 Prozent. Das Unfallgeschehen auf Autobahnen wird im Wesentlichen durch individuelles Fehlverhalten - das sind geringer Abstand, die Verkehrslage, die Witterungsverhältnisse, oft kommt auch alles zusammen - oder aber durch die örtlichen Verkehrsverhältnisse, nämlich durch den Zusammenhang zwischen Verkehrsdichte und Ausbauzustand beeinflusst. Bei den in den letzten Jahren kontinuierlich rückläufigen Zahlen für die Einführung eines generellen Tempolimits hat der Innenminister darauf hingewiesen, dass auf Autobahnen keine messbaren Auswirkungen auf die Anzahl der auf Autobahnen Getöteten festgestellt werden konnten.

Bei der Diskussion um ein Tempolimit, das muss man deutlich sagen, werden zudem folgende Faktoren immer wieder übersehen: Ausgangspunkt für die meisten Unfälle ist nicht so sehr das Überschreiten einer angeordneten Höchstgeschwindigkeit, sondern die im Einzelfall nicht situationsangepasste Geschwindigkeit. Die kann auch tatsächlich unter 130 Stundenkilometern liegen, selbst dort, wo heute schon ein Tempolimit von 130 oder 120 ist. Und das muss man auch deutlich sehen, die Unfallhäufigkeit ist gerade nicht homogen auf das gesamte Autobahnnetz verteilt. Eine generelle Einführung eines Tempolimits von 130 würde also dem nicht gerecht werden. Stattdessen befürwortet die SPD-Fraktion, so, wie es auch vom Bundesverkehrsministerium in den letzten Jahren schon vorgenommen und weiter durchgeführt wird, dass entsprechend den Erfordernissen vor Ort eine auf den Einzelfall angepasste Verkehrsbeeinflussung stattfindet. Es gibt moderne Verkehrsbeeinflussungsanlagen, die tatsächlich entsprechend den Witterungsverhältnissen, der Verkehrsdichte und anderen Regularien die Geschwindigkeit auf den entsprechenden Strecken anpassen. Dort sind in den letzten Jahren, wenn ich die Zahl richtig im Kopf habe, insgesamt schon 200 Millionen Euro in dem Zeitraum von 2002 bis 2007 für solche Anlagen ausgegeben worden. Bundesweit sind es inzwischen 950 Autobahnkilometer, die mit solchen Anlagen ausgestattet worden sind.

Auch ein Vergleich mit ausländischen Unfallstatistiken zeigt – und ich möchte darauf zurückkommen, was Sie eben ausführten, dass wir im internationalen Vergleich mit den formal gesehenen nicht vorhandenen Geschwindigkeitsbegrenzungen auf deutschen Autobahnen allein stehen würden –, dass die Unfallzahlen dort trotz vorhandener allgemeiner Tempolimits keine zwingenden

Schlussfolgerungen auf die Notwendigkeit einer allgemeinen Geschwindigkeitsbegrenzung auf Autobahnen zulassen. Deutschland liegt nämlich gerade im internationalen Vergleich ungeachtet der nicht vorhandenen allgemeinen Geschwindigkeitsbegrenzungen bei den im Straßenverkehr tödlich Verunglückten durchaus nicht in einer Spitzenposition, sondern in einem allgemeinen Mittelfeld. Ich denke mir, man sollte mit den entsprechenden Maßnahmen, wie der Innenminister sie eben angeführt hat, daran arbeiten, dort die Anzahl der Unfalltoten weiter zu reduzieren. Ein allgemeines Tempolimit auf Autobahnen ist aber offensichtlich nicht das richtige Mittel. Und auch unter Umweltgesichtspunkten, ein generelles Tempolimit zu befürworten, muss das zumindest infrage gestellt werden.

So geht das Umweltbundesamt selbst mit einem Bericht aus dem Jahre 1999, das ist der aktuellste – "Umweltauswirkungen von Geschwindigkeitsbeschränkungen", nachzulesen in Texte 40/99 –, davon aus, dass bei einer nach eigenen Vorstellungen des Umweltbundesamtes unrealistisch hohen Befolgungsquote von 80 Prozent und, auf einer Datenbasis des Jahres 1994/1995, bei einem Tempolimit von 120 Stundenkilometern eine Minderung der $\mathrm{CO_2}$ -Gesamtbelastung aller Imitenten, also einschließlich Industrie, Haushalte und Verkehr, von nur 0,3 Prozent und bei einem Tempolimit von 100 Stundenkilometern von nur 0,6 Prozent zu erwarten wäre.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Na da werde ich mal nachlesen.)

Das muss man ganz deutlich dabei beachten, auch unter Berücksichtigung der Debatte, die heute Vormittag im Hinblick auf den Klimaschutz geführt worden ist. Man muss dann tatsächlich solche Maßnahmen, die wirksam sind, auch ergreifen.

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Wir haben aber heute andere Autos.)

Ja, das ist zutreffend. Die Autos heute sind tatsächlich, was die Schadstoffbelastung angeht,

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Noch schlimmer, die großen.)

noch besser ausgestattet als die von 1994 und 1995. Das gilt selbst für die größeren PKW.

Die SPD-Fraktion achtet auch darauf, dass auf Autobahnen tatsächlich die Fortführung einer der Situation angepassten Geschwindigkeitsregelung für das vorrangig angebrachte Mittel gewährleistet wird. Insbesondere mit modernen Rechnern gesteuerte Verkehrsbeeinflussungsanlagen, die flexibel auf Faktoren reagieren, welche die Verkehrssicherheit beeinflussen, können tatsächlich gezielt Unfallschwerpunkte beseitigen und gleichzeitig – das ist dann auch wieder schadstoffminimierend – zur Flüssigkeit des Verkehrs und damit zum Abbau von Staus beitragen, denn gerade der Stau ist es, der zu einer höheren Umweltbelastung durch Schadstoffimmissionen führt. Gerade die hoch belasteten Autobahnabschnitte sind durch moderne Verkehrsbeeinflussungsanlagen besonders wirkungsvoll zu organisieren.

Meine Damen und Herren, was den letzten Punkt angeht, das ist die Frage von Projekten und Maßnahmen, um die Verkehrssicherheit zu erhöhen. Auch hier möchte ich noch einmal darauf zurückkommen, Frau Schwebs, was Sie sagten. Es gibt eine Vielzahl von Maßnahmen, die tatsächlich schon getroffen worden sind. Es gibt sicherlich

noch eine Vielzahl von Maßnahmen, die durchgeführt werden müssen. Ich sehe mich nicht - da bin ich ganz ehrlich - in der Lage, alles im Einzelfall zu bewerten. Ich denke mir, es ist sicherlich ein guter Weg, um auf der einen Seite noch einmal darüber zu diskutieren, wie wir es tatsächlich gemeinsam - PDS, SPD und, ich gehe auch davon aus, die anderen Fraktionen in diesem Landtag - verstärken können, den bundesweiten Trend zu einer 0,0-Promille-Grenze zu befördern. Vielleicht können wir auch gemeinsam Wege finden, wie unabhängig von einem generellen Tempolimit von 130 auf Bundesautobahnen tatsächlich Maßnahmen befürwortet oder befördert werden können, um die Unfallschwerpunkte dort zu minimieren. Und dann, so würde ich vorschlagen, könnten wir uns auch in dem Zusammenhang noch einmal deutlich machen lassen durch das Innenministerium, wie welche Projekte, die vorhanden sind, noch besser gestaltet werden können, mit wem sie besser gestaltet werden können, was vielleicht nicht ganz so erfolgreich war und was schon erfolgreich gewesen ist.

In diesem Zusammenhang, meine Damen und Herren, beantrage ich namens der SPD-Fraktion die Überweisung Ihres Antrages federführend in den Verkehrsausschuss und mitberatend in den Innenausschuss. Da können dann diese Themen, die eben von mir angesprochen worden sind, noch einmal eingehend beraten werden. – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Sehr gut.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Schulte.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der Linkspartei.PDS die Abgeordnete Frau Dr. Linke. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Dr. Marianne Linke, Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! In der Begründung zum Antrag wird deutlich herausgestellt, dass Alkohol als Ursache von Unfällen nach wie vor eine große Rolle spielt. Unfälle, wer weiß das nicht, bedeuten viel Leid für die Betroffenen und deren Familien. Unfälle verursachen erhebliche volkswirtschaftliche Schäden. Das alles ist seit Langem bekannt und wird wie in einer Endlosschleife dennoch gern von Politikern beklagt, von denen sich die meisten allerdings nicht dazu entschließen können, endlich die 0,0-Promille-Grenze im Straßenverkehr einzuführen.

(Beifall Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Lobbyarbeit der Weinbauern, der Bierbrauer, aber auch alte lieb gewordene Gewohnheiten

(Heike Polzin, SPD: Aber gegen die Raucher vorgehen.)

erweisen sich in der Praxis als sehr zählebig und erfolgreich. Ohne Zweifel ist es eine Frage von Verantwortungsbewusstsein und auch Selbstdisziplin, vor Antritt einer Fahrt mit dem Auto oder mit dem Motorrad auf jeglichen Alkoholkonsum zu verzichten. Warum wird aber dennoch allzu häufig dem Alkohol zugesprochen und anschließend der Weg motorisiert angetreten? Warum ist weder in der Rechtsetzung noch im täglichen Leben durchgesetzt, dass Trinken und Auto- oder Motorradfahren einander vollkommen ausschließen sollten?

Wir reden über die Droge Alkohol und müssen einfach konstatieren, dass Alkohol in der Alltagskultur unserer Gesellschaft einen festen Platz hat, sprich eine hohe Akzeptanz hat – das Gläschen Bier zum Essen, das Glas Wein zum Gespräch mit Freunden, der Cocktail vor, der Cognac nach dem Essen, das Glas Sekt zum Betriebsjubiläum

(Volker Schlotmann, SPD: Wer macht denn so was?)

und so weiter und so weiter. Das sind alles ganz gewöhnliche Alltäglichkeiten.

(Heike Polzin, SPD: Das verbieten wir auch noch.)

In internationalen Studien zeigt sich das auch an den Antworten von 15- bis 16-jährigen Jugendlichen.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

85 Prozent von ihnen bescheinigen dem Alkohol eine hohe Akzeptanz. Mehr als 80 Prozent der befragten 16-Jährigen geben an, schon einmal in ihrem Leben betrunken gewesen zu sein. Alkoholkonsum in Diskotheken, das seit etwa drei Jahren immer wieder thematisierte Kampftrinken, neuerdings locken Diskotheken mit einer Flatrate, also für 5 bis 15 Euro trinken bis zum Umfallen – alles ist bekannt.

Es ist auch bekannt, dass der Schritt vom gelegentlichen geselligen Trinken zum regelmäßigen Bier, Wein oder Wodka nach Auffassung von Fachleuten schon den Schritt vom Genuss zum Suchtkonsum darstellt. Gesellen sich dann hierzu noch persönliche Probleme, dann ist der Rausch oft vollkommen. Dann ist damit ein Kreislauf in Gang gesetzt, aus dem die Betroffenen allein sehr schwer wieder herausfinden. Dieser Kreislauf nimmt wie vieles andere auch seinen Anfang in der Familie, beim Vorbild der Eltern, und setzt sich in Discos unter Freunden und im Arbeitsalltag fort. Kinder und Jugendliche wachsen hinein - so muss man es leider sagen - in eine Trinkerkultur. Alkohol setzt die Hemmschwelle herab, verändert das Reaktionsvermögen, verleitet zur Selbstüberschätzung. Alkohol sollte wegen seines langfristigen Suchtpotenzials, aber auch wegen dieser kurzfristigen Wirkungen, die besonders verheerend sind, wenn man sich ans Steuer setzt, nur in Maßen oder überhaupt nicht genossen werden.

Eine solche Einstellung erreicht man nur bedingt mit Appellen. Eine solche Haltung muss gelebt, muss erlebt und muss vorgelebt werden. Hier möchte ich ganz deutlich sagen: Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo die Freiheit des anderen beeinträchtigt wird. Das ist beim durch Alkohol bedingten Verkehrsunfall der betroffene andere. Geben wir unseren Jugendlichen ein gutes Beispiel! Fangen wir selbst mit der Abstinenz im Alltag an, dann werden sie begreifen, dass es uns auch ernst ist mit ihnen und ihren Verhaltensweisen.

Wie fast immer im Leben wird sich auch hier nur etwas ändern, Herr Innenminister hat darauf hingewiesen, wenn es einen gesellschaftlichen Konsens zur Veränderung gibt, wir diesen Konsens befördern und selbst ein Vorbild geben. Setzen wir uns also deshalb dafür ein, dass das, was wir alle gemeinsam hier als Auffassung formuliert haben, auch eine gesetzliche Form annimmt! Setzen wir uns dafür ein, dass für alle Verkehrsteilnehmer gilt: Ohne Alkohol ans Steuer! Ich plädiere ausdrücklich dafür, diesen Weg so, wie in unserem Antrag formuliert, über den Bundesrat zu gehen. Wir wissen alle, das Bun-

desratsverfahren ist sehr umfangreich, es geht nur mit den Ausschüssen des Bundesrates und setzt sich über Ministerkonferenzen fort, bis es dann selbst in den Bundesrat gelangt.

Ich denke, wir alle haben eine große Verpflichtung, wenn wir dieses Thema so akzeptieren, auch auf unserem Gebiet, jeder in seinem Verantwortungsbereich, die erforderlichen Schritte zu gehen. Ich plädiere für die Annahme unseres Antrages.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Dr. Linke.

Es hat das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Stein. Bitte schön, Herr Abgeordneter, Sie haben das Wort.

Peter Stein, CDU: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Krux der späten Rede ist, dass schon vieles gesagt wurde und ich nicht alles wiederholen möchte. Verkehrssicherheit ist ein Thema, über das sicherlich ständig und oft debattiert werden kann, weil immer wieder neues Zahlenmaterial auch über die Presse vorgelegt wird. Wir haben gerade dazu von Frau Schwebs etwas gehört. Dabei muss man natürlich festhalten, dass in den letzten Jahren schon viele Regelungen hin zu mehr Sicherheit im Straßenverkehr eingeführt und geändert worden sind. Grundsätzlich sind wir der Überzeugung, man muss aufpassen, dass nicht durch zu viele bürokratische Verfahren dabei zu viele Freiheiten eingeschränkt werden. Denn eines ist bei allen Vorschriften ganz wichtig: Sie müssen in hervorgehobener Weise von all denen, die sie betreffen, auch verstanden, ernst genommen und akzeptiert werden können.

Vor diesem Hintergrund sind nach meiner Auffassung grundsätzlich alle die Bürgerfreiheiten irgendwie einschränkenden gesetzgeberischen Initiativen zuallererst zu betrachten. Der Antrag der Linkspartei.PDS beschäftigt sich jetzt im ersten Punkt mit der 0-Promille-Grenze. Da gibt es Für und Wider. Das ist überhaupt keine Frage, das haben wir auch innerhalb unserer Fraktion natürlich mit Für und Wider diskutiert und sicherlich auch keine einheitliche Meinung erzielen können. Das muss man ganz klar sagen. Ich denke aber, das ist in fast allen Fraktionen so, denn Hand aufs Herz: Wer von den hier Anwesenden, die Besucher eingeschlossen, hat sich nicht dabei ertappt zu denken, huch, jetzt ist das Gläschen Wein doch in den Mund geglitten und mein Auto steht noch draußen? Wer hat sich selbst noch nicht dabei ertappen können?

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Man muss es vorher schon bestellt haben.)

Einige sicherlich, aber die Mehrheit, denke ich, spreche ich hier an. Wer hat sich nicht dabei ertappt, mit diesem einen kleinen Gläschen oder mit dem kleinen Uso nach dem Essen beim Griechen dann doch an einer Polizeistreife vorbeizufahren und ein bisschen Herzklopfen zu haben? Ich denke, das ist den meisten irgendwann schon einmal so ergangen.

(Heike Polzin, SPD: Ich fahr immer mit 0,0. – Zuruf von Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Wenn es kein Wider gäbe, dann wäre es auch so, dass wir die 0-Promille-Grenze in Deutschland schon hätten, dass wir sie wahrscheinlich schon europaweit hätten.

(Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Das wäre besser. – Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Wir haben sie ja schon gehabt. – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Das ist wohl wahr.)

Ich will nur darauf hinweisen, dass zuletzt am 1. April 2001 die Promillegrenze von ehemals 0,8 auf 0,5 in Deutschland abgesenkt wurde. Das ist beispielsweise unter wissenschaftlicher Bewertung - auch da gibt es natürlich unterschiedliche Wissenschaftler, wie so oft - der Wert, die Grenze, über der die Auffälligkeiten im Verkehrsverhalten sozusagen erst signifikant ansteigen. Das ist natürlich immer ein Begriff, bei dem man genau weiß, signifikant ansteigen heißt, es gibt auch Werte, die darunter liegen. Seit der Einführung dieser Grenze von 0,5 gehen die alkoholbedingten Vergehen im Straßenverkehr bundesweit kontinuierlich Jahr für Jahr um etwa fünf Prozent zurück. Das ist natürlich auch nur eine statistische Größe, denn zeitgleich muss man feststellen, dass es generell zu einem grundsätzlich veränderten Trinkverhalten in der Bevölkerung gekommen ist. So geht der Alkoholkonsum in Deutschland insgesamt seit mehreren Jahren ohnehin kontinuierlich zurück,

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Ja? Das glaube ich nicht.)

was beispielsweise auch die Braumeister immer wieder boykottieren, bemängeln und bedauern und natürlich den Werbeetat entsprechend hochfahren.

Diese Reduzierung des Alkoholkonsums, ich sage jetzt einmal, des Alkoholmissbrauchs, gilt leider nicht für Fahranfänger und übrige Drogenkonsumenten, die sich auch im Straßenverkehr bewegen. Diese etwa 25 bis 30 Prozent der Unfälle gehen nur von diesen 8 Prozent der Bevölkerungsgruppe aus. Auch das ist Statistik. Deshalb war es folgerichtig, gerade diese Bevölkerungsgruppe der jungen Fahranfänger in die 0-Promille-Grenze aufzunehmen. Nach allem, was bisher bekannt ist, ist diese Aktion ein Erfolg einer in erster Linie erzieherischen Maßnahme gegenüber noch lernenden Verkehrsteilnehmern. Ob hier, das werden die Erfahrungen sicherlich zeigen, noch Ausweitungen erforderlich, sinnvoll und notwendig sind und wie weit solche Ausweitungen dann auch erfolgen können – die jüngste Debatte in den Medien, gerade heute wieder im Radio, zeigt das -, da muss man wirklich einmal statistische Erhebungen zugrunde legen, wenn das mal ein bisschen gelaufen ist, um so eine Aktion zu bewerten.

Nicht zuletzt muss man beachten, wenn man Grenzen einführt, dass sich natürlich auch in der Handhabung, da spreche ich jetzt den Innenminister zum Beispiel an, etwas ändern wird. Das ist beispielsweise so, wenn man eine 0-Promille-Grenze als Exempel einführt, dass es für die kontrollierenden Beamten zu Mehraufwand kommen wird, weil man natürlich jeder kleinen Überschreitung gegebenenfalls nachgeben müsste und das Ganze, soweit ich weiß, immer mit Protokollen verbunden ist.

(Unruhe bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Zuruf von Minister Lorenz Caffier)

Das sind alles Aspekte, die ich jetzt einmal völlig unbewertet stehen lassen möchte.

Es wurde schon angesprochen, wir haben natürlich auch in Europa eine gewisse Ess- und Trinkkultur, an die man sich über viele Generationen gewöhnt hat. Das ist sicher-

lich eine Geschichte, die man möglicherweise mit Einführung einer 0-Promille-Grenze beeinflussen kann. Ob man grundsätzlich jedoch Beeinflussung erzielt, das sei einmal dahingestellt, denn es sind bei Weitem nicht die Genießer, die die schweren Verkehrsunfälle verursachen, sondern es sind gerade die, die sich bereits heute nicht an gültige Regeln und Grenzen halten oder die Alkohol im Zusammenhang mit Medikamenten, mit Übermüdung oder auch mit andern Drogen konsumieren. Ich nenne jetzt einmal als Beispiel diesen Raser von Rügen, der sicherlich als Extrembeispiel gelten mag, aber exemplarisch schon irgendwo zu bewerten ist. Wir denken, genau diese Gruppe sollte man zuallererst betrachten, will man im Bereich Alkoholismus wirklich die Verkehrssicherheit verbessern

Der zweite Punkt des Antrages fordert die Einführung von Tempo 130 auf Autobahnen. Da greife ich jetzt einmal Ihr Leitthema Verkehrssicherheit auf. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Linkspartei.PDS, den größten Beitrag zur Verkehrssicherheit in Mecklenburg-Vorpommern hat maßgeblich die CDU geleistet

(Hans Kreher, FDP: Mit der FDP bitte!)

in der 1. Legislaturperiode, als nämlich die Autobahn A 20 mit der F.D.P. zusammen durchgesetzt wurde.

(Heiterkeit bei Minister Lorenz Caffier)

Das ist – da bin ich relativ unbescheiden, da bin ich auch ziemlich sicher – die größte Maßnahme zur Verbesserung der Verkehrssicherheit im Land Mecklenburg-Vorpommern gewesen und das ist sie auch immer noch. Darauf können wir stolz sein.

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Da braucht man ja nichts mehr zu machen oder was?!)

Das zeigt, dass auf deutschen Autobahnen auch ohne generelles Tempolimit die sichersten Straßenverhältnisse in Europa gegeben sind. Das sei nur einmal vorweggestellt.

Wir sind fest davon überzeugt, dass gerade auch bei Temporegelungen Vorschriften verstanden und akzeptiert werden müssen, um wirklich wirken zu können. Das erleben wir an jeder Autobahnbaustelle, wenn da ein vergessenes Schild nach Abbau der Baustelle steht. Eine Weile hält man sich daran und irgendwann fragt man sich, was das Ganze soll, und nimmt es nicht mehr wahr. Das betrifft leider auch immer wieder Beschilderungen, die überhaupt nicht zu verstehen sind. Wir erleben das. Deshalb denke ich, generelle Regelungen müssen akzeptiert und verstanden werden. Wenn man wie ich berufsbedingt, da ich jetzt Abgeordneter hier im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern bin, oft auf der A 20 unterwegs ist, dann ist vormittags hierher die Autobahn relativ voll. Da kann man teilweise die 130 gar nicht fahren. Aber wenn ich spät abends nach Hause fahre und eigentlich ins Bett möchte, ertappe ich mich manchmal schon dabei, dass ich auch 160 fahre,

> (Volker Schlotmann, SPD: Oh, oh, Herr Stein, Herr Stein! Da tun sich Abgründe auf! – Minister Lorenz Caffier: Oh, oh!)

und ich bin dann bei Weitem nicht der Langsamste.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS – Zuruf von Norbert Baunach, SPD) Daher denke ich, wenn wir Vorschriften haben wollen, muss die Akzeptanz hergestellt sein.

Aus dem Grunde wird sich die CDU-Fraktion immer intelligenten Verkehrsleitsystemen zuwenden, wenn es um die Verbesserung unserer Verkehrslage und auch der Verkehrssicherheit geht. Wir haben heute solche Systeme – das hat Kollege Schulte schon ausgeführt – bereits an vielen Autobahnabschnitten in Deutschland realisiert und machen beste Erfahrungen damit. Flexible Geschwindigkeitsanpassungen machen wesentlich mehr Sinn als starre Vorschriften, weil es gerade in dichten Verkehrslagen oft auch bei Tempo 130 schon gefährlich wird. Nicht die hohe Geschwindigkeit an sich ist die Gefahr allein, sondern die Geschwindigkeitsdifferenz zwischen langsamen und schnelleren Fahrzeugen auf hierfür heuzutage oft schon zu vollen Straßen, und das nicht immer, sondern zu bestimmten Zeiten.

Lassen Sie uns beispielsweise gern gemeinsam die Situation auf zweispurigen Autobahnen diskutieren, gerade auch wenn – wie heute bereits sehr oft – die rechte Spur mit langsamem Schwerlastverkehr überfüllt ist. Lassen Sie uns intelligente und flexible Systeme aufbauen, die neben Verkehrssicherheitsaspekten gerade auch Stauvermeidung bedeuten können. Und lassen Sie uns auch vor dem von Ihnen beschriebenen Hintergrund der ${\rm CO_2}^-$ und Feinstaubdebatte genau diese intelligenten Lösungen suchen, denn nicht das Tempolimit allein bringt hier eine Reduzierung, sondern die Gleichmäßigkeit der gefahrenen Geschwindigkeit und ganz besonders die Stauvermeidung.

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Aber wir müssen ja irgendwo mal anfangen.)

Die CDU-Fraktion ist modernen Lösungen der Verkehrsführung gegenüber sehr aufgeschlossen. Wir halten auch hier jedoch überhaupt nichts von starren Grenzwerten. So schlagen wir, genauso wie vom Kollegen Schulte für die SPD-Fraktion auch schon vorgetragen, eine Überweisung des von der Linkspartei.PDS grundsätzlich eingebrachten Themas Verkehrssicherheit federführend in den Verkehrsausschuss und mitberatend in den Innenausschuss vor und freuen uns dort gemeinsam mit Ihnen auf zeitgemäße, freiheitliche und intelligente Ideen. – Ich bedanke mich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS – Zurufe von Volker Schlotmann, SPD, und Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der FDP die Abgeordnete Frau Reese. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Sigrun Reese, FDP: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch wenn ich hier vielleicht auf allgemeines Unverständnis stoße, so ist dies unserer Ansicht nach ein Antrag der Art, wie dieser Landtag sie nicht braucht. Ihr Ansinnen hat doch nicht wirklich etwas mit dem Sicherheitsgedanken zu tun?

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS, Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS, und Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Sondern?) Zum Thema "Einführung einer 0,0-Promille-Grenze", meine Damen und Herren: Das Sicherheitsproblem auf unseren Straßen sind doch nicht die Fahrer, die sich im Rahmen des derzeit Zulässigen bewegen. Das Sicherheitsrisiko bilden diejenigen, die sich schon heute über geltendes Recht hinwegsetzen und die Sie auch mit der Einführung schärferer Gesetze nicht erreichen werden.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Aha! – Michael Roolf, FDP: Das ist wohl wahr. – Zuruf von Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Wie die Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes vom Beginn dieser Woche beeindruckend bestätigt, haben gerade wir in Mecklenburg-Vorpommern ein ernsthaftes Alkoholproblem. Das ist richtig. Und es ist überaus wichtig, dieses Problem intelligent anzupacken.

> (Beifall Sebastian Ratjen, FDP – Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Bin ich dafür. Bin ich dafür.)

Ihr Antrag ist dafür allerdings nicht geeignet.

Zum Tempolimit auf Autobahnen: Die FDP lehnt die Einführung eines generellen Tempolimits von 130 Kilometern pro Stunde auf Autobahnen ab und fordert dagegen intelligente Technik im Automobilbau und eine vernünftige Fahrweise bei allen Beteiligten im Straßenverkehr.

(Beifall Sebastian Ratjen, FDP, und Michael Roolf, FDP – Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Fliegen am besten. – Zurufe von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS, und Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Geltendes Recht reicht dazu vollkommen aus. Der Sicherheit im Straßenverkehr ist besser gedient, wenn die jetzt schon vorhandenen Geschwindigkeitsbegrenzungen konsequent eingehalten werden und die Sicherheitstechnik weiterentwickelt wird. Nur so lässt sich sowohl die Sicherheit als auch der Technologiestandort Deutschland voranbringen. Käme das Tempolimit, würden die Autofahrer auf den Autobahnen außerdem nicht einmal zwei Prozent weniger Sprit verfahren. Die Forderung der Linkspartei nach einem Tempolimit stammt somit für mich aus der ideologischen Mottenkiste.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Hören Sie doch auf, Frau Reese, das glauben Sie doch selber nicht! – Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Ohnehin gibt es bereits auf über einem Viertel des Autobahnnetzes Dauergeschwindigkeitsbegrenzungen

> (Zurufe von Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS, und Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

und auf weiteren 15 Prozent der Strecken ist die Höchstgeschwindigkeit zeitweise beschränkt. Die Autobahnen sind zurzeit tatsächlich, das wurde im Vorfeld schon mehrfach erwähnt, unsere sichersten Verkehrswege. Wir brauchen nicht immer mehr neue Verbote und Gesetze, sondern mehr Kreativität und vor allem gesunden Menschenverstand sowie Verantwortungsbewusstsein.

(Beifall Sebastian Ratjen, FDP, und Michael Roolf, FDP – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Oh ja!)

Zum dritten Punkt, zum Training der Verkehrssicherheit: Automobilclubs, -hersteller, Berufsgenossenschaften und vor allem die von Ihnen angesprochene spezielle Verkehrswacht in Zusammenarbeit mit der Landespolizei stellen bereits heute eine Vielzahl an Angeboten zur Verkehrssicherheit zur Verfügung, angefangen mit Angeboten für Kinder, für Fahranfänger, Berufspendler, Frauen, Senioren, Motorradfahrer, was auch immer Sie sich wünschen. Aus Sicht der FDP ist ein Mehr an gesetzlich geförderten Projekten nicht zielführend.

Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, aufklärend zu wirken und die Eigenverantwortung unserer Bürger zu stärken. Ihren vorliegenden Antrag lehnen wir vollständig ab. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Na, das war ja kein Beitrag.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Abgeordnete.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Müller. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Tino Müller, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mecklenburg und Vorpommern führt mit den meisten im Straßenverkehr Getöteten die bundesdeutsche Unfallstatistik an. Darum scheint es nur geboten, eine allgemeine 0,...-

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Null.)

Promille-Grenze in Deutschland einzuführen.

Prinzipiell verschließt sich die NPD-Fraktion diesem Ansinnen nicht, doch dass das Wohl unserer Bürger den Postkommunisten der Linkspartei.PDS nur aus populistischen Gründen am Herzen liegt, ist offensichtlich. Mit der Parole "Recht auf Rausch" gingen Marihuanajünger Ihrer Partei seinerzeit hausieren

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS, und Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Wer?)

und waren für eine humane Drogenpolitik.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Das ist was anderes.)

Schwere Unfälle wollen Sie minimieren oder gar verhindern.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Ja, richtig. – Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Die Linkspartei.PDS in sittlicher Verantwortung für den Berauschten hieße, den Bock zum Gärtner machen.

(Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Sie stehen der Legalisierung sogenannter weicher Drogen offen gegenüber. Heißt das nun, dass man zwar keinen Alkohol mehr vor einer Autofahrt trinken, dafür aber ordentlich bekifft sein darf?

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Nein, es geht um weiche Drogen.)

Sie bringen mit Ihrer Drogenbefürwortungspolitik die Drogen und damit die Unfallgefahr in den Straßenverkehr.

(Zuruf von Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Die legale Droge gehört nicht in den Drogenverkehr,

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

die illegale Droge maximal in den Wirkungsbereich eines Arztes.

Ihre Politik der vergangenen Jahre in Regierungsverantwortung verstand es nicht, insbesondere der Jugend Perspektiven zu geben.

(Heiterkeit bei Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Stattdessen hieß und heißt es, keine Aussicht auf einen Arbeitsplatz hier in Mecklenburg und Vorpommern. Flatratesaufen für wenige Euro bis zum Koma ist heute bei Jugendlichen, darunter bei vielen Autofahrern angesagt,

(Volker Schlotmann, SPD: Und bei ganz vielen Rechtsextremen. – Zuruf von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

dank Ihrer Politik der Hoffnungslosigkeit und der damit einhergehenden Armut. Zukunftgebend muss das Ziel einer verantwortungsbewussten Politik sein, damit unser Bundesland nicht als das Land mit dem höchsten Alkoholmissbrauch und dessen Folgen, auch mit den Verkehrstoten, in den Schlagzeilen steht. Darum ist diese PDS-Politik ein scheinheiliger Schwindel.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Die NPD-Fraktion befürwortet den Antrag "Mehr Sicherheit im Straßenverkehr", doch ohne Rauschmittel, gleich welcher Art.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Was war das jetzt?)

Das bundesweit kontrovers diskutierte Tempolimit auf deutschen Autobahnen kann im Gegensatz zu Punkt 1 Ihres Antrages von unserer Fraktion nicht befürwortet werden.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Schade. – Heiterkeit bei Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Bundesverkehrsminister Tiefensee führt zu diesem Punkt aus, und er scheint doch ein Fachmann auf seinem Gebiet zu sein, dass bereits auf 98 Prozent der Straßen Geschwindigkeitsbegrenzungen vorhanden sind, es jedoch keine Wirkung für den Klimaschutz gebe. Auch das Bundesumweltamt gibt sich da ziemlich nüchtern, wenn es feststellt, dass sich der CO₂-Ausstoß bei einem Tempolimit von 130 Kilometern pro Stunde lediglich um 0,3 Prozent verringern würde. Wir geben zu, auch das wären schon zig Tausende von Tonnen. Doch sollte nicht eher in die klimafreundliche erneuerbare Energie investiert und die Automobilindustrie angehalten werden, umweltfreundliche Autos herzustellen?

Nicht nur ein Beitrag zur Umweltfreundlichkeit, sondern auch zur Erhöhung der Verkehrssicherheit ist das Anliegen der NPD-Fraktion, die Unmassen der Lkw von den deutschen Autobahnen zu verbannen und auf die Schienen zu verlegen. Dazu fordern wir die vollständige Rückverstaatlichung der Bahn.

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Mit der Deregulierung hat sich zwar der bundesdeutsche Staat aus Arbeit und Verantwortung gestohlen,

(Zuruf von der Linkspartei.PDS: Was?)

doch dem Heuschreckenkapitalismus Tür und Tor geöffnet.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Zum dritten Punkt des Antrages, den ich schon in meinen vorangegangenen Ausführungen mit einfließen ließ, der Förderung von Projekten zur Verkehrssicherheit, meine Damen und Herren von der PDS: Ihr Ansinnen scheint nicht gründlich ausgegoren. In die Verkehrserziehung von Kindern und Jugendlichen wird eine Menge investiert. Auch Erwachsene haben die Möglichkeit, im Bedarfsfall, auch wenn dieses mit Kosten verbunden ist, sich einem Training zu unterziehen. Es kann sich also nur um einen zusätzlichen finanziellen Anreiz handeln, der die entstehenden Kosten für den Einzelnen senkt. Doch wie wollen Sie die Projekte finanzieren? Bringen Sie doch in Ihren Antrag zukünftig mit ein, an welcher Stelle des ohnehin schon knappen Haushalts diese Summen freigemacht werden sollen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD – Volker Schlotmann, SPD: Die Massen toben.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/343(neu) zur federführenden Beratung an den Verkehrsausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss zu überweisen. Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag bei Zustimmung durch die Fraktionen der SPD, CDU und Linkspartei.PDS sowie Gegenstimmen durch die Fraktionen der NPD und FDP angenommen.

Bevor wir zum Tagesordnungspunkt 21 kommen, möchte ich noch einmal auf den Tagesordnungspunkt 19 und die Rede von Herrn Pastörs zurückkommen. In seinen Ausführungen hat er Gesinnungstests unterstellt. Das beinhaltet sozusagen die Unterstellung einer Bespitzelung. Ich möchte Sie dringend auffordern, sich hier an der Würde des Hauses zu orientieren und solche Formulierungen künftig zu unterlassen. Ich sehe in diesem Fall von einem Ordnungsruf ab, aber ich denke, das ist hart an der Grenze dessen, was parlamentarisch üblich ist.

(Volker Schlotmann, SPD: Genau. Das nächste Mal schmeißen wir ihn raus.)

Meine Damen und Herren, ich rufe auf den **Tagesord-nungspunkt 21**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Verbot der Ausbringung von gentechnisch manipuliertem Saatgut, auf der Drucksache 5/348.

Antrag der Fraktion der NPD: Verbot der Ausbringung von gentechnisch manipuliertem Saatgut – Drucksache 5/348 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Borrmann.

Raimund Borrmann, NPD: Bürger des Landes! Wir Nationaldemokraten fordern:

- a) gesunde Nahrungsmittel, die Erhaltung unserer Lebensgrundlagen
- b) eine Politik der Entflechtung der großagrarischen Industriekonzerne, die aus den LPGen hervorgegangen sind und den Vorgaben der Brüssler Bürokratie entsprechen
- c) die Schaffung einer regional betriebenen arbeitsintensiven Landwirtschaft, die die Selbstbestimmung unseres Volkes garantiert, die ausschließliche Förderung der ökologischen Landwirtschaft und die Stärkung des Bauerntums

Ich möchte die Drucksache "Verbot der Ausbringung von gentechnisch manipuliertem Saatgut" wie folgt begründen:

- Die Frage der Gefahr der grünen oder roten Gentechnik ist zuerst eine Frage nach der Beherrschbarkeit der Technologien. Ist Gentechnik Wissenschaft?
- Die moderne Genetik zeichnet sich durch einen Doppelcharakter aus.
 - a) Sie ist als Gentechnik Wissenschaft und damit ein Mittel, einen vordefinierten Zweck zu erfüllen, etwa pestizidähnliche Substanzen in Lebewesen hervorzurufen oder Resistenzen gegen Herbizide zu bewirken,
 - b) als Gentechnik nicht Wissenschaft, weil sie bis heute keine gesicherten Erkenntnisse zu den komplexen Vorgängen besitzt

a1)

(Heiterkeit bei Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

im Organismus des gentechnisch veränderten Lebewesens oder

- a2) in der Wirkung dieser Organismen auf andere Lebewesen oder schließlich
- a3) in der Nachhaltigkeit der Wirkung auf Boden, Wasser und Atmosphäre.
- Dieser Doppelcharakter der Genetik gründet sich unter anderem auf dem gegenwärtigen technologischen Stand. Gentechnische Veränderungen von Organismen werden
 - a) durch Genkanone, das ist ein Einschuss von artfremden Gensequenzen in den Zellkern, oder
 - b) durch Geneinschleusung mittels Bakterien und Viren vorgenommen.

In beiden Fällen kann nicht exakt vorhergesagt werden.

a) in wie vielen Zellkernen die Veränderung eintritt,

(Zuruf von

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

- an welcher Stelle sich in den mutierten Zellkern die veränderten Gensequenzen wie oft eingepasst haben.
- c) welche Wechselwirkung besteht zwischen den benachbarten Gensequenzen und der verän-

- derten Gensequenz je nach Anlagerungsort der letzteren.
- d) ob die angelagerte veränderte Gensequenz eine dauerhafte Einbindung in die Erbsubstanz erfährt oder nicht schon nach wenigen Tochtergenerationen eliminiert wird.
- 4. Es stellt sich die Frage, warum es zur Verwendung von gentechnisch manipuliertem Saatgut in der Landwirtschaft gekommen ist, warum der Mensch sich zum Schöpfer neuer Lebewesen aufschwingen muss. Die Ursache liegt in den Konsequenzen der industriellen Landwirtschaft. Die ökonomische Vernichtung des klassischen Bauerntums beförderte durch den Einsatz neuer Maschinen auf größeren Flächen die Ausbringung von Monokulturen. Die erhöhte Nachfrage nach bestimmten Kulturen wie Raps oder Mais verhinderte eine ausgewogene Fruchtfolge und Fruchtverteilung. Dies ist ein idealer Nährboden für die explosionsartige Vermehrung von Schädlingen wie zum Beispiel dem Rapsglanzkäfer. Die Beseitigung der Kleinteiligkeit der Felder mit Hecken und Feldreihen zerstörte natürliche Lebensräume von Insektenvernichtern wie Vögeln und anderen Kleintieren oder die Behinderung der Bodenerosion. Den neuen Übeln der zunächst produktiveren Landwirtschaft suchte man mit chemischem Dünger, Pestiziden und Herbiziden beizukommen, da Menschen zum Unkrautjäten oder Raupen- und Käfersammeln nicht mehr eingesetzt wurden. Dies führte zu einer weitgehenden Abtötung der Bodenkulturen. Das ökologische Gleichgewicht wurde gestört. Irgendwann entwickelten sich die Organismenresistenzen und ließen sich nur noch mit Mitteln bekämpfen, die auch die Nutzpflanzen schädigten. Die industrielle Landwirtschaft stand vor der prinzipiellen Entscheidung, langfristig zu einer ökologischen Bewirtschaftung überzugehen oder auf noch radikalere Technologien zurückzugreifen, der Gene-
- 5. Die Vertreter der grünen Gentechnik versprechen, die Eigenschaften der Organismen wie nach einem Baukastenprinzip ändern zu können. Sie suchen unter Lebewesen nach Genen mit entsprechenden Eigenschaften wie Resistenz gegen bestimmte Chemikalien, Bildung bestimmter Substanzen, die Schädlinge bekämpfen, Veränderung des Ertrages oder Nährwertes, um bestimmte ökonomische oder ernährungsphysiologische Effekte zu nutzen, oder eine Kombination der vorgenannten Eigenschaften.
- Seit der Einführung von gentechnisch verändertem Saatgut im Jahre 1996 haben sich diese Versprechen nicht erfüllt.
 - a) Der geringere Pestizideinsatz durch Resistenzen von Pflanzen gegen bestimmte Totalherbizide hat nach wenigen Jahren sogenannte Superunkräuter hervorgebracht. Bei diesen Superunkräutern muss der Einsatz der Totalherbizide vervielfacht werden, was die Kosten erhöht.
 - b) Die Bildung von insektizidähnlichen Substanzen in Genpflanzen ist teilweise gescheitert, wie indische Baumwollbauern zu berichten wissen. Beim BT-Mais musste eine Belastung des Bodens mit organisch produzierten Insektengiften festgestellt werden. Nach mehreren Ernten dringen diese giftigen Substanzen in das Grundwasser

ein. Der Boden ist meist ohnehin schon biologisch tot. Auch der als Tierfutter eingesetzte BT-Mais ist ein Problem. Es ist wissenschaftlich nicht belegt, dass mehrere Kühe eines hessischen Bauernhofes nicht durch die Fütterung mit diesem Mais organisch so geschädigt wurden, dass sie an der Schädigung verstorben sind und der Rest der Herde wegen zahlreicher Organinsuffizienzen getötet werden musste.

- Bei der Ausbringung von gentechnisch verändertem Saatgut kann sich dieses mit anderen Pflanzen einkreuzen – durch Pollenflug, durch Insektenbestäubung, durch fehlerhafte Saatguttrennung, durch kriminelle Saatgutverbreitung.
- 8. Die theoretischen Folgen der Vermischung des Gensaatgutes mit herkömmlicher Saat sind:
 - a) dass der Vorgang unumkehrbar ist,
 - b) dass die Umwelt aus dem Gleichgewicht gebracht wird,
 - c) dass das Land keinen glaubwürdigen Anspruch mehr hat, mit Kampagnen wie "MV tut gut." zu werben.
 - d) dass das Land seine Zukunftsperspektive, den ökologischen Anbau, vernichtet,
 - e) dass die Menschen im Land den Glauben an die Sicherheit durch dieses politische System weiter verlieren.
- 9. Diese Folgen mögen für unser Land weitgehend noch a priori vorgebracht werden, sie sind in anderen Regionen bereits bittere Realität. Die Forschung kann eine Sicherheit nicht vollständig garantieren. Ich denke nur an die Ausbreitung der Varoamilbe in Deutschland oder an die Ausbreitung der Killerbienen von Brasilien aus. Gleichzeitig ist auch zu konstatieren der vielleicht allen bekannte Fall von Percy Schmeiser, dessen lebenslange Bemühungen um hochwertiges Saatgut zerstört wurden durch Monsanto-Raps.
- 10. Auch für artähnliche Organismen bestehen Gefahren. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich gentechnisch verändertes Erbmaterial auf diese Pflanzen überträgt und sie sich dann unerkannt und unkontrolliert ausbreiten mit unbekannten Eigenschaften.
- 11. Gentechnisch veränderte Pflanzen stellen eine Gefährdung für artfremde Organismen dar. Dies gilt zunächst für Nutztiere, die über Futtermittel gentechnisch veränderten Mais, Raps oder Soja zu sich nehmen. Aber auch Wildtiere wie Insekten oder das Jagdwild sind bedroht. In den USA beklagt man ein mysteriöses Sterben von Bienenvölkern gerade in Gebieten, in denen der Anbau von Gentechnikpflanzen besonders hoch ist.
- 12. Obwohl von den herrschenden Oligarchien in den formaldemokratischen Staaten immer wieder das Verbot von Versuchen an Menschen betont wird und die menschliche Gesundheit als das höchste Gut definiert wird, muss der unparteiische und unvoreingenommene Beobachter feststellen, dass die Anwendung der grünen Gentechnik der größte Feldversuch aller Zeiten am Menschen ist. Von der Gentechnikindustrie unabhängige Forschungs- und Langzeitstudien zu dieser Problematik sind nicht vorhanden.

- 13. Ein großes Gefahrenpotenzial geht auch von den verwendeten Pestiziden aus, die infolge der Bildung von Superunkräutern in erhöhter Menge und in Kombination mit anderen Toxiden Verwendung finden.
- 14. Eine Gentechnikindustrie kann nur bestehen, wenn das Rechtssystem Erkenntnisse, Techniken, Produkte in Form von Patenten schützt. Das Überleben dieser Unternehmen, die aus den Chemiekonzernen des agroindustriellen Zeitalters hervorgegangen sind, hängt davon ab, dass ihre Produkte nicht mehr als Eigentum verkauft werden, sondern als Besitz, als lehnsgleiches Gut, als Benefizium an Bauern, die ökonomisch den Charakter von Hintersassen annehmen. Die Bauern verlieren mit dem Eigentum am Saatgut auch de jure ihre Freiheit und werden in ein quasi feudales Produktionsverhältnis gedrängt.

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Die Transformation der Landwirtschaft im Zuge der Durchsetzung des Genanbaus in den USA, Südamerika und Asien ist Teil einer weltweiten Transformation unserer Gesellschaft in Richtung eines mobilen Feudalismus.

Ich danke.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache

Als Erster hat das Wort für die Fraktion der Linkspartei.PDS der Abgeordnete Professor Tack. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Dr. Fritz Tack, Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der hier vorgelegte Antrag zum Verbot der Ausbringung von gentechnisch manipuliertem Saatgut erreicht nicht die Qualität, die es rechtfertigten würde, dass sich dieses Hohe Haus damit beschäftigt.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS, Volker Schlotmann, SPD, und Ralf Grabow, FDP)

Qualität vorzulegen scheint auch nicht die Absicht der Verfasser zu sein, sonst hätten sie festgestellt, dass in einer offenen demokratischen Gesellschaft wie der unseren ein generelles Verbot der Anwendung von Saatgut von zugelassenen Sorten, auch von gentechnisch veränderten Pflanzen, nicht möglich ist und schon gar nicht durch die Landesregierung so etwas verfolgt werden kann.

(Beifall Volker Schlotmann, SPD – Michael Andrejewski, NPD: Die sollen ja gerade nicht zugelassen werden.)

Des Weiteren hat die Anwendung der angeführten Pflanzenschutzmittel ursächlich nichts mit gentechnisch verändertem Saatgut zu tun. Für die bezeichneten Mittel bestehen Anwendungsbegrenzungen. Ich verweise auf die Ausführungen des Landwirtschaftsministers heute Morgen in der Fragestunde. Im Übrigen, meine Herren, ist "Pflanzenschutzmittel" das korrekte deutsche Wort für die aus dem Englischen abgeleitete Sammelbezeichnung "Pestizid".

(Michael Andrejewski, NPD: Eher aus dem Lateinischen, nicht? – Heiterkeit bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Im konkreten Falle handelt es sich um Insektizide, die im Raps eingesetzt werden. Auch das hat der Landwirtschaftminister in der Fragestunde beantwortet. Ohne der Gentechnik das Wort reden zu wollen, ist hier zu sagen, dass gerade der Verzicht auf Pflanzenschutzmittel ein Argument für gentechnisch veränderte Pflanzen sein könnte.

(Beifall Hans Kreher, FDP)

Meine Damen und Herren, wir haben es wiederum mit einem Versuch der Fraktion der NPD zu tun, Aufmerksamkeit zu erheischen, ohne sich auch nur annährend in der Sache dienlich zu erweisen.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Es hilft auch keine pseudowissenschaftliche Aufzählung von vielen Punkten, ich glaube, es waren 18,

(Hans Kreher, FDP: 15.)

15 Punkte mit weiteren Untergliederungen, in der Antragsbegründung. Das sind nur rhetorische Tricks, die hier nichts zu suchen haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Ich empfehle dem Landtag, diesen Antrag abzulehnen, und verweise im Übrigen auf das Verfahren zum Thema der grünen Gentechnik, das von der Fraktion der Linkspartei.PDS eingebracht wurde und das in Kürze, nämlich am 26.04., mit einer öffentlichen Anhörung im Agrarausschuss weiterbearbeitet wird. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, Linkspartei.PDS, FDP und Werner Kuhn, CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Andrejewski. Bitte, Herr Abgeordneter.

Michael Andrejewski, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit dem Jahr 2006 ist in Deutschland erstmals die Aussaat von gentechnisch verändertem Mais auch außerhalb von Versuchsflächen erlaubt. Dies ist äußerst gefährlich für unsere Nahrung. Sobald die Aussaat von gentechnisch verändertem Saatgut stattfindet, werden durch Insekten und Pollenflug auch die natürlichen Felder kontaminiert und man kann genmanipulierten Lebewesen keine Reservate zuweisen, an die sie sich halten würden. Obwohl rund 80 Prozent der Deutschen genveränderte Nahrungsmittel ablehnen, bekommen sie diese letztlich dennoch auf den Teller. Wie das in einer Demokratie möglich ist, kann ich zwar nicht so ganz nachvollziehen, aber bitte schön, es ist so.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Gentechnik ist ein schwerwiegender Eingriff in die Natur, dessen Auswirkungen wir Menschen nicht überschauen können. Die aktuellen Forschungsergebnisse sollten uns endlich Warnung genug sein. So bekamen beispielsweise Ratten, die mit gentechnisch verseuchten Nahrungsmitteln gefüttert wurden, lebensgefährliche Erkrankungen. Genmais schädigte nachweislich die Leber dieser Ratten. Dennoch gibt es regelrecht neue Negativrekord-

meldungen bei gentechnischen Verunreinigungen zu melden. So sind beispielsweise im vergangenen Jahr weltweit 24 Fälle registriert worden, bei denen Genpflanzen gefunden wurden, wo man sie gar nicht ausgesät hatte und wo man sie gar nicht erwartet hatte. Eine böse Überraschung!

Dem Konzern Monsanto wurde vorgeworfen, er hätte Untersuchungen unterdrückt oder wichtige Untersuchungen gar nicht erst durchgeführt. Das dürfte die Ethik und die Haltung von Konzernen dieser Art illustrieren. Gerade in der Dritten Welt können die Staaten am eigenen Leibe spüren, was es heißt, wenn ein Saatgutkonzern den Anbau bestimmt. In diesem Zusammenhang sollte uns auch eine Studie aus Großbritannien zu denken geben. In dieser wurde erst kürzlich bewiesen, dass durch die unheilvolle Kombination von gentechnisch veränderten Pflanzen und den daraus resultierenden Pestizideinsätzen oder Schädlingspflanzen, Schädlingsvernichtungseinsätzen der natürlichen Vielfalt der letzte Raum geraubt wird.

Unsere Heimat ist in vielerlei Hinsicht zum Versuchsfeld geworden, sei es meist von niederländischen Unternehmern, die hier bei uns Mastfabriken für Schweine aufbauen, die in ihrer Heimat mittlerweile nicht mehr zugelassen werden, auch im Bereich des Anbaus der gentechnisch veränderten Pflanzen sind wir hier zum Versuchslabor geworden. Herr Minister Backhaus tönte zwar vollmundig gegenüber den Medien, all dies würde Arbeitsplätze schaffen, aber mal davon abgesehen, dass die Anzahl von Arbeitsplätzen gravierend gering ist, die durch den Anbau von Genpflanzen entsteht: Wie viele Arbeitsplätze werden denn im Umkehrschluss wieder vernichtet, wenn zum Beispiel ein ökologisch arbeitender Betrieb durch den Genanbau in seiner Existenz bedroht wird? Hier sollten wir zusätzlich berücksichtigen, dass der ökologische Landbau generell arbeitsintensiver ist.

Abschließend, da meine Redezeit abgelaufen ist, möchte ich sagen, ein Land, das genmanipulierte Lebewesen anbaut und das zulässt, kann sich nicht als Gesundheitsland definieren, genauso wenig wie ein Land, das den Schwerpunkt seiner Industrie auf Zigaretten-, Asbestund Alkoholherstellung setzen würde. Selbst hundert Schnapsfabriken sind nicht so gesundheitsgefährlich wie genmanipulierte Lebewesen und deswegen kann sich Mecklenburg-Vorpommern im Augenblick nicht Gesundheitsland nennen, sondern Gesundheitsrisikoland, solange diese genmanipulierten Pflanzen angebaut werden. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/348 zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um sein Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe. – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Damit ist bei Zustimmung durch die Fraktion der NPD, ansonsten Gegenstimmen durch die Fraktionen der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP der Antrag auf der Drucksache 5/348 abgelehnt.

Ich rufe damit auf den **Tagesordnungspunkt 23**: Beratung des Antrages der Fraktion der Linkspartei.PDS – Grundsätze für eine notwendige Reform der Erbschafts-

besteuerung, auf der Drucksache 5/345. Hierzu wurde zunächst ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/390 verteilt. Dieser Änderungsantrag wurde zwischenzeitlich von den Antragstellern zurückgezogen. Auf der Drucksache 5/391 liegt Ihnen nunmehr ein Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD vor, der den zurückgezogenen Änderungsantrag auf Drucksache 5/390 ersetzt.

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS: Grundsätze für eine notwendige Reform der Erbschaftsbesteuerung – Drucksache 5/345 –

Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD

- Drucksache 5/391 -

Das Wort zur Begründung des Antrages der Fraktion der Linkspartei.PDS hat die Abgeordnete Frau Gramkow. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Erbschaftssteuer, eine sogenannte Ländersteuer, sie hat sowohl fiskalische, also finanzielle, als auch umverteilende Funktionen. Aktuell jedoch ist die Erbschaftssteuer in dieser Hinsicht fast bedeutungslos geworden. So wurden im Jahr 2005 in Deutschland sage und schreibe 200 Milliarden Euro vererbt, aber darauf nur 4 Milliarden Euro Steuern gezahlt. Dies ist gerade mal ein Anteil am Gesamtaufkommen von 0,8 Prozent. Und die Ursache, sie liegt dafür auf der Hand und kommt nicht von der Linkspartei.PDS, sondern inzwischen sogar vom Verfassungsgericht, die Ursache ist die aktuelle Ausgestaltung der Erbschaftsbesteuerung. Schon aufgrund dieser Tatsache ergibt sich für uns das Erfordernis, einer grundlegenden Reform der Erbschaftsund Schenkungssteuer das Wort zu reden.

Darüber hinaus sehen wir, dass bei der gegenwärtigen Besteuerung von Erbschaften eine Reihe von Ungerechtigkeiten da sind, die es zu beheben gilt. Schauen wir uns die Bewertung der unterschiedlichen Vermögensarten an, so sind immer noch Grundbesitz und Betriebsvermögen privilegiert. Das Bundesverfassungsgericht hat bereits im Jahr 1995 das massive Missverhältnis bei der Bewertung von Grundvermögen einerseits und Geldvermögen andererseits kritisiert. Dieses Problem wurde aber bis heute nicht gelöst. Bis heute gibt es kein Verfahren der realitätsnahen Bewertung, wie das Verfassungsgericht feststellte.

Der Bundesfinanzhof hat die Ermittlung der steuerlichen Bemessungsgrundlage als Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz aus Artikel 3 Absatz 1 des Grundgesetzes kritisiert und diese Frage dem Verfassungsgericht zur Prüfung vorgelegt. Das Bundesverfassungsgericht hat mit Beschluss vom 7. November 2006 sozusagen der derzeitigen Erbschaftssteuer den Teppich unter den Füßen weggezogen und wesentliche Bewertungsregeln für verfassungswidrig erklärt.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

So wurde festgestellt, dass die bisherige Erhebung der Erbschaftssteuer an Werte anknüpft, deren Ermittlung bei wesentlichen Gruppen von Vermögensgegenständen, insbesondere beim Betriebsvermögen, bei Grundvermögen und bei Anteilen an Kapitalgesellschaften und land- und forstwirtschaftlichen Betrieben, den Anforderungen des Gleichheitsgrundsatzes nicht genügt. Und

das Bundesverfassungsgericht hat deshalb uns alle verpflichtet, spätestens bis zum 31. Dezember 2008 eine Neuregelung zu treffen.

Die Länder, und damit auch das Land Mecklenburg-Vorpommern, werden bei dieser Entscheidung im Bundesrat beteiligt sein und so ist es nur recht, über Grundsätze zu dieser Reform der Erbschaftssteuer nachzudenken oder auch zu entscheiden. Hier kann jedenfalls die Landesregierung ihren Einfluss geltend machen und sich für Regelungen zugunsten von mehr Steuergerechtigkeit und zugunsten von Mehreinnahmen für die Länderhaushalte einsetzen.

(Egbert Liskow, CDU: Es ist doch schon alles versteuert.)

Dazu gehört einerseits die realitätsnahe Bewertung aller Vermögensarten, um eine Gleichbehandlung zu erreichen, und dazu gehört andererseits, angemessene Freibeträge zu sichern, um unzumutbare Belastungen zu verhindern.

Die Linkspartei.PDS hat in ihrem Steuerkonzept dazu Vorschläge unterbreitet, wie zum Beispiel, den bisherigen Freibetrag für Betriebsvermögen von 256.000 Euro auf 1 Million Euro zu erhöhen. Damit könnten Belastungen für kleinere Betriebe vermieden werden.

(Udo Pastörs, NPD: Zu wenig.)

Und selbstverständlich müssen auch das selbst genutzte Eigentum, also "Omas Häuschen", und kleinere Vermögen außerhalb der Erbschaftssteuer bleiben.

Darüber hinaus sollte ein Beitrag zur Vereinfachung des Steuerrechts geleistet werden. Ich frage mich: Wozu brauchen wir im Erbschaftssteuerrecht sieben Tarifstufen? Hier könnte ich mir eine deutliche Reduzierung vorstellen. Aber auch die Steuerklassen, die sich hier nach dem Verwandtschaftsverhältnis richten, könnten doch eigentlich zusammengefasst werden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in Punkt 4 unseres Antrages fordern wir, die Steuersätze zu verändern. Damit meinen wir einerseits, in den unteren Stufen des steuerpflichtigen Erwerbs eine Entlastung vorzunehmen, und zwar da die Steuersätze zu senken, und andererseits muss der Höchststeuersatz im Vergleich zur bisherigen Regelung einfach früher greifen.

Und, Herr Liskow, wenn Sie vorhin gesagt haben, ist doch alles besteuert.

(Egbert Liskow, CDU: Ja.)

dann will ich mal sagen, wie es aktuell ist, und ich weiß wirklich nicht, ob wir das alle so wissen: Erst ab einem Erbe mit einem Volumen abzüglich der Freibeträge von über 25,5 Millionen Euro wird der Höchststeuersatz angesetzt, und zwar für die Summe über 25,5 Millionen Euro. Da beträgt er dann in Stufe 1 30 Prozent.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Hier sind wir der Meinung, das kann doch auf keinen Fall so bleiben und hier sollte sich endlich etwas bewegen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und Rudolf Borchert, SPD – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Ja.)

Und, meine Damen und Herren, die Bundesregierung, und ich werde das gleich sicherlich von den Kollegen der

FDP hören, sagt, wenn Betriebe vererbt werden, drohe der Ruin durch die Erbschaftssteuer.

(Ralf Grabow, FDP: Genau.)

Das gefährdet Arbeitsplätze.

(Ralf Grabow, FDP, und Michael Roolf, FDP: Genau.)

Es ist jedoch kein einziger Fall bekannt, meine Damen und Herren, bei dem ein Betrieb wegen der Erbschaftssteuer nicht fortgeführt werden konnte. Selbst Finanzminister Steinbrück hat dies als Antwort auf eine Kleine Anfrage meiner Bundestagsfraktion bestätigt. Er hat allerdings, das will ich zugeben, auch einen Einwand gemacht. Er hat nämlich geschrieben, man müsse die Erben trotzdem entlasten, weil sonst ihre Psyche belastet werde.

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Oh!)

So Herr Steinbrück.

(Rudolf Borchert, SPD: Das ist das Problem. Das ist wirklich das Problem. – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Das können wir aushalten. – Heiterkeit bei Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, in Frankreich, in Holland, in Japan und selbst in den USA muss für einen Betrieb im Wert von 4 Millionen Euro zwischen 15 bis 35 Prozent Erbschaftssteuer gezahlt werden.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Für die ist das ein Vergnügen, die machen das gerne.)

In Deutschland sind es knapp 4 Prozent.

(Rudolf Borchert, SPD: Das kann auch gestundet werden.)

Und wenn das so ist, dann müssten zumindest die Psychiater in den anderen Ländern Hochkonjunktur haben.

Nun gibt es Pläne, wonach die Erbschaftssteuer bei Fortführung des Betriebes jedes Jahr um zehn Prozent sinken soll. Summa summarum wäre das Erbe praktisch nach zehn Jahren steuerfrei. Voraussetzung soll der Erhalt von Arbeitsplätzen sein. Der Wirtschaft und vielen Politikerinnen und Politikern ist dies selbst nicht genug. Es geht also nicht um einen Joberhalt, sondern um blanke Steuergeschenke für die Firmenerben, wegen der Psychologie.

(Beifall Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Deshalb sind aus unserer Sicht solche Pläne, wie sie insbesondere vor dem Hintergrund der Unternehmenssteuerreform laufen, völlig unangebracht.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung sollte sich insbesondere schon deshalb in die Debatte um die Neuregelung der Erbschaftsbesteuerung einbringen, weil es sich um eine eigene Finanzierungsquelle auch unseres Landes handelt. In diesem Zusammenhang verweise ich auf Berechnungen des DIW. Die haben nachgewiesen, dass bei Änderung der Ermittlung der Bemessungsgrundlagen – und nur darum geht es – und bei Veränderung von Freibeträgen und Tarifen die Erbschaftssteuer insgesamt bis zu 10 Milliarden Euro einbringen könnte. Das ist mehr als das Doppelte des bisherigen Aufkommens. Und ich verweise auch darauf, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern über die Erbschaftssteuer bisher etwa 6 Millionen Euro jährlich einnimmt. Die Län-

der erzielen gegenwärtig mehr Einnahmen über die Kfz-Steuer als durch die Erbschaftssteuer. Diese sollte doch wieder von einer Bagatellsteuer zu einer Zukunftssteuer für die Länder werden.

Deshalb, meine Damen und Herren, haben wir es tatsächlich gewagt, einen Antrag zu stellen, der Grundsätze enthält, die so weich formuliert sind, dass sie eigentlich hilfreich sein müssten, um mehr Steuer- und Verteilungsgerechtigkeit für unser Land, für die Bürgerinnen und Bürger zu realisieren. Wir halten diesen Antrag für eine Chance, die Sie nutzen sollten, und hoffen insbesondere, dass Sie Ihrer Finanzministerin beim Kampf um die Reform der Erbschaftssteuer den Rücken stärken. Deshalb bitte ich um Zustimmung.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Sehr gut. Sehr gut hast du das gemacht, sehr gut.)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Frau Abgeordnete.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Guck mal, wie Frau Keler lächelt! Das ist in Ordnung. – Heiterkeit bei Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS, und Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erste hat ums Wort gebeten die Finanzministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern Frau Keler. Bitte schön, Frau Ministerin.

Ministerin Sigrid Keler: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Zu Recht ist in diesen Tagen viel von Nachhaltigkeit und Chancengerechtigkeit die Rede. Wir denken an die kommenden Generationen und bemühen uns, die drängenden gesellschaftlichen Probleme nicht auf unsere Kinder und Kindeskinder abzuwälzen.

(Vizepräsident Hans Kreher übernimmt den Vorsitz.)

Als Finanzpolitikerin habe ich dabei natürlich besonders die Situation der öffentlichen Haushalte im Auge. Aber Finanzpolitik kann mehr. Über das Steuersystem hat der Staat die Möglichkeit, regulierend in gesellschaftliche Entwicklungen einzugreifen. So kann er zum Beispiel durch hohe oder niedrige Steuern Zukunftsinvestitionen befördern, Familien unterstützen, das Konsumverhalten beeinflussen oder die Chancengerechtigkeit befördern. Für Letzteres kann die Erbschaftssteuer einen wichtigen Beitrag leisten. Ich bin davon überzeugt, dass diese Steuer zukünftig an Bedeutung wieder gewinnen wird.

(Beifall Rudolf Borchert, SPD, und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, Frau Gramkow hat es schon gesagt, seit das Bundesverfassungsgericht am 31. Januar 2007 festgestellt hat, dass das bestehende Recht nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist, haben wir das Thema Erbschaftssteuer wieder mehr in der Öffentlichkeit. Verfassungsrechtlich problematisch ist dabei jedoch nicht die Erbschaftssteuer an sich, sondern die unterschiedliche Bewertung der verschiedenen Vermögensarten. Diese Bewertungen haben zur Folge, dass

Erben von Betriebs- und Grundvermögen deutlich weniger Erbschaftssteuer zahlen als Bürger, denen Geld oder Wertpapiere hinterlassen werden.

Das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gemacht, dass für alle Vermögensarten annähernd gleiche Bewertungsmaßstäbe gelten müssen. Bis Ende 2008 ist auf der Grundlage des Beschlusses eine verfassungskonforme Neuregelung zu treffen. In einem ersten Schritt gilt es also, dafür zu sorgen, dass alle Erbschaften anhand realistischer Verkehrswerte besteuert werden. Damit schaffen wir einheitliche und transparente Bemessungsgrundlagen und erfüllen die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes. Die Länder haben hierzu eine Arbeitsgruppe gebildet. Mecklenburg-Vorpommern engagiert sich dort im Bereich der land- und forstwirtschaftlichen Vermögensfeststellung. Erste Vorschläge sollen bis zum Sommer vorliegen. Der Gesetzentwurf ist zum Ende des Jahres geplant.

Ist eine einheitliche Bemessungsgrundlage entwickelt, hat der Gesetzgeber aber auch weiterhin die Möglichkeit, einzelne Vermögensarten besserzustellen. Dies ist in zweierlei Hinsicht besonders wichtig:

Erstens wollen wir auch weiterhin, dass normale Erbschaften im engeren Familienkreis nicht stärker belastet werden als bisher.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Ein privat genutztes Einfamilienhaus muss auch in Zukunft steuerfrei vererbt werden können. Dies können wir, wie bisher auch, durch entsprechend angepasste Freibeträge sicherstellen.

Zweitens soll der Betriebsübergang im Erbfall insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen erleichtert werden. Die Erbschaftssteuer darf nicht zu Liquiditätsengpässen führen und sie muss Anreize zum Erhalt von Arbeitsplätzen bieten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und Udo Pastörs, NPD)

Ein Gesetzentwurf zur Erleichterung der Unternehmensnachfolge wurde noch vor der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts von der Bundesregierung vorgelegt. Die dort vorgesehene Arbeitsplatzklausel ist ein
wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Nur derjenige
Unternehmensnachfolger wird von der Erbschaftssteuer
freigestellt, der den Betrieb längere Zeit fortführt und die
Arbeitsplätze im bisherigen Umfang beibehält. Wir dürfen allerdings nicht übersehen, dass sich der Grad der
Begünstigung auch an der Stärke des Gemeinwohlinteresses orientieren muss.

(Beifall Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Sehr richtig.)

Eine Steuerbegünstigung ohne Arbeitsplatzklausel, wie es Teile der bayerischen CSU fordern, halte ich für verfassungswidrig und für ungerecht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Man wird allerdings den Gesetzentwurf zur Erleichterung der Unternehmensnachfolge vor dem Hintergrund des Verfassungsgerichtsurteils noch einmal überarbeiten müssen. (Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

Vor allem sollten nicht, wie von einigen Bundesländern geplant, die alten verfassungswidrigen Bewertungsgrundlagen übergangsweise und der Eile wegen erneut verwendet werden. Hier drohen übrigens Steuermindereinnahmen für das Land in Höhe von etwa 10 Millionen Euro. Außerdem könnte dies die Erbschaftssteuer in Gänze in Gefahr bringen. Hier dürfen wir nicht denselben Fehler machen wie 1996 bei der Vermögenssteuer.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren Abgeordnete, die Erbschaftssteuer ist eine der wenigen Steuerarten – auch das hat Frau Gramkow schon gesagt –, die ausschließlich den Ländern zusteht. Im Jahr 2006 lag das eigene Aufkommen bei knapp 7 Millionen Euro. Also große Vermögen sind hier leider nicht zu vererben. Bundesweit brachte sie etwa 3,8 Milliarden Euro. Das Land hat insgesamt 80 Millionen Euro eingenommen über den Länderfinanzausgleich. Aber – und das ist das, worauf ich hinweisen möchte – entgegen allen Prognosen ist die Erbschaftssteuer damit seit drei Jahren rückläufig, 2004 lag sie nämlich noch bei 4,3 Milliarden Euro, und das, obwohl die zu vererbenden Privatvermögen angestiegen sind. Schon dies zeigt, dass am System der Erbschaftssteuer etwas nicht stimmen kann.

(Rudolf Borchert, SPD: Sehr richtig.)

Wir sollten daher die notwendig gewordene Erbschaftssteuerreform zur Erhaltung und zur Stärkung unseres Steueraufkommens nutzen. Gerade vor dem Hintergrund der viel diskutierten finanzpolitischen Perspektive unseres Bundeslandes ist die Erbschaftssteuer als originäre Ländersteuer für uns von großer Bedeutung. Deshalb kann ich nur mit Kopfschütteln die Forderung nach einer Abschaffung der Erbschaftssteuer zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

wie sie beispielsweise Herr Dirk Niebel, der FDP-Generalsekretär, kürzlich vorgetragen hat. Dies ist schon verwunderlich, meine Damen und Herren, betonen doch die Liberalen eigentlich immer das Prinzip der Leistungsgesellschaft. Aber ist es denn leistungsgerecht, wenn jemand allein wegen eines ererbten Vermögens bevorteilt wird? Ist es gerecht, wenn wir das Arbeitseinkommen von Millionen Lohnempfängern besteuern, das Einkommen durch einen Erbfall aber nicht oder nur verschwindend gering?

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, überlegen Sie sich doch bitte Ihre Position zur Erbschaftssteuer,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Armin Jäger, CDU: Frau Ministerin, ich bin überrascht.)

denn ein internationaler Vergleich zeigt übrigens, ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das sind gemeinsame Vorstellungen, die wir entwickelt haben.)

Gut, dann freue ich mich umso mehr.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

... denn, meine Damen und Herren, ein internationaler Vergleich zeigt übrigens, dass Länder, mit denen wir uns sonst so gerne vergleichen, keine Schwierigkeiten haben, Erbschaften und Vermögen stärker zu besteuern. Nur, meine Damen und Herren, eine Rosinenpickerei kann es hier nicht geben. Wer niedrige Ertragssteuersätze wie in den USA, England, Spanien, Niederlanden oder Dänemark fordert, der muss auch deren Erbschaftssteueraufkommen akzeptieren,

(Rudolf Borchert, SPD: Richtig.)

das in allen Ländern in Relation zum BIP deutlich über dem deutschen liegt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich zum Abschluss noch einen anderen Blickwinkel anführen. Wenn ich an meine Familienfeiern in den 60er und 70er Jahren denke, dann saßen am Tisch meine Eltern, meine Großmutter und wir sechs Kinder. Wenn man sich heute solche Runden anschaut, sieht man meist ein einsames und behütetes Kind, das von Eltern, Großeltern, Tanten und Onkeln umsorgt wird,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das arme Kind, ja.)

denn das ist die Gesellschaft von heute und morgen. Viele ältere Menschen kommen auf wenige junge Menschen. Das heißt auch, viele ältere Menschen vererben an wenige junge Menschen. Gleichzeitig steigt das Privatvermögen, begünstigt Gott sei Dank durch eine lange Zeit des Friedens – meine Eltern konnten mir nichts vererben, wir waren Flüchtlinge –, aber es steigt auch die Ungleichverteilung dieses Vermögens. Am Ende erben wenige sehr viel und viele erben nichts.

(Raimund Borrmann, NPD: So ist es.)

Das ist nicht gut für eine Gesellschaft und auch deshalb brauchen wir die Erbschaftssteuer. Und ich hoffe, dass sie uns dann mit einem höheren Aufkommen als bisher zur Verfügung steht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Ministerin Keler.

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Lenz von der CDU.

Burkhard Lenz, CDU: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Dass eine Reform der Erbschaftssteuer notwendig ist, daran zweifelt vor dem Hintergrund des Urteils des Bundesverfassungsgerichtes vom November des letzten Jahres wohl niemand. Das Verfassungsgericht hat den Gesetzgeber aufgefordert, bis zum 1. Januar 2009 neue Regelungen zur Wertermittlung bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer zu treffen. Ziel der Steuerreform sollen vergleichbarere Maßstäbe für die unterschiedlichen Arten von vererbtem oder verschenktem Vermögen sein, so, wie Sie es gesagt haben, Frau Gramkow. Gleichzeitig hat das Gericht darauf verwiesen, dass der Gesetzgeber Sonderregelungen wie zum Beispiel Freibeträge und ähnliche Vergünstigungen gewähren kann.

In der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und SPD wurde bereits im November 2005 eine Reform der Erbschaftssteuer festgelegt.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Ja, die sollte schon gelten zum 01.01.2007.)

Ja, gute Sachen brauchen eine Weile.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Ach so.)

Schon damals wurden Kernpunkte der Anpassung des Erbschaftsrechtes vereinbart, die wesentliche Anforderungen des Gerichtes erfüllen.

Der von Ihnen, meine Damen und Herren der Linkspartei, vorgelegte Antrag erweckt den Eindruck, als seien Sie diejenigen, die sich allein für die soziale Gerechtigkeit einsetzen. Ich sage Ihnen aber: Was nützt uns Ihre soziale Gerechtigkeit, wenn keiner da ist, der sie eigentlich finanziert?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Es mangelt nicht an Geld in dieser Welt. – Unruhe bei Dr. Armin Jäger, CDU)

Nun zu Ihrem Antrag. Sie verweisen in Punkt 2 Ihres Antrages darauf, dass das durchschnittliche Gebrauchsvermögen beziehungsweise der normale Familienbesitz erbschaftssteuerlich verschont sowie eine Belastung von selbst genutztem Eigentum in kleineren Betriebsvermögen vermieden wird. Wie diese Begriffe definiert werden sollen, darüber schweigen Sie sich leider aus.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Gucken Sie mal ins Verfassungsgerichtsurteil!)

Klar ist doch, dass Begriffe wie "durchschnittliches Gebrauchsvermögen" oder "normaler Familienbesitz" entsprechend der sozialen Herkunft unterschiedlich definiert werden. Ich kann mir gut vorstellen, dass es auch innerhalb der Linkspartei.PDS unterschiedliche Auffassungen zu den Begrifflichkeiten gibt und dass Sie aus diesem Grunde ganz bewusst nicht konkreter geworden sind.

Die von Ihnen unter Punkt 3 geforderte Reduzierung von Tarifstufen führt weder zur Vereinfachung des Steuerrechts noch zu mehr Steuergerechtigkeit. Sie wollen mit Ihrem Antrag doch nur die Bemessungsgrundlage erhöhen, um mehr Steuern einzunehmen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Das hat mit Tarifstufen gar nichts zu tun.)

Ja doch, ein bisschen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: In welcher Hinsicht?)

Wenn Sie die Tarifstufen nach oben gehen – bis jetzt haben wir sieben, glaube ich, drei Steuerklassen mit sieben Tarifstufen –, wenn Sie die verändern …

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Ja, ich möchte die ganz gerne auf drei reduzieren.)

Tja

(Zuruf von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Unter Punkt 4 Ihres Antrages fordern Sie eine sozial gerechtere Besteuerung, die die unterste Stufe des steuerpflichtigen Erwerbs entlastet und dazu führt, dass der Höchststeuersatz zur geltenden Regelung früher greift.

Heute haben wir übrigens Freibeträge für Ehegatten von 307.000 Euro und für Kinder beziehungsweise Stiefkinder in der Steuerklasse I von 205.000 Euro. Nach Abzug des Freibetrages werden in der Steuerklasse I bis zu einem Betrag von 52.000 Euro 7 Prozent Erbschaftssteuer fällig. Der Höchststeuersatz, den hatten Sie vorhin erwähnt, wird mit 30 Prozent ab 25 Millionen Euro 25.556.000 Euro, glaube ich, erst fällig.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Exakt.)

Na sehen Sie.

Um die unterste Stufe zu entlasten, bedarf es aber einer drastischen Senkung der Grenze, ab der die Höchstbesteuerung greift. Diese von Ihnen jetzt angestrebte Grenze wird die Mittelschicht der Bevölkerung, also die Leistungsträger der Gesellschaft, besonders hart treffen.

Die unter Punkt 5 Ihres Antrages geplante Zurückstellung der Änderung zur leichteren Unternehmensnachfolge gefährdet die Sicherheit von Arbeitsplätzen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze nun wirklich. So hat die Große Koalition in Berlin festgelegt, ich zitiere noch einmal: "Für jedes Jahr der Unternehmensfortführung soll zum Erhalt der Arbeitsplätze die auf das übertragene Unternehmen entfallende Erbschaftsteuerschuld reduziert werden. Sie entfällt ganz, wenn das Unternehmen mindestens zehn Jahre nach Übernahme fortgeführt wird." Gerade bei uns hier in Mecklenburg-Vorpommern leiden viele Unternehmen immer noch an einer sehr niedrigen Eigenkapitaldecke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: So ist das, ja.)

Oft ist bei der beabsichtigten Übertragung des Unternehmens an einen Nachfolger aufgrund der steuerlichen Belastung nur noch der Verkauf möglich.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Aus diesem Grunde verzeichnen wir schon heute Schwierigkeiten bei der Unternehmensnachfolge.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. – Zuruf von Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Da passiert überhaupt nichts.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Man verkauft nicht nur im Erbfall.)

Ja, aber wenn ich nicht erben kann, weil ich nicht in der Lage bin, die Steuern zu zahlen, Frau Gramkow, ...

> (Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Bringen Sie mir bitte ein Beispiel. – Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Ich erzähle Ihnen das nachher.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Die Liste der Unternehmer in Mecklenburg-Vorpommern ist wahrscheinlich lang. – Heiterkeit bei Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS)

Also ich kann es aus der eigenen Familie berichten.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS – Heiterkeit bei Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Ach Sie sind einer von denen!) Nicht ich, nein, mein Bruder.

Also wenn es dazu gekommen wäre, dass man bei einer Betriebsübernahme nach dem Erbfall hätte Steuern zahlen müssen, hätte der Betrieb verkauft werden müssen und wir hätten 25 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze in unserer Region jetzt weniger.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich bin ganz froh, dass es so gelaufen ist, dass der Betrieb erhalten worden ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Da sollten Sie genau hinhören, ja.)

Er ist in den letzten Jahren von 14 auf 25 Arbeitsplätze expandiert. Und ich finde das gut.

(Zuruf von Rudolf Borchert, SPD)

Wäre das andersherum nicht möglich, dann wäre es nicht richtig gewesen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Zum Glück, ja.)

Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben einen Änderungsantrag erarbeitet, der die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes berücksichtigt. Aus diesem Grunde fordere ich Sie auf, meine Damen und Herren der Linkspartei.PDS, dem vorliegenden Änderungsantrag der Koalition zuzustimmen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, Rudolf Borchert, SPD, und Volker Schlotmann, SPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Abgeordneter Lenz.

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Roolf, zugleich Fraktionsvorsitzender der FDP.

(Zuruf von der CDU)

Michael Roolf, FDP: Nein, das dauert dann zu lange.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, genau.)

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Lenz, Respekt, dass Sie versucht haben, der PDS was zu erklären, was die gar nicht verstehen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Unruhe bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Das war sehr, sehr ambitioniert von Ihnen, es war okay. Denen geht es ja gar nicht darum, worüber wir hier eigentlich sprechen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Nein, nein! Nur Sie!)

Denen geht es darum, was hier zum Schluss draufsteht: "Erschließung von steuerlichen Mehreinnahmen konsequent ... nutzen". Darum geht es Ihnen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

Genau.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. – Zuruf von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Und wenn dann Frau Gramkow ganz charmant von Steuergerechtigkeit spricht, Frau Gramkow, dann ist die charmante Ausstrahlung mit Sicherheit richtig, aber unter Steuergerechtigkeit definieren Sie auch deutlich etwas anderes als der Großteil des Parlaments hier.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, offenbar. – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Das sagen Sie.)

Es geht in der Tat darum, dass wir dafür sorgen müssen, dass wir einheitliche Bemessungsgrundlagen für das Zuvererbende und Zuverschenkende gemeinsam erarbeiten wollen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Da sind wir, glaube ich, inhaltlich überhaupt nicht auseinander.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Aber man muss eines ganz klar zur Kenntnis nehmen, und das muss man sich auch mal vor Augen führen, nämlich dass 5 Prozent der Steuerzahler in diesem Land bereits heute 50 Prozent des gesamten Steueraufkommens bezahlen. 5 Prozent zahlen 50 Prozent des gesamten Steueraufkommens! Und das, wo wir auch beieinander sind – womöglich nicht ganz bei der PDS, aber ich gucke hier mal geradeaus –,

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU und Linkspartei.PDS – Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

ist, dass wir erreichen müssen, dass die Starken das leisten sollen, was sie leisten können, nämlich mehr, und dass die Schwachen nicht überfordert werden. Aber alles in einen Topf zu schmeißen – Vermögenssteuer, Erbschaftssteuer, Betriebssteuer –, all die Dinge zusammenzuschmeißen und zu sagen, wir gehen jetzt mal an einige ran und melken da noch mal ein bisschen mehr. – Die Kuh läuft Ihnen irgendwann weg, Herr Methling.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja. – Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Der Antrag lautet klar "Erbschaftsbesteuerung".)

Das wird nicht funktionieren und das haut nicht hin.

(Zuruf von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Aus diesem Grunde, meine Damen und Herren, ist der Antrag der Linkspartei.PDS in sich völlig verwirrt, würde ich mal sagen. Ich hoffe nicht, dass das unparlamentarisch ist.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nein. – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Ich glaube, doch.)

Der Heilungsversuch von Ihnen ist gut gemeint, aber, glaube ich, auch nicht zielführend.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Frau Gramkow ist nicht verwirrt.)

Lassen Sie uns das Ganze von der Tagesordnung nehmen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Er meint den Antrag.)

und den gesamten Antrag ablehnen. Ich glaube, das ist das Vernünftigste. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und FDP – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Das ist der Antrag von Frau Gramkow.)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Roolf.

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Borchert von der SPD.

(Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Rudolf Borchert, SPD: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS greift ein aktuelles Thema auf, das ganz offensichtlich auch heute Nachmittag noch ein reges Interesse hier findet, denn es ist ja wirklich so, dass spätestens seit 30. Januar dieses Jahres, seit das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Erbschaftssteuerrecht veröffentlicht ist, die aktuelle politische Diskussion täglich sehr intensiv läuft. Und insofern ist es auch gut, dass wir das hier heute im Landtag machen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Erbschaftssteuer ist eine Ländersteuer. Das haben wir schon gehört. Das heißt also praktisch, dass die alleinige Ertragshoheit bei uns liegt, durch unsere Finanzämter erhoben wird, aber die Gesetzgebungskompetenz liegt beim Bund. Und das ist manchmal nicht so ganz einfach. Das heißt, man braucht hier einen erheblichen Abstimmungsbedarf zwischen dem, der es bekommt, und dem, der es letztendlich gesetzlich regeln muss. Wir als Länder haben insgesamt in 2006 knappe 4 Milliarden Euro über die Erbschaftssteuer einnehmen können, speziell bei uns im Land circa 6 Millionen Euro. Und - das sagte die Ministerin schon, das wird oftmals übersehen - für uns ist natürlich sehr wichtig, was außerdem über den Länderfinanzausgleich reinkommt. Das sind auch noch mal fast 90 Millionen Euro, sodass wir immerhin hier mit rund 90 Millionen Euro für unseren Landeshaushalt über eine ganz beträchtliche Einnahme reden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Erbschaftssteuer hat eine interessante Geschichte. Sie ist wahrscheinlich überhaupt eine der ältesten Steuerarten. Es ging los in der fränkischen Zeit mit dem Erbschaftszehnt, im Mittelalter mit der Verwandtenabgabe, im 9. Jahrhundert bereits die sogenannte Besitzwechselabgabe, das Koalitionsgeld im 17./18. Jahrhundert und 1873 war es Preußen mit einem ersten technisch sauberen, zur damaligen Zeit modernen Erbschaftssteuergesetz. Es ging weiter mit dem Reichsgesetz von 1906 und dem Reichsbewertungsgesetz vom Oktober 1934. Und - ich komme an einen Punkt, da gibt es eine große Kontinuität - nach 1945 oder ab 1945 wurde die Steuer, die zwischenzeitlich, wie gesagt, eine Reichssteuer war, für ganz Deutschland wieder den Ländern übertragen, und das auch per Grundgesetz. So ist es auch heute noch, ab 1949 grundgesetzlich verankert und das im Grundkonsens, meine Damen und Herren der FDP, im Grundkonsens aller Demokraten, und zwar mit folgenden Zielsetzungen:

Erstens war damals den Müttern und Vätern des Grundgesetzes klar, ererbtes Vermögen wird als Quelle wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit betrachtet. Und was damals so war, das sollte auch heute noch gelten.

Zweites Grundprinzip: Erben von großen Vermögen sollen einen Beitrag zur Finanzierung von öffentlichen Aufgaben leisten.

Diese beiden Grundprinzipien führten praktisch 1949 im Grundkonsens aller Demokraten dazu, dass das Erbschaftssteuerrecht grundsätzlich verankert wurde, in dem Fall konkret als Ländersteuer. Und mein Appell ist, dass wir an diesem Grundkonsens festhalten sollten. Dafür gibt es wirklich gute Gründe. Ich werde auf den einen oder anderen Punkt anschließend auch noch eingehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, vordringliche Aufgabe ist es natürlich zurzeit, die Vorgaben des jüngsten Urteils zum Erbschaftssteuerrecht durch das Bundesverfassungsgericht umzusetzen. Hier wurde schon viel erklärt, aber dem Wesen nach kann man es eigentlich in einem Satz machen, was uns hier das Verfassungsgericht ins Stammbuch geschrieben hat: Es geht im Wesentlichen um die Schaffung einer einheitlichen, auf den tatsächlichen Verkehrswert abstellende Bewertungsgrundlage aller Vermögensarten, die Gleichbehandlung aller Vermögensarten. Das ist letztendlich das, was uns das Bundesverfassungsgericht ins Stammbuch geschrieben hat.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Ja.)

Fehlende Transparenz und vor allen Dingen natürlich auch Ungerechtigkeiten, ungerechte Vergünstigungen von bestimmten Vermögensarten sind praktisch der Hauptkritikpunkt. Und es geht hier nicht nur um Ungerechtigkeit, es geht letztendlich auch um Einnahmeverluste aufgrund dieser Ungerechtigkeiten.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: So ist es. Richtig.)

"Schlupflöcher" ist das hinlängliche Wort, was sich vor allen Dingen auf Betriebsvermögen bezieht, auf Immobilien und natürlich auch auf Landwirtschaftsbetriebe. Denn wie ist das zu erklären, wie kann das sein, dass im Gegensatz zu privatem Geldvermögen Immobilien eben nicht nach dem Verkehrswert bewertet werden, sondern teilweise nach Bewertungen aus den 30er Jahren? Dass diese Immobilien inzwischen einen anderen Wert haben, das müsste längst bekannt sein. Das hat nun wirklich nichts mit Neiddebatte zu tun, das hat einfach nur was mit Gerechtigkeit zu tun.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es kommt in den nächsten Monaten, wie ich finde, parteiübergreifend aus Länderinteresse darauf an, dass wir uns schnellstmöglich verständigen bezüglich der neuen Bewertungsgrundlagen. Das ist der erste Schritt. Darauf aufbauend, wenn das klar ist, müssen selbstverständlich auch die Steuersätze und die Freibeträge – das sind die beiden weiteren Steuerungselemente – angepasst werden. Das kann auch nicht so bleiben, wie es ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Gericht hat uns einen Termin gesetzt, spätestens zum 31.12.2008. Und ich sage an dieser Stelle ganz deutlich: Wir müssen es schaffen – als Gesetzgeber ist da der Bund gefragt, aber auch wir als Länder in unserem ureigensten Interesse –, dass wir diesen Termin halten. Ein Wegfall der Erbschaftssteuer, so, wie es bei der privaten Vermögenssteuer passierte, das wäre eine wirkliche Katastrophe für unser Land und das darf auf keinen Fall passieren. Insofern mein Appell: Alle sollten daran mitwirken, diesen Grundkonsens der demokratischen Parteien auch über

diese Hürde, die wir jetzt zugegebenermaßen haben, aufzubringen, und das in guter Qualität!

Meine sehr geehrten Damen und Herren, an dieser Stelle aus meiner Sicht noch mal die Erwartungen meinerseits an eine verfassungskonforme Umsetzung dieses Urteils einer Erbschaftssteuerreform unter den Maßgaben des Gerichtsurteils:

Das Erste – auch wenn es eine Selbstverständlichkeit ist, möchte ich es doch noch einmal nennen – ist die fristgerechte Umsetzung der aufgrund des Verfassungsgerichtsurteils notwendig gewordenen Änderungen. Das ist gesetzt, das ist klar.

Zweitens geht es um die Sicherstellung der Schonung kleiner Erbschaften. Das wurde hier schon genannt. Da kommt immer der Begriff "Omas Häuschen". Jeder weiß, was damit gemeint ist, dass also die notwendigen Veränderungen der Bewertungsgrundsätze durch angemessene Freibeträge so gestaltet werden müssen, dass diese Erbschaften praktisch auch weiterhin freigestellt sind.

Drittens, die Herstellung eines einfachen und transparenten Erbschaftssteuersystems. Ob das nun mit der Reduzierung der Steuersätze wirklich hinzukriegen ist, wage ich infrage zu stellen.

Viertens, die Vermeidung von Liquiditätsengpässen bei der Weitergabe von Unternehmen zur Sicherung von Arbeitsplätzen.

An dieser Stelle, Herr Lenz, nur eine Information. Wir haben natürlich auch im Finanzministerium und in den Finanzämtern gefragt, ob es denn in den letzten Jahren überhaupt einen belegbaren Fall gab, dass bei der Übergabe eines Unternehmens aufgrund der Erbschaftssteuerzahlung das Unternehmen gefährdet war beziehungsweise Arbeitsplätze verloren gingen. Nach unseren Recherchen ist kein Fall bekannt. Nach unseren Recherchen ist auch kein ...

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, weil sie ausweichen.)

Ich spreche von Erbschaftssteuer.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, sie weichen aus.)

Moment, Moment!

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Michael Roolf, FDP)

Lassen Sie mich doch bitte aussprechen.

(Zuruf von Werner Kuhn, CDU)

Es ist nach unseren Recherchen auch nicht bekannt, dass es generell in den letzten Jahren Anträge gab, überhaupt die zehn Jahre Stundung in Anspruch zu nehmen, was notwendigerweise auch begründet werden muss. Ich möchte Ihnen einfach nur anbieten, dass wir mal Informationen austauschen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ja.)

Damit habe ich kein Problem.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Die Unternehmen weichen aus.)

Wir haben natürlich auch recherchiert, weil uns klar ist, welche Verantwortung wir hier haben bezüglich der Unternehmensnachfolge und der Sicherung von Arbeitsplätzen.

(Beifall Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Jawohl, lasst Fakten sprechen!)

Und als letzten ...

Vizepräsident Hans Kreher: Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Roolf? (keine Zustimmung)

Rudolf Borchert, SPD: Und als letzten Punkt, und das ist natürlich besonders wichtig, da kann ich als Finanzpolitiker keine andere Position haben: Selbstverständlich erwarte ich auch von der Erbschaftssteuerreform eine deutliche Erhöhung des Erbschaftssteueraufkommens insgesamt.

(Toralf Schnur, FDP: Genau. Genau das ist es.)

Selbstverständlich erwarte ich das.

(Toralf Schnur, FDP: Immer ran!)

Na selbstverständlich.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Ich weiß gar nicht, worin die Aufregung besteht. Wenn Finanzpolitiker kein Interesse haben, die Einnahmeseite zu stärken, weiß ich nicht, was das für Finanzpolitiker sein sollen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS – Heiterkeit bei Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Ja. – Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Muss ich mich etwa dafür entschuldigen, wenn ich mich dafür einsetze, dass die öffentlichen Haushalte eine vernünftige Einnahmeseite haben?

> (Unruhe bei Abgeordneten der CDU und FDP – Heike Polzin, SPD: Richtig. – Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Das kann ja wohl nicht wahr sein!

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wir können gleich die Emotionen wieder runterfahren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte an dieser Stelle auch deutlich die Frage beantworten, wie ich mir das vorstelle. Wie ist eine deutliche Erhöhung des Erbschaftssteueraufkommens möglich? Als Erstes nehmen wir zur Kenntnis, dass Erbschaften in Deutschland stark zugenommen haben. Es gibt neueste Berechnungen bezüglich des Erbschaftssteueraufkommens in den nächsten zehn Jahren, die davon ausgehen, dass wir insgesamt in den nächsten zehn Jahren in Deutschland eine Vererbung haben von sage und schreibe 2,3 Billionen.

(Toralf Schnur, FDP: Aber jemand muss doch arbeiten können.)

2,3 Billionen Euro! In einem Jahr etwa 200 Milliarden Euro!

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Also wissen Sie, auch wenn Sie das noch zehnmal wiederholen oder lauter und so weiter, wird es nicht neuer.

(Toralf Schnur, FDP: Deswegen wird es aber auch nicht falscher.)

Der Erneuerungswert Ihres Zwischenrufes ist wenig ertragreich,

(Zurufe von Egbert Liskow, CDU, und Toralf Schnur, FDP)

würde ich als Finanzer sagen.

(Marc Reinhardt, CDU: Auf Zuhören schalten!)

Von den 200 Milliarden Euro werden zurzeit, wie gesagt, etwa 4 Milliarden besteuert. Und jetzt kommt es: Gleichzeitig zur Entwicklung des Erbschaftsaufkommens von 2,3 Billionen Euro haben wir eine Zunahme – und das ist ja durchaus positiv – von circa 65 Prozent auf das Bruttovermögen in Richtung des Vermögens von privaten Haushalten. Insgesamt geht es da um 10 Millionen Euro.

Was will ich damit sagen?

Deutschland ist Gott sei Dank ein sehr reiches Land, und darüber sollten wir froh sein. Damit ist klar, dass wir in den nächsten Jahren mehr Vermögen vererben, und demzufolge ist es logisch, dass davon auch mehr ankommen müsste. Und ich bin genauso wie die Finanzministerin überrascht, dass sich das so widerspiegelt in der Entwicklung, denn wir haben in letzten drei Jahren eine abflachende Einnahme bei der Erbschaftssteuer.

Zweitens begrüße ich das Verfassungsgerichtsurteil ausdrücklich, weil wir eben durch die neuen Bewertungsgrundlagen, die wir bekommen werden, selbstverständlich durch die gleichmäßige Besteuerung aller Vermögensarten eine Riesenchance haben, dass sich insgesamt das Erbschaftssteueraufkommen erhöhen wird. Das liegt in der Natur der Sache. Wenn ich Immobilien nach dem Verkehrswert berechne, werde ich dort erhebliche Mehreinnahmen haben.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Und drittens, dazu stehe ich selbstverständlich auch, ist natürlich bei Berücksichtigung von ausreichenden Freibeträgen zu prüfen, inwieweit die Steuersätze für größere Erbschaften möglicherweise verändert werden im Sinne von Erhöhungen. Auch das steht logischerweise auf dem Prüfstand und ich halte das auch für gerecht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es fehlen zurzeit aktuelle Modellrechnungen - diese fehlen, das ist noch nicht möglich gewesen in der Kürze der Zeit -, die man bezogen auf das Verfassungsgerichtsurteil abchecken könnte, was demnächst möglich wäre. Auch wenn ich eine konservative Berechnung bei konsequenter Beachtung der Spielräume, die wir durch das Urteil haben, unterstelle, wäre eine Verdopplung der 4 Milliarden auf 8 Milliarden Euro durchaus denkbar, auch bei Berücksichtigung der Freibeträge, dieses natürlich nur, wenn wir uns an internationalen Maßstäben orientieren. Deutschland besteuert anteilig am BIP das Erbschaftsgesamtvermögen mit 0,18 Prozent, Großbritannien mit 0,26 Prozent, Schweiz ebenso, USA 0,24 Prozent, Frankreich 0,56 Prozent, Niederlande 0,34 Prozent. Das heißt, wir liegen im internationalen Maßstab noch kurz vor Österreich, die bei 0,8 Prozent liegen. Alle anderen liegen höher. Man kann durchaus feststellen, Deutschland ist eine Steueroase für Erben.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FDP)

Im internationalen Maßstab, wenn Sie sich die Zahlen angucken, wenn Sie die Fakten ernst nehmen, kommen Sie zu keiner anderen Schlussfolgerung.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Ich sprach von einer Steuer für Erben. Wir sprechen beim Antrag über Erbschaftssteueraufkommen.

(Zuruf von Michael Roolf, FDP)

Herr Roolf, das waren die Zahlen, die international absolut unstrittig sind,

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Das will Herr Roolf nicht wahrhaben.)

wenn man das Erbschaftssteueraufkommen im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt im Ländervergleich betrachtet. Ich weiß nicht, warum Sie hier im Karree springen, wenn ich absolut gängige sachgerechte internationale Daten bringe, die völlig unstrittig sind,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

egal ob man dafür oder dagegen ist. Ich weiß nicht, auf welches Niveau wir uns hier begeben.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme am Ende meiner Ausführungen zum Antrag der Linkspartei.PDS beziehungsweise in dem Zusammenhang natürlich zu unserem Änderungsantrag. Ich möchte deutlich sagen, dass wir uns selbstverständlich beim Änderungsantrag an den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtsurteils orientiert haben und insofern zum Beispiel im Punkt 1 der Meinung waren, dass es sachgerechter ist, darauf direkt abzuheben.

In Punkt 2, glaube ich, haben wir durch unseren Änderungsantrag deutlich gemacht, dass es uns ebenso um die Schonung von kleineren und mittleren Vermögen geht sowie um die Sicherung von Arbeitsplätzen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Da steht leider was anderes. – Zuruf von Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

Insofern ist das praktisch auch sinngemäß – das ist eine Interpretationsfrage –, aus unserer Sicht zumindest, berücksichtigt worden.

Beim Punkt 3 allerdings, das hat Herr Lenz schon deutlich gesagt, haben wir eine andere Auffassung. Es ist uns – vor allem zum jetzigen Zeitpunkt – überhaupt nicht klar, welche Wirkung zum Beispiel eine Reduzierung der Steuertarifgruppen und der Steuerklassen bedeuten würde. Da wäre es aus meiner Sicht wichtiger, erst einmal die Gesamtkonstruktion abzuwarten, um das dann möglicherweise noch ins Auge zu fassen. Ob es dann drei sind oder sechs, das ist heute viel zu früh, um es zu bewerten.

Vizepräsident Hans Kreher: Herr Abgeordneter Borchert, ich bitte Sie, zum Schluss zu kommen.

Rudolf Borchert, SPD: Ja, ich bin so gut wie durch.

Beim Punkt 4 bleibt mir nur übrig zu sagen, ich verweise auf die Punkte 2 und 6 unseres Änderungsantrages. Sie sind damit auch abgedeckt.

Zum Punkt 5 – Unternehmensnachfolge – haben wir schon einiges klargestellt, wie wir das hier sehen, wobei

ich bemerken möchte, wir alle werden damit rechnen müssen, dass der jetzige Gesetzentwurf kritisch überprüft wird unter dem Gesichtspunkt des Verfassungsgerichtsurteils. Das geht, wenn überhaupt, nur mit der Kopplung an Arbeitsplätze. Ob es dann möglich ist, zwischen privatem Vertriebsvermögen und Vermögen, das nur der Produktion dient, zu unterscheiden, das muss natürlich von Verfassungrechtlern wirklich noch einmal bewertet werden.

Zum Punkt 6. Ich glaube, beim Punkt 6 eint es uns dann wieder fast alle. Da geht es darum, dass man die Möglichkeiten auch nutzt, um zu einem höheren Erbschaftssteueraufkommen insgesamt zu kommen im Rahmen dessen, was uns das Bundesverfassungsgericht als Spielraum gegeben hat.

Insofern bitte ich um Zustimmung für den Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen.

Vizepräsident Hans Kreher: Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist beendet.

Rudolf Borchert, SPD: Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Meine Damen und Herren, es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Pastörs von der NPD.

Udo Pastörs, NPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der Linkspartei.PDS zeigt deutlich die Gefangenheit der Ex-SED-Leute im Gestern. Eine Klassenkampfmentalität ist jedoch völlig untauglich bei der erforderlich werdenden Neugestaltung des Erbschaftssteuerrechts. Wer die Realität des Wirtschaftslebens kennt, weiß, dass der Mittelstand zwischen betrieblichem und privatem Vermögen kaum praxistauglich trennen kann. Und wer die Erbschaftssteuer erhöhen will, vergisst, dass man alles, was man am Ende seines Lebens an seine Kinder und Enkelkinder vererben möchte, im Laufe dieses Lebens bereits x-mal versteuert hat. Sie von der Linkspartei.PDS sind gut beraten, sich intensiver mit den komplexen Zusammenhängen von Erbschaftssteuer und betriebswirtschaftlichen Auswirkungen zu beschäftigen,

> (Heiterkeit bei Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Das wollen Sie mir erzählen?!)

Auswirkungen sowohl für die Erben eines Unternehmens als auch für die Arbeitnehmer, die dort ihr Brot finden.

Wenn ich in der Begründung Ihres Antrages zum Beispiel lese, dass Sie das Grundvermögen landwirtschaftlicher Betriebe höher besteuert wissen wollen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Das sagt das Verfassungsgericht.)

dann kann ich nur sagen, Sie wissen gar nicht, wovon Sie reden.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Da gibt's ein Gerichtsurteil.)

Beschäftigen Sie sich doch einmal mit den Sorgen eines Landwirts, der nach jahrzehntelanger Abtragung seiner Bankschulden den Betrieb – sagen wir einmal, 500 Hektar – an seinen Sohn weitergeben will! Berücksichtigen Sie, dass dieser Mann nicht nur sein Können, sondern auch die Bereitschaft, große Risiken einzugehen, nicht gescheut hat! Bedenken Sie auch noch, dass gerade auf diesem Wirtschaftssektor ein Überleben ohne Subventionen des Staates bereits unmöglich ist! So kann man schon an diesem simplen Beispiel feststellen, auf welchen Pfaden Sie wandeln.

Gott sei Dank hat das Bundeskabinett am 4. Mai 2005 dem Entwurf eines Gesetzes zur Sicherung der Unternehmensnachfolge zugestimmt. Die in diesem Gesetz gemachten Regelungen finden die ungeteilte Zustimmung der NPD-Fraktion, weil hier nämlich die Vernunft regierte und nicht marxistisch-leninistische Denkansätze.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Zurufe von Rudolf Borchert, SPD, und Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Was Sie von der PDS hier vortragen, ist Denken in Kategorien des Neids der ewig Gestrigen. Es ist Zeit, dass der Neidgesellschaft eine neue Anerkennungskultur entgegengesetzt wird, Anerkennung dafür, dass jemand seine Fähigkeiten gepaart mit Risikobereitschaft und Zielstrebigkeit einsetzt, um Werte zu schaffen, die erst Voraussetzung dafür sind, etwas verteilen zu können.

Glauben Sie mir, meine sehr verehrten Damen und Herren von der PDS, ein erarbeitetes Betriebsvermögen ist möglichst da zu belassen, wo es seine Produktivkräfte am besten entfalten kann, nämlich in den Händen tüchtiger Unternehmer in unserem Lande. Das Abschöpfen durch den Staat sollte sich tunlichst auf die Besteuerung von Gewinnen beschränken. Eigenkapital aufzehrende Belastungen wie die Erbschaftssteuer sind auf ein Minimum zu begrenzen – also nicht abzuschaffen, sondern auf ein Minimum zu begrenzen.

Wer diese Vermögensart im Erbschaftssteuerrecht mit frei vererbten großen privaten Geldvermögen gleichstellen will, hat nichts begriffen. Der Substanz besteuernden Gewerbesteuer noch eine ebenfalls Substanz besteuernde Erbschaftssteuererhöhung hinzuzufügen, kann keiner, der das kleine Einmaleins der Wirtschaft begriffen hat, befürworten. Wir brauchen Unternehmen mit guter Eigenkapitalausstattung und keinen Klassenkampf, denn nur dies versetzt den Mittelstand in die Lage, gut bezahlte sichere Arbeitsplätze langfristig zur Verfügung zu stellen. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Das Wort hat jetzt Frau Gramkow von der Linkspartei.PDS.

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Fraktionsvorsitzender von der FDP! Denen muss man nichts erklären und die sagen ziemlich genau, was sie denken, und auch ziemlich klar, genau wie Sie. Deshalb sage ich Ihnen, Herr Lenz, wenn Sie ein Beispiel haben, das zur Debatte steht, auch durch Zwischenruf der Kollegen der FDP, bin ich sehr daran interessiert.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Geben wir Ihnen.)

und ich korrigiere mich gern, wenn es das gibt. Ich würde auch dafür sorgen, dass dann der Finanzminister des Bundes uns in einer Kleinen Anfrage nicht Unwahrheiten sagt. Ich bin bereit, darüber zu reden. Aber darum geht es doch eigentlich gar nicht. Es geht nicht um eine Neiddebatte.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Wenn man das ernsthaft betrachtet, worum es hier geht, dann kann man gar nicht von Neid reden. Sie haben die Argumente selbst geliefert. Wenn man sich heute anguckt, wie das Steueraufkommen zustande kommt, dann wissen wir, dass das Gros derer, die Steuern zahlen, die Arbeiter, die Angestellten und so weiter sind und eben nicht Steuern auf Vermögen, schon gar nicht auf Betriebsvermögen, auch nicht Körperschaftssteuer, die radikal reduziert worden ist, das Gesamtvermögen sind. Und dann sage ich Ihnen auch, ich kenne eine Steuerpolitik, das gebe ich zu, die ich in 17 Jahren aus einer anderen Richtung her lernen musste, und ich fand sie sehr interessant. Da gab es eine Zeit, in der an der Regierung keine SPD und schon gar keine Linkspartei beteiligt waren. Es gab eine Vermögenssteuer, es gab einen Spitzensteuersatz von 53 Prozent und daran war die FDP

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Deshalb meine ich, wenn da jemand sagt, Leute, wir haben Ungerechtigkeiten, und Sie werfen in der Debatte ein, es geht hier darum, die Tarife zu erhöhen, nein, das Verfassungsgericht hat einfach gesagt, die Bemessungsgrundlage stimmt nicht, es muss nach Verkehrswert bemessen werden, das müssen wir ändern.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Da gab es den Einwurf, man könnte das über die Tarife machen.

(Der Abgeordnete Michael Roolf bittet um das Wort für eine Anfrage.)

Ich will auch noch einmal sagen, zehn Prozent ...

Vizepräsident Hans Kreher: Frau Gramkow, gestatten Sie ...

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Bitte im Anschluss an meine Rede.

... der Haushalte, und zwar aller Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland, erben mehr als 250.000 Euro. Zehn Prozent! Der Rest, die ganzen 4,4 Billionen Euro sind im Prinzip in anderen Händen. Wenn wir da von Erbschaftssteuer reden und wenn Sie sich die Freibeträge anschauen und wenn Sie sich anschauen, was wir an Freibeträgen neu vorgeschlagen haben, auch für betriebliches Vermögen – die Mühe müssen Sie sich machen –, dann werden Sie sehen, dass eine Neiddebatte ungerechtfertigt ist in diesem Zusammenhang. Damit wird man auch keinen Blumentopf erben.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Zurufe von Werner Kuhn, CDU, und Toralf Schnur, FDP)

Erbschaften, und das verstehe ich so ganz wenig bei der FDP, sind eigentlich eine ideale Einnahmequelle, weil ...

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Ja natürlich, es ist ein Zugewinn, völlig leistungsfrei und einzig und allein von dem Glück und dem Zufall ...

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD und CDU – Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Ich rede vom Erben oder der Erbin.

(Zuruf von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

... der Geburt in der entsprechenden Familie bestimmt.

(Zuruf von Udo Pastörs, NPD)

Ich weiß nicht, was Sie erben. Ich erbe, wenn ich erben würde, vielleicht von meinen Eltern und meiner Familie. Deshalb ist es auch Zufall und Zugewinn,

(Vincent Kokert, CDU: Dafür haben Sie nichts getan.)

dem vom eigenen Erbe keine Leistungsbereitschaft entgegensteht.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Da können Sie sagen, Sie schaffen es ab. Ich sage, lassen Sie uns darüber reden, dass die Erbschaftssteuer heraufgesetzt wird, dass die Freibeträge überprüft werden, sodass kleine und mittlere Erben nicht belastet werden, aber, das sage ich klar, die großen. Ich habe zur Kenntnis genommen – eigentlich bin ich sehr froh darüber –, dass es bei uns unterschiedliche Auffassungen zur Frage, wohin sich die Erbschaftssteuer entwickeln soll, gibt.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Sie, meine Damen und Herren von SPD und CDU, wollen die Erbschaftssteuer nicht realitätsnah erheben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Doch, doch!)

Sie streichen das aus unserem Antrag heraus. Ich frage Sie: Heißt das nicht nach dem Verkehrswert? Sie wollen in Ihrem Änderungsantrag, das steht im Punkt 2, keine nachhaltige Erhöhung der Erbschaftssteuer auf Privatvermögen

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, natürlich nicht.)

und die betrieblichen Vermögen am liebsten gar nicht besteuern. Sie wollen keine Vereinfachung von Tarifstufen und keine Veränderung der Steuersätze. Sie wollen die Unternehmen bei Betriebsübergang von der Erbschaftssteuer befreien, obwohl diese vielleicht im Einzelfall nicht notwendig ist. Sie wollen eine Minimalvariante – ich habe den Änderungsantrag, das können Sie mir glauben, sehr gut gelesen –,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Wir haben doch darüber diskutiert, ja.)

die ich nicht für zeitgemäß halte, die auch keine Unterstützung für die Landesregierung im schweren Kampf der Steuerauseinandersetzung ist, und deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Na gut.)

Vizepräsident Hans Kreher: Ja gut, es ist noch Zeit. Normalerweise hatten wir im Ältestenrat beschlossen, nicht mehr nach der Rede zu fragen, aber da das noch in der Zeit liegt, lasse ich das zu.

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Ich denke, das darf ich.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Sie hat es zugestanden.)

Vizepräsident Hans Kreher: Nein, dazu hatte der Ältestenrat etwas gesagt.

Michael Roolf, FDP: Sehr geehrte Frau Gramkow! Es geht um das Betriebsvermögen und Sie reden sehr viel von Verkehrswert. Ich möchte gern Ihre Meinung wissen, was gerecht und richtig ist. Wenn ein Unternehmen vererbt wird, es ein Wertgutachten gibt für einen Preis von 100.000 Euro, die Bank aber sagt, dieser Gegenstand ist nur 30.000 Euro wert, weil er ihn nur mit 30.000 Euro besichert, was ist dann der Wert dieses Gegenstandes? Die 100.000 Euro, die fiktiv in einem Wertgutachten stehen, oder die 30 Prozent, die die Bank benennt,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und FDP – Toralf Schnur, FDP: Genauso ist es.)

weil es nur dafür einen wirklich Dritten gibt, der auch bereit ist, das auszugeben? Was ist Ihre Wertgrenze?

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Ich denke, das ist genau die Frage, die ermittelt wird.

(Toralf Schnur, FDP: Genau das ist die Frage.)

Frau Finanzministerin hat darauf hingewiesen. Ich habe ja auch nicht gesagt, was ich hier beantragt habe.

(Volker Schlotmann, SPD: Hallo, Herr Roolf, stehen bleiben, stehen bleiben! – Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Stehen bleiben!)

Wir haben die Situation, dass die Wertgrenze geändert werden muss. Die Finanzministerin hat gesagt, es gibt die Arbeitsgruppen, die jetzt nach dem Verfassungsgerichtsurteil möglichst auf der Bemessungsgrundlage arbeiten, was denn tatsächlich der Maßstab ist.

Michael Roolf, FDP: Ihre Meinung!

Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Ich gehe davon aus, dass es eine andere Bemessungsgrundlage geben muss für den Verkehrswert als das Gegenüberstellen von einem Bankgutachten und einem Gutachten zur Verkehrswertermittlung. Und in beiden Fällen, Herr Roolf, würde keiner eine Erbschaftssteuer bezahlen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Ministerin Sigrid Keler: Jawohl.)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Frau Gramkow.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/345.

Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/391 abstimmen. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei Zustimmung von SPD, CDU und NPD sowie Gegenstimmen von Linkspartei.PDS und FDP wurde diesem Antrag zugestimmt. Damit ist der Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD auf Drucksache 5/391 angenommen

Wer dem Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/345 mit den soeben beschlossenen Änderungen zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? –

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Was ist das? Das könnt ihr doch nicht machen! Das stimmt ja nun gar nicht!)

Damit ist der Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS mit den Änderungen bei Zustimmung von SPD und CDU

(Zuruf von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

sowie Gegenstimmen von Linkspartei.PDS, FDP und NPD angenommen.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 24**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Ausarbeitung eines Schadensberichts und eines Reparatur- und Ausbaukonzepts für die Deiche an den Binnenküsten in Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 5/349.

Antrag der Fraktion der NPD:
Ausarbeitung eines Schadensberichts und eines Reparatur- und Ausbaukonzepts für die Deiche an den Binnenküsten in Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 5/349 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Andrejewski von der NPD.

Michael Andrejewski, NPD: Für den Hochwasserschutz in Mecklenburg-Vorpommern ist viel Papier beschrieben worden. Es gibt ein Wassergesetz, einen Generalplan zum Küsten- und Hochwasserschutz und jede Menge Studien und Ausarbeitungen. Für den Hochwasserschutz ist auch viel Geld ausgegeben worden. Seit 1991 sollen Bund und Land 235 Millionen Euro in den Küstenschutz investiert haben. Aber offensichtlich hatten all die klugen Schriften wenig mit der Wirklichkeit zu tun. Die Gelder sind entweder falsch oder bei Weitem nicht in ausreichendem Maße eingesetzt worden, denn sonst hätten Anzahl und Intensität der Sturmfluten im vergangenen Herbst und Winter bei den zuständigen Stellen und in der Öffentlichkeit nicht eine solche Überraschung auslösen können.

Dieser Landtag ist ein Hohes Haus und neigt gelegentlich auch dazu, ein wenig in politisch höheren Sphären zu schweben, aber die Menschen des Landes fürchten langsam, nasse Füße zu bekommen. Soweit sie sich überhaupt noch dafür interessieren,

(Beifall Raimund Borrmann, NPD)

was hier im Parlament vor sich geht, erwarten sie, dass im Landtag ihre Sorgen und Probleme auch hinsichtlich lokaler Einzelheiten zur Sprache kommen. Deshalb will ich hier einmal zusammenfassen, was sich in den letzten Monaten im Kampf um die Deichverteidigung zugetragen hat, bevor alles in der sommerlichen Urlaubsstimmung wieder vergessen wird. Das sind keine belanglosen Dorfgeschichten, sondern Vorzeichen großer ernst zu nehmender zukünftiger Bedrohungen:

Im November des vorigen Jahres richtete eine Sturmflut an Deichen auf Usedom und dem Darß schwere Schäden an. Daraufhin wurden auf Usedom für den Küstenschutz 3 Millionen Euro aufgebracht. Eine halbe Million Kubikmeter Sand wurde aufgeschichtet, doch erschreckenderweise befand sich das Deichsystem in dieser Region schon wenige Wochen später wieder am Rand des Zusammenbruchs, weil offenbar niemand mit sechs Sturmfluten hintereinander gerechnet hatte. In Anklam wurde eine Bootswerft unter Wasser gesetzt und wie es die Verwaltung des Landkreises Ostvorpommern selbst einschätzte, fehlte nicht viel, dass der "Anker" beim Marktplatz unter Wasser gestanden hätte. An der Wolgaster Schlossinsel trat das Wasser des Peenestroms an drei Stellen über die Ufer. In der Stadt Usedom sickerte Wasser durch einen Deich. In Lassan waren Einzelgehöfte direkt gefährdet und Wasser drang in einen Verteilerkasten, es gab einen Stromausfall. Bei Greifswald brach sogar ein Deich, Taucher mussten den Durchbruch abdichten. Feuerwehrleute kämpften darum, einen weiteren Deichbruch an der Südküste Usedoms zu verhindern. Wollen wir einmal hoffen, dass unter diesen Feuerwehrleuten keiner war, der eine nationale Einstellung hatte, denn sonst wäre dieser Deich auf politisch inkorrekte Weise gerettet worden.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD – Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD)

Dann müssen Sie ihn zur Not wieder einreißen und von politisch zuverlässigen Feuerwehrleuten aufbauen lassen oder am besten gleich selbst Hand anlegen.

90 Deiche mit einer Länge von 210 Kilometern befanden sich am Rande der Belastungsgrenze entlang des Achterwassers, des Peenestroms und am Greifswalder Bodden. Dies alles klingt nicht nach guter Vorbereitung. Das Motto "Weiter so!" verbietet sich. Man kann nicht einfach noch mal das Programm der letzten 17 Jahre abspulen. Offenbar stimmt grundsätzlich etwas nicht.

Angesichts von Aufwendungen in Höhe von 235 Millionen Euro seit 1991 sagt heute der Leiter des Staatlichen Amtes für Umwelt und Natur in Ueckermünde, die Deiche an den Inselküsten der vorpommerschen Boddengewässer seien für Dauerbelastungen von lange anhaltenden hohen Wasserständen nicht ausgelegt. Das klingt nicht nach augenblicklichen Schwierigkeiten, das heißt, an der Küste haben wir prinzipiell die falsche Überlebensausrüstung, prinzipiell unzureichende, ungeeignete Deiche.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Es gibt keinen hundertprozentigen Schutz.)

Natürlich gibt es das!

Der Leiter des Umweltamtes sagt weiter, nach den Regeln der Technik hätten die Deiche der Dauerbelastung nicht standhalten müssen. Es war also eine Überraschung, dass sie hielten. Es war also ein Glücksfall, dass die Deiche nicht brachen. Angesichts ihrer Konstruktion konnte man das gar nicht erwarten, das war eine Art Bonus. Es handelt sich offenbar um Schönwetterdeiche. Gemäßigte Wasserstände, seltene und zahme Fluten halten sie aus, damit werden sie fertig. Von diesen Bauten hängt seit Jahren die Sicherheit vieler Bürger ab, obwohl die meisten Klimastudien davon ausgehen, dass hohe Wasserstände und zahlreiche massive Sturmfluten bald Normalität sein werden.

Angesichts dessen ist es grotesk, welche Themen in Landespolitik und Medien oftmals im Vordergrund stehen. Darf man in Kneipen rauchen oder nicht? Nun, die Ostsee wird schon dafür sorgen, dass die Kippe ausgeht, auch bei denen, die dieses Thema für langweilig halten sollten.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der NPD)

Grotesk ist auch, dass Mecklenburg-Vorpommern bis zu 100 Millionen Euro für drei Tage im Juni für die hohen Herrschaften des G8-Gipfels ausgeben will und vom dauerhaft ausgeglichenen Haushalt träumt, während Fachleute und Praktiker erklären, die Küste sei in akuter Gefahr. Der Hauptgast ist dort George W. Bush, der die Flutkatastrophe von New Orleans zu verantworten hat, weil er alle Warnungen in den Wind geschlagen und sich viel zu schlecht vorbereitet hat. Ich hoffe, dass Sie

den Mann nicht als Vorbild betrachten. Das ist ein böses Omen.

Es sind unabsehbare Investitionen nötig, mit der bisher offenbar an den Tag gelegten Flickschusterei beim Dammwesen muss Schluss sein. Nötig ist ein Bericht über die jüngsten Deichschäden und deren grundsätzliche Geeignetheit für ihre Aufgabe, und zwar aus einer nüchternen Perspektive heraus wie der des Ueckermünder Amtsleiters, und keine optimistischen Politikerparolen. Nötig ist ein Konzept für einen dauerhaft sicheren Küstenschutz, der die zu erwartenden Kosten wirklichkeitsnah darstellen muss. Das muss Thema Nummer eins sein in einem Küstenland in Zeiten des Klimawandels. Eine Aufgabe von Küstengebieten, wie der Minister der Landwirtschaft hier gerade vorgeschlagen hat in dieser Sitzung, kann auf gar keinen Fall eine Option sein. Da gebe ich schon lieber den G8-Gipfel auf. Es kann ja wohl nicht sein, dass in 30 Jahren vielleicht das Küstengebiet von Heiligendamm überflutet wird,

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Das wird so sein. So ist das in der Natur.)

weil die 100 Millionen Euro zum Küstenschutz nicht eingesetzt wurden, die wir jetzt für den G8-Gipfel verbraten. Deswegen halten wir das, was wir beantragt haben, für dringend notwendig.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Leonhard von der FDP.

Gino Leonhard, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Wir hören jetzt mal wieder auf mit der Panikmache. Ich will Ihnen kurz einmal ein Sprichwort vorlesen: "Es ist besser, Deiche und Dünen zu bauen, als darauf zu hoffen, dass die Flut allmählich Vernunft annimmt."

(Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU: Schöner Spruch, ja.)

Woher mag der kommen? Dieses Papier ist gerade allen Mitgliedern des Agrarausschusses zugeleitet worden. Es kommt aus dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Verbraucherschutz. In diesem Konzept, sehr geehrte Herren der NPD,

(Heiterkeit bei Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

ist alles detailliert aufgeschlüsselt, was bisher an Küstenschutzmaßnahmen in diesem Land geschaffen worden ist und was zukünftig in diesem Land passieren wird.

Herr Methling, ich will hier in dieser Runde auch einmal meinen herzlichen Dank aussprechen, dass Sie uns damals auf Hiddensee behilflich waren, den Küstenschutz so weit zu gewährleisten, wie er bis jetzt gewährleistet worden ist. Ich will hier einmal ganz kurz ein paar Millionenbeträge in die Runde werfen, damit jeder, auch Sie auf der rechten Seite, erfährt, was in den nächsten Jahren an Investitionsmaßnahmen ansteht.

(Volker Schlotmann, SPD: Ich warte.)

Bitte?

(Heiterkeit bei Volker Schlotmann, SPD: Ich warte auf die Millionen. – Heiterkeit bei Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

So sind insbesondere an der Haffküste 19 Millionen Euro für eine Sturmflutschutzwand für den Deichneubau und für die Deichverstärkung veranschlagt, in Greifswald 25 Millionen Euro, in meinem eigenen Wahlkreis Boddendeiche für Rügen mit 8 Millionen Euro. Der Sturmflutschutz in Prerow/Zingst wird mit 30 Millionen Euro veranschlagt und in Dierhagen/Ahrenshoop mit 12 Millionen Euro. In Rostock-Warnemünde, Groß Klein und Markgrafenheide sind es noch einmal 11 Millionen Euro. Es sind round about 100 Millionen Euro, die in den nächsten Jahren für den Küstenschutz veranschlagt werden.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Ich denke, das ist eine Summe, die nicht leicht aufzubringen ist. Ich vermute auch und gehe davon aus, dass das zuständige Ministerium im Agrarausschuss in den nächsten Monaten die Konzepte vorlegen wird, sodass man sich detailliert an die Maßnahmen der nächsten Jahre herantasten wird.

Ich kann nur sagen, Sie haben sich die Mühe gemacht. Mein Fraktionsvorsitzender würde sagen: Antrag für die Galerie, Hausaufgaben verpasst. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und FDP)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Leonhard.

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Müller von der NPD.

Tino Müller, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte zu unseren Ausführungen zu diesem Thema noch einen Gesichtspunkt hinzufügen. Viele Gemeinden können sich notwendig gewordene Deicherhöhungen gar nicht leisten. Bei Deichen, die lediglich landwirtschaftliche Gebiete schützen, sind die Wasserund Bodenverbände nur für die Unterhaltung der Schutzkonstruktion zuständig. Eine Erhöhung müssen die Kommunen oder die Anlieger selbst bezahlen und nicht jede Gemeinde kann ansteigende Gewerbesteuereinnahmen verzeichnen. Die Gemeinde Barschow in Ostvorpommern hat eine dringend erforderliche Deicherhöhung jahrelang vor sich hergeschoben. Jetzt, angesichts einer immer ernster werdenden Hochwasserbedrohung, muss Barschow 20.000 Euro für diesen Zweck ausgeben, was weit über den Möglichkeiten des Ortes liegt und auch der Einwohner, die an den finanziellen Belastungen beteiligt werden sollen.

Kommunen in dieser Lage – und von diesen dürfte es viele geben – brauchen die Hilfe des Landes. Überhaupt sind Höhenfeststellungen bei den Deichen häufiger durchzuführen, um zu ermitteln, welche Gefährdungen bei einem möglichen Deichbruch eintreten können. In Pudagla auf Usedom kam man bei einer solchen Untersuchung zu dem Ergebnis, dass sich auch Wohngebiete in der Gefahrenzone befanden.

Jede Gemeinde sollte die ihr drohenden Risiken genau kennen. In diesem Zusammenhang ist auch die Problematik der Polder immer im Auge zu behalten. Überall im Lande werden diese eingedeichten Gebiete, die seit vielen Jahrzehnten unverzichtbarer Teil des Hochwasserschutzsystems sind, wieder vernässt und überflutet. Ob dies angesichts einer immer unberechenbarer

werdenden Klimaentwicklung noch verantwortbar ist, bezweifeln wir. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Meine Damen und Herren, ich schließe damit die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/349. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei Zustimmung der Fraktion der NPD und Ablehnung der Fraktionen der Linkspartei.PDS, SPD, CDU und FDP ist dieser Antrag abgelehnt.

(Beifall Gino Leonhard, FDP)

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 25** auf: Beratung des Antrages der Fraktion der Linkspartei.PDS – Bürgernahe Polizei – Kennzeichnung von Polizeibeamtinnen und -beamten, Drucksache 5/346.

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS: Bürgernahe Polizei – Kennzeichnung von Polizeibeamtinnen und -beamten – Drucksache 5/346 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Ritter von der Linkspartei.PDS.

Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir bitte eine Vorbemerkung.

Sehr geehrter Herr Innenminister, Sie können sich ja von mir aus schmücken, womit Sie wollen, aber es spricht schon von einer gewissen Prinzipienlosigkeit der CDU, wenn sie heute alles feiert, was sie noch vor Jahresfrist nahezu verteufelt hat.

> (Dr. Armin Jäger, CDU: Was ist denn das? – Zuruf von Egbert Liskow, CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Also ich habe das nicht verstanden. Erklären Sie es doch mal!)

Ja, wir wissen schon, worum es geht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Nö! – Gino Leonhard, FDP: Wir wollen das auch verstehen. – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Herr Kokert, ich bin froh, dass Sie wieder da sind, nachdem Sie sich vorhin bei der Abstimmung über die Erbschaftssteuer so tapfer gedrückt haben.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Hören Sie also jetzt bitte meiner Rede zu!

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die nette Verkäuferin im Supermarkt trägt ein Namensschild, an der Uniform des Zugbegleiters der Deutschen Bahn AG prangt ein Namensschild, auf dem Empfang der FDP-Fraktion bekamen alle Besucher ein Namensschild, das uns alle nahezu als FDP-Mitglieder ausgewiesen

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

und selbst beim Neujahrsempfang des Ministerpräsidenten erhalten wir alle eine Vorstellkarte,

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

obwohl wir davon ausgehen müssten, dass der Ministerpräsident uns kennt. An diesen wenigen Beispielen wird deutlich, dass es in vielen Bereichen des öffentlichen Lebens mittlerweile normal ist, dass die, die Dienst am Bürger leisten, Dienstleister für die Bürger sind, auch namentlich erkennbar und damit bürgernah sind. Nur für eine wichtige Berufsgruppe soll dieses Element der Bürgernähe nicht in vollem Umfang gelten, für die Polizei oder, genauer gesagt, für die Landespolizei Mecklenburg-Vorpommern.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, als sich ein Landesparteitag der Linkspartei.PDS im April 2006 für eine Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten aussprach, lasen sich einzelne Reaktionen darauf so, als ob meine Partei die vollständige Entwaffnung der Polizei gefordert hätte.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das hätten Sie auch.)

Der damalige CDU-Generalsekretär Lorenz Caffier bezeichnete den Beschluss als unverantwortlich und forderte, dass sich der damalige Innenminister Gottfried Timm klar auf die Seite der Polizei stelle.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Der Landeschef der Gewerkschaft der Polizei meinte sogar, damit würden die Kolleginnen und Kollegen zum Freiwild erklärt. Für ihn sei eine Kennzeichnungspflicht eine wunderbare Gelegenheit, Polizisten an den Haken zu kriegen. Und auch der Kollege Kokert lässt uns heute in seiner Pressemitteilung wieder Ähnliches wissen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, wo er recht hat, hat er recht. – Zuruf von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich hoffe, dass der Ihnen vorliegende Antrag dazu beiträgt, die Debatte zu versachlichen. Er enthält, kurz gesagt, drei Aufträge an die Landesregierung: erstens eine Unterrichtung, zweitens eine Vorlage und drittens eine Prüfung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die individuelle Kennzeichnung von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten auch und gerade in geschlossenen Einsätzen ist erstens keine neue Idee, zweitens keine Erfindung der Linkspartei.PDS und drittens aber auch kein Gegenstand, bei dem Mecklenburg-Vorpommern vor dem restlichen Deutschland einem geflügelten Wort folgend 100 Jahre Vorsprung gewährt werden muss.

Ich darf – und das ist vielleicht für einige interessant – in diesem Zusammenhang in Erinnerung rufen, dass noch von der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR am 1. Oktober ein Gesetz beschlossen wurde, was am 1. Oktober 1990 in Kraft getreten ist, nämlich das Gesetz über die Aufgaben und Befugnisse der Polizei, Gesetzblatt I der DDR, Seite 1489. In Paragraf 11 Absatz 2 kann man lesen, ich zitiere: "Beim Einsatz von Polizei als geschlossene Einheiten hat jeder Angehörige der Polizei zur Gewährleistung der Identifizierbarkeit deutlich sichtbar eine Dienstnummer zu tragen."

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Dieser vorbildliche Schritt einer bürgerfreundlichen und rechtsstaatlichen Regelung des Identifizierungsproblems ist leider in Gesamtdeutschland nicht aufgegriffen und umgesetzt worden. Selbst die neuen Bundesländer haben diese Beschlussfassung der ersten frei gewählten Volkskammer nach der Vereinigung wieder rückgängig gemacht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses Beispiel zeigt und auch andere Beispiele zeigen, dass seit über 25 Jahren Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler auf die Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten pochen, doch gegen den Widerstand von Polizeiführung und Gewerkschaften war bisher kaum etwas zu machen.

(Unruhe bei Dr. Armin Jäger, CDU, und Werner Kuhn, CDU)

Ich habe in diesem Zusammenhang ausreichend Gespräche mit der Gewerkschaft der Polizei geführt.

Aber Anfang 2002 fand das Vorhaben Eingang in die rot-rote Koalitionsvereinbarung in Berlin. Als erstes Bundesland will Berlin nunmehr Einsatzgruppen der Polizei kennzeichnen.

(Vincent Kokert, CDU: Aber nicht mit Namensschildern.)

8.000 von 16.000 Berliner Vollzugsbeamten der Polizei,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Fragen Sie mal die Polizisten in Berlin, was die dazu denken!)

so ist zu lesen, Herr Dr. Jäger, 8.000 Berliner Vollzugsbeamte

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, ja.)

haben sich an ihre Uniform längst ein Namensschild gesteckt, und das ganz freiwillig und ohne Zwang.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Dagegen habe ich ja nichts. – Vincent Kokert, CDU: Aber nicht bei Einsätzen.)

Aber auch das ungleich schwierigere Ziel, die Einsatzhundertschaften ...

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Die Bundeswehr hat das auch.)

Aber auch das ungleich schwierigere Ziel, die Einsatzhundertschaften mit einer persönlichen Kennung individualisierbarer zu machen, rückt in Berlin näher. Bislang war es so, dass nur jede Hundertschaft und jeder Zug über eine Kennung verfügte. Nun soll auch die Achtergruppe ein eigenes offizielles Zahlenmerkmal bekommen. Inoffiziell sind schon die meisten Einsatzhundertschaften gekennzeichnet. Die auf Uniform und Helm geklebten Kreise, Dreiecke und Streifen sind jedoch für Außenstehende kaum zu deuten, vor allem nicht in Stresssituationen.

Wir bitten die Landesregierung beziehungsweise den Innenminister um einen Bericht über die Erfahrungen, die der Berliner Innensenator Herr Körting (SPD) auf diesem Gebiet gesammelt hat, einschließlich der damit verbundenen Probleme natürlich. Und, meine sehr verehrten Damen und Herren, darüber hinaus wollen wir die Landesregierung beauftragen, anknüpfend an die Berliner Erfahrungen dem Landtag Grundzüge eines entsprechenden Modellprojektes für Mecklenburg-Vorpommern vorzulegen.

(Harry Glawe, CDU: Ja.)

Auch hierbei wird niemand verlangen, dass der Innenminister sofort die perfekte und komplette Lösung unter dem Helm hervorzaubert.

Eine Kennzeichnung bei geschlossenen Polizeieinsätzen ist etwas anderes als eine namentliche Kennzeichnung von Polizeibeamten im täglichen Dienst, etwa bei der Aufnahme von Unfällen. Bei geschlossenen Einheiten sind selbstverständlich auch weiterhin taktische polizeinterne Kennzeichnungen erforderlich. Darüber hinaus soll aber in dem Modellprojekt eine für Otto Normalverbraucher gut lesbare, möglichst kurze und eindeutige individuelle Kennzeichnung den Uniformträger aus der Anonymität befreien.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Genau.)

Das stärkt im Übrigen eine Ressource, welche die Polizei für eine effektive Arbeit unbedingt braucht und die kaum Geld kostet: Vertrauen durch rechtsstaatliche Verantwortbarkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Zuruf von Werner Kuhn, CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Polizei ist natürlich notfalls zur Anwendung von Gewalt beziehungsweise unmittelbarem Zwang befugt, sofern sie sich an Recht und Gesetz hält. Gesetzeskonformes Handeln bedarf aber kaum einer nicht identifizierbaren Verborgenheit.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Richtig. – Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: So ist es. – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Der Modellversuch wird aber auch solche Lösungswege vorschlagen müssen, ...

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU und Linkspartei.PDS)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Modellversuch wird dabei aber auch solche Lösungswege vorschlagen müssen, die es möglichen Störern, gewaltbereiten Hooligans oder Voyeuristen nicht erlaubt, sich im Telefonbuch zu einzelnen Einsatzbeamten schlauzumachen. Ob hierbei Aliasnamen, Zahlen oder Buchstabenkolonnen besser geeignet sind, lassen Sie uns sachlich und fachlich diskutieren und praktisch ausprobieren.

(Heiterkeit bei Werner Kuhn, CDU: Ja, mit Decknamen hat die PDS beste Erfahrungen. – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Eine Unverschämtheit, Herr Kuhn, ja.)

Ich könnte auch wie Herr Kuhn gestern sagen, drittens schlagen wir vor,

(Beifall und Heiterkeit bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

wird die Landesregierung aufgefordert zu prüfen, ob bereits im Rahmen des G8-Gipfels in Heiligendamm eine besondere Identifizierbarkeit als Bestandteil deeskalierender Polizeistrategien umgesetzt werden kann. Den politischen Willen vorausgesetzt, ist uns klar, dass diese Maßnahme schon aus zeitlichen Gründen einer energischen Führung bedarf. Gerade während der heißen Phase der Vorbereitung auf die G8-Konferenz wird den Polizeikräften zu verdeutlichen sein, dass hierin weniger eine zusätzliche Belastung als vielmehr eine vertrauensbildende Maßnahme

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, die werden das toll finden.)

und damit letztlich auch eine Entlastung zu sehen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Das erklären Sie mal den Polizisten! – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Herr Dr. Jäger, ein mögliches Gegenargument, nämlich das gebotene einheitliche Auftreten aller Polizeikräfte, lasse ich an dieser Stelle aber nicht gelten,

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

denn neben den blauen Uniformen der Beamten etwa aus Hamburg, Niedersachsen oder Schleswig-Holstein werden die traditionellen herkömmlichen grünen Uniformen deutlich signalisieren, hier steht Mecklenburg-Vorpommern.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Eine gegenüber anderen Beamten bessere Identifizierbarkeit würde darüber hinaus verdeutlichen, Mecklenburg-Vorpommern ist weltoffen und tut gut. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Hans Kreher: Meine Damen und Herren, im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Zunächst hat der Innenminister Herr Caffier das Wort.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Vielleicht sagt uns jetzt der Herr Innenminister mal, was der Herr Ritter gemeint hat.)

Minister Lorenz Caffier: Meine Damen und Herren Abgeordneten!

Geschätzter Herr Kollege Ritter, es wundert mich schon, wenn gerade Sie mir bei dem Antrag die Frage mit der Inkonsequenz vorwerfen. Ich kann mich aus meinem Grundwehrdienst nicht entsinnen, dass meine Dienstvorgesetzten bürgerfreundliche Beschriftungen an ihrem Anzug hatten.

(Heiterkeit und Beifall bei
Abgeordneten der Linkspartei.PDS –
Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU:
Ausgerechnet Herr Ritter, ja. –
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:
Über die Zeit hat Herr Ritter auch nicht
gesprochen, Herr Minister, das wissen Sie doch. –
Dr. Armin Jäger, CDU: Nee, darüber redet er
nicht, das ist richtig, Herr Methling. – Unruhe
bei Abgeordneten der CDU und Linkspartei.PDS)

Ich habe nur festgestellt, der Antrag "Bürgernahe Polizei – Kennzeichnung von Polizeibeamtinnen und -beamten" der Fraktion der Linkspartei.PDS stößt bei mir als Abgeordneten und als Innenminister auf Verwunderung.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Echt?)

Sie fordern in den ersten beiden Punkten Ihres Antrages einen Bericht über das Modellprojekt zur Kennzeichnung der Berliner Polizei und ein Modellprojekt für Mecklenburg-Vorpommern, welches auf diesem basiert. Das dient richtigerweise, wie auch Ihrem Antrag zu entnehmen ist, der Bürgernähe, der Transparenz und Akzeptanz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Polizei. Ich muss Ihnen, liebe Abgeordnete der Linkspartei.PDS, an dieser Stelle mitteilen, die Polizei in Mecklenburg-Vorpommern ist schon bürgernah

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

und transparent für die Bürger unseres Landes im Gegensatz zu Berlin.

(Zurufe von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS, und Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

Und manchmal, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, weil Sie mir das gerade vorwerfen, habe ich den Eindruck, zumindest was das Thema innere Sicherheit und Polizei betrifft, Sie sind acht Jahre nicht dabei gewesen in der Regierung.

(Heiterkeit bei Toralf Schnur, FDP)

Da sind eine Reihe von Maßnahmen getroffen worden, wo Sie mir heute vorwerfen, dass die sich positiv entwickelt haben. Und jetzt stellen Sie hier die gleichen Anträge, die schon längst entschieden worden sind. Von daher bringen Sie mich selber auch in eine Situation, einige Sachen, die positiv entschieden worden sind, so darzustellen, wie sie sind. Insofern bin ich über Ihren Antrag schon etwas erstaunt.

Berlin hat im Jahr 2003 als Modellprojekt das freiwillige Tragen von Namensschildern –

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, so ist das.)

und hier des Nachnamens – bei den uniformierten Beamtinnen und Beamten der Schutzpolizei sowie den Uniform tragenden Angestellten der Polizei eingeführt. Darüber hinaus können Einsatzkräfte der Berliner Polizei in geschlossenen Einheiten aufgrund ihrer Kennzeichnung am Helm den jeweiligen Einsatzgruppen zugeordnet werden.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist doch auch normal.)

Eine Individualisierung ist anhand der Kennzeichnung nicht möglich. Die Probephase läuft bis zum Frühjahr 2008 und nach deren abschließender Bewertung soll eine Entscheidung über das weitere Vorgehen getroffen werden.

Mecklenburg-Vorpommern ist hier einen Schritt voraus gewesen und der muss an Ihnen offensichtlich vorbeigegangen sein.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Bereits 2002 wurde in der Landespolizei in Mecklenburg-Vorpommern im Erlass "Anzugordnung über das äußere Erscheinungsbild der Polizei des Landes Mecklenburg-Vorpommern" die Möglichkeit für uniformierte Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte geschaffen, an der linken Brustseite der Uniformbluse beziehungsweise der grünen Uniformjacke freiwillig ein Namensschild zu tragen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: So ist es.)

Anders als in Berlin ist diese Möglichkeit nicht nur modellhaft, sondern die Regel. Es wird auch nicht beabsichtigt, auch nicht von mir, diese Freiwilligkeit zurückzunehmen.

Bei geschlossenen Einsätzen war das Tragen von Namensschildern an der bisher beschafften Einsatzausrüstung generell nicht vorgesehen. Mit der Einführung eines neuen Einsatzanzuges in dem Ausrüstungskatalog des Jahres 2007/2008 besteht für die Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten die Möglichkeit, auf freiwilliger Basis an der Jacke des Einsatzanzuges auf der rechten Brustseite ein Namensschild zu tragen.

Derzeit ist in Mecklenburg-Vorpommern eine Zuordnung der Einsatzkräfte in geschlossenen Einsätzen aufgrund der Kennzeichnung ihrer Helme grundsätzlich bis zum Einsatzzug beziehungsweise für Kräfte der Bereitschaftspolizei bis zur Hundertschaft möglich.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Darüber hinaus sind Vorgesetzte, zum Beispiel Hundertschaftsführer, individuell gekennzeichnet. Die Polizeibeamtinnen und -beamten der Landespolizei sind erkennbar, wenn auch nicht, wie von Ihnen gefordert, individualisiert. Hier gleichen sich die Vorgehensweisen in Berlin und in Mecklenburg-Vorpommern. Eine Individualisierung ist auch nicht erforderlich, da die Individualität einzelner Polizeibeamter aufgrund der Einsatzdokumentation und der am Einsatz beteiligten Einsatzbeamten und Vorgesetzten möglich ist. Wir wissen uns bei dieser Regelung im Einvernehmen mit den Personalvertretungen und der Gewerkschaft der Polizei. Es ist nicht notwendig, auf Erfahrungen anderer Länder zurückzugreifen. Wir haben unsere eigenen gemacht und diese sprechen für sich. Die Polizei ist nah am Bürger und stellt sich für diesen transparent dar. Aus meiner Sicht ist die Beibehaltung der Freiwilligkeit für das Tragen von Namensschildern wichtiger Bestandteil. Akzeptanz und Einsicht sollen bei den Polizeibeamtinnen und -beamten die Grundlage für das Tragen ihrer Namensschilder sein.

Im letzten Punkt Ihres Antrages fordern Sie eine Überprüfung, ob nicht schon zum Weltwirtschaftsgipfel in Heiligendamm eine Kennzeichnung der Polizeibeamtinnen und -beamten erfolgen sollte. Die Landespolizei in Mecklenburg-Vorpommern ist nicht in der Lage, nur mit ihren eigenen Kräften den Schutz des Weltwirtschaftsgipfels zu gewährleisten. Aus diesem Grund sind wir auf die Unterstützung des Bundes und der anderen Bundesländer angewiesen. Somit werden im Juni Angehörige verschiedener Polizeien in Mecklenburg-Vorpommern ihren Dienst verrichten. Über die Ausstattung und Begleitung entscheiden Bund und Länder in eigener Zuständigkeit. Somit werden die Unterstützungskräfte der Regelung ihres Landes beziehungsweise des Bundes entsprechend bekleidet sein. Es gibt keine bundesweit einheitliche Regelung zur Identifizierung von Polizeibeamten bei geschlossenen Einsätzen. Alle mir bekannten Regelungen anderer Bundesländer beschränken sich auf die taktische Kennzeichnung von Einsatzkräften bis auf Gruppenebene, nicht auf einzelne Polizeibeamtinnen und -beamte. Den Versuch, für den G8-Gipfel eine zum Tragen eines Namensschildes verpflichtende Regelung für alle eingesetzten Kräfte zu erreichen, ist aufgrund unterschiedlicher Sichtweisen in den Ländern und beim Bund von vornherein zum Scheitern verurteilt. Das Prinzip der Freiwilligkeit für jeden Polizeibeamten würde damit auch generell aufgehoben werden.

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, für die Landespolizei in Mecklenburg-Vorpommern ist die Einführung einer Regelung über die Kennzeichnung von Polizeibeamten nicht mehr notwendig, da sie bereits existiert. Ich bitte Sie darum, den Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS abzulehnen, und bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, Rudolf Borchert, SPD, und Reinhard Dankert, SPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Dr. Nieszery von der SPD.

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich mache es kurz. Der Herr Innenminister hat das sehr umfänglich und deutlich ausgeführt. Namens meiner Fraktion habe ich dem nichts hinzuzufügen. Wir werden diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Kokert von der CDU.

Vincent Kokert, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Sehr geehrter Herr Ritter, Sie müssen uns schon einräumen, dass wir der Auffassung sind, dass Sie hier eine Pseudodebatte führen, denn das, was Sie hier von Berlin erzählen, entspricht einfach nicht der Realität. Ganz im Gegenteil, die Regelung in Mecklenburg-Vorpommern ist sogar die weitergehende und deshalb ist Ihr Antrag eigentlich erledigt. Aber ich will mir trotzdem die Mühe machen,

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Mühe machen und zustimmen.)

auf den einen oder anderen Punkt einzugehen. Ich will trotzdem vorwegschicken, dass wir als Koalitionsfraktionen der Auffassung sind, dass die Polizei in Mecklenburg-Vorpommern eine hervorragende Arbeit leistet,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und Heinz Müller, SPD)

dass sie mit zu den besten Landespolizeien in Deutschland gehört. Um das gleich vorwegzunehmen: Wir sind auch der Auffassung, dass unter dem Innenminister Lorenz Caffier und unter der Landespolizei der G8-Gipfel in guten Händen ist.

Und da bin ich bei dem Punkt, Herr Ritter, den ich in Ihrem Antrag nicht verstehe. Warum haben Sie die zeitliche Not und wollen unbedingt vor dem G8-Gipfel die Kennzeichnungspflicht insbesondere – darauf legen Sie ja großen Wert – bei den geschlossenen Einsätzen?

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU, und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Ich kann Ihnen ehrlich sagen, sowohl die Gewerkschaft der Polizei als auch die beiden Koalitionsfraktionen sehen das natürlich äußerst kritisch aus dem einfachen Grund:

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Herr Kokert ist gewerkschaftsfreundlich.)

Wir möchten nicht, dass unsere Polizeibeamtinnen und -beamten und deren Familien Freiwild werden für kriminelle Organisationen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Das ist eine Unterstellung. – Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Das möchten wir auch nicht.)

Und dass das mit einer namentlichen Kennzeichnung sehr einfach geht, Herr Ritter,

(Zuruf von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

wissen Sie natürlich auch.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Sie glauben doch nicht, dass im Dorf jemand den Polizisten nicht kennt und seine Familie. Das ist doch wohl ein Witz!)

Frau Kollegin Borchardt, Ihre Fraktion hat genug Redezeit. Ihnen steht es frei, hier noch einmal ans Pult zu kommen und Ihre Meinung deutlich zu machen. Ich gebe Ihnen die Meinung der Koalitionsfraktionen wieder. Die müssen Sie sich anhören, wenn ich sie Ihnen von hier vorne sage.

Um noch einmal auf den Antrag zurückzukommen, denke ich, wir sollten alle miteinander ganz genau überlegen, vor allem Sie, Herr Ritter, ob der Antrag wirklich nottut. Ich glaube, unsere Landespolizei kann es nicht gebrauchen, dass wir vor einem so wichtigen Ereignis wie dem G8-Gipfel erneut Unruhe in diese ganze Debatte bringen. Deshalb fordere ich Sie nachdrücklich auf: Ziehen Sie Ihren Antrag zurück! Sie haben sowohl von Herrn Dr. Nieszery als auch vom Innenminister und von meiner Person gehört, wie überflüssig er ist. Niemand hat vor, den Erlass des Innenministers - der übrigens damals noch vom Innenminister Dr. Timm in Ihrer Regierungszeit erlassen wurde - zurückzunehmen. Deshalb haben wir überhaupt keinen Handlungsbedarf und werden Ihren Antrag, wenn Sie ihn nicht zurückziehen, selbstverständlich ablehnen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Das war eine Drohung.)

Vizepräsident Hans Kreher: Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Müller von der NPD.

Tino Müller, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn man sich den Antrag der Linkspartei.PDS genau ansieht, braucht man nicht lange, bis einen das Gefühl beschleicht, dass es hier nicht oder nicht nur um die sogenannte Bürgernähe geht. Wenn man die Kontakte zumindest von Teilen der PDS zu gewaltbereiten Linksextremisten sieht.

(Heiterkeit bei Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

kann man auch den Sinn des Zeitpunktes zu diesem Antrag verstehen.

Die Linksextremisten nennen das Bürgernähe und eine deeskalierende Maßnahme, wobei sie den eigentlichen Grund gleich frei Haus mitliefern, den G8-Gipfel. An das ganze gefaselte Beiwerk mit Bürgernähe, Transparenz und rechtsstaatlichem Umgang glauben die Damen und Herren von Links doch selbst nicht.

Wie wir alle wissen, werden zum G8-Spektakel Zehntausende gewaltfreie Chaoten erwartet, die sich nach eigenen Angaben zumindest zu weiten Teilen dem Dunstkreis der Linkspartei.PDS zuordnen. Im Übrigen haben die Pseudokommunisten jedoch acht Jahre lang mitregiert. Ich wusste nicht, dass die Polizei in dieser Zeit Namensschilder hätte tragen sollen aus Bürgernähe oder so. Ach ja, die vielen Jahre bis 1990, in denen die Kommunisten hier geherrscht haben, dürfen wir nicht vergessen. Fragen wir die Linkspartei doch einmal. Sie kann sich doch bestimmt noch an die Volkspolizei erinnern.

(Zuruf von Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

Wissen Sie noch? Die hatten alle Namensschilder, damit die Bürgerinnen und Bürger gegen die Hüter der Arbeiter- und Bauernmacht vorgehen konnten. Und die Mauermörder und ihre Befehlshaber, die den antifaschistischen Schutzwall nach hinten absicherten, hatten auch alle Namensschilder.

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Bei Ihrem Antrag soll auch ein Namensschild nicht dafür Sorge tragen, dass man Polizeibeamte besser verfolgen kann,

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

die sich in Ausübung dieses nicht leichten Berufes auch einmal eine Verfehlung geleistet haben. Hier wird doch ganz gezielt versucht, und das unter Einbeziehung eines deutschen Länderparlamentes, unsere Polizeibeamten mit einer Klagewelle zu überschwemmen. Mit diesem Antrag werden den linken Spinnern Tür und Tor geöffnet.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Jetzt reicht's aber!)

gegen jeden Polizeibeamten eine Strafanzeige zu stellen.

(Unruhe bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Toralf Schnur, FDP: Sie kennen doch jeden Polizeibeamten. – Zuruf von Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

von dem Sie das Namensschild lesen konnten. Wir spielen dieses perfide Spiel nicht mit. Wir dürfen nicht zulassen, dass unsere Polizei zwischen den Fronten

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Vor allem Ihre.)

von zwei unliebsamen Parteien gegen die acht Größten,

(Zuruf von Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

wie den Kriegsverbrecher Bush und den linksextremistischen Gewalttätern, zum Spielball werden.

Ich frage mal die Damen und Herren von CDU, SPD und FDP:

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Ja, nun fragen Sie mal!)

Wollen Sie die Familien, die Frauen und Kinder unserer Beamten, diesen gewaltbereiten Chaoten und Terroristen aus der ganzen Welt einfach so auf dem Silbertablett servieren? Hier spielt die PDS den politischen Arm genau derer, die auch am 1. Mai jedes Jahres ganze Stadteile in Schutt und Asche legen und Krieg gegen unsere Polizei spielen.

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Das ist ja wohl unglaublich. – Reinhard Dankert, SPD: Was haben Ihre Leute in Lichtenhagen gemacht?)

Ja, die Namen der Polizisten, die für diese Verbrecher ihren Kopf hinhalten müssen, die hätte die PDS und ihre Anhänger gerne. Aber nicht mit uns!

(Reinhard Dankert, SPD: Was haben Ihre Leute in Lichtenhagen gemacht?)

Wir erwarten hier von dem gesamten Landtag, dass er dieser Verunsicherung

(Zurufe von Reinhard Dankert, SPD, und Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

unserer stark strapazierten Polizei nicht nur nicht toleriert, sondern diesem Vorhaben deutlich entgegentritt.

(Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

Dieser Antrag ist abzulehnen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD – Dr. Armin Jäger, CDU: Sie brauchen wir nicht.)

Vizepräsident Hans Kreher: Herr Abgeordneter Müller, ich mache Sie darauf aufmerksam, dass solche abwertenden Ausdrücke wie "Spinner" hier in diesem Parlament nicht geeignet sind. Wir wollen hier faire Auseinandersetzungen und nicht gegenseitige Diskriminierungen.

(Beifall Heinz Müller, SPD, und Toralf Schnur, FDP – Raimund Borrmann, NPD: Aber das sind doch nun mal Spinner.)

Meine Damen und Herren, es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Leonhard von der FDP.

Gino Leonhard, FDP: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Wir wollen jetzt wieder Schluss machen mit der Panikmache und wieder etwas Ruhe in die Debatte bringen.

Die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes erwarten, dass die Polizei sich an das Gesetz hält.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

Sie müssen davon ausgehen können, dass einzelne Polizistinnen und Polizisten zur Verantwortung gezogen werden, wenn diese ihre rechtlichen Befugnisse überschreiten. Um dies zu gewährleisten, müssen Polizeibeamtinnen und -beamte eindeutig identifizierbar sein. Solange die Möglichkeit besteht, dass eine strafrechtliche Ahndung von Delikten, wie Körperverletzung im Amt, an der Anonymität der Staatsgewalt scheitert, beschädigt dies das Vertrauen in die Polizei.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Dies schadet auch den vielen Polizistinnen und Polizisten, die ihre oft schwierigen Aufgaben korrekt erfüllen und verantwortungsvoll mit ihren Befugnissen umgehen.

(Zuruf von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Gerade deshalb ist die Kennzeichnung von Polizeibeamten eine langjährige Forderung der Freien Demokraten.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

Der Antrag der Linkspartei.PDS, sehr geehrter Herr Methling,

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Ja.)

zur Kennzeichnung von Polizisten greift diese urliberale Forderung durchaus auf. Er greift jedoch viel zu kurz und ist zur Lösung des Problems völlig ungeeignet,

> (Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Was schlagen Sie denn vor? – Zuruf von Toralf Schnur, FDP)

nimmt der Antrag doch den Berliner Modellversuch zum Vorbild, der als gescheitert bezeichnet werden muss.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Die Berliner sehen das so.)

Die Berliner Geschäftsanweisung, dass jeder Polizist verpflichtet ist, seine Dienstkarte auf Verlangen vorzuzeigen, trägt nur bedingt zur Transparenz bei,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das geht doch gar nicht.)

denn hierbei ist der Bürger auf die Mitwirkung des angesprochenen Polizisten angewiesen.

Auch die Regelung zur Gruppenkennzeichnung für die geschlossenen Einheiten ist nur ein kleiner Schritt in die richtige Richtung. Bei einem vermummten Einsatztrupp scheitert in der Tat der Versuch der Individualisierung. Steht man zwölf gleich uniformierten, behelmten Polizisten gegenüber, die alle die gleichen Gruppenkennzeichnung haben, dann nutzt sie einem gar nichts. Die Individualisierbarkeit bei zwölf vermummten Mitgliedern einer Einsatzgruppe ist unmöglich. Ich will kurz einmal zeigen, wie das in etwa aussieht.

(Der Abgeordnete Gino Leonhard zeigt dem Plenum Bildmaterial.)

Es kann mir niemand erzählen, dass hier ein Polizist überhaupt identifizierbar ist.

(Beifall Toralf Schnur, FDP)

Die freiwillige Ausstattung der Berliner Mitarbeiter mit Namensschildern wird nur zum Teil, insbesondere von höheren Dienstgraden, angenommen. Wo sich höhere Dienstgrade in der Regel aufhalten, wissen wir alle.

> (Heiterkeit bei Dr. Armin Jäger, CDU: Gleich vorne natürlich. – Heiterkeit bei Reinhard Dankert, SPD, Harry Glawe, CDU, und Toralf Schnur, FDP)

Das ist auch verständlich. Welcher Polizist wird schon ständig und bei jedem Einsatz mit seinem Namen am Revers umherspazieren.

Meine Damen und Herren von der Linkspartei, lieber Kollege Ritter, sorgen Sie doch erst einmal in den Ländern, wo Sie immer noch mitregieren, für liberale, bürgernahe Regelungen! Nehmen Sie dort Einfluss auf den eigenen Berliner Senat, bevor Sie ein gescheitertes Modell fordern!

(Beifall Sigrun Reese, FDP, und Toralf Schnur, FDP – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Was schlagen Sie denn vor?)

Ihr Antrag ist zahnlos, da er auf schlechten Vorbildern basiert. Meine Fraktion wird sich für bürgernahe Regelungen in M-V einsetzen.

> (Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Sie haben bestimmt einen Änderungsantrag.)

Die FDP-Fraktion will anonymisierte individuelle Kennzeichen, also ein echtes verpflichtendes Nummernschild für jeden Polizisten. Den entsprechenden Änderungsantrag würden wir in einer Ausschussberatung des Innenausschusses einbringen wollen. Wir beantragen daher namens meiner Fraktion die Überweisung in den Innenausschuss.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und Toralf Schnur, FDP)

Sollten Sie diesem Überweisungsantrag nicht stattgeben, werden wir den Antrag ablehnen. – Danke.

(Beifall Sigrun Reese, FDP, und Toralf Schnur, FDP – Toralf Schnur, FDP: Das ist ja fast schon ein Angebot gewesen.)

Vizepräsident Hans Kreher: Das war der Abgeordnete Leonhard von der FDP.

Es kommt jetzt die Abgeordnete Frau Schwebs von der Linkspartei.PDS.

Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Kennzeichnung von Polizeibeamten ist eine alte Forderung, aber kein alter Hut oder Helm. Sie wird immer dann laut, wenn Beamte über die Stränge schlagen und anschließend nicht ermittelt und zur Verantwortung gezogen werden können. Dies ist insbesondere bei geschlossenen Einsätzen der Fall, wenn die Polizisten keine Namensschilder tragen, tritt aber in Einzelfällen auch im normalen Polizeidienst auf. Deswegen halten wir unseren Antrag doch für notwendig. Ich würde ihn gern noch etwas begründen.

Meine Damen und Herren, Herr Innenminister, ich will ausdrücklich bekennen, dass unserem vorliegenden Antrag keine derartigen Vorkommnisse zugrunde liegen,

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS) und das ist gut so.

(Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

Der Hintergrund ist ein anderer. Zum einen ist die individuelle Kennzeichnung auch in Mecklenburg-Vorpommern rechtsstaatlich geboten. Maßnahmen und Befugnisse zur Bekämpfung der Kriminalität sind ausgeweitet worden hier bei uns im Land, auch mit den Stimmen meiner Fraktion, die es sich hierbei nie leicht gemacht hat. Die Befugnisse der Polizei auf der Grundlage des SOG Mecklenburg-Vorpommern sind inzwischen durch vier Änderungsgesetze erweitert worden. Damit steigt – und auch das darf deutlich ausgesprochen werden – potenziell die Missbrauchsgefahr.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Was?! Das ist ja eine tolle Begründung!)

Also bedarf es eines prinzipiellen Ausgleichs – mehr Befugnisse auf der einen Seite, eine bessere bürgerrechtliche Kontrolle auf der anderen Seite. Dazu soll der vorliegende Antrag den Weg eröffnen.

Meine Damen und Herren, auf die Forderung nach Kennzeichnung von Polizeibeamtinnen und -beamten, mein Kollege Peter Ritter hat bereits darauf verwiesen, will meine Fraktion kein Copyright erheben. Nach meinem Eindruck ist diese Forderung überhaupt ungeeignet für eine parteipolitische Auseinandersetzung,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Eben. – Zuruf von Vincent Kokert, CDU)

wird sie doch von unterschiedlicher Seite erhoben. Ob Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Linkspartei.PDS Berlin, ob Berliner oder Hamburger FDP, ob die Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Juristen oder die Humanistische Union, die Forderung nach individueller Kennzeichnung jeder Polizistin und jedes Polizisten ist im demokratischen Spektrum der Bundesrepublik sehr weit verbreitet,

(Beifall Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

weil in einem Rechtsstaat staatliches Handeln individuell zurechenbar sein muss. Und da bin ich ganz bei Herrn Leonhard, der es hier an einem Beispiel plastisch

gemacht hat. Auch von daher bitte ich die Fraktionen der demokratischen Parteien in diesem Landtag um Unterstützung des vorliegenden Antrages.

Meine Damen und Herren, für die Opfer von Polizeigewalt sind Polizeibeamte weniger Sinnbild des Rechtsstaates, sondern sie sind vielmehr Schläger mit Lizenz. Die Opfer müssen häufig nicht nur mit Gegenanzeigen der prügelnden Beamten rechnen, sondern sie stehen oft hilflos Korpsgeist und Anonymität der Täter sowie einem gesellschaftlichen Desinteresse gegenüber. Herr Innenminister, und hier wiederhole ich mich gern, unserem Antrag liegt kein konkreter derartiger Vorgang zugrunde, aber auch wir beide wissen, dass insbesondere der dritte Antragspunkt in naher Zukunft konkrete und praktische Bedeutung erlangen könnte.

Und da sind wir bei dem Stichwort, was hier auch schon gefallen ist: G8-Gipfel in Heiligendamm, massive Sitzblockaden gegen G8. Hierauf gab es die Ankündigung der Polizei, keine Blockaden zu dulden. Darauf erschien die Ankündigung der G8-Gegner, durch zivilen Ungehorsam Regeln zu übertreten.

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Meine Damen und Herren, wer die G8-Staats- und -Regierungschefs und die Gipfelgegner gleichermaßen willkommen heißt, wie Mecklenburg-Vorpommern dies richtigerweise tut, der muss sich bewusst sein, dass es zu Konfrontationen kommen kann. Auch von daher ist Deeskalation das oberste Gebot.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Das, meine Damen und Herren, muss dann aber für alle Beteiligten, für alle Seiten, für Uniformierte und Zivilisten gleichermaßen gelten. Daran appelliere ich nachdrücklich auch von dieser Stelle aus. Werden die G8-Gegner sehr schnell, öffentlich und auch mit Kalkül als Chaoten und Krawallmacher verschrien, dann ist das in meinen Augen gerade das Gegenteil von Deeskalation. Und wenn dann in einem Atemzug davon berichtet wird, dass die Polizei gut aufgestellt ist und die Polizisten gut geschult sind, dann ist das auch nur die halbe Wahrheit.

Meine Damen und Herren, nach meinem Überblick hat der "Nordkurier" vom 24.03.2007 erstmalig und bisher auch einmalig in einem Kommentar zum G8-Gipfel eine komplexere Sicht dargestellt. Ich möchte sie Ihnen hier nicht vorenthalten. Ich zitiere: "... niemand kann garantieren," ...

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Ich glaube nicht, dass Sie das gelesen haben, Herr Glawe.

... "dass sich in die Reihen der zivilen Ungehorsam praktizierenden Männer und Frauen nicht auch jene einschleusen, für die sich Widerstand in gewalttätigen Aktionen erschöpft." Und weiter heißt es im "Nordkurier": "Um nicht missverstanden zu werden: Gleiches gilt natürlich auch in den Reihen der Ordnungshüter, die vom Staat angehalten werden, alles zu tun, damit Heiligendamm Anfang Juni einer Oase des Friedens gleicht. Obwohl die Taktik der Polizeieinsätze offiziell auf Deeskalation abzielt, mag es auch Uniformierte geben, die mit einer kürzeren 'Zündschnur' als andere ausgestattet sind."

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU – Vincent Kokert, CDU: Die müssen auf Anweisung der Vorgesetzten handeln. – Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU) Bis hierher das Zitat aus dem "Nordkurier".

Meine Damen und Herren, um nicht durch mögliche schwarze Schafe in Uniform alle Einsatzkräfte einem Generalverdacht zu unterziehen, enthält unser Antrag unter Punkt 3 einen Prüfauftrag an die Landesregierung, den wir Sie bitten ernst zu nehmen.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Das ist ein Generalverdacht. – Dr. Armin Jäger, CDU: Das ist ein Generalverdacht gegen unsere Polizei.)

Ein Generalverdacht besteht nur, wenn man ihn nicht individuell widerlegen kann,

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

und genau das wollen wir, eine individuelle Kennzeichnung, um einen Generalverdacht auszuschließen, Herr Jäger.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Jetzt endlich enttarnen Sie sich. Jetzt wissen wir endlich, was Sie wirklich denken. – Zuruf von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Und wenn nun abschließend jemand meint, was weiß denn eine Abgeordnete und noch dazu eine globalisierungskritische, die sich mit den G8-Gegnern offiziell eingelassen hat, von den eigentlichen Sorgen und Nöten der Polizei, von polizeilicher Taktik bei Großeinsätzen und polizeilicher Kennzeichnungspflicht, dann hätte ich erstens ein gewisses Verständnis dafür und würde zweitens mit einem Zitat enden wollen, und zwar aus einer gemeinsamen Erklärung der Führung der Hamburger Bereitschaftspolizei. Hier heißt es, und ich zitiere wieder: "Wir waren und sind uns sicher: Jede handlungssichere Polizistin, jeder handlungssichere Polizist ist nach "Bewußtmachung" der Vorteile und offener Diskussion über die Risiken bereit, ... ein Namensschild zu tragen. ... Wir sind uns sicher, daß sich vorhandene Ängste objektivieren und überwinden lassen. Das Tragen von Namensschildern kann zur Selbstverständlichkeit und Normalität werden." So weit aus der gemeinsamen Erklärung der Führung der Hamburger Bereitschaftspolizei.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns auch hier in Mecklenburg-Vorpommern einen Schritt in Richtung Normalität gehen und diesen Antrag, wie hier von der FDP vorgeschlagen wurde, in den Innenausschuss überweisen.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Dr. Armin Jäger, CDU: Wir werden ihn ablehnen.)

Vizepräsident Hans Kreher: Um das Wort hat noch einmal der Innenminister Herr Caffier gebeten. Herr Innenminister, Sie haben das Wort.

Minister Lorenz Caffier: Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Als Innenminister und zuständiger Dienstvorgesetzter für die Polizei weise ich ausdrücklich den Begriff "Schläger mit Lizenz" gegenüber der Polizei entschieden zurück

> (Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und FDP – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

und auch die Unterstellung "der Opfer von Polizeigewalt". Sie haben eingangs ausgeführt, dass in diesem Land von der Polizei keine solchen Maßnahmen bisher vorgefallen sind. Deswegen kann und werde ich das auch nicht dulden, dass hier solche Behauptungen in den Raum gestellt werden. Die Polizeibeamtinnen und -beamten führen

ihren Dienst im Auftrage des Landes Mecklenburg-Vorpommern aus. Und wir sollten alles dafür tun, dass wir sie dabei unterstützen. Dabei schließe ich ebenfalls nicht aus, dass – genau, wie ein Innenminister Fehler machen kann und einer der 71 Abgeordnetenkollegen – auch der eine oder andere Polizist einen Fehler macht. Dann sollten wir mit ihm darüber reden, das aufklären und ihm den Rücken stärken. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und FDP – Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig.)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Minister.

Ich schließe damit die Aussprache.

Während der Debatte wurde vorgeschlagen, den Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/346 zur Beratung an den Innenausschuss zu überweisen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Machen wir nicht. – Zuruf von Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

Wer stimmt für diesen Überweisungsvorschlag? – Danke. Gegenstimmen? – Danke. Enthaltungen? – Bei Zustimmung der Linkspartei.PDS und FDP sowie Ablehnung durch SPD, CDU und NPD ist dieser Überweisungsvorschlag abgelehnt.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/346. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Bei Zustimmung der Linkspartei.PDS und Ablehnung aller anderen Fraktionen ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 26**: Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Freischaltung einer kostenfreien Auskunfts-Fernsprechnummer zum G 8-Gipfel in Heiligendamm, Drucksache 5/350.

Antrag der Fraktion der NPD: Freischaltung einer kostenfreien Auskunfts-Fernsprechnummer zum G 8-Gipfel in Heiligendamm – Drucksache 5/350 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Lüssow von der NPD.

Birger Lüssow, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eigentlich bedarf der Antrag keiner weiteren Begründung, da alles Wesentliche schon aus der Überschrift hervorgeht. Zum Verstehen genügt meines Erachtens der normale Menschenverstand. Ich werde ihn dennoch kurz begründen.

Sie kennen die Situation vielleicht nicht, aber die meisten Menschen in unserem Land müssen auf ihr Geld achten, auch beim Telefonieren. Und nicht umsonst haben viele Firmen, Versandhäuser und sonstige Gewerbetreibende gerade für die Reklamationen kostenpflichtige Servicenummern eingerichtet. Wofür vorher Dienste inklusive waren, kostet das Beschweren eben Geld, und das schreckt ab. Da wird nicht mal schnell zum Hörer gegriffen und schon gar nicht, wenn man damit rechnen muss, ein paar Minütchen in einer Warteschleife zu hängen. Die Kosten – 14 Cent aus dem Deutschen Festnetz, das heißt, circa 50 Cent aus den Funktelefonnetzen – liegen über den sonstigen Standardtarifen für Ferngespräche, egal aus welchem Netz. Derartige Nummern sind ärgerlich und schrecken ab. Ein Ferngespräch im Standard-Tele-

kom-Tarif kostet tagsüber 12,2 Cent pro Minute, doch bei 0180 hilft auch keine Sparvorwahl weiter, was zur Folge hat, dass für den sparsamen Anrufer ein Gespräch nach Amerika billiger kommen kann als der Anruf bei einer solchen Hotline. Eine Stunde in so einer Warteschleife kostet 8,40 Euro aus dem Festnetz, also mehr als das Dreifache eines Hartz-IV-Stundensatzes.

Warum also wird dem Bürger eine solche sogenannte Servicenummer für den G8-Gipfel zugemutet? Diejenigen, welche die Nummern in Anspruch nehmen werden, sind in der Regel die Betroffenen, also die, die ein Problem mit dem G8 haben. Warum sollen die dann auch noch dafür bezahlen, um Informationen über ihre Beeinträchtigung zu bekommen? Kaviar für die G8-Teilnehmer, Schnittchen für die Presse und jede Menge Sonderausgaben, aber die Betroffenen sollen für individuelle Informationen zahlen. Das ist unverantwortlich und unsozial und vor allem eins ist es nicht - bürgernah. Die derzeitige Nummer ist auf kostenlos umzustellen und sollte dies aus irgendwelchen Gründen - technische werden gern vorgeschoben - nicht möglich sein, so ist eine neue Nummer einzurichten, die dann über einen Anrufbeantworter bekannt gegeben wird. Und wenn das auch nichts wird, so ist eine reguläre Festnetznummer bekannt zu geben, denn die ist billiger und folglich bürgerfreundlicher. -Danke

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Meine Damen und Herren, ich muss jetzt hier zwischendurch noch etwas klären. Als ich vorhin den Abgeordneten Müller von der NPD-Fraktion ermahnte, kam ein Zwischenruf von Herrn Borrmann, der mitprotokolliert wurde. Herr Borrmann, ich werde Ihnen deshalb hier einen Ordnungsruf erteilen.

(Beifall Toralf Schnur, FDP – Heiterkeit bei Raimund Borrmann, NPD)

Wir kommen jetzt zur Aussprache.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Die Aussprache ist damit eröffnet.

Es hat zunächst das Wort der Abgeordnete Dr. Nieszery von der SPD.

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Meine Herren von der NPD!

Es ist immer wieder schön zu sehen, wie Sie hier angeblich bürgernah und menschenfreundlich auf uns zukommen und sich für die Rechte der Menschen in unserem Land einsetzen. Darauf können wir später noch einmal zurückkommen, das mache ich auch gern, ich möchte mich jetzt aber zuerst mit den Fakten beschäftigen.

Die Fakten sind ganz eindeutig. Es gibt ein Bürgertelefon zum G8-Gipfel. Unter der Nummer 0180/5010766 kann jeder Bürger anrufen, kostenpflichtig zwar, es kostet tatsächlich 14 Cent, aber die dort sitzenden Bediensteten sind eindeutig angewiesen worden durch das Innenministerium, dass Anrufer, die absehbar länger als ein oder zwei Minuten telefonieren, zurückgerufen werden,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

sodass für den Anrufer selbst keine Kosten entstehen, außer dem, was für ein Ein- oder Zweiminutengespräch anfällt. Das wissen Sie ganz genau. Ab dem 21.05.2007,

also mit Beginn der heißen Phase zum G8-Gipfel, werden insgesamt 21 Mitarbeiter dort sitzen, und zwar rund um die Uhr, und die Anrufe, die berechtigten Anrufe der Bürger entgegennehmen. Aus Sicht der demokratischen Fraktionen reichen diese Maßnahmen aus, um einen Informationsbedarf der Bürger ausreichend abzusichern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte noch mal ein paar Worte verlieren über diese Bürgerfreundlichkeit und Menschlichkeit der Nationaldemokraten in unserem Parlament.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

In diesem Zusammenhang ist es vielleicht ganz wichtig zu prüfen, wie denn eigentlich die NPD den Machtanspruch, den sie für sich formuliert, auch umsetzt, mit welchen Maßnahmen sie an die Macht gelangen will. So hat Herr Pastörs vor wenigen Wochen in einem kleinen Ort mit Namen Tarnow eine Rede gehalten. Und ich darf aus dieser Rede zitieren, sie ist zwar ziemlich unangenehm und unappetitlich, aber ich will kurz daraus zitieren. Da geht es darum: Wie kommen wir an die Macht als NPD?

(Birger Lüssow, NPD: Das hat doch aber nichts mit dem Antrag zu tun. – Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Zitat: "Aber irgendwann kommt der Zeitpunkt des Wechsels. Aber dieser Wechsel wird nicht vom ländlichen Raum ausgehen, er wird wie ein Flächenbrand aus den Ballungszentren Berlin, Frankfurt und München ausgehen und dann beginnt" ...

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD – Unruhe bei Abgeordneten der NPD)

Hören Sie gut zu, meine Damen und Herren!

... "das große Multikultischlachten."

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

"Und dann brauchen wir die selbsternannten Demokraten nicht mehr!"

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

"Da wird es ein Hauen und Stechen geben!"

(Udo Pastörs, NPD: Entschuldigen Sie bitte, das ist eine Lüge und eine Unterstellung und das wissen Sie!)

Als ich dieses Zitat das erste Mal gelesen habe,

(Michael Andrejewski, NPD: Gewalttätige Ausländerbanden haben wir gemeint.)

fiel mir ein alter Sinnspruch ein, der da lautet: "Jede Dummheit braucht einen Deppen, der sie ausspricht."

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Unruhe bei Abgeordneten der NPD – Tino Müller, NPD: Ich sehe nur einen Deppen und der steht am Mikrofon! – Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Meine Damen und Herren, ich möchte darauf hinweisen, es geht hier um die Menschenfreundlichkeit und die Bürgernähe, die Sie hier so vortäuschen. Lassen Sie mich noch kurz weitererzählen.

Dennoch denke ich, diese Machtübernahme, die die NPD offensichtlich genau da ...

(Unruhe bei Abgeordneten der NPD – Michael Andrejewski, NPD: Zur Sache!)

Ich habe getroffen. Getroffene Hunde bellen, Herr Pastörs, und nichts anderes.

(Udo Pastörs, NPD: Was Sie da in die Welt setzen! – Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Sie wollen über bürgerkriegsähnliche Zustände an die Macht in der Bundesrepublik Deutschland kommen.

(Michael Andrejewski, NPD: Sie sind schuld. – Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Und genau das, meine Damen und Herren, ist das, was Sie wollen. Es wird gehauen und gestochen und es wird am Ende auch geschlachtet.

(Michael Andrejewski, NPD: Durch Ihre Schuld. Wir wären froh, wenn es nicht so wäre.)

Das ist Ihre Philosophie. Und so wollen Sie an die Macht kommen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Vizepräsident Hans Kreher: Herr Abgeordneter, ich bitte Sie aber zur Sache zu kommen.

Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, ich komme jetzt zur Sache.

In diesem Szenario, das Sie hier entwerfen in Ihrer Philosophie,

(Michael Andrejewski, NPD: Leider wird es kommen. – Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

sehen Sie,

(Volker Schlotmann, SPD: Wunderbar, das geht alles ins Protokoll.)

ist aber von einem Bürgertelefon für die Betroffenen nicht die Rede, Herr Pastörs, das müssen Sie doch sagen. Das haben Sie sicherlich auch nicht erwähnt.

Das, meine Damen und Herren, ist zu sagen, zur Bürgerfreundlichkeit der NPD.

(Michael Andrejewski, NPD: Das ist völliger Unsinn! – Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Natürlich hat das mit dem Thema zu tun, das wissen Sie doch.

Wissen Sie, Herr Pastörs, Sie haben in letzter Zeit so vieles von sich gegeben, ob es in der "Vanity Fair" war, der Strafantrag gegen Herrn Bush oder auch diese Rede in Tarnow, die Sie gehalten haben. Sie sind offensichtlich der Einzige, der hier eine telefonische Beratung braucht.

(Heiterkeit bei Michael Roolf, FDP, und Toralf Schnur, FDP)

Ich empfehle Ihnen da dringend die Telefonnummer des psychiatrischen Notdienstes. – Vielen Dank, meine Damen und Herren.

(Unruhe bei Abgeordneten der NPD – Udo Pastörs, NPD: Oh, oh, oh!)

Vizepräsident Hans Kreher: Ich bitte auch hier in dieser Debatte wieder von beiden Seiten: Ich möchte bitte nicht, dass wir uns gegenseitig mit Deppen bezeichnen und auch nicht mit diskriminierenden Ausdrücken. Das richte ich jetzt an Herrn Dr. Nieszery, aber auch bei den Zwischenrufen möchte ich das hier unterbinden, dass

so etwas nicht wieder vorkommt, meine Damen und Herren.

(Beifall Toralf Schnur, FDP – Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Die Damen bitte ich auszunehmen, die waren da nicht mit dabei.)

Herr Pastörs möchte jetzt die Redezeit noch mal nutzen. Herr Pastörs, Sie haben das Wort.

Udo Pastörs, NPD: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Herren! Dieses Gegeifer, was wir da gerade gesehen haben, ist symptomatisch für die Wahrnehmungsstörungen des Herrn, der sich hier gerade so aufgeblasen hat.

> (Beifall bei Abgeordneten der NPD – Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Und Sie fühlen sich gar nicht getroffen, ne?)

Und es ist auch symptomatisch für diesen Freiheitskämpfer für Recht und Ordnung, dass er hier irgendetwas zitiert, was so überhaupt gar nicht gesagt worden ist. Sie verwechseln in meiner Rede nämlich den Hinweis darauf, dass wir in Großstädten schon Verhältnisse haben, wo es Hauen und Stechen gibt aufgrund der Zustände, die diese parlamentarische Realität in unseren Großstädten zugelassen hat.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Das ist so falsch wie alles andere.)

Wenn Sie da mal ein bisschen redlich geblieben wären und das auch gesagt hätten, dass Hauen und Stechen Realität ist in den Großstädten, ein Blick auf die Kriminalstatistik des BKA zeigt das.

(Volker Schlotmann, SPD: Ja, es sind sehr viele Rechtsextreme unterwegs, die das machen. Da haben Sie recht.)

Ich wiederhole das hier: Das Hauen und Stechen wird, wenn Sie diese Politik des Multikultiwahns weiter betreiben, noch zunehmen.

(Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Und insofern habe ich das gesagt und Sie haben das wahrscheinlich gar nicht wahrgenommen, denn Sie haben eine ideologisch motivierte selektive Wahrnehmung und versuchen mit diesen Sprüchen natürlich, ...

(Heike Polzin, SPD: Ja, und was ist das bei Ihnen? – Toralf Schnur, FDP: Zur Sache!)

Vizepräsident Hans Kreher: Herr Abgeordneter, wir haben hier ein Thema auf der Tagesordnung. Ich bitte Sie, zur Sache zu sprechen.

(Zuruf von Volker Schlotmann, SPD)

Udo Pastörs, NPD: Ja, ich spreche zur Sache.

Vizepräsident Hans Kreher: Nein, das ist nicht mehr zur Sache, sondern es geht jetzt wirklich am Thema vorbei.

Udo Pastörs, NPD: ... Ihr Mütchen zu kühlen. Das wird Ihnen nicht gelingen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall Birger Lüssow, NPD – Volker Schlotmann, SPD: Und wir werden aufpassen, dass Ihnen das auch nicht gelingt. Da können Sie Gift drauf nehmen.)

Vizepräsident Hans Kreher: Meine Damen und Herren, ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/350. Wer dem zuzustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei Zustimmung der NPD-Fraktion und Ablehnung aller anderen Fraktionen ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 27**: Beratung des Antrages der Fraktion der Linkspartei.PDS – Konzeption für ein Film- und Medienland Mecklenburg-Vorpommern, Drucksache 5/347.

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS: Konzeption für ein Film- und Medienland Mecklenburg-Vorpommern – Drucksache 5/347 –

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Bluhm, der Vizepräsident, von der Linkspartei.PDS.

Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schwierig, nach einer solchen Debatte zur Tagesordnung überzugehen und über die Film- und Medienbranche sowie ihre Entwicklung in unserem Land zu reden. Aber ich versuche es trotzdem, weil ich glaube, dass es in Ruhe zu hinterfragen ist, was hier die letzten zehn Minuten passiert ist.

Herr Präsident, die Film- und Medienbranche unterliegt weltweit rasanten Veränderungen und der technische Fortschritt und die explosionsartige Entwicklung von Verbreitungskanälen sowie audiovisuellen Medien schafft Möglichkeiten, auch für Kultur und Wirtschaft bei uns im Land. Bereits seit mehreren Jahren wird versucht, auch in Mecklenburg-Vorpommern hier im Landtag, in seinen Fraktionen, über eine Reform der Film- und Medienförderung zu diskutieren. Das spiegelt sich auch mehr oder minder in den einzelnen Programmen der Parteien zu den Landtagswahlen 2006 wider, ebenso in der Antwort der Landesregierung vom Dezember 2005 auf eine Große Anfrage der CDU-Fraktion damals zur Kulturförderung. Auch im Grundsatzpapier des Kulturbeirates des Ministers für Bildung, Wissenschaft und Kultur zur Kulturentwicklung in unserem Bundesland vom September 2003 lassen sich dazu Aussagen finden.

(Zuruf von Angelika Peters, SPD)

Zu den in den vergangenen Jahren diskutierten medienpolitischen Sachfragen unseres Landes zählt auch und dezidiert die Einführung einer wirtschaftlichen Film- und Medienförderung sowie die Reorganisation der kulturellen Filmförderung und des Landesfilmzentrums. Eine ausführliche und lesenswerte Analyse zu diesen und weiteren Fragen liegt seit Ende des vergangenen Jahres mit der Studie der Landesrundfunkzentrale Mecklenburg-Vorpommern Medienwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern vor. Angesichts dieser allgemeinen Einschätzung um diese grundsätzliche Frage ist es nicht ganz verständlich, dass der Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU dazu nicht wirklich konkrete Aussagen trifft. Das, was sich in Ziffer 363 findet, ist die Aussage, dass die Koalitionspartner die bestehende Filmförderung mit dem Ziel überprüfen wollen, den Drehstandort Mecklenburg-Vorpommern durch neue wirtschaftlich orientierte Strukturen zu fördern und mit den Bundes- und EU-Förderungen zu verzahnen.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Das ist doch in Ordnung.)

Das ist sicherlich nicht ganz falsch, aber angesichts dessen, was sich Anfang dieses Jahres an Realitäten vollzogen hat, zumindest fraglich.

Nun war allerdings aus den Ministerworten zur Premiere des Films "Hände weg von Mississippi" vor zwei Wochen zu hören, dass sein Haus sich Gedanken macht über die Entwicklung der Filmförderung in Mecklenburg-Vorpommern und dabei auch die wirtschaftliche Filmförderung nicht aussparen will. Ich glaube, es ist gut, wenn der Landtag heute deutlich sagt, strukturelle Veränderungen im Bereich der kulturellen und wirtschaftlichen Filmförderung dieses Landes bedürfen aber eines Konzeptes.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Vielleicht ist auch das eine oder andere in aktueller Diskussion. Ich habe, da ich nun seit vielen Jahren mit diesem Thema befasst bin, noch nie so viele spannende Wortmeldungen der betreffenden Schaffenden dieses Bereiches in so kurzer Zeit in einem solchen Umfang und in einer solchen Qualität erhalten wie gerade in den letzten Wochen. Vielleicht ist es auch so ein bisschen damit verbunden, dass wir als Fraktion im Januar im Bildungsausschuss einen Antrag initiiert haben, der zur Folge hatte, dass eben nicht der Mecklenburg-Vorpommern Film e.V. in die Insolvenz gehen musste. Zumindest die Gefahr bestand Anfang des Jahres.

Ich habe hier auch nicht die Absicht, auf die Auseinandersetzungen, die zum Teil einen sehr unschönen Charakter angenommen hatten, einzugehen. Nur so viel sei gesagt, dass es nicht von Souveränität, sondern eher von einem schlechten Einstand zeugt, wenn die ersten Handlungen im Bereich von Filmpolitik und Kulturpolitik darin bestanden hätten, ohne ein klares Konzept bestehende Strukturen zu schließen, ohne zu sagen, wie eine Weiterführung von bestimmten Projekten, von bestimmten Verfahren und Modalitäten gewährleistet werden soll.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Ein Zueinanderfinden der Mecklenburg-Vorpommern Film e.V. und der Filmland GmbH ist wünschenswert und sicherlich machbar. Gewinner wäre nicht zuletzt der Film in Mecklenburg-Vorpommern. Und ich denke, darum sollte es allen Beteiligten gehen und nicht so sehr nur um die Gründe und Zugriffe.

Es ist unübersehbar, dass Film, Video und Multimedia zu einer Querschnittstechnologie zusammenwachsen und zunehmend Kultur und Wirtschaft eines Landes beeinflussen. Film- und Medienförderung gilt als ein wichtiges, wenn nicht sogar das wichtigste Instrument zur Imageförderung auch für unser Land. Und deswegen muss die Weiterentwicklung der Filmförderung in Mecklenburg-Vorpommern den Anschluss des Landes an diesen dynamischen Wirtschaftszweig sichern.

Mecklenburg-Vorpommern ist das einzige Bundesland, das bisher keine wirtschaftliche Filmförderung etabliert hat, trotz zahlreicher Bemühungen auch unsererseits in der Vergangenheit. So mancher Kollege und so manche Kollegin wird sich daran erinnern, wie schwierig es war, einen Leertitel einzurichten, und dass es damals auch einen Minister in einer rot-roten Regierung gegeben hat, der partout nicht wollte, dass wenigstens etwas in diesen Haushaltstitel eingestellt werden könnte.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Da müssen wir auch noch baggern.)

Die kulturelle Filmförderung in unserem Lande ist in den zurückliegenden Jahren natürlich reduziert worden. Das ist bedauerlich, aber nicht sozusagen das Hauptproblem. Das Hauptproblem, glaube ich, ist, Überlegungen zu strategischen Weiterentwicklungen des Standortes Mecklenburg-Vorpommern im Bereich Medien, Film und Multimedia und den damit verbundenen erforderlichen Dienstleistungen zu einem Leitbild zusammenzufassen und anschließend in eine entsprechende adäquate Struktur zu gießen. Das darf nicht a priori heißen, kulturelle und wirtschaftliche Filmförderung quasi einfach nur zusammenzulegen. Das wird den Ansprüchen nicht gerecht. Entwicklung anderer Bundesländer heißt bei einer solchen einfachen additiven Zusammenlegung, dass die Sieger letztlich nur bei der wirtschaftlichen Filmförderung liegen würden. Das Filmland Mecklenburg-Vorpommern würde dann allerdings auf der Strecke bleiben und damit ein wesentlicher Teil seiner kulturellen Vielfalt. Die Folgen wären - wer sich heute den Pressespiegel angesehen hat, kann es nachlesen - die befürchteten wirtschaftlichen Mitnahmeeffekte, aber keine strukturellen Effekte, derer unser Bundesland auch hier bedarf.

Zur Diskussion, was wirtschaftliche und kulturelle Förderung unterscheidet und ob eine Trennung sinnvoll sei, möchte ich Folgendes anmerken: Kulturell in diesem Zusammenhang bedeutet zumeist kleinere Förderbeträge, die nicht zurückzahlbar sind für sogenannte schwierige, weil nicht kommerziell auszuwertende Bereiche wie Nachwuchs-, Kurz-, Animations- und Dokumentarfilme. Wirtschaftliche Filmförderung zielt eher auf Projekte mit großem Budget und Aussicht auf eine insbesondere erfolgreiche Verwertung, die die Rückzahlung der vergebenen Fördergelder ermöglichen soll. Selbstverständlich muss jede Produktion höchstmöglich wirtschaftlich arbeiten, um realisierbar zu sein, und ist dementsprechend auch an einer Auswertung interessiert. Gerade heute aber, da verstärkt in Richtung wirtschaftliche Filmförderung gedacht wird, sollten die Möglichkeiten einer kulturellen Filmförderung auf Landesebene im Sinne einer Medienlandschaft voll ausgeschöpft werden. Das möchte ich betonen, da anscheinend die Gefahr entsteht, die noch existierende kulturelle Förderung des Film- und Medienstandortes Mecklenburg-Vorpommern ernsthaft zu beschädigen.

Kulturelle Filmförderung behandelt den Film als Kunstgattung. Während bei wirtschaftlich orientierten Filmförderungen in erster Linie Produzenten und Produzentinnen gefördert werden, die dezidiert Vorstellungen über eine Verwertung in Kinos und Fernsehen haben, besteht die Klientel der kulturellen Filmförderung teilweise aus Anfängern und Anfängerinnen und Produzenten und Produzentinnen, denen es primär um die ästhetische Qualität ihrer Produkte geht. Auch das ist Kultur. Und vor allen Dingen zeigt doch eins aus der Wirtschaft auch: Wenn jemand in einer globalisierten Welt eine Marktnische entdeckt, dann ist er erfolgreich. Er muss nicht alles und groß machen, sondern er muss die Nische finden. Ich glaube, wir können mit einer spezifischen Entwicklung in vielen Bereichen hier im Land eine Nische besetzen, die zwischen den großen Globalplayern Deutschlands in der Medienpolitik - Hamburg, Köln, München und Berlin - überleben kann.

Zum Abschluss ein Zitat des neu gegründeten Forums "Junger Film MV": "Mit der Restrukturierung der Filmförderung müssen auch die Voraussetzungen für die Entwicklung der jungen Filmemacher im Land geschaffen werden" ... Bislang müssten fast alle Filmbegeis-

terten das Land verlassen um sich kreativ zu entfalten und finden in den seltensten Fällen zurück." Ich denke, dafür brauchen wir ein Konzept. Vielleicht ist es möglich, es bis zum Juni zu realisieren, aber spätestens bis zum Jahresende sollte es tatsächlich vorliegen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit und bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Bluhm.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Bildungsminister Herr Tesch.

Minister Henry Tesch: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte nicht gehofft, dass das Kultusministerium zwei Tage vor der Debatte zu dem vorliegenden Antrag in seinen Bemühungen um die Neuordnung der Filmförderung im Land die Unterstützung vom "Film e.V. MV" erhalten würde. Dort, wo der Konflikt im vergangenen Jahr aufbrach und die Öffentlichkeit Kenntnis von der Vielfalt der Probleme in diesem Bereich erlangte, scheint nunmehr die Erkenntnis gewachsen zu sein, dass es einer Neuordnung der Filmförderung im Land bedarf, wenn wir diesen Bereich der Kulturförderung, aber nicht nur den, langfristig so organisieren wollen, dass sowohl Filmemacher als auch das Land etwas davon haben.

(Vizepräsident Andreas Bluhm übernimmt den Vorsitz.)

Nun bin ich Ihnen schon fast dankbar, Herr Bluhm, dass Sie ein Zitat ganz am Schluss Ihrer Rede hatten. Ich würde das Zitat gern an den Anfang nehmen und vielleicht vollständig vorlesen. Vor zwei Tagen wurde der Öffentlichkeit durch die Geschäftsführerin des "Film e.V. MV" Folgendes mitgeteilt: "Das Forum fordert die Politik auf, in Sachen Filmförderung aktiv zu werden. "Mit der Restrukturierung der Filmförderung müssen auch die Voraussetzungen für die Entwicklung der jungen Filmemacher im Land geschaffen werden', fordert Henrike Ehlich. Bislang müssten fast alle Filmbegeisterten das Land verlassen um sich kreativ zu entfalten und finden in den seltensten Fällen zurück." Und es geht weiter: "Vielfach wissen Leute gar nichts voneinander und kennen sich nicht', erklärt Henrike Ehlich. ,Die Internetseite soll dazu beitragen, dass die Filmszene im Flächenland Mecklenburg-Vorpommern enger zusammenrückt." So ist das vollständige Zitat.

Und, meine sehr geehrten Damen und Herren, genau der hier beschriebene Zustand war für das Kultusministerium Anlass und Veranlassung, das System der selbst verwalteten Filmförderung zu überdenken, welches noch in diesem Jahr praktiziert wird. Auch das sei gesagt.

Das hier dargestellte Maß an Selbstkritik ist aus meiner Sicht beeindruckend. Dieses System hat letztendlich dazu beigetragen, dass die Situation entstanden ist, dass junge Filmemacher im Land nichts voneinander wissen, sich im Land nicht kreativ entfalten konnten. So verstehe ich die Aufforderung des "Film e.V. MV" an die Politik, mit der Restrukturierung der Filmförderung die Voraussetzungen dafür zu schaffen, damit diese Situation sich verbessert. Ja, das ist unsere Absicht. Das wollen wir. Mit einer unabhängigen Filmförderung wollen wir dafür die Gewähr bieten. An einem solchen Konzept für eine unab-

hängige Filmförderung arbeiten wir, seitdem sich die Probleme der Filmförderung auch vor dem Hintergrund der Förderkulisse offenbarten und der Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur dieses Hohen Hauses dieses Thema daraufhin auf die Tagesordnung seiner Beratung setzte. Ich muss Ihnen sagen, dort sind klare Aufträge vergeben worden, infolge derer und infolge einer Kleinen Anfrage der FDP das Ministerium dem Landtag bereits berichtet hat.

Fazit: Das Konzept ist in Arbeit. Ich wünschte mir, es würde schneller vorangehen, aber der Landtag hat klare Prämissen gesetzt, die die Klärung der Probleme nicht einfacher gemacht haben. Es bedarf der Unterstützung aller Seiten und dabei schließe ich die Hansestadt Wismar nachdrücklich mit ein. Die offenen Fragen sind so zu lösen, dass sie nicht ausschließlich zulasten des Landes gehen. Dafür wird im Kultusministerium angestrengt gearbeitet. Wir sehen es als dringend geboten an, hier für die Zukunft die Verantwortung zu übernehmen.

Lassen Sie mich noch einen Aspekt hervorheben, der in der Öffentlichkeit wenig gewürdigt wird. Worüber diskutieren wir eigentlich? Es geht in der Diskussion nicht darum, Filmfördermittel zu streichen oder die Kulturförderung zu reduzieren. Wir versuchen, das System der unabhängigen Filmförderung so zu organisieren, wie es die jungen Filmemacher gerne wollen, wie sie es brauchen, denn sie schienen vom Film e.V. früher ausgeschlossen gewesen zu sein. Es ist klar, dass sich Strukturen, die sich verselbstständigt hatten und die mehr als die Hälfte der Projektfördermittel Jahr für Jahr nur für den Geschäftsbetrieb ausmachten, gegen eine Reorganisation wehren. Das ist aus meiner Sicht verständlich. Gleichwohl werden die Protagonisten auch in diese Reorganisation integriert. So verstehe ich auch den Antrag der PDS, der ergebnisoffen formuliert ist. Ich habe den Weg beschrieben, auf dem wir uns hin zu einer neu orientierten Filmförderung bewegen, und daher bedarf es dieses Antrages aus meiner Sicht nicht.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Ausschuss für Bildung, Wissenschaft und Kultur hat in seinem Antrag vom 25. Januar 2007 auf der Ausschussdrucksache 5/22 beschlossen, der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur werde gebeten, die betriebswirtschaftliche Situation des MV Film e.V. unter Einbeziehung externen Sachverstandes zu überprüfen und bis zu einem abschließenden Prüfergebnis das Weiterbestehen des MV Film e.V. abzusichern.

Das Bildungsministerium teilte dem Landtag im Schreiben vom 2. März 2007 die Situation der Filmförderung in Mecklenburg-Vorpommern mit. Gegenwärtig überprüft die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern die Filmförderung gemäß Koalitionsvereinbarung, um den Film- und Medienstandort Mecklenburg-Vorpommern weiterhin positiv entwickeln zu können. Seit Januar besteht eine Arbeitsgruppe der Landesregierung, die die Arbeit des MV Film e.V., einschließlich des Standortes Wismar, mit dem sogenannten Landesfilmzentrum überprüft.

Der MV Film e.V. ist als derzeitiger Träger der Immobilie Bürgermeister-Haupt-Straße 51-53 in Wismar mit in der Arbeitsgruppe tätig. Die durch externen Sachverstand erfolgte Überprüfung des MV Film e.V. ist abgeschlossen. Ein Ergebnis ist, dass der MV Film e.V. definitiv nicht in der Lage ist, die Immobilie Bürgermeister-Haupt-Straße 51-53 in Wismar wirtschaftlich zu betreiben und damit zukünftig abzusichern. Die vorhandene Technik

wurde nicht auf dem notwendigen zeitgemäßen Stand gehalten. Der Auslastungsgrad der vorhandenen Einrichtung lag zuletzt zwischen 10 bis 15 Prozent. Mittel für Reinvestitionen sind nicht vorhanden. Mit Bewilligungsbescheid, also dem Fördermittelbescheid, des Kultusministeriums vom 20.02.2007 an den MV Film e.V. ist die Übergangsfinanzierung des MV Film e.V. und damit der Immobilie Wismar bis zum 30.06.2007 gesichert worden. Festzustellen ist, dass der MV Film e.V. Wismar aufgrund personeller Veränderungen auch inhaltliche Veränderungen für das Jahr 2007 in seiner Projektarbeit vorgenommen hat. Derzeit erfolgt eine intensive Diskussion mit der Hansestadt Wismar, der Hochschule Wismar, dem MV Film e.V. und anderen potenziellen Partnern bezüglich eines Konzeptes zur Bewirtschaftung der oben genannten Immobilie.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, im Laufe von 15 Jahren sind Einrichtungen entstanden, die quasi institutionell arbeiten beziehungsweise gearbeitet haben und die über Projektfinanzierung gefördert wurden. Dazu gehören: MV Film e.V. Wismar, institut für neue medien gGmbH in Rostock, Latücht e.V. Neubrandenburg, Filmland gGmbH Schwerin. Es hat eine stetige Entwicklung dieser freien Träger gegeben. Der neu gegründete Filmboard e.V. und die Filmland gGmbH sind aufgrund der Veränderungen des MV Film e.V. entstanden. Letzterer ist Träger des Filmkunstfestes in Schwerin. Weitere Projekte der Filmland gGmbH sind die Schulkinowoche 2007, das Programmkino im Capitol Schwerin sowie das Projekt "Filmfest on tour".

Das institut für neue medien in Rostock wurde von Beginn an kontinuierlich gefördert und sieht seinen Arbeitsschwerpunkt in der Arbeit mit Jugendlichen bezüglich der Entwicklung von Medienkompetenz sowie Medienarbeit mit Kindern und Jugendlichen. Der Latücht e.V. Neubrandenburg unterhält eine Medienwerkstatt, die ebenfalls von Beginn an gefördert wurde und Träger des Dokumentarfilmfestivals DokumentART in Neubrandenburg ist. Das Profil der DokumentART Neubrandenburg ist in den letzten Jahren mehrfach verändert worden und unterlag dadurch Schwankungen in der Durchführung, aber auch in der Rezeption.

Zur kulturellen Filmförderung 2007 ist anzumerken, dass die Projektauswahl durch Juryentscheidungen des MV Film e.V. schon 2006 getroffen wurde. Die Abwicklung dieser Förderungen erfolgt derzeit über den MV Film e.V. Zukünftig wird es Ausschreibungstermine und Jurybesetzungen durch das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur sowie auch in den anderen Kunstbereichen – ebenfalls schon praktiziert – geben, ähnlich wie in den Kunstbereichen Literatur, Musik, bildende Kunst und Theater.

Abschließend ist festzustellen, dass die Landesregierung gemäß Koalitionsvereinbarung zur Neustrukturierung der Film- und Medienförderung in Mecklenburg-Vorpommern ein Konzept für die kulturelle und wirtschaftliche Filmförderung entwickelt. Damit schaffen wir etwas, was bisher nicht erreicht wurde. Klarstellen möchte ich, dass die wirtschaftliche Filmförderung nicht zulasten – und das sage ich ganz deutlich – der kulturellen Filmförderung gehen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Diese Konzeption wird im skizzierten Zeitraum fertiggestellt und dann dem Landtag über den Bildungsausschuss zugeleitet werden.

Lassen Sie mich zum Schluss mit einem weiteren Argument für das Vorgehen des Kultusministeriums werben. Mir geht es um die Vernetzung der Strukturen auch im Kultusministerium. Wir stehen vor zahlreichen Herausforderungen in der Bildungspolitik. Sie wissen es. Eine davon ist der Hochschulpakt 2020, der zwischen dem Bund und den Ländern in Kürze vereinbart wird. Wir müssen und wollen junge Menschen dazu bewegen, in unserem Land, an unseren Universitäten und Fachhochschulen ein Studium aufzunehmen. Dafür müssen und wollen wir werben, mehr als je zuvor. Und wohin gehen junge Menschen, wenn man Werbung machen will? - Ins Kino. Was können junge Filmemacher machen? - Gute Filme. Für wen? - Für junge Menschen von jungen Menschen. Geben Sie uns die Möglichkeit, diesen Prozess kreativ zu gestalten und die Kräfte nicht mit Diskussionen zu verausgaben, die durch Strukturkonservatismus geprägt sind und die uns neue Chancen verschließen, statt sie zu eröffnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Herr Minister, gestatten Sie eine Anfrage des Abgeordneten Vierkant? (Zustimmung)

Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Jörg Vierkant, CDU: Können Sie dem Bildungsausschuss zusichern, dass er noch vor der Sommerpause beteiligt wird?

Minister Henry Tesch: Davon gehen wir definitiv aus.

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Minister.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD der Fraktionsvorsitzende Herr Schlotmann. Bitte schön, Herr Abgeordneter

Volker Schlotmann, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie uns nicht lange drumherumreden, bringen wir die Debatte zu diesem jetzt vorliegenden Antrag auf den Punkt. Das meine ich auch gar nicht böse. Wir haben hier einen Antrag der Linkspartei vorliegen, der erstens ein ehrenhaftes Ziel verfolgt, nämlich die Debatte, die zum Teil in einem merkwürdigen Stil geführt worden ist in den letzten Monaten, öffentlich hier im Parlament zu führen. Das, finde ich, ist ein ehrenvolles Ziel und dieses Ziel hat die Linkspartei.PDS mit diesem Antrag schon erreicht.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Das war die gute Botschaft. – Heiterkeit bei Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS)

Andererseits ...

Ja, das ist nun dieser berühmte Spruch mit dem Zuckerbrot.

... zeigt dieser Antrag aber auch das Verständnis der Linkspartei.PDS von ihrer Oppositionsrolle, denn Sie haben damit einen Antrag gestellt – das werfen Sie uns zwischendurch immer wieder vor, zum Beispiel an diesen beiden Tagen, die wir hinter uns haben –, so einen Aufforderungsantrag. Ich weiß nicht, ob das immer sinnvoll ist, uns mit dem moralischen Zeigefinger zu bedrohen und zwei Stunden später das Gleiche selbst zu tun. Darüber sollte man vielleicht einmal nachdenken.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Bitte, dann machen Sie das!)

Ja, das wäre vielleicht gar nicht verkehrt, Kollege Methling, darüber sollte man reden.

(Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Das merken wir uns, Herr Schlotmann!)

Zum Antrag. Die Koalitionsvereinbarung, meine Damen und Herren, sagt in Ziffer 363 aus, die Koalition will "die bestehende Filmförderung mit dem Ziel (überprüfen), den Drehstandort Mecklenburg-Vorpommern durch neue wirtschaftlich orientierte Strukturen zu fördern und mit der Bundes- und EU-Förderung zu verzahnen." Darüber hinaus sprechen sich die Koalitionspartner dafür aus, die Filmförderung als imagebildenden Faktor zu nutzen. Ich glaube, selbst die Linkspartei.PDS und, ich glaube, sogar die FDP

(Zuruf von Michael Roolf, FDP)

könnte mit diesem Punkt der Koalitionsvereinbarung herrlich leben und ihn sogar unterstützen. Das behaupte ich jetzt einfach mal. Festzuhalten ist, mit Verlaub gesagt: Wenn die Koalitionsvereinbarung davon spricht, die bestehende Filmförderung zu überprüfen, und das sage ich wirklich in vollem Ernst hier, ...

(Heiterkeit bei Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Dann passiert das auch.)

Sie wissen doch noch gar nicht, was kommt.

... so war, lieber Kollege Tesch, manche Äußerung und vor allen Dingen manche öffentliche Äußerung Ihres Staatssekretärs dieser Debatte nicht wirklich zuträglich und nicht hilfreich.

Ich sage Ihnen, "überprüfen" heißt doch gerade, dass Ergebnisse nicht vorweggenommen werden dürfen und auch noch nicht feststehen, bevor man überhaupt anfängt zu prüfen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Nach unserer Definition als SPD-Fraktion heißt "überprüfen", sich anzuschauen, was hat man, dann zu prüfen, was daran gut oder schlecht oder nicht ganz so gut war, oder ob es vielleicht Strukturen gibt, die zu besseren Ergebnissen führen können.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, anlässlich der nicht abreißenden öffentlichen Diskussion zur Zukunft des Landesfilmzentrums möchte ich die Gelegenheit nutzen, Ihnen den Standpunkt der SPD-Landtagsfraktion darzulegen. Die SPD-Landtagsfraktion hat sich bereits in der letzten Legislaturperiode mit anderen in diesem Hause dafür eingesetzt, dass sich Mecklenburg-Vorpommern sowohl im Bereich der kulturellen als auch der wirtschaftlichen Filmförderung positiv weiterentwickelt. Ein wichtiger Zwischenschritt war hierbei eine Anhörung im Bildungsausschuss, auf die auch Herr Bluhm vorhin schon kurz eingegangen ist, an der damals Vertreter/-innen von Staatskanzlei und Wirtschaftsministerium teilgenommen haben und in deren Folge im Haushalt des Wirtschaftsministeriums ein Leertitel für die wirtschaftliche Filmförderung mit der Erwartung ausgebracht wurde, dass das Wirtschaftsministerium zukünftig entsprechende Mittel zur Verfügung stellen möge, dies, meine Damen und Herren, aus der Überzeugung heraus, dass kulturelle und wirtschaftliche Filmförderung eigene, durchaus in Konkurrenz zueinander stehende, und zwar positiv, Felder abdecke, die für das Land jedoch in gleicher Weise von Bedeutung sind, und es nicht die Aufgabe des Bildungsministeriums und seiner kulturellen Filmförderung sein kann, etwaige Defizite in der Ausfinanzierung der wirtschaftlichen Filmförderung dann wieder auszugleichen.

(Beifall Heike Polzin, SPD)

An dieser Auffassung, meine Damen und Herren, hält die SPD-Landtagsfraktion nach wie vor fest. Wir halten es nicht für zielführend, diese beiden Bereiche der Filmförderung und -produktion im Sinne einer kulturwirtschaftlichen Filmförderung miteinander zu verschmelzen. Wir befürchten hierdurch eine Beschädigung der jeweiligen Leistungen beider Bereiche, ohne jedoch einen anderen durchschlagenden Mehrwert zu generieren.

Vor diesem Hintergrund stellt sich für uns die Situation des Landesfilmzentrums wie folgt dar: In den letzten Jahren ist es offenbar nicht gelungen, den mit einem Landesfilmzentrum verbundenen hohen Erwartungen gerecht zu werden. Wir begrüßen es daher ausdrücklich, dass nun nach Möglichkeiten für die entsprechende Liegenschaft in Kooperation mit der Hochschule sowie der Stadt Wismar und dem Film e.V. gesucht wird, um eine neue Trägerstruktur zu etablieren. Ebenfalls finden die neuen konzeptionellen Vorstellungen des Film e.V. zur Beschränkung auf ein Kerngeschäft unsere Zustimmung. Wir verbinden hiermit die Hoffnung, dass durch diesen Schritt die in den letzten Jahren entstandene Lücke zwischen konzeptionellem Anspruch und Realität geschlossen werden kann. Wir halten es für erforderlich, dass ein Weg gefunden wird, der die Existenz des Film e.V. am Standort Wismar nicht infrage stellt und insbesondere sein Betätigungsfeld im Bereich der kulturellen Filmförderung weiterhin ermöglicht.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS und Michael Roolf, FDP)

Hierzu zählt für uns auch die Beibehaltung einer selbst verwalteten kulturellen Filmförderung auf der Basis einer beim Film e.V. angesiedelten, entsprechend legitimierten Fachjury. Leider konnte in der letzten Ausschusssitzung die Vertreterin des Hauses den Vertretern unserer Fraktion nicht verdeutlichen, aus welchem fachlichen Grund die Jury künftig beim Bildungsministerium angesiedelt sein soll. Sie bestätigte im Gegenteil sogar ausdrücklich den Sachverstand des Film e.V.

Meine Damen und Herren, wir werden - das haben wir gehört, und dafür bin ich dem Bildungsminister Herrn Tesch wirklich dankbar - im Laufe dieses Jahres zu Veränderungen in der Filmförderung kommen. Hierzu wird es, und das ist nun einmal so in einer Demokratie, Vorarbeiten durch die Ministerien geben müssen, die mit den Koalitionsfraktionen abzustimmen sind und die dann im Ausschuss, also hier im Landtag, zwischen den Demokraten sachlich und vernünftig diskutiert werden. Wir werden einen gemeinsamen Weg finden, wie wir die Filmförderung in diesem Land weiter nach vorne bringen können. Allerdings sage ich Ihnen auch, bei dieser Diskussion hilft dieser Antrag natürlich nicht weiter, weil diese Diskussion stattfinden wird. Dazu brauchen wir diesen Antrag nicht. Wir werden Sie in die Arbeit mit einbeziehen, so, wie sich das anständigerweise zwischen Demokraten gehört, aber wir brauchen diesen Antrag nicht, und deswegen werden wir ihn ablehnen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Abgeordneter.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der FDP der Abgeordnete und Vizepräsident Herr Kreher. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Hans Kreher, FDP: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich hätte nie gedacht, dass das Problem Filmförderung mich vom ersten Tag meiner Abgeordnetentätigkeit an so gefangen nimmt und ich mich in der letzten Zeit so viel mit den Problemen der kulturellen Filmförderung befassen muss.

Meine Damen und Herren, das zeigte mir aber auch ganz deutlich, dass in diesem Bereich von einem Konzept der kulturellen Filmförderung nicht die Rede sein konnte bei der alten Landesregierung

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

oder dass dieses Konzept zumindest total gescheitert ist.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Ich habe in der letzten Zeit, wie gesagt, viele Gespräche geführt. Es gibt auf diesem Gebiet Handlungsbedarf. Wir haben, das hat der Minister schon bestätigt, eine Kleine Anfrage zu diesem Thema an das Ministerium geschickt und auch eine entsprechende Antwort bekommen. Wir haben darüber hinaus die verschiedenen Interessenträger in diesem Bereich angeschrieben und werden demnächst eine fraktionsinterne Anhörung haben, weil wir nicht mit Schnellschüssen arbeiten wollen, sondern weil wir ein Konzept wollen, das wirklich tragfähig ist, und weil wir das auch wollen, was der Minister gesagt hat, und zwar, dass die Parteien in der kulturellen Filmbranche endlich miteinander reden und nicht übereinander. Das ist nämlich auch ein Problem in diesem Bereich,

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

dass wir diese Leute endlich zusammenbringen müssen, damit gemeinsam für Mecklenburg-Vorpommern gehandelt wird.

Einen Bereich möchte ich hier noch kurz anschneiden. Wenn in der Vergangenheit die wirtschaftliche Filmförderung gleich null war, wollen wir durchaus nicht, dass an der kulturellen Filmförderung etwas gestrichen wird. Aber, meine Damen und Herren, ...

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Müssen wir auch nicht, Herr Kreher.)

Das glaube ich Ihnen.

Aber, meine Damen und Herren, wenn die wirtschaftlichen Organe nicht in Ordnung sind – auch bei einem Menschen: Lunge, Herz, Magen –, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, wenn es auch hier oben in der Kultur nicht stimmt. Also, meine Damen und Herren, wenn wir im Bereich des Films hier im Land etwas voranbringen wollen, dann müssen wir das Augenmerk auch auf die wirtschaftliche Filmförderung lenken. Denn nur wenn diese Basis im Land vorhanden ist, werden wir auch im kulturellen Bereich Erfolg haben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, wir werden Ihrem Antrag, so gut er vielleicht gemeint ist, nicht zustimmen. Wir erwarten aber, dass die Landesregierung jetzt wirklich schnell handelt.

> (Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS: Dann können Sie auch zustimmen.)

Und schnell heißt, weil das in Wismar prekär ist, dass bis zum Sommer dieses Konzept vorliegt. Wir unsererseits werden sehr konstruktiv mitarbeiten, unsere eigenen Vorstellungen mit einbringen und insgesamt etwas tun, was ein Beispiel sein kann für die Kulturförderung gemeinsam mit der Kulturwirtschaft für dieses Land, damit wir auf diesem Gebiet insgesamt etwas voranbringen. – Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Andreas Bluhm: Danke schön, Herr Kreher.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Vierkant. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Jörg Vierkant, CDU: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst vielen Dank, Herr Minister Tesch, für Ihre umfänglichen Ausführungen zur Konzeptentwicklung für eine kulturelle und wirtschaftliche Filmförderung in Mecklenburg-Vorpommern.

Wir haben nun von der Landesregierung gehört,

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Alles wird gut.)

dass im Bildungsministerium intensiv an der Erstellung einer Konzeption für die Filmförderung gearbeitet wird, und wir haben gehört, dass dem Bildungsausschuss die Beteiligung noch vor der Sommerpause zugesichert worden ist. Das sind für mich die beiden entscheidenden Punkte, die Ihren Antrag, meine sehr geehrten Damen und Herren von der Linkspartei.PDS, schlichtweg überflüssig machen.

(Zuruf von der Linkspartei.PDS: Ja, nicht ganz.)

Daher bitte ich Sie, den Antrag auf Drucksache 5/347 zurückzuziehen, damit wir ihn nachher nicht ablehnen müssen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Das ist ja ein Friedensangebot. – Zuruf von Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS)

Das Ministerium arbeitet und es arbeitet auch ohne unsere ausdrückliche Aufforderung.

(Unruhe bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Das war früher ganz anders.)

Ich danke Ihnen, Herr Minister, für Ihr Engagement in dieser Sache

Im Übrigen hatten wir, die Koalitionsfraktionen von SPD und CDU, uns auf einen entsprechenden Antrag schon geeinigt,

(Zuruf von der Linkspartei.PDS: Oh!)

den wir zur heutigen Sitzung einbringen wollten.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Der war bloß nicht fertig geworden! – Zuruf von Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS – Heiterkeit bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Auch der war hinfällig und wurde deshalb nicht eingebracht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Ich erwarte einfach nur von allen, dass wir im Ausschuss und später im Plenum konstruktiv über den Konzeptionsentwurf diskutieren, um künftig sowohl die kulturelle als auch die wirtschaftliche Filmförderung in unserem Land auf stabile Füße zu stellen. Beide, kulturelle und wirtschaftliche Förderung, sollen und können nebeneinanderstehen und Synergien nutzen. Beide sollen und können sich auch mit Bundes- und EU-Förderungen verzahnen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Sehr richtig.)

Beide sollen und können Mecklenburg-Vorpommern als imagebildender Faktor dienen.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Dann nehmen Sie unseren Antrag an!)

Was in den letzten Monaten zur Filmförderung durch die Medien ging, das hat Wunden gerissen, die wir heilen müssen. Film ist ein Kultur- und ein Wirtschaftsgut. Dies sollte meines Erachtens im Konzept berücksichtigt werden. Bisher war es leider eher so, dass das Land eine Infrastruktur am Bedarf vorbei gefördert hat. Oder wie ist es zu verstehen, dass sich die kulturelle Filmförderung bisher fast ausschließlich auf den künstlerischen Dokumentarfilm und seine Macher konzentriert hat? Das Argument, ohne diese Gelder wäre die eine oder andere Dokumentation nicht entstanden, höre und kenne ich wohl. Wäre das aber zugunsten anderer Metiers so schlimm gewesen? Warum zeigten sich denn auch die öffentlich-rechtlichen Anstalten diesbezüglich so zurückhaltend?

Meine Damen und Herren, ich werde doch hier noch einmal fragen dürfen, wem ein künstlerisch wertvolles Produkt nutzt, wenn es kaum einer sehen will. Wie jedes Politikfeld so ist auch die Filmpolitik mit anderen Politikfeldern mehr oder weniger eng verknüpft. Die formelle Anbindung an mehrere Regierungsressorts spiegelt diese Vielfalt allerdings nur teilweise wider. So ist Filmpolitik als Kulturpolitik bisher Sache der Länder gewesen, als Wirtschaftszweig und Teil der Medienwirtschaft eine Angelegenheit der Wirtschaftspolitik im Bund und zunehmend mehr der Länder, also auch bei uns. Ich denke an die wunderbaren Kulissen, die unser Land zu bieten hat. Gesehen haben wir diese in "Die Flucht" und "Hände weg von Mississippi". Sehen werden wir diese in dem Film "Der Untergang der Gustloff", der gerade in Stralsund gedreht wird.

(Vizepräsident Hans Kreher übernimmt den Vorsitz.)

Filmpolitische Fragestellungen gehen weit über die klassische Zuständigkeit hinaus und erfordern zu ihrer Beantwortung nicht selten ein ganzes Bündel von Maßnahmen. Sie erfordern ebenso ein ganzes Bündel von klugen Köpfen, die zum Erfolg beitragen können und wollen. Meine Damen und Herren, insofern sehe ich der Einbringung des Konzepts durch den Bildungsminister in den Bildungsausschuss unseres Landtages sehr optimistisch entgegen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke, Herr Vierkant.

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Lüssow von der NPD.

Birger Lüssow, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Antrag der Fraktion der Linkspartei ist im Kern unbegründet. So heißt es schwammig, die Weiterentwicklung der Film- und Medienlandschaft sei für die Kultur und Wissenschaft unseres Bundeslandes von großem Gewicht. Das stimmt so nicht. Im gesamten letzten Jahr gab es an das Landesfilmzentrum 81 Anträge auf Förderung. Davon wurden 22 Anträge auf Fördermittel bewilligt, je nach Quelle in einer Höhe zwischen 100.000 und 200.000 Euro insgesamt. Und selbst unter den bewilligten Projekten befinden sich einige, die gute Chancen auf den Titel "Filme, die die Welt nicht braucht" haben. Unser von Arbeitslosigkeit geprägtes Land hat wahrlich andere Probleme als die fiktive Geschichte einer deutschen Soldatin, die in Paris ihr Kind zur Welt bringt, das dann von einem französischen Offizier großgezogen wird, oder wie es sich auf der japanischen Insel Shikoku pilgern lässt.

(Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Alles in allem drängt sich der Eindruck auf, als ob vielfach einfach nur der Versuch unternommen wird, Hobbyfilmerei staatlich bezuschussen zu lassen. Vielleicht machen sich die Damen und Herren der Linkspartei.PDS mal die Mühe, einen schlüssigen Antrag in der Sache vorzulegen, dann sind wir auch gern bereit, uns erneut mit dem Thema auseinanderzusetzen. In der vorliegenden Form enthält der Antrag viele schlau klingende Worte, dennoch ist er als unbegründet abzulehnen. – Danke.

Pilgern heißt es natürlich.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

Vizepräsident Hans Kreher: Herr Lüssow, manchmal ist es auch gut, wenn man hier vorn nicht alles richtig versteht.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS, FDP und NPD)

Meine Damen und Herren, es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Bluhm von der Linkspartei.PDS.

Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, der Antrag war richtig, wichtig und zur rechten Zeit gestellt.

(Unruhe und Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU – Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Egbert Liskow, CDU: Wer zu spät kommt, ...)

Und da jetzt außer einer Fraktion alle der Meinung sind, wir brauchen im Land ein Konzept, glaube ich, ist es auch tragfähig. Denn wenn Sie meinen, Sie hätten eines vereinbaren sollen, dann hätten Sie es in Ihren Koalitionsvertrag hineinschreiben sollen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Da war aber nur "prüfen" formuliert.

(Heiterkeit bei Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS: Ja, ja, das ist die Wahrheit!)

Ich denke schon, dass es vor den Hintergründen der aktuellen Entwicklung am Jahresanfang zwingend war, dass sich der Landtag mit dem Problem der Weiterentwicklung der kulturellen und wirtschaftlichen Film- und Medienförderung in Mecklenburg-Vorpommern befasst. Ich habe die Verlautbarung des Ministers sehr gerne aufgenommen und die Zusage, dass wir bis zur Sommerpause ein entsprechendes Konzept erhalten werden.

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Das haben wir aber aufgeschrieben.)

Das finde ich in Ordnung. Dass wir nicht ganz die Auffassung der Koalitionäre teilen, dass sich damit unser Antrag erledigt hätte, werden Sie verstehen,

(Heike Polzin, SPD: Das ist aber schade. – Dr. Armin Jäger, CDU: Nö, nö.)

weil ein Beschluss eines Landtages schon etwas anderes ist als die Aussage eines Ministers in einer Debatte,

(Beifall Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

ohne hier jetzt dem Minister etwas Böses zu unterstellen. Das will ich überhaupt nicht tun.

(Unruhe bei Abgeordneten der CDU)

Aber die Debatte hat doch eins deutlich gemacht: Es gab zumindest zeitweilig, vielleicht gibt es sie sogar immer noch, die eine oder andere unterschiedliche Auffassung in Bezug auf die Ausgestaltung und die zur Verfügung gestellten Prüfungsergebnisse nach Ziffer 363.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Und dass das Konzept, das alle erwarten, auch im Zusammenwirken mit den Film- und Medienschaffenden dieses Landes diskutiert werden muss, versteht sich doch von selbst. Also auch da ist noch das eine oder andere an Weiterentwicklung möglich. Das, was wir hier heute bisher diskutiert haben, war im Wesentlichen ein einziger Punkt, der aus unserer Sicht in ein solches Konzept gehört, nämlich die Frage: Wie gestalte ich das Wechselverhältnis von wirtschaftlicher und kultureller Filmförderung?

Aber da stehen noch eine ganze Menge weiterer Fragen am Ufer, die nicht nur mit dem Standort Wismar zu tun haben. Wir haben Filmtraditionen. "Nosferatu" wurde in Wismar gedreht. Das ist Kinoklassik pur. Aber wir haben natürlich auch das eine oder andere an praktischen aktuellen Fragen zu beantworten, wie zum Beispiel die Fragen: Was wird mit dem Filmarchiv? Wo soll es angesiedelt werden? Wie soll es weitergeführt werden? Da ist die Frage des Drehstandortes, wenn wir uns auf Spezialitäten des Landes Mecklenburg-Vorpommern konzentrieren, aber da ist zugleich die Frage: Was ist mit dem Dokfilm, der gesellschaftskritisch, bewusstseins- und gesellschaftspolitisch bedeutsam eine Aufgabe hat, die eine kulturpolitische ist und für die das Land zumindest eine hohe Teilverantwortung hat? Da sind solche Fragen wie die Problematik der Medienkompetenzentwicklung

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

aller in diesem Bereich Tätigen vor dem Hintergrund aktueller Debatten zu dem Zehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, der diskutiert wird, und dem neuen zu erwartenden Kirch-Bericht, weil alle von den Gebühren reden. Die Landesrundfunkzentrale soll mit eingebunden werden. Wenn die Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs, die KEF, zu dem Ergebnis kommt, die Zuwendungen für die Landesrundfunkanstalten von bisher zwei Prozent des Gebührenaufkommens auf ein Prozent zu reduzieren, ist die Frage, was mit den Aufgaben, die die Landesrundfunkanstalt im Moment nach dem Gesetz hat, ist, zum Beispiel Medienkompetenzentwicklung. Da ist die Frage, ob in diesem Konzept, das durch die Landesregierung vorzulegen ist, auch nicht die Frage von Förderung der Medienkompetenz bei Schülerinnen und Schülern, bei jungen Menschen, bei Erwachsenen, bei Senioren eine Rolle spielen muss.

Und so gibt es weitere Fragen, über die wir im Zusammenwirken der Medienschaffenden dieses Landes, der beteiligten Häuser, aber auch der Politik eine öffentliche Diskussion sachorientiert und zielorientiert führen müssen. Natürlich wissen wir alle zusammen, dass wir mit den großen Ballungsräumen von Hamburg, Berlin, Köln und München nicht mithalten können. Da sind selbst große Teile unseres Landeshaushaltes völlig überfordert, eine solche wirtschaftliche Filmförderung auf die Beine zu stellen. Aber das, was wir könnten, wäre, die Synergien zwischen diesen Ballungsräumen, zumindest zwischen Berlin und Hamburg, zu nutzen und das eine oder andere zu befördern, um wirklich junge Leute in diesem Lande in diesem Bereich zu halten, ihnen Möglichkeiten zu geben zu schaffen und etwas zur Bereicherung der kulturellen Vielfalt in diesem Lande zu tun.

Und wenn ich vorhin in der Einbringungsrede davon gesprochen habe, dass wir nur sehr geringe Fördermittel des Landes akquiriert haben und nur sehr geringe Fördermittel zur Verfügung haben, dann, Herr Schlotmann, ist es korrekt, dass damals die gemeinsame Beratung der Ausschüsse davon ausgegangen war, dass durch den Wirtschaftsminister Wirtschaftsförderprogramme, die Technologie- und Informationstechnologieentwicklung fördern sollten, durchaus geöffnet werden können für wirtschaftliche Filmförderung, weil auch das Medienförderung wäre. Das ist damals nicht gelungen, aber darüber kann man erneut reden. Wir haben, und das ist etwas, was mich leider bis dato nicht erreicht hat, und, das muss ich zu meiner Schande gestehen, das hat mich auch zu der Zeit, als wir regierungsbeteiligt waren, nicht erreicht, keine EU-Mittel in diesem Bereich beantragt. Das ist richtig schlimm.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS: Doch, EFRE.)

Nein, nein, es gibt spezielle Förderprogramme der EU, die sich mit diesen Fragen befassen, zum Beispiel das Programm Media PLUS oder der Fonds EURIMAGES.

Die Frage steht: Wie schaffen wir die Voraussetzungen auch institutionell, dass sich Film- und Medienschaffende dieses Landes durch Hilfe der beteiligten Häuser an diesen Förderprogrammen beteiligen können, die dazu dienen, tatsächlich eine Entwicklung in diesem Bereich in unserem Land voranzubringen? Von daher würden wir schon gerne noch einmal um Ihre Zustimmung zu unserem Antrag bitten. Allerdings sind wesentliche Momente der Zielstellung dieses Antrages mit der heutigen Debatte schon einmal aufgezeigt.

(Harry Glawe, CDU: Genau.)

Falls Sie ihn ablehnen, werden wir sicherlich im Juni nachfragen, wie der Stand der Dinge ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Vizepräsident Hans Kreher: Danke.

Ich schließe die Aussprache.

Im Ältestenrat war vereinbart worden, den Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/347 zur federführenden Beratung an den Bildungsausschuss und zur Mitberatung an den Innenausschuss zu überweisen. Aus der Debatte habe ich allerdings etwas anderes herausgehört.

(Reinhard Dankert, SPD: Richtig.)

Ich lasse jetzt trotzdem über die Überweisung abstimmen. Wer dem Überweisungsvorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei Zustimmung der Linkspartei.PDS-Fraktion und Ablehnung aller anderen Parteien ist dieser Überweisungsvorschlag abgewiesen worden.

Ich lasse deshalb über den Antrag in der Sache abstimmen. Wer dem Antrag der Linkspartei.PDS-Fraktion zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Bei Zustimmung der Linkspartei.PDS und Ablehnung aller anderen Fraktionen ist dieser Antrag abgelehnt.

Meine Damen und Herren, wir sind am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 9. Mai 2007, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17.42 Uhr

Es fehlten die Abgeordneten Mathias Brodkorb, Jörg Heydorn, Ute Schildt und Erwin Sellering.

Schriftliche Beantwortung

zu den Fragen 12 und 16

der

Fragestunde

- Drucksache 5/358 -

Geschäftsbereich des Ministers für Verkehr, Bau und Landesentwicklung

"Sehr geehrte Frau Gramkow,

in der Landtagssitzung am 28./29. März 2007 hatten Sie die Landesregierung im Zusammenhang mit dem Kauf eines Grundstücks durch die IHK zu Schwerin in der Graf-Schack-Allee zu der von Ihnen gestellten Nachfrage um schriftliche Beantwortung gebeten. Ihre Nachfrage lautete:

,Nach meinem Kenntnisstand liegt der beschlossene Plan des Neubaus nur bei einer Kapazität von 60 Stellplätzen für die IHK Schwerin. Dies bedeutet, dass die 123 Stellplätze auf diesem Grundstück nicht realisiert werden können. Da sie einen realen Wert von etwa 2 Millionen Euro hätten, frage ich Sie, inwieweit diese Ausweichlösung realisiert werden kann und wie sie aussehen kann?'

Ihre Frage beantworte ich wie folgt:

Nach aktueller Auskunft der Landeshauptstadt Schwerin gegenüber dem Ministerium für Verkehr, Bau und Landesentwicklung existiert für das Bauvorhaben der IHK zu Schwerin in der Graf-Schack-Allee bisher lediglich ein Bauvorbescheid vom 24.07.2006. Gemäß diesem Bescheid seien grundsätzlich 207 Stellplätze über zwei Etagen genehmigungsfähig. Es gäbe jedoch die Auflage, den Baukörper gegenüber der damals vorgelegten Planung um ein Geschoss zu reduzieren. Damit müsse entweder ein Nutzungs- oder ein Parkgeschoß entfallen. Einen konkreten Bauantrag habe die IHK zu Schwerin allerdings noch nicht gestellt.

Sofern aufgrund einer Aktualisierung der Planung die für das Land vorgesehene Anzahl von Stellplätzen ganz oder teilweise entfallen sollte, müsste die IHK zu Schwerin aufgrund der eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen dies mit dem Land abstimmen. Da die IHK zu Schwerin dem Land bislang noch keine konkreten Planungen vorgestellt hat, kann derzeit keine Aussage dazu getroffen werden, welche Ausweichlösungen für die in Rede stehenden Stellplätze in Betracht kommen.

Hinsichtlich des in Ihrer Frage erwähnten Wertes dieser Stellplätze möchte ich noch anmerken, dass zwar eine Wertermittlung dazu nicht vorliegt, der von Ihnen genannte Betrag jedoch eher überhöht sein dürfte.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Otto Ebnet"

Geschäftsbereich des Ministers für Soziales und Gesundheit

Im Jahr 2007 laufende Maßnahmen mit Migrantinnen und Migranten

Stand: 26.03.2007

						Ī	
LFD	ANTRAG	TRAGER	HIEL	ZUWENDUNGSZWECK	BEGINN	ENDE	ZUSCHUSS
		SBW Aus- und		20 Migrantinnen mit hoher Motivation für die Altenpflege erhalten die Ausbild. zur staatlich			
	ASP/02-HRO-	Fortbildungsgesellschaft für		anerk. Alten-u. Krankenpflegehelferin. Diese wird durch fachbezogene Sprachförderung			
	E92-0019/05-	Wirtschaft und Verwaltung	Alten- u. Krankenpflegehelferin	vorbereitet und sozialpädagogisch begleitet. Es sollen 70 % der Teilnehmerinnen in Arbeit			
_	A01	Hqm	Ausbildung (Migrantinnen)	vermittelt werden.	01.08.05	01.08.05 30.09.07	263.734,52 €
		Bildungswerk der Wirtschaft		Ziel der Maßnahme ist die Begleitung und Qualifizierung von Frauen mit			
	ASP/02-HRO-	(BdW) Gemeinnützige	Informations- und Gründerzentrum	Migrationshintergrund die eine selbständige Existenz gründen wollen. Dabei soll eine			
7	E92-0019/06	Gesellschaft mbH	für Frauen mit Migrationshintergrund	Gründungsquote von 60% bezogen auf die Teilnehmerzahl erreicht werden.	01.03.06	28.02.07	99.982,44 €
				Von 30 Migrantinnen werden nach einer offenen Findungsphase (Assessment) 15			
				ausgewählt. Diese 15 Frauen werden in einer anschließenden theoretischen und praktischen			
	ASP/02-HRO-	BILSE Bildungs-Service für		Unterweisung in Kleingruppen für eine Tätigkeit in Call- Centern vorbereitet. Mindestens 12			
	E92-0024/06-	Europa GmbH Institut für		Frauen sollen in sozialversicherungpflichtige Arbeitsverhältnisse in regionalen Call-Centern			
က	A01	Bildung und Forschung	Assistent für Dialogmarketing	vermittelt werden.	08.05.06	08.05.06 09.02.07	92.953,85 €
	ASP/02-HRO-	Innovative Struktur- und		Motivierung und Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit von Migranten, Alg II - Empfängern			
	B41-0008/06-	Entwicklungsgesellschaft mbH APIS - Finden Qualifizieren	APIS - Finden Qualifizieren	sowie Nichtleistungsbeziehern mit der Zielstellung der Integration von ca. 30% der			
4	A01	(IPSE)	Vermitteln	TeilnehmerInnen in den allgemeinen Arbeitsmarkt.	01.07.06	30.06.07	284.440,11 €
				Langzeitarbeitslose ALG II Empfänger sowie Teilnehmer ohne Bezug und			
				Migranten/Spätaussiedler sollen mit Hilfe von Qualifizierung und freier Vermittlung auf dem			
	ASP/02-HRO-	Berufsbildungsstätte START	Weiterführung HERA im Landkreis	ersten Arbeitsmarkt integriert werden. Ziel ist die Integration von ca. 30% der			
2	B41-0010/06	GmbH	Güstrow	TeilnehmerInnen.	01.07.06	30.06.07	260.573,43 €
				NichtleistungsempfängerInnen und MigrantInnen aus dem Uecker- Randow- Kreis sollen			
		Berufsfortbildungswerk GmbH		durch Profiling und Bildungsmanagment und der daraus entwickelten Weiterbildung auf eine			
	ASP/02-HRO-	(bfw), Zweigniederlassung		berufliche Tätigkeit auf dem 1. Arbeitsmarkt vorbereitet und auch dort zu ca. 30% integriert			
9	B41-0012/06	Nord-Ost	JVBCC	werden.	01.07.06	30.06.07	297.082,33 €
				Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit von Langzeitarbeitslosen ohne Leistungsbezug			
				und ALG II Beziehern, die Migranten sind oder mehrfache Vermittlungshemmnisse haben.			
	ASP/02-HRO-			Vermittlung von ca. 30% der TeilnehmerInnen in sozialversicherungspflichtige			
7	B41-0013/06	Landkreis Ostvorpommern	ASP M-V / RL B 4.1	Arbeitsverhältnisse.	01.07.06	30.06.07	301.507,67 €
				Förderung der Integration und Verbesserung der Vermittlungsaussichten für von			
			:	gesellschaftlicher Ausgrenzung Bedrohte, insbesondere für Nichtleistungsbezieher und			
	ASP/02-HRO-	Arbeitsförderungs- und	Aktionsprogramm der Hansestadt	Migranten in der Hansesatdt Rostock. Ziel ist die Vermittlung von ca. 30% der			
ω	B41-0004/06	Fortbildungswerk GmbH	Rostock	TeilnehmerInnen in sozialpflichtige Beschäftigungen.	01.07.06	01.07.06 30.06.07	652.538,33 €
		i i		Langzeitarbeitslose (darunter Migranten/Migrantinnen und Nichtleistungsbezieher/innen)			
		Ziegelei Benzin -		sollen durch Qualifizierung, Beratung, Betriebspraktika ihre Chancen auf Teilhabe am 1.			
	ASP/02-HRO-	Beschäftigungsgesellschaft	QUASI - Qualifizierung - Arbeits- /	Arbeitsmarkt entscheidend verbessern - Integration in ein sozialversicherungspflichtiges			
တ	B41-0017/06	mpH	Sozialkompetenzen - Integration	Arbeitsverhältnis von ca. 30% der Teilnehmer/Teilnehmerinnen.	01.08.06	31.07.07	246.634,31 €
	ASP/02-HRO-	BILSE Bildungs-Service für		Junge Frauen und Migrantinnen sollen nach einem Auswahlverfahren in Kooperation mit der			
	E92-0052/06-	Europa GmbH Institut für	Erwerb der Mittleren Reife für junge	VHS-Schwerin auf die Nichtschülerprüfung vorbereitet werden. Zusätzlich erfolgt eine			
10	A01	Bildung und Forschung	Frauen	individuelle Berufsorientierung mit anschließender Ausbildungsplatzvermittlung.	21.08.06	30.11.07	134.261,25 €
				Ca. 210 Migrantinnen aus dem Landkreis Güstrow und der Stadt Rostock sollen mit			
	ASP/02-HRO-	BILSE Bildungs-Service für		Assessment, Projektarbeit in Fachwerkstätten und intensiven Coaching in den 1.			
	E92-0031/06-	Europa GmbH Institut für	Integrationsmaßnahme für	Arbeitsmarkt vermittelt werden. Im Ergebnis sollen ca. 40 % der Teilnehmerinnen in			
-	A01	Bildung und Forschung	Migrantinnen	sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse vermittelt werden.	01.09.06	31.12.07	461.554,33 €

Geschäftsbereich des Ministers für Soziales und Gesundheit

Im Jahr 2007 laufende Maßnahmen mit Migrantinnen und Migranten

Stand: 26.03.2007

ASP/02-HRO- E92-0043/06- Berufsbildungsstätte START AO1 ASP/02-HRO- Barther Qualifizierungs- und ASP/02-HRO- E92-0045/06 Beschäftigungszentrum e.V. ASP/02-HRO- E92-0054/06 Akademie für Technik e.V. Berufsweiterbidung / Integration ASP/02-HRO- B41-0016/06- B41-0016/06- B41-0016/06- B42-0054/06 Akademie für Technik e.V. ASP/02-HRO- BILSE Bildungs-Service für ASP/02-HRO- BILSE Bildungs-Service für ASP/02-HRO- Billungsstätte START Weiterführung HERA in der Stadt	밀	LFD ANTRAG	TRÄGER	TITEL	ZUWENDUNGSZWECK	BEGINN	ENDE	ZUSCHUSS
ASP/02-HRO- E92-0043/06- Berufsbildungsstätte START ASP/02-HRO- E92-0032/06- Seminar für berufliche ASP/02-HRO- Barther Qualifizierungs- und ASP/02-HRO- E92-0045/06 DA Deutsche Akademie e.V. Berufsweiterbidung / Integration ASP/02-HRO- B41-0018/06 ASP/02-HRO- E92-0054/06 Akademie für Technik e.V. Berufsweiterbidung / Integration ASP/02-HRO- B41-0016/06- B41-0016/06- B41-0016/06- B42-0091/06- B41-0016/06-					Für Migrantinnen aus den Landkreisen Ludwigslust und Parchim werden mit Hilfe von			
ASP/02-HRO- Berufsbildungsstätte START ASP/02-HRO- Berufsbildungsstätte START ASP/02-HRO- Beschäftigungszentrum e.V. Berufsorientierung (MIB) ASP/02-HRO- Beschäftigungszentrum e.V. Berufsorientierung (MIB) ASP/02-HRO- Beschäftigungszentrum e.V. Berufsweiterbidung / Integration ASP/02-HRO- Beschäftigungszentrum e.V. Berufsweiterbidung / Integration ASP/02-HRO- Berufsweiterbidung / Integration ASP/02-HRO- Berufsweiterbidung / Integration ASP/02-HRO- Berufsweiterbidung / Integration ASP/02-HRO- Berufsbildungs-Service für Anpassung Migranten Asp/02-HRO- Bill SE Bildungs-Service für ASP/02-HRO- Bill SE Bildungs-Service für ANT Bildung und Forschung ASP/02-HRO- Bildung und Forschung					arbeitsplatzbezogener Sprachförderung und berufsbezogenem Coaching auf die Vermittlung			
E92-0043/06- Berufsbildungsstätte START POMOSCH- Hilfe ASP/02-HRO- Seminar für berufliche Nodularer Integrationskurs mit ASP/02-HRO- Barther Qualifizierungs- und B41-0018/06 Beschäftigungszentrum e.V. Frauen und Männern ASP/02-HRO- E92-0045/06 DA Deutsche Akademie e.V. Berufsweiterbildung / Integration mit E92-0054/06 Akademie für Technik e.V. Migrationshintergrund ASP/02-HRO- BILSE Bildungs-Service für B41-0016/06- Billst Bildungs-Service für A01 Billst Bildungs-Service für Migrantinnen Migranten Migrantinnen Migrantinnen Migrantinnen Migrantinnen Migrantinnen Migranten Migrantinnen Migranten Migrantinnen Migranten Migrantinnen Migranten Migrantinnen Migranten Migranten Migrantinnen Migranten Migra		ASP/02-HRO-			in den allgemeinen Arbeitsmarkt vorbereitet. Im Ergebnis sollen ca. 40% der			
ASP/02-HRO- Barther Qualifizierungs- und ASP/02-HRO- E92-0032/06- Barther Qualifizierungs- und ASP/02-HRO- E92-0045/06 Beschäftigungszentrum e.V. Frauen und Männern ASP/02-HRO- E92-0045/06 BASP/02-HRO- BASP/02-HRO- BASP/02-HRO- ASP/02-HRO- ASP/02-HRO- BATZ ASP/02-HRO- BHZE Bildungs-Service für Anpassung Migranten Bildung und Forschung ASP/02-HRO- Bildung und Forschung ASP/02-HRO- Bildung und Forschung ASP/02-HRO- Bildungsstätte START Weiterführung HERA in der Stadt		E92-0043/06-	Berufsbildungsstätte START		Teilnehmerinnen in sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse vermittelt			
ASP/02-HRO-Seminar für berufliche Modularer Integrationskurs mit A01 ASP/02-HRO-Barther Qualifizierungs- und ASP/02-HRO-Beschäftigungszentrum e.V. Frauen und Männern ASP/02-HRO-Beschäftigungszentrum e.V. Berufsweiterbidung / Integration wit E92-0045/06 Akademie für Technik e.V. Berufsweiterbidung / Integration mit E92-0054/06 Akademie für Technik e.V. Migrationshintergrund ASP/02-HRO-B41-0016/06-Handwerkskammer Schwerin ASP/02-HRO-BILSE Bildungs-Service für Integrationsmaßnahme für Anpassung Migranten Aildung und Forschung Migrantinnen Migrantinnen Asp/02-HRO-Berufsbildungsstätte START Weiterführung HERA in der Stadt	12	A01	GmbH	POMOSCH- Hilfe	werden.	01.09.06	01.09.06 31.12.07	381.437,73 €
E92-0032/06- Seminar für berufliche Modularer Integrationskurs mit Integration GmbH Berufsorientierung (MIB) ASP/02-HRO- Barther Qualifizierungs- und B41-0018/06 Beschäftigungszentrum e.V. Frauen und Männern ASP/02-HRO- E92-0045/06 DA Deutsche Akademie e.V. Berufsweiterbidung / Integration ASP/02-HRO- Akademie für Technik e.V. Migrationshintergrund ASP/02-HRO- B41-0016/06- Handwerkskammer Schwerin ASP/02-HRO- BILSE Bildungs-Service für A01 BILSE Bildungs-Service für Migrantinnen Migrantinnen ASP/02-HRO- Berufsbildungsstätte START Weiterführung HERA in der Stadt		ASP/02-HRO-			Förderung von Initiativen zur gesellschaftlichen und beruflichen Integration von			
ASP/02-HRO-Beschäftigungszentrum e.V. Frauen und Männern ASP/02-HRO-Beschäftigungszentrum e.V. Frauen und Männern ASP/02-HRO-Beschäftigungszentrum e.V. Berufsweiterbidung / Integration ASP/02-HRO-Akademie für Technik e.V. Migrationshintergrund ASP/02-HRO-B41-0016/06-B41-0016/06-B42-0091/06-B42-0091/06-B41-0016/06-B42-0091/06-B41-0016/06-B41		E92-0032/06-	Seminar für berufliche	Modularer Integrationskurs mit	Migrantinnen. Ziel ist die Vermittlung von 40% der Teilnehmerinnen in			
ASP/02-HRO-Barther Qualifizierungs- und ASP/02-HRO-Beschäftigungszentrum e.V. Frauen und Männern ASP/02-HRO-E92-0045/06 DA Deutsche Akademie e.V. Berufsweiterbidung / Integration ASP/02-HRO-B41-0016/06-B41-0016	13	A01	Integration GmbH	Berufsorientierung (MIB)	sozialversicherungspflichtige Beschäftigung.	01.09.06	01.09.06 30.12.07	309.515,04 €
ASP/02-HRO-Barther Qualifizierungs- und ASP/02-HRO-Beschäftigungszentrum e.V. Frauen und Männern ASP/02-HRO-E92-0045/06 DA Deutsche Akademie e.V. Berufsweiterbidung / Integrations Projekt für Frauen mit E92-0054/06 Akademie für Technik e.V. Migrationshintergrund ASP/02-HRO-BA1-BLZE Bildungs-Service für A01-BLZE Bildungs-Service für A01-BILSE Bildungs-Service für Migrantinnen Bildung und Forschung Migrantinnen Migrantinnen Migrantinnen ASP/02-HRO-Berufsbildungsstätte START Weiterführung HERA in der Stadt					Integration von langzeitarbeitslosen Frauen und Männern; es sollen insbesondere			
B41-0018/06 Beschäftigungszentrum e.V. Frauen und Männern ASP/02-HRO- E92-0045/06 DA Deutsche Akademie e.V. Berufsweiterbidung / Integration Migrationsprojekt für Frauen mit E92-0054/06 Akademie für Technik e.V. Migrationshintergrund ASP/02-HRO- Handwerkskammer Schwerin A01 B12E Bildungs-Service für A01 B12E Bildungs-Service für A01 Bildung und Forschung Migrantinnen Migrantinnen ASP/02-HRO- Berufsbildungsstätte START Weiterführung HERA in der Stadt		ASP/02-HRO-	Barther Qualifizierungs- und	Integration von langzeitarbeitslosen	Migranten/innen einbezogen werden. Im Ergebnis sollen ca. 30% der Teilnehmer/innen in			
ASP/02-HRO-BAtademie e.V. Berufsweiterbidung / Integration ASP/02-HRO-Akademie für Technik e.V. Migrationshintergrund ASP/02-HRO-B41-0016/06-Handwerkskammer Schwerin A01 ASP/02-HRO-BILSE Bildungs-Service für B1Z ASP/02-HRO-BILSE Bildungs-Service für Integrationsmaßnahme für ASP/02-HRO-Bildungsstätte START ASP/02-HRO-Berufsbildungsstätte START ASP/02-HRO-Berufsbildungsstätte START Weiterführung HERA in der Stadt	4	B41-0018/06	Beschäftigungszentrum e.V.	Frauen und Männern	sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse vermittelt werden.	01.09.06	01.09.06 31.08.07	379.510,17 €
ASP/02-HRO-B4T-0016/06-Handwerkskammer Schwerin ASP/02-HRO-B41-0016/06-Handwerkskammer Schwerin ASP/02-HRO-B1-0091/06-E92-0091/06-E92-0091/06-E92-0091/06-E92-0091/06-E92-0091/06-Europa GmbH Institut für Migrantinnen Migrantinnen ASP/02-HRO-Berufsbildungsstätte START Weiterführung HERA in der Stadt		ASP/02-HRO-			Integration von Migrantinnen in den allgemeinen Arbeitsmarkt. Vermittlung von			
ASP/02-HRO- Akademie für Technik e.V. Migrationsprojekt für Frauen mit ASP/02-HRO- B41-0016/06- B41-0016/06- B1ZE AND BILSE Bildungs-Service für ASP/02-HRO- Bildung und Forschung ASP/02-HRO- Bildung und Forschung ASP/02-HRO- Berufsbildungsstätte START Weiterführung HERA in der Stadt	15	E92-0045/06	DA Deutsche Akademie e.V.	Berufsweiterbidung / Integration	berufskundliche Deutschkenntnissen	04.09.06	07.03.07	98.739,74 €
ASP/02-HRO- Akademie für Technik e.V. Migrationsprojekt für Frauen mit ASP/02-HRO- B41-0016/06- B1ZE Bildungs-Service für ASP/02-HRO- Bildung und Forschung ASP/02-HRO- Bildungsstätte START Weiterführung HERA in der Stadt					Frauen mit Migrationshintergrund durchlaufen eine Findungsphase mit Berufswege-			
ASP/02-HRO- Akademie für Technik e.V. Migrationsprojekt für Frauen mit E92-0054/06 Akademie für Technik e.V. Migrationshintergrund ASP/02-HRO- BHZ BIZE Bildungs-Service für Integrationsmaßnahme für ASP/02-HRO- Bildung und Forschung Migrantinnen Migrantinnen ASP/02-HRO- Berufsbildungsstätte START Weiterführung HERA in der Stadt					planerstellung, allgemeinen und berufsspezifischen Deutschunterricht, notwendigen			
ASP/02-HRO-BLSE Bildungsstätte START Weiterführung HERA in der Stadt		ASP/02-HRO-			Qualifizierungen und Firmenpraktika mit dem Ziel der Eingliederung von 40% der			
ASP/02-HRO- Handwerkskammer Schwerin A01 BILSE Bildungs-Service für ASP/02-HRO- BILSE Bildungs-Service für A01 BILSE Bildungs-Service für A01 Migrantinnen	16	E92-0054/06	Akademie für Technik e.V.	Migrationshintergrund	Teilnehmerinnen in sozialversicherungspflichtige Beschättigung.	04.09.06	31.12.07	226.083,00 €
ASP/02-HRO-Handwerkskammer Schwerin Anton BTZ Anton BTZ Anton BILSE Bildungs-Service für Integrationsmaßnahme für ASP/02-HRO-Bildungsstätte START Weiterführung HERA in der Stadt					Mit fachlicher Qualifizierung und begleitendem Sprachunterricht sollen			
B41-0016/06- Handwerkskammer Schwerin Annassung Migranten ASP/02-HRO- BILSE Bildungs-Service für ASP/02-HRO- Europa GmbH Institut für Integrationsmaßnahme für A01 Bildung und Forschung Migrantinnen ASP/02-HRO- Berufsbildungsstätte START Weiterführung HERA in der Stadt		ASP/02-HRO-			Vermittlungshemmnisse bezogen auf das Handwerk abgebaut werden, um möglichst vielen			
ASP/02-HRO-BILSE Bildungs-Service für AsP/02-HRO-Bilse Bildungs-Service für Integrationsmaßnahme für A01 Bildung und Forschung Migrantinnen Migrantinnen ASP/02-HRO-Berufsbildungsstätte START Weiterführung HERA in der Stadt		B41-0016/06-	Handwerkskammer Schwerin		MigrantInnen den Kammerabschluss zu ermöglichen, damit diese in den allgememeinen			
ASP/02-HRO-BILSE Bildungs-Service für E92-0091/06- Europa GmbH Institut für Integrationsmaßnahme für A01 Bildung und Forschung Migrantinnen ASP/02-HRO-Berufsbildungsstätte START Weiterführung HERA in der Stadt	17	A01	BTZ	Anpassung Migranten	Arbeitsmarkt vermittelt werden können.	04.10.06	04.10.06 31.12.07	269.227,84 €
E92-0091/06- Europa GmbH Institut für Integrationsmaßnahme für A01 Bildung und Forschung Migrantinnen Migrantinnen ASP/02-HRO- Berufsbildungsstätte START Weiterführung HERA in der Stadt		ASP/02-HRO-	BILSE Bildungs-Service für		Integration für Migrantinnen in Schwerin - Durch Assessment, Projektarbeit in			
A01 Bildung und Forschung Migrantinnen ASP/02-HRO- Berufsbildungsstätte START Weiterführung HERA in der Stadt		E92-0091/06-	Europa GmbH Institut für	Integrationsmaßnahme für	Fachwerkstätten und einem intensiven sozialen Coaching sollen 40 % der teilnehmenden			
ASP/02-HRO- Berufsbildungsstätte START Weiterführung HERA in der Stadt	8	A01	Bildung und Forschung	Migrantinnen	Migrantinnen in den Arbeitsmarkt vermittelt werden.	20.11.06	20.11.06 31.12.07	154.427,70 €
ASP/02-HRO- Berufsbildungsstätte START Weiterführung HERA in der Stadt					Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit von Langzeitarbeitslosen ohne Leistungsbezug			
ASP/02-HRO- Berufsbildungsstätte START Weiterführung HERA in der Stadt					und ALG II Bezieher/innen, die Migranten sind oder mehrfache Vermittlungshemmnisse			
		ASP/02-HRO-		Weiterführung HERA in der Stadt	haben. Es sollen ca. 30% der TeilnehmerInnen in sozialversicherungspflichtige			
B41-0020/06 GmbH Schwerin	19	B41-0020/06	GmbH	Schwerin	Arbeitsverhältnisse vermittelt werden.	01.12.06	01.12.06 30.11.07	270.483,04 €

Landesamt für Gesundheit und Soziales LAGuS

Abteilung Arbeitsmarktförderung - Quali -